

Thomas Jung,
Olaf Sanders (Hg.)

Universität und militärische Sicherheit

Über den Streit um die drohende Einrichtung
eines militärischen Sicherheitsbereichs
an der Helmut-Schmidt-Universität

[transcript]

TheorieBilden

Thomas Jung, Olaf Sanders (Hg.)
Universität und militärische Sicherheit

Editorial

Die Universität ist traditionell der hervorragende Ort für Theoriebildung. Ohne diese können weder Forschung noch Lehre ihre Funktionen und die in sie gesetzten gesellschaftlichen Erwartungen erfüllen. Zwischen Theorie, wissenschaftlicher Forschung und universitärer Bildung besteht ein unlösbares Band.

Auf diesen Zusammenhang soll die Schriftenreihe **Theorie Bilden** wieder aufmerksam machen in einer Zeit, in der Effizienz- und Verwertungsimperative wissenschaftliche Bildung auf ein Bescheidwissen zu reduzieren drohen und in der theoretisch ausgerichtete Erkenntnis- und Forschungsinteressen durch praktische oder technische Nützlichkeitsforderungen zunehmend delegitimiert werden. Der Zusammenhang von Theorie und Bildung ist in besonderem Maße für die Erziehungswissenschaft von Bedeutung, da Bildung nicht nur einer ihrer zentralen theoretischen Gegenstände, sondern zugleich auch eine ihrer praktischen Aufgaben ist. In ihr verbindet sich daher die Bildung von Theorien mit der Aufgabe, die Studierenden zur Theoriebildung zu befähigen.

Die Reihe **Theorie Bilden** ist ein Forum für theoretisch ausgerichtete Ergebnisse aus Forschung und Lehre, die das Profil des Faches Erziehungswissenschaft, seine bildungstheoretische Besonderheit im Schnittfeld zu den Fachdidaktiken, aber auch transdisziplinäre Ansätze dokumentieren.

Die Reihe wird herausgegeben von Hans-Christoph Koller, Andrea Sabisch, Olaf Sanders und Michael Wimmer.

Thomas Jung, geb. 1984, ist international als Dirigent tätig. Seit 2021 forscht und lehrt er außerdem als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Seine Schwerpunkte liegen im Bereich musikalischer Bildung.

Olaf Sanders, geb. 1967, ist Professor für Erziehungswissenschaft an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Philosophie der Bildung und populärer Kulturen sowie zukünftige Bildungsherausforderungen.

Thomas Jung, Olaf Sanders (Hg.)

Universität und militärische Sicherheit

Über den Streit um die drohende Einrichtung
eines militärischen Sicherheitsbereichs
an der Helmut-Schmidt-Universität

[transcript]

Diese Publikation wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg gefördert.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2024 im transcript Verlag, Bielefeld

© Thomas Jung, Olaf Sanders (Hg.)

Umschlagkonzept: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

<https://doi.org/10.14361/9783839470237>

Print-ISBN: 978-3-8376-7023-3

PDF-ISBN: 978-3-8394-7023-7

Buchreihen-ISSN: 2747-3201

Buchreihen-eISSN: 2747-321X

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Geleitwort
Klaus Beckmann9

Das sich verändernde Verhältnis von Universität und militärischer Sicherheit gibt zu denken – Bildung der Universität 2
Eine Einleitung
Olaf Sanders13

Die Argumente abwägen – Kompromiss vereinbaren
Gedanken zum militärische Sicherheitsbereich an der HSU
Jens Wulfsberg 21

Zum Widerstreit zwischen Universität und militärischem Sicherheitsbereich
Olaf Sanders 23

Konsequenzen der Errichtung eines MSB für internationale Kooperationen
Persönliche Perspektive eines Vertreters der Betriebswirtschaftslehre
Hans Koller 33

Science Diplomacy und internationale Kooperationen in Zeiten geopolitischer Rivalitäten
Götz Neuneck 41

Anmerkungen zur Vorgeschichte und den Anfängen der Hochschulen der Bundeswehr
Eckardt Opitz 53

Schriftliches Statement zur Errichtung eines militärischen Sicherheitsbereichs an der Helmut-Schmidt-Universität	
<i>Achatz von Müller</i>	61
Mies van der Rohe in Hamburg-Jenfeld – Anmerkungen zur Architektur- und Baugeschichte der Helmut-Schmidt-Universität	
<i>Michael Jonas</i>	65
Bau und Bildung: Akademie, Collegium, Universität	
Von Platons Akademie im Nordwesten Athens bis zur Douaumont-Kaserne in Hamburg-Jenfeld	
<i>Burkhard Meißner</i>	89
Gedanken zu Bildung und Kriegsbild	
<i>Sven Lange</i>	115
Militärischer Sicherheitsbereich als Symptom	
<i>Karl-Josef Pazzini</i>	123
Die Universität als öffentlicher Ort	
<i>Teresa Koloma Beck</i>	135
Die HSU als (nicht-)öffentlicher Ort	
<i>Tobias Hauße</i>	141
Die bedrohte Universität – Ein Tagungsbericht	
<i>Thomas Jung</i>	147
Bildung durch Wissenschaft für Human Security – Offener Geist in geschlossener Gesellschaft?	
<i>Manuel Schulz, Andrea Neusius, Katharina Kreutzmann</i>	159
Die innere Unsicherheit	
<i>Roger Behrens</i>	195

Militarisierung der Hochschule durch Versicherheitlichung?

Ein Text und seine Resonanzen

Thomas Höhne und Michael Staack 209

Über die Autorinnen und Autoren 233

Geleitwort

Klaus Beckmann

»[...] die Beherrschung des Waffenhandwerks allein qualifiziert nicht mehr zum Vorgesetzten. Bildung ist eine Voraussetzung für die funktionsgerechte Erfüllung des Auftrags und nicht etwa entbehrliche Zutat.« – *Weißbuch Bundesministerium der Verteidigung* 1970, Nr. 172.

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seit diese Sätze 1970 im *Weißbuch* zu lesen waren. Seitdem sind die Herausforderungen an die Bildung des Offizierskorps stetig weitergewachsen. Auf den Schlachtfeldern der Ukraine wird das Bild vom operativen Bewegungskrieg zu Grabe getragen, welches militärisches Denken lange prägte (Frieser 2012; Leonhard 1994). Künftig werden immer weniger Soldat:innen unter immer komplexeren Rahmenbedingungen immer stärker digitalisierte, automatisierte und vernetzte Aufklärungs- und Wirksysteme gestalten müssen, um im Gefecht zu bestehen. Und auf die Logistik als Gravitationszentrum sollten dieselben Personen nebenbei noch achten.

Wie 1970 herrscht im deutschen Bildungsbereich heute wieder Krise. Das bewährte duale System der Berufsausbildung gerät unter Druck, nicht zuletzt, weil OECD-weit Berufsaufgaben – teils ohne Grund – akademisiert werden. Zusätzlich erodiert die traditionelle Hochschulzugangsberechtigung als Ausweis von Anschlussfähigkeit im Bildungssystem bis dahin, dass sich der Bachelor zum neuen Abitur mausert. Und wir haben es mit einer Generation so genannter *digital natives* zu tun, die zwar Endgeräte mit Bravour zu bedienen vermögen, von deren Funktionsweise jedoch recht wenig wissen – von einer

individuellen Resilienz gegenüber möglichen Nebenfolgen der so genannten Sozialen Medien ganz zu schweigen.

Was hier als digitale Kompetenz verkauft wird, ist vom Hogwarts-Typ: Erfahrungswissen darüber, wie durch die Nutzung eines Instruments (»Zauberstab«) und persönlicher Intervention (»Zauberspruch«) ein Effekt generiert werden kann. Mit wissenschaftlichem Verständnis von Kausalitäten in Systemen hat das offenkundig nichts zu tun. Derartiges Erfahrungswissen führt noch nicht einmal zu der Fähigkeit, das Gelernte außerhalb seines ursprünglichen Kontexts anzuwenden.

Die Spannung zwischen *steigender Nachfrage nach Bildung* für Offiziere und *rückläufigem Angebot*, welche die Gründungszeit der Universität der Bundeswehr prägte, sie ist also wieder da. Vermutlich noch ausgeprägter als seinerzeit. Das gibt mehr als genug Anlass für eine neuerliche Debatte um die Bedeutung des akademischen Bildungsauftrags für den Soldatenberuf, und damit auch um die Frage, warum den studierenden Offizieren ein richtiger akademischer Abschluss – und das kann nur ein universitärer Master sein – angedeihen soll.

Wir an der Helmut-Schmidt-Universität (Universität der Bundeswehr Hamburg, fortan: HSU/UniBw H) diskutieren derzeit über die Einrichtung eines militärischen Sicherheitsbereichs (fortan: MSB). Diese Entscheidung, welche in den Gründungsjahren mit Rücksicht auf die prekäre Situation der »Sonderhochschulen« noch nicht einmal erwogen wurde (Opitz 2022, S. 6), hat zu großem medialen Interesse geführt und auch hochschulintern bedeutenden Widerstand verursacht. In der Tat bestehen sehr berechtigte Bedenken, die vor allem mit der Wahrnehmung der Universitäten der Bundeswehr in der Öffentlichkeit und der Möglichkeit zu deren wissenschaftlicher Vernetzung zu tun haben. Diese Bedenken hat der Senat der HSU/UniBw H einstimmig formuliert; und der Vorsitzende des Senats, also der Autor dieser Zeilen, hat sie mit voller Überzeugung »höheren Ortes« vorgetragen.

Bei aller Berechtigung dieser Kritik aus unseren Reihen wirft deren Präsentation im öffentlichen Raum zwei Probleme auf. Erstens vollzieht diese Kritik sich oft in einem Empörungsmodus, der einer akademischen Diskussion schlecht zu Gesicht steht. Zweitens lenkt die Fokussierung auf das Symptom von der wahren Fragestellung ab: nämlich der oben angesprochenen Frage nach der Bedeutung akademischer Bildung für Militär und Soldatenberuf.

Zum ersten Punkt: Die Diskussion prägt der schwarzmalerische Duktus sozialer Medien und ihrer *fake news*: So sprach man von Passwechselperfahren

und von einer Pflicht zur Begleitung Externer auf dem Campus, als hätte der Kasernenkommandant (derzeit ist das der Autor dieser Zeilen) keinen Einfluss auf die Ausgestaltung der besonderen Wachanweisung! Eine verunsicherte Universitätsöffentlichkeit fragte sich allen Ernstes, ob mit der Einführung eines MSB erweiterte Befugnisse für den Militärischen Abschirmdienst (MAD) zur Überwachung der Kommunikation verbunden wären. (Was der MAD darf, darf er schon jetzt.) Zudem wurde bewusst polemisiert und im Zweifel polemisierend formuliert. Beispielsweise heißt es bei Höhne (2021) unter anderem, dass die Studierenden auf dem Campus »explizit keine Kamerad:innen« seien. Diese Aussage ist schon rein rechtlich falsch, weil §12 des Soldatengesetzes für die Studierenden der Bundeswehruniversitäten uneingeschränkt gilt. Vor allem aber widerspricht sie dem Grundansatz der Universitäten der Bundeswehr. Denn deren Intensivstudienmodell setzt die Kameradschaft ihrer Studierenden in der gegenseitigen Unterstützung schlicht voraus. Ohne Kameradschaft kein Studienerfolg.

Zum zweiten Punkt: Eine Verwissenschaftlichung der Auseinandersetzung bedeutet nicht nur eine Rückkehr zu unserem gewohnten und bewährten *modus operandi*, sondern erweckt die Hoffnung auf eine Vertiefung der Untersuchung. Nicht zuletzt ist wissenschaftliche Debatte *inter pares* schlicht die Art, wie Universitäten mit internen Herausforderungen umzugehen haben. Wir sollten unsere Debatten nicht in den Sozialen Medien führen, und es gehört zu unseren Aufgaben, unserer Bürgerschaft Selbstreflexion und Resilienz im Umgang mit diesen Medien zu vermitteln.

Aus beiden Gründen ist es richtig und wichtig, dass sich der Akademische Senat der HSU/UniBw H dazu entschlossen hat, eine wissenschaftliche Tagung zu der Problematik des MSB zu unterstützen. Ich danke dem Kollegen Wulfsberg für den ursprünglichen Vorschlag und freue mich darüber, dass ich als Präsident gemeinsam mit der Verwaltung eine Finanzierung für die Veranstaltung organisieren konnte. Eine Forderung, die wir in diesem Zusammenhang erheben mussten und erheben wollten, ist die nach (a) einer wissenschaftlichen Gestaltung der Tagung und (b) nach einer Veröffentlichung der Ergebnisse.

Mit dem vorliegenden Tagungsband liegt nun die wissenschaftlich gebotene Dokumentation vor, an der künftige Arbeiten anknüpfen können und hoffentlich auch anknüpfen werden. Ich danke dem Organisationskomitee um die Kollegen Olaf Sanders und Jan Stöckmann sowie den Kameraden Major Becker und Leutnant Voßhage für die aufreibende Arbeit und wünsche dem vorliegenden Band eine freundliche Aufnahme.

Die darin ausgetragene Debatte wird sich fortsetzen, solange der Spannungsbogen »Akademiker und Soldatenberuf« fortbesteht, letztlich also wohl *ad infinitum*. In der anstehenden hochschulöffentlichen Diskussion um die Fortentwicklung unserer Universitätsstrategie wird diese Frage ebenso eine zentrale Rolle spielen, und ich werde alles daransetzen, auch in diesem Fall die Stimmen der Wissenschaft zur Geltung zu bringen.

Hamburg, im Juli 2022

Literatur

- Bundesministerium der Verteidigung (Hg.) (1970): Weißbuch Bundesministerium der Verteidigung 1970. Bonn.
- Frieser, Karl-Heinz (2012): Blitzkrieg-Legende: Der Westfeldzug 1940. Berlin: De Gruyter/Oldenbourg.
- Höhne, Thomas (2021): Militarisierung der Hochschule: die Helmut-Schmidt-Uni als Exempel. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2021, S. 25–28.
- Leonhard, Robert (1994): The Art of Maneuver: Maneuver Warfare Theory and Airland Battle. Toronto: Presidio Press.
- Opitz, Eckart (2022): 50 Jahre Helmut-Schmidt-Universität. Ein historischer Rückblick auf die Anfänge. Hamburg (Mimeo).

Das sich verändernde Verhältnis von Universität und militärischer Sicherheit gibt zu denken – Bildung der Universität 2

Eine Einleitung

Olaf Sanders

Im Januar 2005 erschien als erster Band in der Reihe »Theorie Bilden« der Sammelband *Bildung der Universität – Beiträge zum Reformdiskurs*, den ich gemeinsam mit Andrea Liesner herausgeben durfte. Die Beiträge dieses Bandes setzen sich kritisch mit der bis heute nicht evaluierten Überführung der Diplom- und Magisterstudiengänge in konsekutive Bachelor- und Masterstudiengänge auseinander. Der lange vergriffene und heute im Open Access verfügbare Band versammelt Beiträge zu einer Ringvorlesung am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg. Das Ziel der Ringvorlesung bestand auch darin, lokal Widerstand gegen eine befürchtete Beschädigung der Universität zu leisten. 18 Jahre später droht wieder die Beschädigung einer Hamburger Universität, diesmal der Helmut-Schmidt-Universität (HSU), die in einen militärischen Sicherheitsbereich (MSB) umgewandelt werden soll. Als Universität der Bundeswehr (UniBw H [für Hamburg]) ist ihr Campus sowieso ein militärischer Bereich. Das »Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwangs und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr, verbündeter Streitkräfte sowie ziviler Wachpersonen« (UZwGBw) bestimmt militärische Sicherheitsbereiche als militärische Bereiche, »deren Betreten durch die zuständigen Dienststellen verboten worden ist« (UZwGBw, §2, Abs. 2). Die Erlaubnis, die Universität zu betreten, wird durch die Umwandlung in einen MSB zur Ausnahme – und die Universität wechselt so in einen permanenten Ausnahmezustand. Die hinter Kasernenzäunen üblichen Schilder unterrichten dann über das Betretungsverbot und kündigen zugleich die Möglichkeit von Schusswaffengebrauch an. Beides mag nicht so recht zu einer Universität passen.

Die Ankündigung, einen militärischen Sicherheitsbereich einzurichten, hat die Universität politisiert. In der *taz Hamburg*, der *FAZ* und der *Zeit* erschienen kritische Artikel über das Vorhaben. Der Akademische Senat sprach sich gegen die Einrichtung des militärischen Sicherheitsbereichs aus und widersprach so der Einschätzung des Bundesministeriums der Verteidigung, dass die Einrichtung die akademischen Belange nicht berühre. Schließlich beschloss der akademische Senat, dass die erwarteten Folgen der Umwandlung des Universitätsgeländes in einen militärischen Sicherheitsbereich auf einem »wissenschaftlichen Symposium« diskutiert werden sollten.

Der vorliegende Band dokumentiert dieses Symposium, das am 19. und 20. Mai 2022 auf dem »roten Platz« – nicht ohne Ironie so genannt wegen seines roten Bodenbelags – im Hauptgebäude der Helmut-Schmidt-Universität stattfand. Durch eine Abendveranstaltung im Körber Forum an der Kehrwiederspitze in der Hamburger HafenCity wirkte es auch in eine breitere Öffentlichkeit hinein. Das Symposium wurde von einer Gruppe geplant, in der alle Statusgruppen der Universität und auch ihr militärischer Bereich vertreten waren. Gemeinsam mit Jan Stöckmann, seinerzeit Postdoc und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fach Geschichte, und Nils Voßhage, seinerzeit Student, Leutnant und Mitglied des Studentischen Konvents, der an der Universität der Bundeswehr die Rolle des AStA innehat, fiel mir die Organisation unseres im besten Sinn transdisziplinären Symposiums zu. Deshalb – und nur deshalb – schreibe ich auch die Einleitung in diesen Band, von dessen Herausgabe Jan Stöckmann und Nils Voßhage zu meinem Bedauern zurückgetreten sind. Doch dazu unten mehr.

Vorgeschichte und Fallstricke

Der Präsident der Universität berichtete in der 473. Sitzung des akademischen Senats, »dass die HSU/UniBw H vom höheren Offizier Sicherheit der Abteilung P [wie Personal] aufgefordert wurde, Vorbereitungen zu treffen, einen militärischen Sicherheitsbereich im Douaumont-Bereich zu errichten. Der Präsident hatte diesem gegenüber bereits seine Bedenken geäußert und ausdrücklich darauf bestanden, dass die HSU/UniBw H am Planungsprozess beteiligt werde und er als Präsident Kasernenkommandant bleibe.« Dieses Zitat stammt aus dem Protokoll der Sitzung vom 14. Juni 2018. Klaus Beckmann war zum 1. April zum Universitätspräsidenten ernannt worden, und bereits am 19. April sollte über die Einrichtung des militärischen Sicherheitsbereichs

beraten werden. Der Douaumont-Bereich ist der Hauptcampus der Helmut-Schmidt-Universität, der in den frühen 1970er Jahren auf dem Gelände der Douaumont-Kaserne entstand. Die Helmut-Schmidt-Universität feiert in diesem akademischen Jahr ihr 50-jähriges Bestehen. Das Fort Douaumont war in der Schlacht um Verdun im Ersten Weltkrieg schwer umkämpft.

Die Zeitvorgaben des Ministeriums zur Beratung der Einführung des militärischen Sicherheitsbereichs ließen weder eine Beteiligung des Senats als oberstem Gremium der universitären Selbstverwaltung noch der Universitätsbürgerschaft zu und sahen diese wohl auch nicht einmal vor. Sie folgen der Logik der Weisung, die den Gepflogenheiten universitärer Diskurse sowohl in Forschung und Lehre als auch in der Selbstverwaltung widerstreitet. Empörung, Streit und Widerstand entzündeten sich vor allem an der implizit ausgedrückten Ignoranz gegenüber universitären Üblichkeiten und der Entscheidungshoheit des akademischen Senats über die akademischen Belange v.a. von Forschung und Lehre, in die die Einrichtung eines militärischen Sicherheitsbereichs hineinspielt, was seitens des Ministeriums, wie oben bereits angedeutet, geleugnet wird.

Die Einschätzungen der Folgen variieren. Wie das Geleitwort unseres Präsidenten zu diesem Band andeutet, wird er in seiner Rolle als Kasernenkommandant versuchen, die »spezielle Wachanweisung« so auszugestalten, dass der militärische Sicherheitsbereich das wissenschaftliche Alltagsleben an der Helmut-Schmidt-Universität so wenig wie möglich stört. Über die Einschätzung, ob so wenig Störung wie möglich nicht schon zu viel sein wird, sollte auf dem Symposium wie über andere erwartete Folgen gestritten werden. Der Streit über die Folgen des vier Jahre nach der verfüigten Beratung über die Umsetzung noch immer drohenden Einrichtung des militärischen Sicherheitsbereichs konnte nur im Futur II erfolgen. Sein Gegenstand waren Vorstellungen, für die gilt – was Kant in der *Kritik der Urteilskraft* (1974 [zuerst 1790, § 56], S. 279 [B 233]) hellsichtig für den Geschmack feststellte –, über sie »lässt sich streiten (obgleich nicht disputieren).« Auch wenn sich keine Beweise im strengen Sinn beibringen ließen, hätte der Streit um die Sache auch mit Härte in der Sache geführt werden können. Zu den universitären Tugenden gehört, wie der Präsident in seinem Geleitwort ebenfalls feststellt, dass sachlich und nicht persönlich gestritten wird mit dem Ziel, dass aus dem Streit und den Zwängen der besseren Argumente neue Sichtweisen emergieren. Streit wird an Universitäten idealerweise getragen von »der Hingabe an die Sache«, die Max Horkheimer (1985 [1952], S. 415) in seiner engagierten Immatrikulationsrede zum Antrieb von Bildung erklärt. Der Konjunktiv zeigt an, dass der Streit auf dem

Symposium letztlich nicht ausgetragen werden konnte, weil niemand, der für die Einrichtung des militärischen Sicherheitsbereichs verantwortlich zeichnet, in ihn eintreten wollte. In dieser Hinsicht war das Symposium eine vertane Chance.

Auch fünf Jahre nach der Verfügung geht die für die Einrichtung des militärischen Sicherheitsbereichs notwendige »Ertüchtigung der Wache« – vorsichtig ausgedrückt – schleppend voran, so dass er noch immer nur droht. Dieser Umstand und auch, dass seit Auslaufen der Corona-Maßnahmen, die einen guten Vorgesmack auf die Wirkung des militärischen Sicherheitsbereichs gaben, nun am Eingangstor meist wieder gar kein Sicherheitspersonal tätig oder auch nur zu sehen ist, lässt sich als Indiz für den Grad der Dringlichkeit der Einrichtung deuten oder im Umkehrschluss der Leichtfertigkeit, mit der die Beschädigung einer besonderen und in der Einschätzung eines Großteils ihres wissenschaftlichen Personals sehr guten Universität seitens des Bundesministeriums für Verteidigung in Kauf genommen wird. Die erwarteten Beschädigungen zu beschreiben, zu diskutieren und sich ihnen wenigstens symbolisch entgegenzustellen, waren Zwecke des Symposiums. In diesem Sinn folgte es und auch schon ein Großteil seines Planungsprozesses von Beginn an der Strategie kritischer Theorie, Partei zu ergreifen für die Minorität, die nicht unbedingt eine Minderheit sein muss, deren Anliegen sich aber im Streit nicht angemessen artikuliert, weil sie als Streitpartei nicht akzeptiert oder sogar der Streitgrund bestritten wird.

Dass diese Parteinahme wiederum nicht zu offen zu Tage treten durfte, zeigt sich auch daran, dass die Initiative zum Symposium bis heute in der Erzählung des Präsidenten auf die Dekane-Konferenz zurückgeht, obwohl sie in einer hitzigen Diskussion im Senat längst präsent war. Die Diskussion war so hitzig, dass ein studentisches Senatsmitglied, das seinerzeit soldatische Hilfskraft an meiner Professur war, im Senat auf meine Ausführungen entgegnete, während des Symposiums nicht in die Nähe der Universität zu kommen, um nicht mit ihm in Verbindung gebracht zu werden. Dass sich der Senat im Streit um den militärischen Sicherheitsbereich seiner selbst bewusster wurde, wirkt wie ein Effekt von Hegels berühmter »List der Vernunft«, die »die Leidenschaften für sich wirken lässt« (Hegel 1986, S. 49). Dass das Symposium, wie im Nachgang der Debatten im Senat immer wieder betont wurde, obwohl es sich von selbst versteht, ein »wissenschaftliches« werden sollte, wirkt im Rückblick wie rhetorische Camouflage (oder diskursives Flecktarn). Auf dem Symposium – und das war seine Stärke – ging es um *parrhesia*, Freimütigkeit, die Michel Foucault in seiner unter dem Titel *Hermeneutik des Subjekts* (2004, S. 179) veröffent-

lichten Vorlesung am Collège de France aus den Jahren 1981/82 als eine »Ethik des gesprochenen Wortes« auffasst. Insgesamt wurde das Symposium von vielen Universitätsbürger:innen als wichtiger Schritt für die Weiterentwicklung der Campus-Kultur der Helmut-Schmidt-Universität und Ausdruck ihrer Eigenständigkeit wahrgenommen.

Was kam zur Sprache?

Nicht alles, was auf dem Symposium zur Sprache kam, ist in diesem Band zu lesen. Nicht alles, was in diesem Band zu lesen ist, wurde auf dem Symposium vorgetragen und diskutiert. Der Band wird eröffnet von zwei Beiträgen, die eine vermittelnde Perspektive einnehmen. Aus – und natürlich nicht nur aus – ingenieurwissenschaftlicher Perspektive plädiert *Jens Wulfsberg*, seinerzeit Dekan der Fakultät Maschinenbau und Bauingenieurwesen, dafür, die Argumente für und wider die Einrichtung des militärischen Sicherheitsbereichs abzuwägen, um doch noch zu einem für alle akzeptablen Kompromiss zu kommen. Den Kompromissvorschlag der Universität, nur die Wohn- und Stabsgebäude durch einen militärischen Sicherheitsbereich zu schützen, hatte das Ministerium durch die KomBA, das ist die Kommission für Bewachung und Absicherung, für nicht gangbar erklären lassen. Mein Vermittlungsversuch führt aus bildungsphilosophischem Blickwinkel über den Begriff des Widerstreits zwischen universitären und militärischen Interessen. Die Fälle von Widerstreit müssten zunächst erkannt und anerkannt werden, um die Situation produktiv bearbeiten zu können.

Es folgen zwei Beiträge, die die Auswirkungen auf internationale Kooperationen reflektieren. *Hans Koller*, der an der HSU die Professur für Betriebswirtschaftslehre mit den Schwerpunkt Technologie- und Innovationsmanagement innehat, erklärt, warum er es zukünftig nicht mehr für vertretbar halte, große internationale Kongresse an der Helmut-Schmidt-Universität auszurichten, und warum schon jetzt die Reputation der Universität leide, die seit Ankündigung der Einrichtung des militärischen Sicherheitsbereichs international verstärkt als Militärakademie wahrgenommen werde. Der Physiker und Friedensforscher *Götz Neuneck* weist ergänzend daraufhin, dass internationale Kooperationen in Zeiten geopolitischer Rivalitäten an Bedeutung gewinnen und ein MSB die dringend gebotene *science diplomacy* erheblich erschwere.

Eckardt Opitz und *Achatz von Müller* erinnern in ihren Beiträgen als Zeitzeugen und Beteiligte an die hochpolitischen Debatten um die Gründung

der HSU, in denen es gänzlich außer Frage stand, dass sich eine Hochschule der Bundeswehr von der Stadtgesellschaft abschotte und nicht durch ihre Zugänglichkeit Offenheit und Wissenschaftsfreiheit signalisierte. Diese Offenheit drückt, wie der Historiker *Michael Jonas* in seinem Beitrag eindrücklich zeigt, noch die moderne Architektur und Campusgestaltung aus. Der Alt-historiker *Burkhard Meißner* ordnet die Helmut-Schmidt-Universität in eine architektonische Tradition ein, die er mit Platons Akademie beginnen lässt, und warnt davor, dass die Geschichte wieder in der Douaumont-Kaserne als nicht-öffentlichem Ort enden könne. Mit der Universität als öffentlichem Ort setzt sich die Soziologin *Teresa Koloma Beck* in ihrem Beitrag auseinander; und der Soziologe *Tobias Hauße* beschreibt im Rückgriff auf Erfahrungen aus der Universität Bielefeld, was geschehen kann, wenn Universitäten weniger öffentliche Orte werden. Der Militärhistoriker *Sven Lange* unterstreicht in seinem Beitrag die absehbar wachsende Bedeutung universitärer Bildung für den Offizierberuf und begründet dies mit den sich rasant vervielfältigenden neuen Lagen und Herausforderungen. Der Psychoanalytiker *Karl-Josef Pazzini*, der auch schon mit einem Beitrag zur *Universität als Schutz für den Wahn* (2005) in dem Band *Bildung der Universität* vertreten war, deutet den militärischen Sicherheitsbereich als Symptom.

Thomas Jung hält in seinem Tagungsbericht fest, was zwar vorgetragen und diskutiert, aber aus verschiedenen Gründen nicht zu einem Beitrag für den vorliegenden Band wurde. Leider betrifft dies überwiegend Beiträge von Soldat:innen. So erfahren wir nur aus zweiter Hand von den Erfahrungen mit dem militärischen Sicherheitsbereich an der Münchner Bundeswehruniversität, von den Spielräumen bei Ausgestaltung des militärischen Sicherheitsbereichs am Militärhistorischen Museum in Dresden, wo man ihn als Besucher:in tatsächlich kaum bemerkt, und dem engagierten Plädoyer eines früheren Konventssprechers und heutigen Stabsoffiziers gegen die Einrichtung. Nicht nur aufgrund dieser Schieflage bin ich froh, dass wir *Manuel Schulz*, *Andrea Neusius* und *Katharina Kreutzmann* vom Zentrum für technologiegestützte Bildung der HSU nachträglich für einen Beitrag gewinnen konnten, der sich mit der Bedeutung wissenschaftlicher Bildung für ein weitverstandenes Sicherheitsdenken im Sinn der Human Security auseinandersetzt und danach fragt, wie sich die dafür notwendige Offenheit in einem geschlossenen Setting einstellen soll. Manuel Schulz verfügt wie Sven Lange über eine Doppelperspektive als Wissenschaftler und Stabsoffizier. Flankierend dazu beleuchtet *Roger Behrens* in seinem Beitrag das Themenfeld des Symposiums in Hinblick auf den Strukturwandel der Öffentlichkeit. Abgeschlossen wird der Band

durch einen Beitrag von dem Erziehungswissenschaftler *Thomas Höhne* und dem Politologen *Michael Staack*. Den Kern dieses Beitrags bildet ein Text von Thomas Höhne aus den *Blättern für deutsche und internationale Politik* zur Militarisierung der Universität durch Versicherheitlichung, den Michael Staack als Sonderdruck hatte drucken lassen, um ihn seinen Einladungen zum Symposium beizulegen. Weil sich der Druck verzögerte, lag der Text beim Symposium auf den Stühlen aus und entfaltete im Nachgang ungeahnte Wirkung, die Höhne und Staack zu einer Rahmung des auch vom Präsidenten zitierten Ausgangstextes veranlasste. Die studentisch-soldatischen Reaktionen auf den Text führten letztlich auch dazu, dass Nils Voßhage nicht zu diesem Band beitragen und ihn auch nicht mehr mit herausgeben wollte. Das ist nicht nur angesichts seines Engagements schade. Zu Beginn der Planung war er noch zuversichtlich, Gold aufs Podium seines Panels zu Widerstreit und Synergie von Bildungsauftrag der Universität und Ausbildung in den Streitkräften zu bekommen. Gold meint einen General. Sowohl der Abteilungsleiter der Abteilung P, als auch der Kommandeur des Zentrums für Innere Führung und der Beauftragte des Generalinspektors für Erziehung und Ausbildung sagten ihm trotz der Unterstützung seiner Bemühungen durch seine militärischen Vorgesetzten ab. Mehr studentische Beteiligung wäre möglich gewesen, wenn der Leiter des Studierendenbereichs nicht ein Sportfest auf den ersten Tag des Symposiums terminiert hätte. Es ist so leicht, eine Universität beiläufig zu beschädigen.

Ich danke Nils Voßhage und Jan Stöckmann für die produktive und intensive Zusammenarbeit. Ohne Jan Stöckmann fehlten die Beiträge von Opitz und von Müller in diesem Band; und die Abendveranstaltung hätte wahrscheinlich auch nicht im Körber Forum stattgefunden. Dank dafür gebührt selbstverständlich auch Gabriele Woidelko und Florian Bigge von der Körber-Stiftung für die gemeinsame Planung und die Ausrichtung dieses Abends. Jan Stöckmann trat von der Herausgabe zurück, weil er seinen Ansprüchen an die Herausgebertätigkeit aus seinem neuen beruflichen Umfeld nicht gerecht werden zu können glaubte. Gemeinsam mit Niklas Lenhard-Schramm hat er unter dem Titel *Kämpfer oder Denker?* einen lesenswerten Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Bundeswehruniversitäten verfasst, der auch gut in unseren Band gepasst hätte (Lenhard-Schramm/Stöckmann 2022). Gedankt sei an dieser Stelle auch noch einmal allen anderen Mitgliedern der Planungsgruppe, den vielen weiteren helfenden Händen aus der Verwaltung, unseren soldatisch-studentischen Hilfskräften und allen Beitragenden. Außerdem danke ich unserem Präsidenten, unserem Kanzler und dem Leiter unserer

Universitätsbibliothek für die Finanzierung dieses Bandes, der belegt, wie wichtig Bildung, Freimut und Kritik für eine Universität und die Bundeswehr sind. Die angestoßene Diskussion bleibt fortzusetzen.

Hamburg, im Juli 2023

Literatur

- Foucault, Michel (2004): Hermeneutik des Subjekts. Vorlesungen am Collège de France (1981/82). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1986): Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Werke 12. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Horkheimer, Max (1985): Begriff der Bildung. In: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 8: Vorträge und Aufsätze 1949–1973. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 409–419.
- Kant, Immanuel (1974): Kritik der Urteilskraft. Werkausgabe, Bd. X. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lenhard-Schramm, Niklas / Stöckmann, Jan (2022): Kämpfer oder Denker? Zur Entstehungsgeschichte der Universitäten der Bundeswehr. S. <https://zeithistorische-forschungen.de/3-2022/6074> (14. Juli 2023)
- Liesner, Andrea/Sanders, Olaf (Hg.) (2005): Bildung der Universität. Beiträge zum Reformdiskurs. Bielefeld: transcript.
- Pazzini, Karl-Josef (2005): Die Universität als Schutz für den Wahn. In: Liesner/Sanders (Hg.). Bildung der Universität. Beiträge zum Reformdiskurs. Bielefeld: transcript, S. 137–158.

Die Argumente abwägen – Kompromiss vereinbaren

Gedanken zum militärische Sicherheitsbereich an der HSU

Jens Wulfsberg

Die 20-jährige Arbeit als Professor an der HSU, die zwei Amtszeiten als Dekan der Fakultät Maschinenbau, die Tätigkeiten als Vizepräsident für Forschung an der Universität und als Präsident der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Produktionstechnik begründen meine Forderung nach Offenheit der Universitätsbürger im Geiste und der räumlichen Offenheit der Universität als Liegenschaft. Der Dienst in der Bundeswehr erzeugt bei mir ebenso das Verständnis für den Schutz und die Sicherheit der Universitätsbürger, die ja Teil der Bundeswehr sind und damit eine besondere Rolle in der Gesellschaft einnehmen.

Das Abwägen der Argumente für oder gegen einen MSB steht im vieldimensionalen Spannungsfeld der (1) grundgesetzlich garantierten Freiheit von Forschung und Lehre, (2) den Vorgaben des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges ... zur Einrichtung derartiger Bereiche, (3) den Anordnungsbefugnissen des zuständigen Ressorts im BMVg gegenüber der Universität und (4) den Befugnissen des akademischen Senates. Letztendlich mündet es jedoch (5) im Risikomanagement und in der Verantwortung des Präsidenten der Universität. (Ich vermeide hier die Begriffe Dienststellenleiter und Kasernenkommandant, die ich als Professor der Universität für zweitrangig halte, mögen sie formal auch eine wichtige Rolle spielen.) Für den Präsidenten spielt das Risikointegral bestehend aus der Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines sicherheitsgefährdenden Ereignisses einerseits und der Schwere der Folgen andererseits eine wichtige Rolle.

Wichtig ist dabei, welche sicherheitsgefährdenden Risiken ein MSB »klassischer Machart« verhindern oder eben auch nicht verhindern kann oder soll. Eine Schranke am Tor oder Menschen, die Waffen tragen, werden Risiken z.B. aus der Luft oder über Ver- und Entsorgungssysteme der Liegenschaft nicht

verhindern können. Ein »bisschen MSB« ist also genauso unvollkommen wie die Entscheidung eines Motorradfahrers, vor einer nicht einsehbaren Kurve, in der sich ein Hindernis befinden *könnte*, das zu einem fatalen Unfall führen *könnte*, nur ein *bisschen* langsamer zu fahren und dabei zu denken: »Da war ja noch nie ein Hindernis.« Eine solch rückwärtsgewandte Risikoeinschätzung führt in die Irre, weil sich irgendwann das für den Motorradfahrer lebensgefährliche Hindernis in der Kurve der Fahrbahn befinden wird. Diesem Gedanken folgend müsste also der »vollkommene MSB« eingeführt werden, was aus Sicht der Universitätsbürger vollkommen unannehmbar wäre!

Was muss also das Ziel eines Symposiums zum Thema MSB an der HSU sein? Nun, es sollten alle Argumente gegen und für den MSB durch Gegner und Befürworter gemeinsam gewichtet und in Waagschalen geworfen werden. Die Waagschalen werden allerdings nicht durch die mittelalterlich- neuzeitliche Justitia, sondern durch die Justitia der alten römischen Mythologie im Sinne der Aequitas gehalten. Das Richtschwert fehlt also noch! Daraus ergibt sich, dass zwischen Befürwortern und Gegnern ein Kompromiss ausgehandelt werden muss, weil ein »entscheidender« Richter fehlt. Der Kompromiss stellt also die Verbindung zwischen Sicherheit der Universitätsbürger und Offenheit der Universitätsliegenschaft dar. Der Kompromiss wird als gelungen betrachtet werden können, wenn Sicherheit in einem vereinbarten Maß gewährleistet ist, ohne dass die dafür notwendigen Maßnahmen durch Besucher der Universität wahrnehmbar sind. Das erfordert sicherlich ein wenig Fantasie.

Und: Der Kompromiss und die dahinterstehenden Maßnahmen sollten formal zwischen BMVg, Universitätsbürgern (vertreten durch den akademischen Senat) und Präsident vereinbart werden, um die Verantwortung für das verbleibende Restrisiko gerecht und dokumentiert zu teilen. Dies ist durch die Unlösbarkeit des beschriebenen Risikointegrals begründet: Die Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines sicherheitsgefährdenden Ereignisses oder die negativen Folgen eines solchen Ereignisses können durch einen MSB für eine Universität nicht auf Null gebracht werden.

Zum Widerstreit zwischen Universität und militärischem Sicherheitsbereich

Olaf Sanders

Der militärische Sicherheitsbereich (MSB), dessen Inkraftsetzung droht, wird die Helmut-Schmidt-Universität (HSU) beschädigen. Ihr wissenschaftliches Personal lehnt die Einrichtung deshalb einhellig ab, lediglich im Hinblick auf das Ausmaß der erwarteten Einschränkungen und Folgen differieren die Einschätzungen. Die Ablehnung allein wird eine Beschädigung zur Folge haben oder die erwarteten Schäden verstärken, denn Universitäten leben von Identifikation oder *commitment* ihrer Mitglieder. Werden diese schwächer, schadet dies der Universität.

Weil Universitäten sensible Organisationen sind, können Veränderungen wie die Einrichtung eines militärischen Sicherheitsbereichs weitreichende Auswirkungen auf Ihre Qualität haben. Qualitätseinbußen befürchtet auch der Akademische Senat. Deshalb hat er sich einstimmig gegen die Einführung eines militärischen Sicherheitsbereichs ausgesprochen – und ebenso einstimmig für die Ausrichtung eines Symposiums zum Thema »Universität und militärische Sicherheit«. Das Symposium, das am 19. und 20. Mai 2022 stattfand, wurde im Auftrag des Senats von einer Programmkommission vorbereitet, die wie eine Multitude zusammenwirkte. Die Multitude erscheint mir generell als eine ideale Art von Universitätskollektiv.

Spinoza unterscheidet im *Politischen Traktat* (1994, V, §6, S. 65ff.) die freie Multitude von der Multitude unter Kriegerrecht. Die freie Multitude sei darauf aus, das Leben zu gestalten, die Multitude unter Kriegerrecht versuche nur, dem Tod zu entronnen. Soweit würde ich in Bezug auf den militärischen Sicherheitsbereich nicht gehen, aber die Tendenz scheint mir zu stimmen, denn der MSB mindert die Hoffnungen vieler Universitätsbürger:innen auf ein gelingendes oder sich positiv entwickelndes Universitätsleben.

Der Protest gegen die Einrichtung des Militärischen Sicherheitsbereichs endet nicht an den Zäunen der Universität. Davon zeugen die vielen Unter-

schriften von Wissenschaftler:innen gegen seine Einrichtung. Die Helmut-Schmidt-Universität ist eben nicht nur eine Universität im Geschäftsbereich des Bundesverteidigungsministeriums, sondern auch Teil des weltweiten Netzes von Universitäten. Dass an den Zäunen unserer Universität (oder auch dahinter) demnächst Schilder unbefugtes Betreten verbieten und vor Schusswaffengebrauch warnen, löst in der wissenschaftlichen Community mindestens ungläubiges Staunen aus, weil weder Betretungsverbot noch Schusswaffengebrauch so recht zu einer Universität passen mögen, und meist auch Empörung, weil die Folgen als vollkommen inakzeptabel eingeschätzt werden. Universitäten sind traditionell öffentliche und frei zugängliche Orte. Wie weit diese Tradition zurückreicht, ruft der Beitrag von Burkhard Meißner in diesem Band in Erinnerung.

Die Bundeswehr scheint ein gewisses Geschick zu besitzen, Institutionen, die nicht zu ihrem Kerngeschäft gehören, beiläufig zu beschädigen. Als ich 2013 meine Professur an der TU Dresden antrat, war das Militärhistorische Museum in der Stadt und in den Feuilletons überregionaler Qualitätsmedien präsent. Nach einem Streit über die Ausstellung »Gewalt und Geschlecht«, die dann sehr verzögert 2018 in Dresden doch noch zu sehen war, verschwand das aufstrebende und seinerzeit in Deutschland zweitbedeutendste historische Museum in der medialen Versenkung und hinter den Aufmerksamkeitshorizonten.

Wie die HSU ist das Militärhistorische Museum eine Institution der Bundeswehr, an der diese und die übrige Gesellschaft niedrigschwellig zusammenkommen. Als »längster Lehrgang« der Offizierausbildung gehört das Universitätsstudium selbstverständlich ins Kerngeschäft, weil es aber kein Lehrgang ist, lässt es sich nicht wie einer steuern. Universitäten brauchen andere Freiräume. Studium ist keine Ausbildung.

Auch das Militärhistorische Museum befindet sich in einem militärischen Sicherheitsbereich, den allerdings kaum bemerkt, wer es besucht. Die Schilder hängen auf Kniehöhe, und Kontrollen gibt es während der Öffnungszeiten keine. Warum das bei unserer Universität nicht genauso gehandhabt werden könnte, wurde uns bisher nicht erklärt. Die Informationen seien eingestuft, heißt es, als ob das etwas besagte. – Das tut es, allerdings nur in der militärischen Diskursart oder der politischen, aber nicht in der universitären. In dieser wird auch nicht unmittelbar verständlich, warum auch der sogenannte »MSB light« sich als nicht diskutabel erwies. Das wissenschaftliche Personal der Helmut-Schmidt-Universität hätte die Einrichtung eines Militärischen Sicherheitsbereichs auf dem Gelände der Hanseatenkaserne und der Wohn-,

Studierenden- und Stabsbereiche in der Douaumont-Kaserne, also auf einem Teil des Campus, wahrscheinlich akzeptiert. Völlig inakzeptabel wirkt im universitären Diskurs hingegen, wenn Entscheidungen nicht nachvollziehbar begründen werden, sondern bloß erklärt wird, dass sie gut begründet seien. Zweifel an der guten Begründung weckt z.B., dass die Studierenden, die in den denkmalgeschützten Gebäuden der ehemaligen Lettow-Vorbeck-Kaserne wohnen, und das dort arbeitende militärische Personal weniger schutzbedürftig oder schützenswert zu sein scheinen als diejenigen in der Hanseaten- und Douaumont-Kaserne. Dass die ehemalige Lettow-Vorbeck-Kaserne wegen ihres Namensgebers und der architektonischen Elemente, die an ihn und sein Tun erinnern, als Wohnort für soldatische Studierende problematisch ist, steht noch auf einem anderen Blatt. Auch dass von der Weisung, einen militärischen Sicherheitsbereich einzurichten, bis zu seiner Einrichtung wahrscheinlich sechs Jahre vergehen werden, spricht nicht für eine Dringlichkeit, die groß genug ist, die Beschädigung der Universität billigend in Kauf zu nehmen. Die Ertüchtigung der Wache, die Herstellung von Warnschildern und die Erstellung einer Wachanweisung rechtfertigen den Zeitrahmen, selbst gemessen an den oft langen Dauern in der Bundeswehr, nicht.

Ein möglicher Grund für die Einrichtung des militärischen Sicherheitsbereichs, der den Eigensinn einer Universität missachtet, könnte sein, dass unsere Universität zu den letzten Liegenschaften der Bundeswehr gehörte, die kein Militärischer Sicherheitsbereich waren, sondern bisher bloß militärischer Bereich. Den Unterschied benennt das UZwGBW. Das »Gesetz über die Ausübung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie ziviler Wachpersonen« stellt klar, dass militärische Sicherheitsbereiche militärische Bereiche seien, »deren Betreten durch die zuständigen Dienststellen verboten worden ist« – auf besagten Schildern ist das der Kasernenkommandant, also unser Präsident, der zugleich die Beschlüsse des Senats umzusetzen hat. Der Präsident befindet sich also in der misslichen Lage, den militärischen Sicherheitsbereich als Kasernenkommandant einrichten zu müssen, und zugleich etwas gegen seine Einrichtung unternehmen zu sollen. Die Misslichkeit zeigt einen Widerstreit an.

Der französische Philosoph Jean-François Lyotard, der durch eine Gelegenheitsarbeit Ende der 1970er Jahre dem Begriff »Postmoderne« einen Popularisierungsschub verpasste und die großen Erzählungen der Emanzipation für erledigt erklärte (vgl. Lyotard 1986), unterscheidet einen Widerstreit

von einem Rechtsstreit dadurch, dass dieser innerhalb eines geteilten Bezugssystems ausgetragen werden könne, in der Regel im geltenden Recht, jener aber nicht, weil für die beiden Bezugssysteme ein Drittes fehle, das sie umfasse (vgl. Lyotard 1989). Wird nun ein Widerstreit wie ein Rechtsstreit entschieden, entsteht Unrecht, das sich innerhalb des entscheidenden Prozesses oder des wirkungsmächtigeren Diskurses nicht artikulieren kann. Dieses Unrecht nötigt zur Erfindung neuer Ausdrucksmöglichkeiten, die ethisch geboten sind, weil sie der Partei helfen, die Unrecht erfahren hat.

Anders als ein Widerspruch, lässt sich ein Widerstreit nicht logisch auflösen; und er treibt auch keine Dialektik an. Der Knoten lässt sich nur durchschlagen; und die Verantwortung dafür wäre zu tragen. Diese Verantwortung zu tragen, dazu hat sich im Bundesministerium der Verteidigung bisher nach meinem Wissen leider (noch) niemand bereiterklärt.

Auch diese Frage drängt sich auf: Wer profitiert von der Einrichtung des militärischen Sicherheitsbereichs? Zunächst der Studierendenbereich, dem die Einrichtung einer Waffenkammer die allgemeine militärische Aus- und Fortbildung erleichtern wird. Außerdem könnten wohl Disziplinararreste zukünftig auf dem Campus vollzogen werden. Der Studierendenbereich hat im Senat versichert, die Einrichtung des militärischen Sicherheitsbereichs nicht angeregt oder betrieben zu haben. Der Widerstreit zwischen der militärischen und der universitären Logik ist demnach kein Widerstreit zwischen den sogenannten militärischen und akademischen Bereichen der Helmut-Schmidt-Universität, die zukünftig präziser Studierendenbereich und Universität genannt werden sollten. Das ist kein einfacher Gegensatz, denn der Studierendenbereich ist Teil der Universität, zugleich weist er über diese aber in andere Bereiche der Bundeswehr hinaus. Das spiegelt sich in seinen beiden Hauptaufgaben: der Unterstützung der Studierenden, damit möglichst viele von ihnen innerhalb von 47-Monaten-Kompaktstudium einen Masterabschluss erwerben, und dem Erhalt oder der Steigerung militärischer Grundfertigkeiten der studierenden Soldat:innen. Dass auch diese beiden Aufgaben anfällig für Fälle von Widerstreit sind, belegt schon, dass ausgerechnet am ersten Tag des Symposiums, auf dem es auch um die Bedeutung des Studiums für die Offizierausbildung ging, ein nicht zu verschiebendes Sportfest stattfand, dass im Grunde alle Studierenden einband, außer diejenigen, die unbedingt an unserem Symposium teilnehmen wollten. Wahlfreiheit bestand eher nominell als faktisch.

Der im Studierendenbereich angelegte Widerstreit spiegelt den einer Universität der Bundeswehr, die – wie eben schon ausgeführt – zugleich Teil der

Bundeswehr ist, in ihr aber nicht aufgeht, weil sie auch Teil des weltweiten Universitäts- und Wissenschaftsnetzes ist. Die beiden skizzierten Widerstreit-Lagen wurzeln wiederum in weiterreichenden Widerstreit-Lagen.

So hat Thomas Höhne (2021) in seinem Beitrag über *Militarisierung der Hochschule: Die Helmut-Schmidt-Uni als Exempel* die Einrichtung des militärischen Sicherheitsbereichs zu Recht in den Zusammenhang um die aktuelle Auseinandersetzung um die Innere Führung gestellt. Innere Führung ist ein Alleinstellungsmerkmal der Bundeswehr und soll ihre Zivilität sicherstellen. Dass die Innere Führung für Teile der sogenannten Generation Einsatz »auf den Prüfstand« gehöre (vgl. Bohnert 2017) und die veränderte Sicherheitslage Verfechtern des »scharfen Endes« des Soldatenberufs, das es nicht zu verdrängen oder zu leugnen gilt, wieder stärkeren Auftrieb verleiht, mindert die Bedeutung der im Kern zivilen Universität für Bundeswehr und erleichtert, sie als höhere Ausbildungsinstitution unter anderen aufzufassen. Da die Offizierschulen und die Führungsakademie schon militärische Sicherheitsbereiche sind, warum sollte dann nicht auch die Helmut-Schmidt-Universität ein militärischer Sicherheitsbereich sein? Eben weil sie eine Universität ist. Das ist die Universität der Bundeswehr München zwar auch, aber offenbar hat sie eine andere Vorstellung von Universität oder auch keine, zumindest keine im emphatischen Sinn.

Selbstverständlich ist auch der innermilitärische Widerstreit mit einem inneruniversitären verknüpft, dem nämlich, dass Universitäten traditionell zwar Orte großer Freiheit und geringer Kontrolle sind, aber gerade in den letzten Jahrzehnten zusehends unter den Zwang gerieten, sich als nützlich darzustellen oder zu erweisen, und beschleunigt durch die bis heute nicht evaluierte Bologna-Reform auch außerhalb der Bundeswehr stärker als Ausbildungsinstitutionen wahrgenommen werden. Auch in Universitäten außerhalb des Geschäftsbereichs des Bundesverteidigungsministeriums herrscht also Widerstreit.

Der Literaturwissenschaftler Peter-André Alt, der erst Präsident der Freien Universität Berlin war und dann Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, stellt in seinem Buch *Zur Lage der deutschen Universität* fest, dass Universitäten »durch ihre Grundlagenforschung Räume für eine offene Gesellschaft schaffen und zugleich den Zwecken der Praxisorientierung, Berufsvorbereitung und der Vermittlung ihrer Arbeitsergebnisse dienen müssen.« (Alt 2021, S. 247) Hinter »Vermittlung ihrer Arbeitsergebnisse« verbirgt sich ihre neben Forschung und Lehre so genannte *third mission* als Wissens- und Technologietransfer oder Weiterbildung. »Praxisorientierung« und »Berufsvorbereitung«

sind Ansprüche an die Lehre, die im Zuge der Umstellung von Magister- oder Diplom-Studiengänge auf konsekutive Bachelor- und Master-Studiengänge angewachsen sind. Traditionell diente die universitäre Lehre vor allem der Forschung und der Bildung.

Wilhelm von Humboldt (1964a, S. 262) argumentiert in seinem Text *Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin*, der 1810 in Zuge des Gründungsprozesses der Universität zu Berlin, der heutigen Humboldt-Universität, entstand, dass es in Deutschland gerade die Professoren gewesen seien, die zum Fortschritt in der Wissenschaft beigetragen hätten: »Der Gang der Wissenschaft ist offenbar auf einer Universität, wo sie immerfort in einer grossen Menge und zwar kräftiger, rüstiger und jugendlicher Köpfe herumgewälzt wird, rascher und lebendiger« als an Akademien, wo gestandene Akademiker unter sich diskutieren oder auch ausschließlich in »Einsamkeit und Freiheit« (ebd., S. 255) am eigenen Schreibtisch.

Studierende befördern aber durch Einsatz ihrer »kräftigen, rüstigen und jugendlichen Köpfe« nicht nur die Forschung, sondern sorgen Humboldt zufolge zudem dafür, dass Universitäten keine Elfenbeintürme werden: »Die Universität nemlich steht immer in engerer Beziehung auf das praktische Leben und die Bedürfnisse des Staates, da sie sich immer praktischen Geschäfte für ihn, der Leitung der Jugend, unterzieht« (ebd., S. 263). Leitung wird wiederum zum Antagonismus von Bildung. Das Verhältnis der Universität zur Bundeswehr scheint mir schon auf diese Weise gesichert.

Humboldt (1964b, S. 64) hatte bereits 1792 erkannt, dass »höchste und proportionirlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen« der »wahre Zweck des Menschen« sei und diese »Freiheit« und »Mannigfaltigkeit der Situationen« voraussetze. Insofern muss für sie gelten, was Humboldt im Hinblick auf die öffentliche Erziehung formuliert. Sie scheint ihm »ganz ausserhalb der Schranken zu liegen, in welchem der Staat seine Wirksamkeit halten muss.« (Ebd., S. 108) Der Grund besteht darin, dass staatliche Eingriffe in der Regel Vereinseitigung zur Folge haben, was als Gegenteil von Proportionierlichkeit Bildungsprozessen entgegenwirkt. Der einsichtige Staat werde zukünftig, da war Humboldt sicher, in die höhere Bildung »immer bescheidener eingreifen« (1964a, S. 257). Dieser Prozess hat sich, wie oben angedeutet, in den vergangenen Jahrzehnten umgekehrt. Wird eine Universität als Ausbildungsinstitution unter anderen begriffen, kommt es zu ihrer Entwertung. Ich wünsche mir im Bundesverteidigungsministerium mehr Verständnis für die Universitäten in ihrem Geschäftsbereich und eine Humboldt'schere Haltung zu ihnen. Der universitär-gebildete und in wissenschaftlicher Urteilskraft geübte Offizier

erscheint mir als das Beste, was eine Universität der Bundeswehr bieten kann. Und die Bundeswehr braucht ebensolche Offiziere.

Ich habe in der Vorbereitung auf das Symposium gelernt, dass die Bundeswehr noch immer vor allem auf Ausbildung und Erziehung setzt und die Bildung eher ausspart. Nun steht über dem Eingang zum Hauptgebäude der Universität Hamburg nicht ohne Grund: der Forschung, der Lehre, der Bildung.

Für den Kantianer Humboldt wurzeln Zweck und Bedingung von Bildung in der Vernunft, die uns leider nicht verlässlich beisteht. Denkt man Freiheit ganz elementar, dann erscheint sie zunächst als Bewegungsfreiheit. Diese wird durch das grundsätzliche Betretungsverbot, das der militärische Sicherheitsbereich für die Universität bedeutet, in jedem Fall eingeschränkt. Auch wenn die Einschränkungen für die Universitätsmitglieder so gering wie möglich ausfallen sollen, stellen sie die Corona-Maßnahmen gewissermaßen – also in Teilen zumindest – auf Dauer. Das heißt: Spontaneität wird verunmöglicht, ebenso wie Besuche von Menschen, die sich – aus welchen Gründen auch immer, vielleicht auch schlechte Erfahrungen mit Sicherheitskräften andernorts – nicht anmelden oder ihre Identität nicht feststellen lassen möchten. Kinder und Jugendliche dürfen sich unbegleitet gar nicht mehr auf dem Campus bewegen, das gilt auch für die Kinder der Universitätsbürger:innen. Nur durch Begleitung lassen sich Anmeldung oder Identitätsfeststellung unterlaufen. Begleitung kann zwar etwas Freundliches sein, als Zwang schenkt sie die Freiheit aber auch weiter ein.

Das erste Opfer der eingeschränkten Bewegungsfreiheit wird die Campuskultur, die von Begegnungen lebt, die seltener werden, wenn Wissenschaftler:innen seltener vor Ort sein und weniger Gastvorträge oder Ringvorlesungen sowie auch Workshops, Tagungen, Symposien oder Kongresse organisieren werden. Auf dem Campus ließe sich zwar nach wie vor Sport treiben oder auch Grillen, aber die genuin universitäre Kultur würde veröden. Der Campus wäre bloß noch eine Kaserne mit Hochschulbetrieb.

Die Reduktion auf eine Kaserne mit Hochschulbetrieb läuft den Gründungsintentionen der Helmut-Schmidt-Universität entgegen und auch den einstigen Wünschen der Stadt Hamburg. Für eine Kaserne scheinen mir auch die krummen Wege rund um das Hauptgebäude untypisch, die in Erinnerung rufen, dass die Wege zur Wissenschaft oft gewundenen sind oder sich als Umwege erweisen.

Der »unmittelbare Zwang«, den das UZwGBW legitimiert, dient der Durchsetzung des Betretungsverbots, das Straftaten gegen die Bundeswehr verhindern soll. Er schließt Schusswaffengebrauch ein. Selbst an der Univer-

sität Heidelberg hat man sich nach der Amoktat im Januar 2022 entschieden, keine Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Nun sind Universitäten sowieso keine gewaltfreien Orte, vielmehr sind z.B. die Diskussionen um Trigger-Warnungen vor Lehrinhalten ein Hinweis darauf, dass immer wieder ausgehandelt werden muss, wie viel Gewalt oder Macht an wirken soll oder darf. Idealerweise kommt im Aushandlungsprozess »einzig der Zwang des besseren Arguments zum Zuge« (Habermas 1991, S. 13f.). Diese Formulierung aus Habermas' *Erläuterungen zur Diskursethik* weist darauf hin, dass auch unter dem Primat der Argumentation noch Zwänge herrschen, allerdings vor allem durch Wissenschaft begründete – und weniger als »unmittelbarer Zwang« administrativer Entscheidungen.

Als Professor an der HSU kann ich nur hoffen, dass die für die Einführung des militärischen Sicherheitsbereichs Verantwortlichen noch zu Einsicht kommen, dass unsere Universität, so wie sie ohne militärischen Sicherheitsbereich in seiner angewiesenen Form werden könnte, die bestmögliche Universität für die Bundeswehr ist, oder sich zukünftig wenigstens ernsthaft einer universitätsangemessenen Diskussion stellen. Diese Hoffnungen teilen viele meiner Kolleg:innen.

Literatur

- Alt, Peter-André (2021): Excellent!? Zur Lage der deutschen Universität. München: C.H. Beck.
- Bohnert, Marcel (2017): Innere Führung auf dem Prüfstand. Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Hamburg: Deutscher Veteranenverlag.
- Habermas, Jürgen (1991): *Erläuterungen zur Diskursethik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Höhne, Thomas (2021): Militarisierung der Hochschule: Die Helmut-Schmidt-Uni als Exempel. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12, S. 25–28.
- Humboldt, Wilhelm von (1964a): Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin. In: Ders.: *Werke*, Bd. 4: *Schriften zur Politik und zum Bildungswesen*. Darmstadt: WBG, S. 255–266.

- Humboldt, Wilhelm von (1964b): Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen. In: Ders.: Werke, Bd. 1: Schriften zur Anthropologie und zum Bildungswesen. Darmstadt: WBG, S. 56–233.
- Lyotard, Jean-François (1986): Das postmoderne Wissen. Ein Bericht. Wien: Passagen.
- Lyotard, Jean-François (1989): Der Widerstreit. München: Fink.
- Spinoza, Baruch de (1994): Politischer Traktat. Lateinisch – Deutsch. Hamburg: Meiner.

Konsequenzen der Errichtung eines MSB für internationale Kooperationen

Persönliche Perspektive eines Vertreters
der Betriebswirtschaftslehre

Hans Koller

Der BWL sagt man Manches nach, aber sicher kein dogmatisches Festhalten an traditionellen Prinzipien. Vielmehr kennt man Betriebswirte als diejenigen, die nüchtern eine effektive Erreichung von Zielen auf eine möglichst effiziente Weise anstreben. In der Folge möchte ich mich anhand zweier Beispiele mit der effektiven Erreichung des Zieles »Verankerung der HSU in der internationalen Forscher-Szene« befassen sowie mit dem Ziel der Vermittlung von Kompetenzen für internationale Kooperationen während der Qualifizierung.

Wann immer ich in den letzten 24 Jahren Kolleginnen und Kollegen (nationalen wie internationalen) auf die Frage nach meiner Universität antwortete, dass ich eine Professur an der Universität der Bundeswehr habe, waren die ersten Reaktionen die gleichen: frotzelnde Frage, ob denn die Studierenden Uniform tragen, ob man regelmäßig mit antreten müsse, ob man selbst Soldat sei und dergleichen mehr. Wann immer die besagten Kolleginnen und Kollegen mich in dieser Universität besuchten, wich das Frotzeln einem bewundernden Staunen. Besonders deutlich war dies 2008, als ich die Ehre hatte, der erste deutsche Gastgeber für die traditionsreichste Europäische Konferenz im Bereich des Innovationsmanagements zu sein. Im 15. Jahr ihres Bestehens kam die IPDMC – die Innovation and Product Development Management Conference – zum ersten Mal nach Deutschland, und das ausgerechnet an die Universität der Bundeswehr Hamburg. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ganzen Welt waren mehr als überrascht über die freie Zugänglichkeit des Geländes und der Universität, über die zivile Bekleidung der Studierenden und die Abwesenheit militärischer Symbole. Das war signifikant anders als sie das aus den Military Academies ihrer Länder kannten. Aus der Überraschung wur-

de Bewunderung und Wertschätzung für diese offene und freie Universität der deutschen Streitkräfte. Hamburg und die HSU schien es den renommierten Kolleginnen und Kollegen wirklich angetan zu haben, denn als das Conference Board vor zwei Jahren beschloss, dass es Zeit wäre, die nunmehr 29. IPDMC wieder in Deutschland stattfinden zu lassen, war jeder Versuch, Ihnen andere attraktive Tagungsorte in Deutschland vorzuschlagen, vergebens. Das Board wollte unbedingt wieder nach Hamburg. Für meinen Kollegen Cornelius Herstatt von der TUHH und für mich hingegen, die wir diese Konferenz zum zweiten Mal gemeinsam ausrichten wollten, hatte sich die Situation mit der Aussicht auf einen MSB an der HSU jedoch gravierend verändert. Wer in Neubiberg erlebt, wie sich der Zugang zu einer Universität anfühlt, wenn man eine bewaffnete Wache passieren und dort unter Vorzeigen seines Personalausweises Einlass in ein sichtbar umzäuntes Gelände erbitten muss, der weiß sofort, dass das in der wissenschaftlichen Szene schlichtweg unzumutbar ist. Selbst wenn es manche Kolleg:innen akzeptieren mögen, gibt es viele Kolleg:innen, z.B. aus neutralen Ländern (z.B. bisher Schweden und Finnland) oder aus Ländern, in denen die Erinnerung an den zweiten Weltkrieg noch sehr präsent ist, die sich in einem solchen Ambiente unwohl fühlen würden. Sehr schnell haben Cornelius Herstatt und ich entschieden, die 29. IPDMC in Anbetracht des MSB nicht mehr an der HSU stattfinden zu lassen, sondern an der TU in Harburg. Dies ist nur ein Beispiel, es wird viele andere internationale Konferenzen oder andere Veranstaltungen geben, die in Zukunft dann eben nicht mehr an der HSU stattfinden, wenn diese von einem MSB umgeben ist – ganz im Gegensatz zu dem propagierten Bemühen der HSU um eine Vernetzung in der internationalen Wissenschaftsszene. Und dabei geht es nicht nur um die Zugangskontrolle, sondern es geht um das Befremden, das eine solche Zugangskontrolle auslöst in einer Wissenskulturszene, die vom offenen (!) Austausch lebt. Die institutionelle Logik in der Wissenschaftsszene ist einfach eine komplett

andere als die institutionelle Logik des Militärs.¹ Selbst die Harvard Business School oder das MIT in Cambridge sind völlig frei zugänglich.

Helmut Schmidt, Willy Brandt und Georg Leber wussten das – und haben sich bewusst für OFFENE Universitäten der Bundeswehr entschieden – für das, was die Kolleginnen und Kollegen aus der IPDMC 2008 so bewundert haben. Obwohl es in den damaligen Zeiten nach 1968 und in der Hochphase der RAF sicher gute Gründe für eine Abschottung der Bundeswehr gab, haben die Gründerväter die beiden Universitäten der Bundeswehr bewusst unter die Kultusaufsicht der Länder gestellt, und haben sich bewusst für ihre Universitäten als Orte offener Begegnungen zwischen »Bürgern in Uniform« und der Zivilgesellschaft entschieden. Dies war nicht nur ein Versprechen an die lokale Politik, die größten Wert auf diese Offenheit legte und die sogar bereits die Integration der Hochschule der Bundeswehr in die Gesamthochschule Hamburg per Gesetz vorbereitet hatte (vgl. Ellwein/Müller/Plander [Hg.] 1974). Den Gründern ging es um nicht weniger als um die Verankerung der Bundeswehr als Streitkräfte einer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung in der Mitte der Gesellschaft. Dem Gründungspräsidenten der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg, Thomas Ellwein, und anderen Mitgliedern der Gründungskommission war diese Offenheit so wichtig, dass sie die ganze Architektur der Universitätsbauten an diesem Prinzip der Offenheit ausgerichtet haben. Was für eine bewundernswerte politische Weitsicht und Umsicht! Es ist mir völlig unbegreiflich, was es heute rechtfertigt, diese wohl durchdachten politischen Ziele der Gründer und ihre wohl durchdachte Umsetzung in einer sicherheitspolitischen Lage aufzugeben, die nicht angespannter ist als die Ost-West-Konfrontation Anfang der 1970er Jahre. Als effektive Maßnahme im Sinne der Förderung internationaler Forschungskooperationen kann man die Errichtung eines MSB jedenfalls keinesfalls bezeichnen.

Als Betriebswirt ist mir die Tendenz zu einer Standardisierung der Sicherheitsmaßnahmen und zu einer Gleichbehandlung aller militärischen

1 Vgl. zu Institutional Logics bspw. Thornton, Patricia H.; Ocasio, William: Institutional Logics. In: Greenwood; Sarling; Suddaby (ed.): The Sage Handbook of Organizational Institutionalism, Sage 2008, S. 99–129.

Zu den Spannungen der Institutionellen Logiken zwischen dem Sicherheitsdenken der Bundeswehr und dem notwendigen Explorieren durch Start-ups vgl. z.B. auch Andresen, Florian/Schulte, Benjamin: Institutionelle Ambidextrie in der Bundeswehr: Die Navigation zwischen formaler Hierarchie und agiler Start-up Logik am Beispiel der Einsatzflottille 1. In: Kraus/Kreitenweis/Jeraj (Hg.): Intrapreneurship – Unternehmergeist, Systeme und Gestaltungsmöglichkeiten, Gabler-Vlg. 2022, S. 263–277.

Einrichtungen, die alle von einem MSB umgeben werden, ebenso bewusst wie auch der Anreiz zu einer Risikominimierung bei jenen Stellen und Gremien in der Bundeswehr, die heute über die Beibehaltung eines Sonderweges für die HSU entscheiden müssen. Die Kommission für Bewachung und Absicherung der Bundeswehr (KomBA) legt ihr Augenmerk eben vorrangig nur auf »Bewachung und Absicherung«. Vielleicht liegt es an meinem Spezialgebiet des Innovationsmanagements, dass ich diese in Unternehmen wie in öffentlichen Betrieben zu beobachtende Tendenz zu einer Risikominimierung überaus kritisch sehe. In seinem Büchlein über Vertrauen spricht schon Niklas Luhmann davon, dass in unserer überaus komplexen Welt eine Risikominimierung zur Verhinderung allen Fortschritts führt (vgl. Luhmann 2014), von Wirtschaftswissenschaftlern wie Schumpeter oder Vertretern aus dem heutigen Innovationsmanagement ganz zu schweigen. Etwas »unternehmen« oder einen Fortschritt auf politischer Ebene anzustreben, ist immer mit Risiken verbunden. Die Gründerväter der Universitäten der Bundeswehr wussten das und sind mit eben dieser Gründung, die innerhalb und außerhalb der Bundeswehr hoch umstritten war, viele Risiken eingegangen (vgl. Ellwein/Müller/Plander [Hg.] 1974). Auch heute müssten jene Entscheidungsträger im Sinne der übergeordneten Zielsetzung den Mut haben, eine Entscheidung für die Beibehaltung einer offenen HSU zu treffen, die ihnen *vielleicht* später einmal vorgeworfen werden könnte, wenn denn doch etwas passieren sollte. Ich persönlich bewundere Entscheidungsträger in allen Bereichen, die ihre Entscheidungen an den ganzheitlichen und langfristigen Zielen ausrichten, statt an der kurzfristigen Risikominimierung. Wenn man sich so verhält, fördert dies die langfristige Effektivität statt einer kurzfristigen Effizienz.

Gern möchte ich noch ein zweites Argument anbringen, das weniger an der Positionierung der Universität in der internationalen Scientific Community ausgerichtet ist, als vielmehr an der originären Auftragserfüllung der Bundeswehr selbst. Dabei ist mir bewusst, dass ich mich als Zivilist damit auf Glatteis begeben. Ich habe die Ehre und das Vergnügen, im Rahmen der akademischen Weiterbildung an der HSU als Studienleiter für den sehr international ausgerichteten »Master on Civil-Military Interaction« tätig sein zu dürfen, den das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) bzw. die HSU gemeinsam mit dem NATO CIMIC Center of Excellence in Den Haag betreibt. Als »Studierende« durften wir hier in den letzten Jahren eine wirklich beeindruckende Fülle an sehr erfahrenen Expertinnen und Experten begleiten – aus den Streitkräften unterschiedlicher Nationen, aus GOs, NGOs, Frontex, Feuerwehr, Katastrophenschutz etc. mit sehr unterschiedlichen beruflichen Hin-

tergründen. In dem aktuellen Jahrgang haben wir 25 Teilnehmer aus zwölf Nationen – von Kanada und den USA über viele Europäische Staaten bis hin zu Nigeria und Australien. Sie alle sind bemüht, in gemeinsamen Hilfsaktionen einer bedrohten Bevölkerung effektiv und effizient Hilfe zu leisten – sei es in Folge bewaffneter Konflikte oder nach Naturkatastrophen. Obwohl sich die involvierten Organisationen und Menschen im Ziel alle einig sind, ist die Koordination dieser Beteiligten im Einsatz doch oft extrem schwierig. Der Grund für diese Problematik liegt in dem Umstand, dass die Beteiligten sehr heterogene Erfahrungshintergründe und Sichtweisen haben – oder mit Bezug zur Theorie: Sie folgen unterschiedlichen institutionellen Logiken.² Das Wichtigste, was es in diesen internationalen Kooperationen zunächst zu erreichen gilt – da sind sich alle Teilnehmer an diesem Studiengang einig – ist die Förderung eines gemeinsamen Verständnisses füreinander, verbunden mit einem hohen Maß an Toleranz für die Berechtigung unterschiedlicher Perspektiven. Genau diese Offenheit für unterschiedliche Perspektiven ist etwas, das im akademischen Diskurs gelernt werden soll. Und für diesen akademischen Diskurs ist wiederum die Offenheit der Institution wegweisend. Ich möchte an dieser Stelle meinen geschätzten Kollegen Manuel Schulz zitieren, der als Oberst aus seinen KFOR-Einsätzen im Kosovo die Erkenntnis von der außerordentlichen Bedeutung des »Comprehensive Approach« mitgebracht hat und der in einer Veranstaltung an der HSU dazu gesagt hat: »Wo sonst sollen die jungen Soldatinnen und Soldaten diese notwendige Offenheit erlernen, wenn nicht an der Universität«?! Mit dieser Aussage verband er die Bewunderung für eine und die Forderung nach einer Beibehaltung der Offenheit der Universität im Sinne der Gründer (vgl. auch Schulz 2005). Wenn die im MCMI immer wieder geäußerte Vermutung (oder Befürchtung) zutrifft, dass wir künftig sehr viel mehr zivil-militärische Zusammenarbeit brauchen – sowohl in der Folge zunehmender Naturkatastrophen als auch in der Folge veränderter Szenarien für militärische Konflikte, bei denen die Zivilbevölkerung sehr viel schneller betroffen ist –, dann bekommt der akademische Diskurs und die Offenheit der Universität noch mal eine erheblich gewichtigere Bedeutung. Dann gewinnt

-
- 2 Hier sei hinsichtlich der Institutional Logics erneut verwiesen auf Thornton; Ocasio: Institutional Logics. In: Greenwood; Sarling; Suddaby (Hg.): *The Sage Handbook of Organizational Institutionalism*. Sage 2008, S. 99–129. Oder es sei auf den Klassiker verwiesen: DiMaggio, Paul J.; Powell, Walter W.: *The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields*. American Sociological Review, Vol. 48, No. 2 (April 1983), S. 147–160.

das Leitbild Helmut Schmidts von akademisch gebildeten Offizieren (vgl. z.B. Staack 2016) durch die notwendige Kooperation mit zivilen Akteuren insbesondere im internationalen Bereich eine sogar unmittelbar einsatzrelevante Bedeutung. Dieses Argument lässt sich zudem konkretisieren für die interkulturelle Kompetenz, die von betroffenen Soldaten im Einsatz als bedeutsam erkannt und sukzessive aufgebaut worden ist, bevor sie denn ihre erste Verankerung im Weißbuch 2006 gefunden hat (vgl. Andresen 2021).

Ferner muss dieses Argument erweitert werden in Richtung der Wahrnehmung der Bundeswehr durch die Gesellschaft. Vielleicht war das Bild des »Bürgers in Uniform« niemals relevanter als in einer Zeit, in der die gesteigerte Bedeutung der zivil-militärischen Zusammenarbeit keine bessere Basis finden kann als eine hohe Akzeptanz der Streitkräfte in der Bevölkerung. Eine Abschottung der HSU von der Bevölkerung durch einen MSB setzt diesbezüglich das völlig falsche Signal. Wir brauchen mehr Offenheit und nicht eine neue Form der Einkapselung. Die Gründer der Universitäten der Bundeswehr haben diese Bedeutung der Offenheit – auch für die Erfüllung militärischer Aufträge – vielleicht schon damals vorausgesehen. Jedenfalls hatten sie damals in unruhigen Zeiten den Mut, »mehr Offenheit zu wagen«. Diese an Effektivität orientierte Ausrichtung sollten wir nicht für kurzfristige Erwägungen zur Minimierung kaum erkennbarer Risiken aufs Spiel setzen. Im Übrigen haben auch alle bisherigen Verteidigungsminister der vergangenen 50 Jahre – ob von der SPD oder von der CDU – die Offenheit der HSU eben nicht infrage gestellt – und das aus guten Gründen! Selbst nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 blieb die Universität der Bundeswehr in Hamburg aufgrund der erhöhten Sicherheitsstufe nur ein paar Tage für die Öffentlichkeit geschlossen.

Wenn die hier – und auf dem Symposium insgesamt – vorgetragenen Argumente für eine zunehmende Bedeutung des Austausches zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft sowie zwischen der Bundeswehr und der Wissenschaft zunehmend wichtiger werden, dann würde eine Abschottung der Helmut-Schmidt-Universität durch einen MSB die Effektivität des Wirkens der HSU unweigerlich vermindern statt sie zu mehren. Helmut Schmidt selbst würde das nicht verstehen!

Ohne die beiden folgenden Überlegungen weiter auszuführen, kann ich mir als ein an Effektivität ausgerichteter Betriebswirt die Hinweise nicht verkneifen, dass eine hohe Akzeptanz der Streitkräfte in der Bevölkerung zugleich eine hervorragende Basis für die Personalakquise bedeutet – ein in Zeiten der Personalknappheit auch kaum zu überschätzendes Argument. Ebenso sei nur angedeutet, dass aktuell in der Bundeswehr sehr viel über Digitalisierung und

den Bedarf nach Innovationen gesprochen wird. Die gravierendsten Veränderungen durch die Digitalisierung sehen wir nicht in der Technologie, sondern in den gesellschaftlichen Veränderungen, die durch diese Technologien ermöglicht werden. Offene Universitäten, die in intensivem Diskurs mit Unternehmen und der Gesellschaft stehen, bieten große Potentiale für das Erkennen der gesellschaftlichen Veränderungen und den Umgang mit diesen Veränderungen.

Zusammenfassend fällt die Schlussfolgerung leicht: Die Bundeswehr braucht im ureigenen Interesse keine abgekapselten Ausbildungseinrichtungen, sondern sie braucht den offenen Dialog mit Expert:innen aus Unternehmen, der Wissenschaft und besonders mit verschiedenen Vertretern der Gesellschaft. Die Bundeswehr braucht Führungskräfte, die sich trauen, sie »als Streitkräfte einer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung in der Mitte der Gesellschaft zu verankern«. Im Sinne der Effektivität – und nicht aufgrund eines dogmatischen Festhaltens – brauchen wir nicht weniger, sondern mehr offenen Diskurs!

Literatur

- Andresen, Florian (2021): Exploring Meso-Level Dynamic Capabilities to Address the Capability Rigidity Paradox. Dissertation an der HSU 2020. Wiesbaden: Gaber-Verlag.
- Ellwein; Thomas/Müller, Achatz von/Plander, Harro (Hg.) (1974): Hochschule der Bundeswehr zwischen Ausbildungs- und Hochschulreform, Opladen: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kraus, R./Kreitenweis, T./Jeraaj, B. (Hg.) (2022): Intrapreneurship – Unternehmergeist, Systeme und Gestaltungsmöglichkeiten. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Luhmann, Niklas (2014): Vertrauen – Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, 5. Aufl., Stuttgart: UTB.
- Schulz, Manuel (2005): Kulturtechniken zur Konfliktprävention aus militärischer Perspektive. In: Pradetto, A (Hg.): Human Security und Auslandseinsätze der Bundeswehr, Münster: LIT Verlag.
- Staack, Michael (2016): Helmut Schmidt – Staatsmann, Stratege, Reformier der Bundeswehr, Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Thornton, Patricia H./Ocasio, William (2008): Institutional Logics. In: Greenwood; Sarling; Suddaby (Hg.): The Sage Handbook of Organizational Institutionalism. Thousand Oaks, Kalifornien: Sage.

Science Diplomacy und internationale Kooperationen in Zeiten geopolitischer Rivalitäten

Götz Neuneck

Wissenschaftliche Durchbrüche in Naturwissenschaften und Technik haben in den letzten 200 Jahren die Welt verändert und werden dies weiterhin tun. Von der medizinischen Forschung über die Mikroelektronik und Gentechnologie bis zu den Kommunikationstechnologien haben sie zu neuen technologischen Innovationen für viele Menschen beigetragen. In öffentlichen Festreden und Vorträgen von Wissenschaftsorganisationen wird gerne unterstrichen, dass internationale Kooperationen von zentraler Bedeutung für Frieden und Völkerverständigung sind. Internationaler Austausch, Konferenzen und Forschungsprojekte sind in den letzten Jahrzehnten in der globalisierten Welt in der Tat ein wichtiger Garant für den notwendigen intellektuellen und praktischen Austausch in der Wissenschaftswelt geworden und ein wichtiger Faktor in den internationalen Beziehungen. Zentrale Prinzipien wissenschaftlicher Tätigkeit sind Austausch, Objektivität, Rationalität, Neutralität, Kommunalität etc.¹ Sie können dabei helfen Brücken zu bauen und Krisen zu überwinden. Natürlich werden diese Prinzipien in einer globalisierten Welt unterschiedlich interpretiert und umgesetzt.

-
- 1 Der Soziologe Robert K. Merton hatte das sog. CUDOS-Prinzip aufgestellt: Gemeint sind die Anfangsbuchstaben folgender drei Begriffe: communism d.h. kollektive Anstrengungen, Universalismus d.h. wissenschaftliche Aussagen sind unabhängig von Ideologien, disinterestedness also Uneigennützigkeit d.h. die altruistische Leidenschaft an Erkenntnis und das Interesse am Wohlergehen der Menschheit sowie organized scepticism d.i. das abschließende Fällen von Urteilen in der Gemeinschaft basierend auf Fakten. Robert K. Merton, (1985). *Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen*. Aufsätze zur Wissenschaftssoziologie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Dennoch: Wissenschaftliche Erkenntnisse sollten zu allererst dem Segen der Menschheit dienen.² In ihrem Communiqué vom Juni 2022 betonen die G7-Wissenschaftsminister, dass sie sich beim G7 Treffen in Frankfurt a.M. versammelt haben zur »Förderung des Fortschritts in Wissenschaft und Forschung für eine nachhaltige Zukunft, die allen Menschen zugutekommt, auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte der Demokratie, der Achtung des Völkerrechts und der Achtung der Menschenrechte und der Freiheit sowie des Engagements für mehr Gerechtigkeit, Vielfalt und Integration bei der Durchführung der Wissenschaft und der Nutzung der Vorteile der wissenschaftlichen Forschung.«³ Betont wird in dem Dokument auch, dass Erkenntnisse aus der Wissenschaft und die gemeinsame Zusammenarbeit insbesondere auch dann nötig sind, wenn es um globale Probleme wie Klimawandel, Pandemien oder nukleare Bedrohungen geht, denn diese existenziellen Probleme sind in erster Linie nur gemeinsam zu lösen (vgl. Neuneck 2020). Viele internationale Projekte sind dabei auf gegenseitigen Austausch, Messungen, Experimente oder Forschungsstationen in verschiedenen Ländern und Kontinenten angewiesen. Konkrete historische Beispiele sind das Internationale Geophysikalische Jahr 1957, die Antarktisforschung oder die Ozeanographie. Die Notwendigkeit für gemeinsame internationale Projekte liegt aber auch in der Komplexität der Herausforderungen oder den damit verbundenen hohen Kosten begründet, die nur von mehreren Staaten zusammen finanziert werden können. Beispiele sind Großgeräte wie Teleskope, Teilchenbeschleuniger oder Fusionsreaktoren. Auch die Sozialwissenschaften beteiligen sich an diesem Diskurs und stellen tiefe Einsichten in Gesellschaften und Kulturen zur Verfügung. Interdisziplinarität wird dafür oft gefordert, aber oft kaum direkt umgesetzt. Oft fällt es Fakultäten schwer, Verantwortung für aktuelle Probleme zu übernehmen und sie mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.

Wissenschaft ist aber nicht alleine ein internationales Unterfangen, sondern auch ein kompetitives Unternehmen um Ruhm, Prestige und na-

2 So heißt es etwa in der gemeinsamen Erklärung von Peking der Leopoldina und der Chinesischen Akademie der Wissenschaft: »Zweck der Förderung von Wissenschaft ist es, die Menschheit voranzubringen, Weisheit zu wecken und die Grundlagen für Innovation zu schaffen.« https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2019_Beijing_Declaration_Deutsch_02.pdf

3 G7 Science Ministers' Communiqué, Frankfurt a.M., 12.–14. Juni 2022 https://www.bmff.de/SharedDocs/Downloads/de/2022/220613-g7.pdf?__blob=publicationFile&v=4

tionale Geldmittel. Auch sind wissenschaftliche Erkenntnisse verbunden mit technologischen Entwicklungen nicht immer alleine auf internationale Interessen ausgerichtet und für alle frei verfügbar. Wissenschaftliche Institutionen legen stets großen Wert auf politische Neutralität, Autonomie und Wissenschaftsfreiheit.⁴ Aber reale Entwicklungen zeigen auf, dass wissenschaftliche Forschung und Entwicklung vermehrt auch Bestandteil des geopolitischen Wettbewerbs werden. Dies gilt insbesondere für sicherheitsrelevante Entwicklungen.⁵ Die Nuklearforschung im 20. Jahrhundert oder die Raketentechnologie, die teilweise auf Grundlagenforschung beruhte, zeigen deutlich die Ambivalenz wissenschaftlicher Erkenntnisse und Entwicklungen auf.⁶ Ethische Einschränkungen oder nationale Exportbeschränkungen sind in verschiedenen Staaten und Wissenschaftskulturen unterschiedlich geregelt ausgebildet und damit auch stark länderabhängig.⁷ Wenn wissenschaftliche Erkenntnisse sicherheits- oder gar militärrelevant werden, entstehen ethische und völkerrechtliche Dilemmata und politikabhängig.⁸ Der Ruf nach neuer wissenschaftsbasierter Militärforschung an deutschen Universitäten ist beispielsweise durch den Ukraine-Krieg wieder lauter geworden.

-
- 4 Siehe Katja Becker: Internationale Beziehungen: Mehr Wissenschaftsdiplomatie? In: Die Zeit, 23. November 2021. <https://www.zeit.de/2021/47/wissenschaft-diplomatie-internationale-beziehungen-austausch>
 - 5 Military Work threatens Science, *Nature* 556, 273 (2018) doi:10.1038/d41586-018-04588-1
 - 6 Die Liste lässt sich fortsetzen: Ambivalente Entwicklungen finden sich auch in der Bioforschung (Gain-of-Function), der Computerwissenschaft (Künstliche Intelligenz) oder der Physik (Quantentechnologien).
 - 7 Die DFG und die Leopoldina haben 2014 zur Frage der sicherheitsrelevanten Forschung Leitlinien aufgestellt: Siehe dazu: Leopoldina/Deutsche Forschungsgemeinschaft: Scientific Freedom and Scientific Responsibility: Recommendations for Handling Security-Relevant Research on the Individual and Institutional Level« (2014) https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2014_06_DFG-Leopoldina_Scientific_Freedom_Responsibility_EN.pdf
 - 8 Siehe Götz Neuneck (2020). Balancing open-science collaboration and national security: Lessons learned from history and current challenges. Summary Report – International FEL Expert Meeting: »Use of free-electron lasers and beyond: Scientific, technological, and legal aspects of dual use in international scientific cooperation«. F. L. W. Kircheisen, F. Le Pimpec, G. Neuneck, Hamburg, Deutsches Elektronen Synchrotron (DESY): S. 11–15

Was ist Wissenschaftsdiplomatie?

Heute wird das Bestreben, Wissenschaft zur Stärkung der internationalen Beziehungen zu nutzen, verallgemeinernd als »Wissenschaftsdiplomatie« oder »Science Diplomacy« bezeichnet. Die Formulierung dieses »fluiden« Konzeptes geht zurück auf einen Bericht der britischen Royal Society und der American Association for the Advancement of Science (AAAS).⁹ Die AAAS gründete eigens ein Center for Science Diplomacy und gibt zudem die Zeitschrift »Science Diplomacy« heraus.¹⁰ Die Europäische Union hat eine »Science Diplomacy Alliance« gegründet und erste Workshops durchgeführt.¹¹ Das Auswärtige Amt hat im Dezember 2020 erstmalig ein Strategiepapier zur Außenwissenschaftspolitik vorgelegt, in dem von einer »Neuausrichtung des Handlungsfeldes der Außenwissenschaftspolitik« gesprochen wird, in dem »das Kooperationsverhältnis zwischen Außenpolitik, Wissenschaft, Citizen Science und Wissenschaftskommunikation in den internationalen Prozess zu verankern« ist. Schwerpunkt sind hier die Wissenschaftsfreiheit, die stärkere Behandlung von globalen Herausforderungen wie Klimawandel sowie Krieg und Frieden und die Schaffung neuer Wissenschaftsstrukturen. In der Tat ist es wichtig, genau zu untersuchen und zu unterscheiden, welche Akteure in welcher Rolle und zu welchem Zweck daran beteiligt sind und was die Ziele der einzelnen Projekte sind, die das Label »Science Diplomacy« tragen.

Die drei Spielformen von Science Diplomacy

Hilfreich ist bei dem stark benutzten Begriff »Science Diplomacy« die Unterscheidung zwischen »Science in Diplomacy«, »Diplomacy for Science« und »Science for Diplomacy«.

Unter »Science in Diplomacy« wird die wissenschaftliche Beratung zur Unterstützung der jeweiligen nationalen Außenpolitik verstanden. Sie ist

9 The Royal Society/AAAS: New Frontiers in science diplomacy. Navigating the changing balance of power, Januar 2010. https://royalsociety.org/-/media/Royal_Society_Content/policy/publications/2010/4294969468.pdf

10 Webseite: Die American Association for the Advancement of Science <http://diplomacy.aaas.org> und die Zeitschrift »Science Diplomacy«. <https://www.sciencediplomacy.org/>

11 Science Diplomacy Alliance: <https://www.science-diplomacy.eu/about/eu-science-diplomacy-alliance/>

abhängig von dem Primat der jeweiligen Außenpolitik. Pointiert formuliert: die jeweils für die Untersuchung genutzten Naturgesetze ordnen sich letztlich den nationalen außenpolitischen Zielen unter. Staaten haben hier unterschiedliche Schwerpunkte und Zielrichtungen.¹² Die einzelnen Ministerien verfolgen dabei unterschiedliche Ziele im Rahmen von wissenschaftlicher Politikberatung. Während z.B. das Verteidigungsministerium an der Funktionsfähigkeit neuer Waffensysteme oder der Nutzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen interessiert ist, wird das Außenministerium vielleicht eher an der diplomatischen Einhegung von Bedrohungen interessiert sein. Andererseits ist auch hier von zentraler Bedeutung, dass wissenschaftliche und technische Prinzipien und Entwicklungsoptionen von Diplomaten und Parlamentariern vollständig verstanden werden. Eine »public science« in einer Demokratie hat hier zudem die Aufgabe, die Öffentlichkeit ebenso wie die Politik auf schädliche Konsequenzen hinzuweisen. Nun sind auf Grundlagenforschung beruhende Entwicklungen oft schwer abzuschätzen, aber Wissenschaftler sind die ersten, die die Möglichkeit haben, die Entwicklungspfade und Verwertungskonsequenzen zu durchdenken. Zeit und Motivation haben die meisten dafür aber selten. Das Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages (TAB) und die naturwissenschaftliche Friedensforschung leisten hier in Deutschland wichtige Beiträge.¹³ Andere Disziplinen könnten stärker einbezogen werden und verlangen nicht nur einen interdisziplinären Ansatz, sondern auch Kenntnisse des internationalen Umfeldes. Heute ruft die Debatte um die »Zeitenwende« in Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg die Forderung nach stärkerer Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse und einer Vernachlässigung strenger Zivilklauseln auf den Plan (vgl. Götsche 2020). Entscheidend ist dabei, wem wissenschaftliche Politikberatung zugutekommt, nationalen Regierungen oder der internationalen Gemeinschaft, und welche Konsequenzen daraus gezogen werden.

Es gibt positive Beispiele, in denen »science communities« die Debatte um militärrelevante Anwendungen aktiv angehen. Im Rahmen der Forschung zur

12 So setzt die Leopoldina insbesondere auf die Verstärkung der wissenschaftlichen Beziehungen zum Westbalkan und tritt in einem Papier von 2022 aber auch für eine Zusammenarbeit mit Russland und China ein. Siehe: Marian Koch-Krumrei/Lucian Brujan: Science Diplomacy: Translating Science into International Affairs. The Contribution of the German National Academy of Sciences Leopoldina, Bunsen-Magazin 1/2022, S. 17–19.

13 Beispiele sind Gutachten zur Raumfahrt, zu autonomen Waffensystemen, Laserwaffen, Nukleartechnologien, Verifikation und konventionellen Waffenentwicklungen.

Rüstungskontrolle und Abrüstung gibt es seit Jahrzehnten Analysen zu den Wirkungen von sicherheits-relevanten Entwicklungen.¹⁴ DESY und European XFEL organisierten im November 2019 ein internationales Expertentreffen, um die potenziellen Risiken einer doppelten Nutzung von Röntgenlasern zu identifizieren und zu bewerten sowie einen differenzierten Ansatz auf der Grundlage bewährter Praktiken zu entwickeln, der die internationale Forschungsgemeinschaft leiten soll.¹⁵

»*Diplomacy for Science*« also die Unterstützung der Diplomatie für internationale wissenschaftliche Projekte wie z.B. CERN, LIGO oder Sesame versucht konkret internationale Projekte mit anderen Staaten und aufgeschlossenen Akteuren möglich zu machen. Großprojekte wie die Internationale Raumstation ISS, das Projekt ExoMars oder die Fusionsanlage ITER haben eine völkerverständigende Rolle (»working across the borders«) durch die an verschiedenen Orten praktizierte internationale Zusammenarbeit. Ein positives Beispiel, bei dem Wissenschaftler verfeindeter Länder aus dem Nahen Osten Synchrotronforschung betreiben, ist der Beschleuniger SESAME in Jordanien.¹⁶ Angesichts zunehmender geopolitischer Rivalitäten stehen diese Projekte aber auch vor neuen Herausforderungen, denn das Dual-Use-Dilemma kann auch bei internationalen Projekten auftauchen.¹⁷

Oft wird zu dieser Kategorie die Nutzung von Wissenschaft zur Verbesserung internationaler und nationaler Zusammenarbeit im Rahmen wissenschaftsinduzierender Entwicklungspolitik durch Wissenschaftsorganisationen wie die UNESCO, ALLEA oder IUPAP gerechnet. Hierzu zählen gerade nationale Organisationen wie der DAAD und die Humboldt-Stiftung. Sie ermöglichen international in zentralen Teilbereichen wichtige Kontakte und

14 Beispiele sind Bio-, Cyber- oder Weltraumwaffen, bei denen wissenschaftliche Forschungen involviert sind.

15 Dosch, H., R. Feidenhans'l, et al. (2020). Summary Report – International FEL Expert Meeting: »Use of free-electron lasers and beyond: Scientific, technological, and legal aspects of dual use in international scientific cooperation«. F. L. W. Kircheisen, F. Le Pimpec, G. Neunack. Hamburg, Deutsches Elektronen Synchrotron (DESY).

16 Webseite: <https://www.sesame.org.jo/>

17 Zu unterscheiden ist direkt finanzierte Militärforschung von möglichen Dual-Use Anwendungen, die durch freie Forschung als unbeabsichtigte Folge einen Missbrauch oder eine unfriedliche Nutzung zur Folge haben. Die Folgen müssen sich nicht nur auf sicherheitsrelevante Anwendungen beziehen, sondern auch innergesellschaftliche Konsequenzen haben. Insofern ist es sinnvoller, bei ethischen Problemen von »Multipurpose-Anwendungen zu reden.

organisieren grundlegende Diskurse und Projekte (z.B. zur Wissenschaftsmobilität) bzw. zur Bildung von neuen Netzwerken über Ländergrenzen hinweg.

Verschiedene Fachorganisationen wie die Royal Society, die AAAS oder die Leopoldina haben sich mit dem Konzept beschäftigt und diverse Absichten einzelner Akteure (Staaten, IOs, NGOs), neue Aktionsfelder und Umsetzungen identifiziert, in denen die Wissenschaften mit ihrer Expertise eine wichtige Rolle spielen können. Ausgehend von der jeweiligen nationalen Sicht gibt es bezüglich der Themen und Handlungsfelder jedoch erhebliche Unterschiede. Auf der Webseite der Leopoldina ist zu lesen:

»Wissenschaftsdiplomatie ist vielfältig. Wenn offizielle Kanäle eingeschränkt sind, kann die Wissenschaft helfen, Vertrauen wiederherzustellen und Glaubwürdigkeit aufzubauen. Gleichzeitig trägt die Wissenschaftsdiplomatie zur Vertiefung bestehender Partnerschaften und zum besseren gegenseitigen Verständnis in den internationalen Beziehungen bei. Sie ermöglicht einen konstruktiven Dialog über nationale und kulturelle Grenzen hinweg, weil sie auf die universelle Sprache der Wissenschaft setzt und sich an den Werten und Standards der Wissenschaft orientiert. Wissenschaftsdiplomatie unterstützt zudem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in aller Welt, die Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Eine weitere Dimension besteht darin, wissenschaftliche Expertise zur Überwindung globaler Herausforderungen und akuter Krisen zu nutzen.«¹⁸

Als »*Science for Diplomacy*« kann man die Verbesserung der internationalen Beziehungen und aktive Versuche von Konfliktlösung durch Wissenschaftsorganisationen und Wissenschaftlergruppen bezeichnen. Ab 1957, also früh im Kalten Krieg haben die »Pugwash Conferences on Science and World Affairs«¹⁹, aber auch nationale Akademien der Wissenschaften (USA, Russland, China), über lange Zeit Hintergrundgespräche geführt und Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen vorbereitet bzw. internationale Organisationen wie die IAEA mit initiiert. Dies war möglich, da sich Wissenschaftler politisch unverdächtig über die Blockgrenzen hinweg treffen konnten, eine gemeinsame Sprache hatten und humanitäre Verantwortung übernahmen (vgl. Evangelista 1999). Oft ist ein genaues Verständnis für die Nutzung neuer

18 Webseite: <https://www.leopoldina.org/leopoldina-home/>

19 Webseite: Pugwash Conferences on Science and World Affairs <https://pugwash.org/>

Technologien notwendig, um ein teures und gefährliches Wettrüsten zu verhindern. Im Kalten Krieg und in der Folgezeit richtete Pugwash eine Reihe von Workshops aus und entwickelte die »Track-II-Diplomatie« weiter, um Wissenschaftler, Entscheidungsträger und Experten zur Konfliktlösung in Bereichen zusammenzubringen, in denen der Einsatz von Massenvernichtungswaffen insbesondere bei den Nuklearwaffen offensichtlich war.²⁰ 1995 erhielt Pugwash zusammen mit ihrem Gründer J. Rotblat den Friedensnobelpreis und das Pugwash-Netzwerk ist bis heute aktiv. Im Rahmen von Pugwash hat sich gezeigt, dass Wissenschaftler auch in komplizierten festgefahrenen Situationen Brücken bauen, neues Vertrauen schaffen und Lösungen ausloten können. Grundlage ist die Bildung eines robusten und unideologischen Netzwerks, eine gemeinsame Sprache auch bezüglich von Sachthemen. Dies war am Ende so erfolgreich, da man mit Wissenschaftlern der anderen Seite über lange Zeit vertraulich sprechen konnte, obwohl es zwei verfeindete Systeme und Blöcke waren und es tiefe Konflikte und auch militärische Auseinandersetzungen (z.B. Vietnam-Krieg) gab. Spezifischen Workshopserien gelang es, zentrale Beiträge zu Rüstungskontrollverhandlungen und Abrüstungsvorschläge zu liefern, ehe Regierungen überhaupt mit Verhandlungen begannen. Das Netzwerk gibt es bis heute und es ist vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges wichtiger denn je. Einfach und selbstverständlich sind solche Gespräche nicht. Die Schaffung einer vertraulichen Atmosphäre hat längerfristig eine präventive und strukturbildende Funktion im Hinblick auf zukünftige Abkommen und Vorschläge zur Lösung von Konflikten.

Es gibt auch heute national wie international Methoden und Instrumente, um die schädliche Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse zu verhindern. Dazu gehören:

- Stärkung der sozialen Verantwortung von Wissenschaftlern und Ingenieuren durch Sensibilisierung u.a. durch Diskussion und Analyse ethischer und historischer Fälle und Dilemmata.
- Anwendung von Normen und Grundsätzen der Rüstungskontrolle und des humanitären Rechts auf Wissenschaft und Technologie.

20 Côtz Neuneck und Michael Schaaf (Hg.) (2007): Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland. Preprint 332. Berlin, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte. www.mpiwg-berlin.mpg.de/Preprints/P332.PDF

- Verständnis und Anwendung der Waffenexportkontrollvorschriften, um die Weitergabe und den Missbrauch von gefährlichen Gütern zu verhindern.
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der internationalen Gemeinschaft für Anwendungen mit doppeltem Verwendungszweck, um die Risiken in der wissenschaftlichen Gemeinschaft zu mindern.

Wissenschaft und Geopolitik: Neue Spannungen

In den nationalen Sicherheitsstrategien taucht seit dem Beginn der Trump-Administration der Hinweis auf einen sich verschärfenden geopolitischen Wettbewerb insbesondere auch auf dem technologischen Sektor zwischen den USA, Russland und China auf. So heißt es in einem Dokument des Weißen Hauses von 2021:

»Die führenden Mächte der Welt liefern sich ein Wettrennen um die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien wie künstliche Intelligenz und Quantencomputer, die das wirtschaftliche und militärische Gleichgewicht zwischen den Staaten ebenso beeinflussen könnten wie die Zukunft von Arbeit, Wohlstand und Ungleichheit innerhalb der Staaten.«²¹

Ähnliche Aussagen, Pläne und Investitionen insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz, Quantentechnologien und Biotechnologien finden sich in russischen und chinesischen Dokumenten. Die anstehende vierte technologische Revolution baut dabei auf schon vorhandenen Technologien auf. Ein Bericht des UN-Generalsekretärs aus dem Jahr 2020 erwähnt sechs Handlungsfelder, die einen großen Einfluss auf die internationale Sicherheit haben werden, dazu gehören neben den gerade genannten Feldern Flugkörper und Raketenabwehr, Weltraumtechnologien, Kommunikation und Materialtechnologien.²²

Der Ukraine-Krieg hat in der Wissenschaft eine Debatte angestoßen, die auch zu Verboten und Ausschluss von russischen Wissenschaftlern bei Kon-

21 The White House (2021): Interim National Security Strategic Guidance, Washington D.C. S. 8. <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2021/03/NSC-1v2.pdf>

22 Report of the Secretary-General: Current developments in science and technology and their potential impact on international security and disarmament efforts (A/75/221) 2020.

ferenzen und Publikationen geführt hat, und allgemein die Frage aufgeworfen hat, wie mit autokratischen Staaten bei internationalen Projekten umgegangen werden kann. Gleichzeitig haben Wissenschaftsorganisationen darauf verwiesen, dass der freie Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Meinungen über Ländergrenzen und Kulturen hinweg weiter erhalten bleiben muss.²³

Die Wissenschaft sollte sich allerdings nicht durch geopolitische Rivalitäten instrumentalisieren lassen, sondern basierend auf ihren eigenen Kontakten zu Frieden und Völkerverständigung beitragen. In der aktuellen Situation dürfen funktionierende Wissenschaftler-Netzwerke und der internationale Charakter von Projekten nicht zerstört werden. Schließlich muss auch in die künftige Wissenschaftselite und kommende gesellschaftliche Diskurse investiert werden, bei denen die Wissenschaft selbst eine wichtige Rolle spielt. Unideologische und rationale Dialoge sind gerade dann nötig, wenn es um komplexe Konflikte und Probleme geht. Das Denken in Wissenschaft braucht Freiheit und internationalen Austausch, aber diese Freiheit bringt auch Verantwortung mit sich. Die wissenschaftliche Gemeinschaft als Ganzes – wie auch unabhängige Einzelpersonen und Forschungseinrichtungen – trägt eine besondere Verantwortung dafür, der Gesellschaft zu helfen, z.B. die Auswirkungen von destabilisierenden Entwicklungen besser zu verstehen und gefährliche Risiken für die Menschenwürde, das Leben, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum und die Umwelt zu begrenzen. Die Ausbildung junger Wissenschaftler ist ein weiterer Schritt, ebenso wie die Teilnahme an öffentlichen Debatten, um interessierte Kreise über mögliche künftige Folgen zu informieren.

Der internationale Charakter von Wissenschaft verlangt offene Universitäten, aktive Institutionen, einen produktiven Austausch zwischen Wissenschaftskulturen und Wissenschaftsnationen. Angesichts der zunehmenden geopolitischen Spannungen werden Wissenschaftler und die jeweiligen Institutionen immer stärker in den geopolitischen Wettbewerb hineingezogen. Mögliche Konfliktfelder sind Fragen der wissenschaftlichen Praxis und Integrität ebenso wie das Konfliktfeld des Dual-use oder der »intellectual property rights«. In diesem Fall sollten proaktiv Dialoge und vertrauliche Gespräche zwischen beteiligten Wissenschaftsgemeinschaften, Instituten

23 Siehe z.B. die Stellungnahme der Deutschen Physikalischen Gesellschaft vom 15. März 2022 zur Situation in der Ukraine. <https://www.dpg-physik.de/veroeffentlichungen/publikationen/stellungnahmen-der-dpg/abruestung-und-sicherheitsfragen/stellungnahme-situation-in-der-ukraine>

und Organisationen angegangen werden, um mögliche Konsequenzen für die internationale Gemeinschaft besser zu verstehen. Das Gründungsdokument der Pugwash-Konferenzen von 1955 endet mit den Worten:

»Vor uns liegt, wenn wir richtig wählen, eine beständige Ausweitung von Glück, Wissen und Weisheit. Sollen wir stattdessen den Tod wählen, bloß weil wir unsere Streitereien nicht vergessen können? Wir wenden uns als Menschen an unsere Mitmenschen: Erinnert Euch Eures Menschseins und vergesst alles andere! Wenn Ihr das vermögt, dann öffnet sich der Weg zu einem neuen Paradies. Könnt Ihr es nicht, dann droht Euch allen der Tod.«²⁴

Literatur

- Deutsche Physikalische Gesellschaft vom 15. März 2022 zur Situation in der Ukraine. <https://www.dpg-physik.de/veroeffentlichungen/publikationen/stellungnahmen-der-dpg/abruestung-und-sicherheitsfragen/stellungnahme-situation-in-der-ukraine>
- Dosch, H., R. Feidenhans'l, et al. (2020): Summary Report – International FEL Expert Meeting: »Use of free-electron lasers and beyond: Scientific, technological, and legal aspects of dual use in international scientific cooperation«. F. L. W. Kircheisen, F. Le Pimpec, G. Neuneck. Hamburg: Deutsches Elektronen Synchrotron (DESY).
- Evangalista, Matthew (1999): *Unarmed Forces. The Transnational Movement to End the Cold War*. New York: Cornell University Press.
- Göttsche, Malte (2020): Ein wesentlicher Beitrag in Kriegszeiten, *Meinung Physik Journal* 21, Nr.8/9.
- Koch-Krumrei, Marian/Brujan, Lucian (2022): Science Diplomacy: Translating Science into International Affairs. The Contribution of the German National Academy of Sciences Leopoldina, *Bunsen-Magazin*, S. 17–19.
- Leopoldina/Deutsche Forschungsgemeinschaft (2014): *Scientific Freedom and Scientific Responsibility: Recommendations for Handling Security-Relevant Research on the Individual and Institutional Level*. Halle (Saale): Leopoldina.
- Merton, Robert K. (1985): *Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen. Aufsätze zur Wissenschaftssoziologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

24 Russell-Einstein-Manifest vom 9. Juli 1955, www.pugwash.de/rem.pdf

- Military Work threatens Science, *Nature* 556, 273 (2018) doi:10.1038/d41586-018-04588-1
- Neuneck, Götz/Schaaf, Michael (Hg.) (2007): Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland. Preprint 332. Berlin, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte. www.mpiwg-berlin.mpg.de/Preprints/P332.PDF
- Neuneck, Götz (2020): Mehr Science Diplomacy wagen! *Physik Journal* 19
- Neuneck, Götz (2020). Balancing open-science collaboration and national security: Lessons learned from history and current challenges. Summary Report – International FEL Expert Meeting: »Use of free-electron lasers and beyond: Scientific, technological, and legal aspects of dual use in international scientific cooperation«. F. L. W. Kircheisen, F. Le Pimpec, G. Neuneck, Hamburg, Deutsches Elektronen Synchrotron (DESY)
- Report of the Secretary-General: Current developments in science and technology and their potential impact on international security and disarmament efforts (A/75/221) 2020. New York: United Nations.
- Russell-Einstein-Manifest vom 9. Juli 1955, www.pugwash.de/rem.pdf
- The Royal Society/AAAS: New Frontiers in science diplomacy. Navigating the changing balance of power, Januar 2010. https://royalsociety.org//media/Royal_Society_Content/policy/publications/2010/4294969468.pdf
- The White House (2021): Interim National Security Strategic Guidance, Washington D.C. S. 8. <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2021/03/NSC-1v2.pdf>

Anmerkungen zur Vorgeschichte und den Anfängen der Hochschulen der Bundeswehr

Eckardt Opitz

1. Hinweise zu meiner Biographie

Da im Programm mein vor 50 Jahren erworbener Dienstgrad genannt wird, will ich einige Bemerkungen zu meiner Biographie voranstellen. Ich gehöre zu den frühen Wehrpflichtigen der Bundeswehr, wurde 1958 Rekrut in einem Panzergrenadier-Bataillon, das in einer Kaserne untergebracht war, die in Teilen noch von britischen Truppen belegt war. Die Ausbilder waren wehrmachtsgeiente Offiziere und Unteroffiziere. Der Ton war entsprechend; »Innere Führung« stand zwar häufig auf dem Dienstplan, weil es so befohlen war, doch wurden die Theorien Wolf Graf von Baudissins eher als Witz, denn als Führungslehre empfunden. Für mich war die Grundausbildung nicht so sehr Strapaze, sondern Erniedrigung. Deshalb suchte ich danach, wie man diesen Verhältnissen entkommen könne.

In der Nachbarschaft meines Bataillons befand sich die Offizierschule des Heeres I. Damals wurde dringend Offiziernachwuchs gesucht; deshalb wurde den Abiturienten unter den Wehrpflichtigen angeboten, einige Veranstaltungen der Offizierschule zu besuchen. Daran nahm ich teil und fand Interesse an dem, was geboten wurde. Ich verpflichtete mich weiter, absolvierte Lehrgänge und wurde Leutnant der Feldjäger und Spezialist für Verkehrsleitsysteme, für die gewisse Kenntnisse der Mathematik erforderlich waren. Da ich über diese verfügte, wurde ich während meines Studiums immer wieder zu Wehrübungen eingezogen, um bei »HoldFast«-Manövern die dänische Brigade über den Nord-Ostsee-Kanal und anschließend ins Lauenburgische zu leiten.

Als ich mein Studium mit Examina und Promotion abgeschlossen hatte, habe ich mich bei der Bundeswehr beworben, um als Historiker beim Militärgeschichtlichen Forschungsamt (damals noch in Freiburg i.Br.) tätig zu

werden. Beim Bewerbungsgespräch sagte man mir, ich sei doch schon Hauptmann d. Res. mit besten Beurteilungen. Deshalb hätte ich als Offizier bessere Karriereaussichten. Mir war es gleich, ob ich in Uniform oder in Zivil forschen würde. Ich wurde Offizier; zum Forschungsamt bin ich nie gekommen. Meine erste Tätigkeit nach Wiedereintritt in die Bundeswehr war die eines Kompaniechefs. Danach absolvierte ich innerhalb kurzer Zeit Lehrgänge und Führungsaufgaben, lernte Russisch und beschäftigte mich mit Fragen der Sicherheitspolitik, zu der ich mich auch schriftlich und in Vorträgen äußerte.

So machte ich auch die Bekanntschaft mit General Graf von Baudissin und dem Staatssekretär Karl Wilhelm »Willi« Berkhan, den ich bei einer Veranstaltung kritisierte, woraufhin ich eingeladen wurde, in Bonn ein Gespräch mit Helmut Schmidt zu führen. Wenige Wochen später wurde ich in den Leitungsstab (so hieß bei Helmut Schmidt das Ministerbüro) versetzt und wurde dort als Referent zuständig u.a. für Bildung und Ausbildung in den Streitkräften. In dieser Zeit wurde ich zum Oberstleutnant befördert.

2. Anmerkungen zur Sicherheitspolitik der Jahre nach 1969

Die Bundestagswahl 1969 hatte dazu geführt, dass in einer sozialliberalen Koalition Willy Brandt Bundeskanzler und Helmut Schmidt Verteidigungsminister wurden. Helmut Schmidt hatte sich als Experte für Sicherheitspolitik in mehreren Schriften hervorgetan. Dabei hatte er sich für die Änderung der NATO-Doktrin »*massive retaliation*« hin zu einer realistischeren, der von John F. Kennedy und Maxwell Taylor vertretenen »*flexible response*« eingesetzt. Diese galt es in der Bundeswehr umzusetzen. Dazu bedurfte es zunächst einer gründlichen Bestandsaufnahme, an der ich mich beteiligte. Sie fand ihren Niederschlag im *Weißbuch 1970*. In diesem Weißbuch wurden zahlreiche Untersuchungskommissionen gefordert. Diese wurden auch eingesetzt, arbeiteten und fassten Beschlüsse.

Willy Brandt hatte in seiner Regierungserklärung 1969 gefordert, »mehr Demokratie« zu wagen. Helmut Schmidt setzte diese Forderung um, indem er alle Kommissionsberichte zum Zustand und zu Maßnahmen zur Entwicklung der Zukunft der Bundeswehr veröffentlichen ließ. Darunter auch das Gutachten der Bildungskommission *Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr* (1971), das unter der Leitung von Thomas Ellwein erstellt worden war.

In diesem Gutachten wurde empfohlen, dass künftige Offiziere ein Studium zu absolvieren hätten und dieses an eigenen Hochschulen der Bundeswehr zu erfolgen habe.

3. Die bildungspolitische Stimmung der Jahre nach 1968

Gleich nach Veröffentlichung des Bildungsgutachtens und der darin bekundeten Absicht, Hochschulen der Bundeswehr zu errichten, erhoben sich Proteste gegen diese Pläne, sowohl zivile wie auch militärische. Aus Sicht der Bildungspolitiker, besonders der Pädagogen, ergab sich die Gefahr einer »Militarisierung der Wissenschaft«. Aus der Sicht der traditionell orientierten Militärs drohte die Gefahr einer Schwächung des Kampfgeistes.

In Hamburg wurde eine Bürgerinitiative gegen die Etablierung einer Bundeswehrhochschule gebildet. In München stieß die Absicht, in der Stadt eine weitere Hochschule zu gründen, auf Ablehnung, weil befürchtet wurde, dass weitere linke, langhaarige Studenten in der Stadt auftauchen würden – davon gäbe es schon zu viele. Die politische Führung Münchens war ebenfalls gegen die Umwandlung der Offizierschule in eine Hochschule der Bundeswehr. Deshalb entschied Verteidigungsminister Georg Leber, der im Amt die Nachfolge Helmut Schmidts angetreten hatte, sich an den Bürgermeister von Neubiberg zu wenden, um ihn für die Einrichtung einer Bundeswehrhochschule in seiner Gemeinde zu gewinnen. Ich erinnere mich deshalb genau daran, weil ich den Briefentwurf verfasst habe. Aus Neubiberg kam eine Zustimmung, allerdings mit der Auflage, eine militärische Führung zu gewährleisten. Auf die besonderen Gründungsbedingungen der Bundeswehrhochschule in München/Neubiberg, zu deren Gründungsausschuss ich auch gehörte, kann und will ich nicht näher eingehen.

4. Die politische Entwicklung in Hamburg

In Hamburg verliefen die politischen Verhandlungen günstiger als in München. In einem Staatsvertrag übertrug die Freie und Hansestadt Hamburg am 3. Oktober 1972 das Recht an den Bund, auf ihrem Territorium eine »wissenschaftliche Hochschule zur Ausbildung von Soldaten der Bundeswehr« zu errichten, behielt sich allerdings die Kontrolle (im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Verteidigung) vor. Das Übertragungsabkommen

sah noch zu definierende Auflagen vor. Diese sind gründlich dokumentiert in einem Buch, das auch die gegenwärtige Diskussion, ob die inzwischen zur Universität gewordene Hochschule der Bundeswehr ohne die Zustimmung Hamburgs einen Kasernenstatus erhalten darf, bereichern dürfte (vgl. Ellwein/Müller/Plander [Hg.] 1974).

Bei den über den Übertragungsbescheid hinausgehenden Auflagen ging es vor allem um die Einhaltung wissenschaftlicher Prinzipien bei der Berufung von Professoren und die Beachtung von Grundsätzen bei Prüfungen. Die noch zu beschließenden Prüfungsordnungen waren genehmigungspflichtig. Jede Berufung eines Hochschullehrers oder einer Hochschullehrerin bedurfte der Zustimmung einer besonderen Kommission der Stadt. In den Anfangsjahren der Hochschule waren jährlich »Berichte zum Übertragungsbescheid« zu erstellen, d.h. jede Professur hatte mitzuteilen, welche Veröffentlichungen sie getätigt respektive welche Patente sie zu verzeichnen hatte; auch die außerhalb der eigenen Hochschule gehaltenen Vorträge waren zu nennen.

5. Meine Tätigkeit im Gründungsausschuss für die Hochschule der Bundeswehr Hamburg

Ich war qua Amt in beiden Gründungsausschüssen der Bundeswehrhochschulen tätig. Dabei hatte ich nicht nur die Gründung der beiden Hochschulen zu bedenken, sondern auch die Rahmenbedingungen der Bildungsreform in den Streitkräften allgemein. So z.B. die Ausbildung künftiger Militärärzte unter den Bedingungen des Numerus clausus für das Medizinstudium oder die Rekrutierung und Besoldung von Musikern für die zu schaffende Bundeswehr-Bigband, die mit deren erstem Leiter, Günter Noris, auszuhandeln waren. Die Unteroffizierschulen und die Führungsakademie waren in Einklang zu bringen mit der künftigen Offizierausbildung an den Hochschulen. Ich erwähne dies, weil meine Sicht auf die Diskussion in den Gründungsausschüssen eine sehr spezifische war. Mir kam es darauf an, die unterschiedlichen Anforderungen miteinander in Einklang zu bringen. Ich war Wissenschaftler und Soldat. Aber ich war auch mit Wolf Graf von Baudissin als väterlichem Freund und mit Thomas Ellwein als verehrtem Wissenschaftler und Reformers eng verbunden. Darüber hinaus, war ich Anhänger der sicherheitspolitischen Konzepte Helmut Schmidts und seines Freundes, des Parlamentarischen Staatssekretärs (und späteren Wehrbeauftragten) Willi Berkhan.

Das brachte ich in die Diskussion der Gründungsausschüsse ein, ohne besonders hervortreten. Die radikalen Forderungen des Vertreters der (Gesamt-)Hochschule Hamburg, Harro Plander, lehnte ich ab. Die liberaleren Positionen des Vertreters der Universität Hamburg, Achatz von Müller, konnte ich unterstützen. (Wir haben später gemeinsame Seminare veranstaltet.) Mir kam es vor allem darauf an, dass das Projekt insgesamt realisiert wurde.

Das geschah auch 1973 und schuf Bedingungen, unter denen noch nie eine Hochschule gegründet wurde: Schon 1973 stand fest, dass die ersten Absolventen im Herbst 1976 mit einem akademischen Diplom in die Truppe gehen mussten, weil für sie entsprechende Planstellen vorgesehen waren. Akademische Planungen unter militärischem Vorzeichen waren verlangt. Dafür war ich gut geeignet. Deshalb wurde ich nicht wie geplant Oberst und gegebenenfalls General, sondern Professor – eine Entscheidung, die ich nie bereut habe.

6. Der Gründungsausschuss für die Hochschule der Bundeswehr Hamburg. Seine Vorgaben und seine Beschlüsse

Der Gründungsausschuss der Hochschule der Bundeswehr Hamburg hat wichtige Entscheidungen getroffen, die von den mit der Realisierung Befassenden zu beachten waren. Dem Ausschuss waren aber auch Bedingungen vorgegeben, die den Verhandlungen einen festen Rahmen gaben: Vier Fachbereiche, und zwar Maschinenbau, Elektrotechnik, Wirtschafts und Organisationswissenschaften und Pädagogik. Die jeweiligen Vertiefungsrichtungen sollte der Ausschuss beschließen, dabei aber die zahlreichen Hochschulreformpläne im Allgemeinen und die der Stadt Hamburg im Besonderen beachten.

Vorgegeben waren auch andere Strukturen: Trimestereinteilung, Regelstudienzeit begrenzt auf drei Jahre (die allerdings vom Ausschuss relativiert wurde) und die Orientierung an festzulegende Curricula. Die Verkürzung der Studienzeit war durch Maßnahmen der Studienbedingungen zu gewährleisten, so durch das Kleingruppenkonzept und die Einrichtung eines hochschuldidaktischen Zentrums. Interdisziplinäre Zusammenarbeit war gefordert, besonders bei der Aufnahme der erziehungs- und gesellschaftlichen Anteile des Studiums (EGA) in die Diplomprüfungsordnungen.

Die studentische Mitbestimmung war ein besonderes Problem in einer Organisation, in der grundsätzlich Befehl und Gehorsam gelten. In diesem Zusammenhang waren die Regelungen über den Status des »Leiters Studentebereich« von Bedeutung. Auch diese Fragen wurden gelöst.

Die wichtigste Entscheidung des Gründungsausschusses betraf die Qualität der Abschlüsse. Im politischen Vorfeld war von einem »diploma between« die Rede gewesen; das war den meisten Mitgliedern des Gründungsausschusses zu vage. Sie verlangten einen Abschluss von traditionellem Rang. Am Ende stand fest, in den Fachbereichen Maschinenbau und Elektrotechnik wird ein Diplom verliehen, wie es an technischen Universitäten üblich ist. In den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbereichen waren entsprechende Abschlüsse zu konzipieren. Das war mutiger, als es die von Thomas Ellwein und der Bildungskommission vorgeschlagenen Abschlüsse waren. Diese Entscheidung hatte weitreichende Konsequenzen: Der Aufbau der Hochschule erfolgte weniger nach den Vorgaben von Studienreformkonzepten, sondern orientierte sich viel stärker als ursprünglich gewünscht an den Traditionen deutscher Hochschulen (Opitz 1993, S. 21).

7. Die Anfänge der Hochschule der Bundeswehr Hamburg, ihre Entwicklung und der Versuch einer Perspektive

Als die ersten Absolventen der Hochschule ihr Diplom ablegten, gab es keine genehmigte Prüfungsordnung der Fachbereiche. Von den Mängeln an Professuren, wissenschaftlichem Personal und Einrichtungen (Bibliothek, Institute etc.) nicht zu reden.

Jeder der Professoren war in fast allen Gremien vertreten und hatte neben seinen Lehrverpflichtungen vielerlei Verwaltungsaufgaben zu erledigen. Der Übertragungsbescheid forderte aber auch Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung. Das war in den Anfangsjahren nur schwer miteinander zu vereinbaren, gelang aber trotzdem in vielen Bereichen.

Der Lehrbetrieb wurde am 1. Oktober 1973 mit 297 Studenten, 27 Professoren und 17 Wissenschaftlichen Mitarbeitern aufgenommen.

»Der Anfang war so hektisch, daß die Beteiligten nicht einmal die Zeit hatten, darüber nachzudenken, wie schwer das Geschäft war, auf das sie sich eingelassen hatten. Eine Hochschule neuen Typs innerhalb kürzester Zeit aus dem Nichts zu schaffen, einen Lehr- und Studienbetrieb ohne vorhandene Prüfungsordnungen, Satzungen, ohne Bibliothek und Laboratorien zu beginnen und zu wissen, daß bis zu den ersten Diplomprüfungen nur drei Jahre Zeit sein würden – das war ein Abenteuer, in das sich Professoren und Studenten, Wissenschaftliche Mitarbeiter und Verwaltungsbeamte (um nur

diese zu nennen) stürzten, um sich erst Jahre danach darüber zu wundern, daß so etwas hatte gut gehen können.« (Ebd., S. 20)

Auch im weiteren Verlauf des Aufbaus der Hochschule erfolgten Angleiche an die Vorgaben der Landesuniversitäten; speziell die Entwicklung in Hamburg, die hochschulpolitisch sehr wechselhaft war, galt es zu berücksichtigen. Doch insgesamt ergab sich eine Entwicklung, die nicht nur zur Anerkennung der Hochschule, der Bundeswehr im Wissenschaftsbereich, sondern auch zu einer Akzeptanz in den Streitkräften führte.

1985 wurde aus der Hochschule der Bundeswehr die Universität der Bundeswehr Hamburg, die als solche zunehmend Beachtung fand. Inzwischen hat sie den Namen »Helmut-SchmidtUniversität« erhalten. Sie hat sich im Verlauf ihres fast 50-jährigen Bestehens einen guten wissenschaftlichen Ruf erworben. Dieser sollte nicht gefährdet werden. Der Charakter einer Universität verträgt sich nicht mit dem einer Kaserne. Deshalb muss die Absicht, aus dem Gelände der Helmut-Schmidt-Universität einen militärischen Sicherheitsbereich zu machen dringend verhindert werden. Schon der Gründungsausschuss, dessen rechtliche Bindungen zu diskutieren sind, hatte beschlossen: »Das gesamte Hochschulgelände (muss) frei zugänglich sein.« (Ellwein/Müller/Plander [Hg.] 1974, S. 41)

Literatur

- Ellwein, Thomas/Müller, Achatz von/Plander, Harro (Hg.) (1974): Hochschule der Bundeswehr zwischen Ausbildungs- und Hochschulreform. Aspekte und Dokumente der Gründung in Hamburg. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Opitz, Eckardt (1993): Zwanzig Jahre Universität der Bundeswehr Hamburg. Ein Überblick. In: Zwanzig Jahre Universität der Bundeswehr in Hamburg 1973–1993. Festschrift. Hg. v. Präsidenten der Universität der Bundeswehr. Hamburg: Selbstverlag 2023, S. 41–92.

Schriftliches Statement zur Errichtung eines militärischen Sicherheitsbereichs an der Helmut-Schmidt-Universität

Achatz von Müller

Als Mitglied der Gründungskommission der damaligen Hochschule der Bundeswehr Hamburg (heute Helmut-Schmidt-Universität) betone ich noch einmal ausdrücklich, dass eine entscheidende Bedingung für die Kooperation der Hamburger Hochschulen mit der geplanten Gründung der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg ihr ziviler habitueller Charakter war. Damit war ihre grundlegende Öffnung gegenüber der Gesellschaft gemeint. Dieser Charakter sollte insbesondere durch den Verzicht auf die Pflicht zum Tragen der Uniform, den Verzicht auf die Kasernierung der wissenschaftlichen Institute sowie durch die Öffnung der Hochschule gegenüber »zivilen« Studierenden bzw. zivilen wissenschaftlichen Einrichtungen zum Ausdruck kommen. Dies – so die damalige Position – mache neben wissenschaftlicher Freiheit und gesellschaftlicher Offenheit von Forschung und Lehre ihren entscheidenden Unterschied etwa zu den militärischen Akademien aus. Diese Forderungen machte sich damals ausdrücklich auch die Gründungskommission zu eigen und formulierte damit zugleich substanzielle Bedingungen der Gründung selbst.

Die Aufhebung nur einer dieser Bedingungen, wie sie jetzt durch die Kasernierung der Wissenschaft an der Helmut-Schmidt-Universität droht, stellt somit nicht nur einen erheblichen Bruch der Bedingungen für ihre Gründung dar, sondern verfälscht auch das Ziel der Gründung. Die Bundeswehrhochschulen sollten die Ausbildung der Bundeswehr mit wissenschaftlichen Methoden, Offenheit der Forschung und Freiheiten des wissenschaftlichen Denkens anreichern, um auf diese Weise den Anforderungen einer modernen militärischen Organisation an erhöhter technologischer sowie gesellschaftlicher Sachkompetenz, autonomer Handlungsaxiomatik und nicht zuletzt

verantwortungsgeleiteter reflexiver Entscheidungsfreiheit Rechnung zu tragen. Sie entsprach damit in besonderer Weise auch dem Gründungsideal der Bundeswehr selbst, das im »Bürger in Uniform« den demokratischen und gesellschaftlich eingebetteten Charakter der Bundeswehr gegenüber ihren von den jeweiligen sie umgebenden Gesellschaften distanzierenden, insbesondere deren Freiheit und Offenheit nicht verpflichteten Vorgängern abgrenzte. Dieses Ideal wurde ausdrücklich auch durch die faktische Relativierung der allgemeinen Wehrpflicht keineswegs außer Kraft gesetzt, im Gegenteil wurde es durch die feste parlamentarische Bindung aller Bundeswehreinsätze ostentativ unterstrichen.

Jenseits dieser rechtlichen und politischen Traditionsgründe sind aber auch ganz akute Bedenken anzuführen: insbesondere die aktuellen Debatten zur Reorganisation der Bundeswehr als Verteidigungsarmee lassen eine mögliche »Kasernierung der Wissenschaft« wie aus der Zeit gefallen erscheinen. Die in diesen Debatten zentral positionierte Abkehr von einer dominant auf Interventionsaufgaben verpflichteten militärischen Ergänzung außenpolitischer Strategien der Bundesrepublik Deutschland (Clausewitz-Modell) zu Gunsten klassischer Verteidigungsaufgaben bindet die Bundeswehr zurück an die Gesellschaft. Nicht nur, dass damit im Rahmen der Bundeswehruniversitäten Fächer im Spektrum ihres Angebots wie Soziologie, Politik und Geschichte wieder mit besonderem Nachdruck weiterzuentwickeln sind. Auch die Universitäten selbst werden mit besonderer Prononcierung den Kontakt zu Wissenschaft und Gesellschaft suchen müssen, also mit wissenschaftlichen Fächern des angesprochenen Zuschnitts außerhalb der Bundeswehruniversitäten verstärkt Kontakt aufzunehmen sowie darüber hinaus mit zivilen Einrichtungen der Erwachsenenbildung Kooperationen zu suchen haben. Gesellschaftliche Einbindung und Rückbindung ist mit der neuen/alten militärischen Funktion von Abschreckung und Verteidigung jedoch auch wieder eine zentrale Aufgabe der Bundeswehr selbst – gewiss in engem Schlußschluss zu den gesellschaftlichen Akzeptanzbemühungen der institutionellen Politik.

Ausgerechnet vor diesem Hintergrund das ihr dafür von Gesellschaft und Politik übermittelte zentrale Organ, nämlich die eigene Universität, vor der Gesellschaft wegzuschließen, entbehrt jedweder Vernunft. Somit erscheint die drohende Verwandlung der Hamburger Bundeswehruniversität in eine Kaserne wissenschaftlich, gesellschaftlich und nicht zuletzt auch militärisch als schwerwiegende Beeinträchtigung ihrer auch und gerade heute wieder geltenden Aufgaben für die Bundeswehr und die diese tragenden Gesell-

schaft. Vor dem Hintergrund der einst bei ihrer Gründung beschlossenen Bedingungen muss sie als schwerwiegende Vertragsverletzung gegenüber ihrem Gründungsstatut sowie den auf ihre Zugänglichkeit, zivile Repräsentation und insbesondere wissenschaftliche sowie gesellschaftliche Offenheit vertrauenden kooperativen Hamburger Hochschulen gelten.

Mies van der Rohe in Hamburg-Jenfeld – Anmerkungen zur Architektur- und Baugeschichte der Helmut-Schmidt-Universität

Michael Jonas

Die hier zusammengetragenen Anmerkungen gehen auf ein Symposium im Mai 2022 zurück, auf dem sich Universitätsangehörige der Helmut-Schmidt-Universität (im Folgenden: HSU), Universität der Bundeswehr Hamburg, und eine nicht unbeträchtliche Zahl an Gastvortragenden mit dem Verhältnis von Universität und Öffentlichkeit beschäftigten. Anlass für das Symposium war die durch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) geplante Einrichtung eines Militärischen Sicherheitsbereichs (MSB), der den Hochschulcampus physisch sichtbar und für Universitätsangehörige und Gäste gleichermaßen spürbar von der Außenwelt abgrenzen dürfte. In diesem Rahmen fiel mir der angenehme Part zu, die Substanz der im Raum befindlichen Thesen zum erwähnten Verhältnis von Universität und Öffentlichkeit am konkreten Beispiel der HSU zu veranschaulichen. Die folgenden Ausführungen fußen auf meinem Vortragsmanuskript und erweitern dieses, wo erforderlich, um seinerzeit nur verknüpft dargestellte Aspekte und den einen oder anderen Quellenhinweis.¹ Über den rein dokumentarischen Charakter hinaus kommt ihnen ganz bewusst auch die Qualität eines verschriftlichten Campus-Spaziergangs zu.

-
- 1 Mein Dank gilt zum einen – stellvertretend für die Veranstalter des Symposiums – Dr. Jan Stöckmann, der mich für die Veranstaltung warb und mit Hinweisen und Material versorgte, zum anderen meinem vormaligen Master-Studenten Dennis Sikorra, auf dessen Masterarbeit ›Bundeswehrreform und Architektur: [eine] Fallstudie zu Konzeption und Bau der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg‹, unveröffentlichte Masterarbeit, Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg, 2019, ich an verschiedenen Stellen gewinnbringend habe zurückgreifen können. Die von mir seinerzeit betreute Arbeit wird im Folgenden als Sikorra, Bundeswehrreform und Architektur, zitiert.

Meine Anmerkungen zu dem, was man etwas großspurig als die Architektur- und Baugeschichte der HSU bezeichnen könnte, zerfallen in zwei große intellektuelle Schneisen: eine erste (1), die sich der ursprünglichen architektonischen Konzeption und baulichen Gestaltung einer Hochschule der Bundeswehr annimmt, wie sie in den frühen 1970er Jahren im Auftrag des BMVg eingerichtet wurde. Die erfolgte Einrichtung wird erst vor dem Hintergrund der liberalen Hochschulreformen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre verständlich und macht deutlich, wie sehr die Planung und konkrete bauliche Umsetzung der HSU mit den Erfordernissen und Herausforderungen einer bewusst vergesellschafteten, akademisierten Offiziersausbildung in Verbindung stand. Beschäftigt sich diese erste Annäherung mit der konzeptionellen und baulichen Genese der Hochschule, so nimmt meine zweite Schneise (2) die konkrete Bau- und Architekturgeschichte der vor Ort entstandenen Gebäude und – nicht zuletzt – des Geländes in den Blick. Anhand einiger ausgewählter und meines Erachtens repräsentativer Beispiele wird dabei zum einen sicherlich deutlich, worin der architektonische Wert, ja die Bedeutung der Campus-Architektur der HSU liegt. Zum anderen will ich im Folgenden der Frage nachgehen, in welcher Weise dieser Wert an jene Bedingungen geknüpft ist, unter denen die Hochschule im Verlauf der 1970er Jahre baulich aufgewachsen ist.

Einige Hinweise zum Entstehungskontext dessen, was seinerzeit als eine von zwei Hochschulen der Bundeswehr geplant und eingerichtet wurde, erscheinen in diesem Zusammenhang angezeigt. Die grundsätzliche Entscheidung Helmut Schmidts und des BMVg, die Offiziersausbildung zu akademisieren und in die Hände zweier Bundeswehrhochschulen zu überführen, fiel 1970/71 vor dem allgemeinen Hintergrund der sozialliberalen Bildungsreformen und der damit einhergehenden fundamentalen »Neuordnung und Reform des Bildungswesens in der Bundeswehr«, wie sie die Ellwein-Kommission 1971 in Vorschlag gebracht hatte.² Die Prämissen dieser Reform sind zeitgenössisch in drei Postulaten verdichtet worden: höhere

2 Bildungskommission beim BMVg (Hg.): Neuordnung der Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr. Gutachten der Bildungskommission an den Bundesminister der Verteidigung, unveröffentlichtes Gutachten, Bonn 1971, später auszugsweise hg. v. Thomas Ellwein, Achatz von Müller und Harro Plander: Hochschule der Bundeswehr zwischen Ausbildungs- und Hochschulreform: Aspekte und Dokumente der Gründung in Hamburg, Opladen 1974 u.a. S. 53–61.

Effektivität der Ausbildung, nicht zuletzt im NATO-Kontext, größere Attraktivität der Bundeswehr und – daraus entlehnt – bessere Berufschancen für den Staatsbürger in Uniform durch das, was Thomas Ellwein als »Durchlässigkeit der Grenzen zwischen soldatischer und ziviler beruflicher Laufbahn« bezeichnete.³ Die Gründe, die schließlich zu der Entscheidung führten, eigenständige Bundeswehrhochschulen einzurichten, sind bereits Gegenstand einer ganzen Reihe von hochschul- und zeitgeschichtlichen Arbeiten und nicht eigentliches Thema dieser Ausführungen.⁴ Nur soviel: Es ist auf dieser Grundlage bereits deutlich, dass sich die Planung von bundeswehreigenen Hochschulen eben nicht in rein baulichen Maßnahmen erschöpfen konnte. Die Zielvorstellungen des BMVg, wie sie im Ellwein-Konzept enthalten und von Schmidt verfügt worden waren, beruhten von Beginn an in starkem Maße auf gesellschaftspolitischen Erwägungen. Die avisierte Integration des Militärs, so erfasste es das Milieukonzept von 1972/73, sollte dabei auch der »nicht ausreichenden Selbstdarstellung der Bundeswehr in der Gesellschaft« Abhilfe schaffen.⁵ Anders gewendet: Noch vor der eigentlichen baulichen Konkretisierung – also ab ovo – war deutlich ablesbar, dass die bestehende subkulturelle Selbst-Ghettoisierung von bundeswehreigenen Räumen aufgebrochen werden sollte

-
- 3 Zit. in der Formulierung von Andrea von Schroeders: Student und Soldat. Das Studium zwischen Dienstpflicht und akademischer Freiheit an den Universitäten der Bundeswehr, Baden-Baden: Nomos, 2006, S. 23. Vgl. Thomas Ellwein: Die Zukunft des Soldaten und seine Ausbildung. Von der Paradoxie eines Berufes, in: Neues Hochland 64, 1 (1972), S. 78–87; Heinle, Wischer und Partner [HWP]: Entwicklungsplan für die Hochschule der Bundeswehr in Hamburg und München: Grundsatzstudie zum Milieukonzept, unveröffentlichte Studie, Stuttgart 1973, hier S. 5–6; Franz Broockmann: Helmut Schmidts neues Bildungskonzept. Zu den Vorschlägen der Ellwein-Kommission, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 16, 9 (1971), S. 913–919
 - 4 Als Hinweise mögen dienen: Ellwein/Achatz/Plander, Hochschule der Bundeswehr, S. 11–20; Schroeders, Student und Soldat, S. 21–25; Hochschule der Bundeswehr Hamburg (Hg.): 10 Jahre Hochschule der Bundeswehr Hamburg, 1973–1983. Aufbau, Entwicklung, Forschung. Mit Forschungsbericht 1980–1982, Hamburg 1983; Horst Sanmann: Studierte Offiziere und bundeswehreigene Universitäten: Zwei fundamentale Neuerungen, in: Der Präsident der Universität der Bundeswehr Hamburg (Hg.): 1973–1993. Zwanzig Jahre Universität der Bundeswehr Hamburg. Festschrift. Hamburg 1993, S. 5–19; Eckardt Opitz: »Kämpfer« oder »Denker«? Der lange und kontroverse Weg zum Studium für angehende Offiziere in Deutschland, in: Ders. (Hg.): 50 Jahre Bundeswehr – 50 Jahre Offizierausbildung: ein Beitrag der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg, Bremen 2007, S. 61–70.
 - 5 HWP, Milieukonzept, S. 5.

– zugunsten von Transparenz und eines auf verschiedenen Ebenen angelegten Begriffs von »Offenheit«: Offenheit der Anlage, des Betriebs, der Organisation und – bemerkenswerterweise – auch der Lehrinhalte, einhergehend mit der stets vorausgesetzten Freiheit und Transparenz von Forschung und Lehre.⁶

Diese Verwobenheit von modernisierter Offiziersausbildung, universitärer Lehre und Öffentlichkeit in einem demokratischen Rechtsstaat, wie es die konzeptionellen Dokumente der Gründungsphase ein ums andere Mal betonten, bildete die Grundlage für einen der ambitionierteren hochschulplanerischen und architektonischen Entwürfe, der die Hochschule der Bundeswehr in Hamburg in zweierlei Hinsicht mit »Modellcharakter« versah: Einerseits wiesen die Hochschulplanungen die neue Universität – wie ihre Geschwisterhochschule in München – als beispielhaftes Experimentierfeld »für Ansätze zu einer [progressiven] Studienreform«, als Reformhochschulen par excellence aus, in der neuartige Lehr- und Lernformen ausprobiert und die Persönlichkeitsentfaltung und Selbstverwirklichung als Voraussetzungen für die Sozialisation und das gruppendynamische Rollenverhalten des Einzelnen ermöglicht werden sollten.⁷ Andererseits bedurfte es einer räumlichen Umsetzung für diese Erwartungen und Zielvorstellungen des BMVg und der Planungsgruppen, die modellhafte Qualität haben – erneut im Verbund mit München – als Pilotprojekt in die bundesrepublikanische Gesellschaft hinein wirken sollte. Mit der Entwicklungsplanung und Umsetzung beauftragte das BMVg im August 1972 das Stuttgarter Büro Heinle, Wischer und Partner, das sich insbesondere mit der Bauplanung und Ausgestaltung des Olympischen Dorfes in München ab 1968 öffentlich hervorgetan hatte.⁸

6 Ebd., S. 10; Ellwein/Achatz/Plander, Hochschule der Bundeswehr, S. 25. Dies waren ohnehin bestimmende Begriffe der Hochschulreformediskussion der 1960er Jahre, wie verdichtet in den Beiträgen Helmut Schelskys und Ralf Dahrendorfs abgebildet. Vgl. Ralf Dahrendorf: Starre und Offenheit der deutschen Universität. Die Chancen der Reform, in: *Europäisches Archiv für Soziologie*, 3, 2 (1962), S. 263–293. Zum Kontext siehe Moritz Mälzer: Auf der Suche nach der neuen Universität. Die Entstehung der »Reformuniversitäten« Konstanz und Bielefeld in den 1960er Jahren, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016.

7 HWP, Milieukonzept, S. 10; BA/MA Freiburg, BW2/9344, Bericht über die Gruppenarbeitsräume der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg v. 17.9.1977, S. 114, zit. in Sikorra, Bundeswehrreform und Architektur, S. 50.

8 Militärarchiv Freiburg, BW2/9343, Vertrag zwischen dem BMVg und dem Planungsbüro Heinle, Wischer und Partner v. 7.8.1972, zit. in Sikorra, Bundeswehrreform und Architektur, S. 23. Vgl. Heinle, Wischer und Partner (Hg.): Eine Stadt zum Leben. Das Olympische Dorf München, Freudenstadt: Müller 1980; Natalie Heger: Das Olympische Dorf

Abbildung 1: Erwin Heinle (links) und Robert Wischer, verantwortlicher Architekt für die Planung und den Bau der HSU, 1969, Quelle: Heinle, Wischer & Partner (mit freundlicher Genehmigung)



Erwin Heinle und Robert Fischer verfügten zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe bereits über einen festen Mitarbeiterstamm von mehr als 100 Architekten und Bauplanern und hatten sich auch und gerade im Hochschulbau der Bildungsexpansionsphase der 1960er und frühen 1970er Jahre hervorgetan. Eine wesentlich bessere Adresse ließ sich für das BMVg kaum finden. Innerhalb des Büros übernahm Robert Wischer die Verantwortung für die Entwicklung und bauliche Umsetzung der Hamburger Hochschule, Erwin Heinle jene für die Geschwisterhochschule in München. Dies freilich lässt sich als Formalität deuten, waren Wischer und Heinle intellektuell im Grunde vergemeinschaftet und schöpften aus ähnlichen Quellen des architektonischen Diskurses der klassischen Moderne. Beide waren ihrer beruflichen Sozialisation nach stark

München. Planungsexperiment und Musterstadt der Moderne, Berlin 2014, v.a. die exzellente berufsbiographische Herleitung im Hinblick auf die Architekten in Kap. II: Das Olympische Dorf München als Planungsexperiment, S. 60–183

vom Funktionalismus der 1950er und 1960er Jahre geprägt, begannen aber ab der Zeit um 1970 zunehmend strukturalistische und futuristische Elemente in ihre Arbeit einfließen zu lassen. Beiden war eine explizite Vorliebe für Mies van der Rohe gemein, deren Spuren sich auch in der Gestaltung der HSU wiederfinden lassen.⁹

Abbildung 2: Büro Heinle, Wischer & Partner, Schottstraße, Stuttgart, frühe 1970er Jahre, Quelle: Heinle, Wischer & Partner



-
- 9 Erwin Heinle: Rede zum 20-jährigen Jubiläum des Büros v. 20. August 1982, in: Erwin Heinle Best of: Zwischen Hochgebirge und Mittelmeer. Eine Ausstellung des Architekturbüros Heinle, Wischer und Partner Freie Architekten in der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart vom 8. bis 16. September 2017, digitale Fassung [Best of Heinle], URL: <https://www.heinle-best-of.de/wegbegleiter> [3.1.2023]. (Hierbei handelt es sich – neben Heger, Olympische Dorf – um die wohl dichteste Dokumentations.) Zur Geschichte des Büros vgl. Heinle, Wischer und Partner (Hg.): Zum 50-jährigen Jubiläum 1962–2012, Berlin 2012; Carsten Sauerbrei: Stuttgarter Moderne, in: German Architects: Profiles of Selected Artists, URL: <https://www.german-architects.com/de/architecture-news/meldungen/stuttgarter-moderne> [3.1.2023]

Wie nun übersetzten sich die hier nur skizzierten Prämissen in die eigentliche Entwicklungs- und Bauplanung und – in Verlängerung dessen – in die Umsetzung? Heinle, Wischer und Partner hatten von Anfang an mit einem ganzen Reigen an Schwierigkeiten zu kämpfen. Da war zum einen der Standort, den das BMVg bereits auf Grundlage einer systematisierten Makro-Standortplanung vorgegeben hatte. Das ursprüngliche Ergebnis des entwickelten Kriterienrasters brachte Kassel für Norddeutschland und Augsburg für Süddeutschland als gleichsam ideale Standorte für die künftigen Bundeswehrhochschulen hervor. Erst eine bewusste und offensichtlich parteipolitisch motivierte Veränderung der Gewichtung führte zur Priorisierung der Wunschmetropolen München – offenbar als Konzession der CSU gegenüber – und Hamburg, mithilfe dessen man die Erwartungshaltung der SPD befriedigte.¹⁰ (Man mag sich kaum vorstellen, dass die HSU ohne die parteipolitische Korrumptierung dieser Frage heute in Kassel ansässig wäre.) Jenfeld, auf das man sich unter drei möglichen Standorten einigte, war auch seinerzeit nicht notwendigerweise als innenstadtnah zu bezeichnen, so dass im Hinblick auf die Herstellung von Öffentlichkeit von Beginn an Abstriche gemacht werden mussten. Das Geschwisterkind traf es mit Neubiberg auf dem erstaunlich platten Land im Süden von München zugegebenermaßen schlimmer.¹¹

Auch entsprach die Ausgangslage nicht den Erwartungen moderner Hochschulentwicklungsplanung: Das Gelände der Vorgänger-Institution, der Douaumont-Kaserne, einem recht typischen Rotklinker-Kasernenbau aus der Wiederaufrüstungsphase der Wehrmacht von um die Mitte der 1930er Jahre, das designierte Gelände also wies eine viel zu »heterogene Qualität von Bauten, von Inventar und visuellem Erscheinungsbild« auf.¹²

10 HWP: Entscheidungsgrundlagen zur Standortplanung von Bundeswehrhochschulen, unveröffentlichte Studie, Stuttgart 1973, S. 24–104, bes. S. 96–98.

11 HWP, Entscheidungsgrundlagen zur Standortplanung, S. 106–176.

12 HWP, Milieukonzept, S. 5.

Abbildung 3: Douaumont-Kaserne, Hamburg, Bauzeit: 1935–1936, Quelle: gemeinfrei



Als gravierender noch erwies sich der Zeitrahmen und die Modalitäten, unter denen sowohl in Hamburg als auch in München parallel zueinander gebaut werden sollte, nämlich parallel zum bereits mit dem 1. Oktober 1973 einsetzenden Lehrbetrieb. »Neben dauergenutzten Gebäuden«, die nach Fertigstellung umgehend bezugsfähig sein mussten, standen Heinle und Wischer in der Rückschau nicht zuletzt die »veränderungsfreudigen, neu berufenen Professoren« der Hochschulen vor Augen, die die konkrete Umsetzung der Bauplanung zusätzlich erschwerten. In dieser »Parallelität von Planen und Bauen« erkannten die Architekten eine der »extremen Herausforderungen« ihres Berufslebens.¹³ Das indes wohl schwerwiegendste Defizit bei der Planung und Durchführung des Baus in Hamburg war der mangelnde Auskunftswillen, vielleicht auch die Auskunftsunfähigkeit der Ministerialbürokratie des BMVg, wenn es um die Konkretisierung der recht allgemein gehaltenen Entwicklungs- und Bauziele ging. Auf die Frage, welcher allgemeine Hochschulbereich beispielhaft bebaut werden sollte, erhielt man selbst

13 Erwin Heinle: Meine Abenteuer als Architekt. Vortrag am 6. April 1992 in der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart, in: Best of Heinle, URL: <https://www.heinle-best-of.de/meine-abenteuer-als-architekt> [13.5.2022]. Heinle bezieht sich auf den Hochschulbau in München. Dies dürfte – in Ermangelung vergleichbarer Zeugnisse Wischers – indes übertragbar sein. Vgl. auch Dietmar Strey: Hochschulbau ohne Tempolimit – Baugeschichtliches aus zweieinhalb Jahrzehnten, in: Uniform: Zeitung der Universität der Bundeswehr Hamburg 11 (1998), S. 8–15.

vom Planungsgruppenvorsitzenden Ellwein keine Antwort, so dass das Büro sich über lange Zeit gezwungen sah, gleichsam ins Blaue hinein zu planen.¹⁴

Dies freilich bedingte eine Planungsautonomie, die zwar schließlich zu exorbitant aufwachsenden Kosten führte, es Heinle, Wischer und Partner aber zugleich ermöglichte, etwas auch architektonisch Ambitioniertes, im Kern sogar Modellhaftes mit einiger Breitenwirkung im hochschularchitektonischen Diskurs der Zeit zu schaffen. Kurz nach Abschluss der Bauarbeiten ging man nicht zu Unrecht davon aus, dass »die Neubauten der Hochschule [...] mit ihren architektonischen Eigenschaften in die Geschichte des deutschen Hochschulbaus eingehen [könnten].«¹⁵ Die vorhandenen Defizite – heterogener Altbestand und vor allem die allgemeine Planungsunsicherheit – wendeten Heinle, Wischer und Partner ins Positive. Die bauliche Kompaktheit der Liegenschaft, vorgegeben durch ältere Bebauung im Norden und Osten und nicht zuletzt die A24, die 1936 als Reichsautobahn Hamburg-Berlin entstanden war, nutzte man zur Entwicklung eines ambitionierten Entwurfs im Sinne und in der Tradition der nordamerikanischen Campus-Universität, wie sie ab den 1960er Jahren auch in Deutschland Einzug hielt. Die älteren Gebäude, der Rotklinker von der Mitte der 1930er, fungierten dabei anfangs als Auslagerungsstätten für den universitären Betrieb und wurden mit zunehmender Fertigstellung der neuen Lehrgebäude als Studentenwohnheime genutzt. Die neuen Gebäude sollten sich in der modernen Architektursprache zwar von dem bisherigen Bestand absetzen, sich jedoch auch gleichsam fluide in den gegebenen städtebaulichen Kontext einfügen. Die vergleichsweise geringe Höhe der von Heinle, Wischer und Partner entwickelten Neubauten macht besonders deutlich, wie sehr – bei aller stilistischen und baulichen Kontrastierung – um eine »Einheit des Ganzen« gerungen wurde.¹⁶ Dabei war man sich bewusst, dass hier ganz offensichtlich nicht im Grünen geplant wurde, wie dies bei den meisten anderen Campus-Universitäten der Zeit der Fall war.

14 Vgl. zum Kontext Robert Wischer: Die Entwicklung des baulichen Gesamtkonzeptes, in: Hochschule der Bundeswehr Hamburg (Hg.): Kolloquium zu Hochschulentwicklung und Hochschulbau, München 1979, S. 29–44; H. Küsgen: Kostenanalyse und Kostenbewertung, in: Hochschule der Bundeswehr/Kolloquium, S. 67–78; Sikorra, Bundeswehrreform und Architektur, S. 57–62.

15 Martin Skibbe: Die Bibliothek der Hochschule der Bundeswehr Hamburg, in: Bibliotheken der Bundeswehr (= Arbeitshefte, Nr. 33, Sept. 1977), Teil 2, hg. v. Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken, Bonn 1979, S. 3–60, hier S. 12.

16 Wischer (JAHR), Entwicklung des baulichen Gesamtkonzeptes, ANGABEN S. 43.

Abbildung 4: Hochschule der Bundeswehr Hamburg, Vogelperspektive auf das Universitätsgelände nach Bauabschluss, 1970er Jahre, Quelle: Heinle, Wischer und Partner: Hochschule der Bundeswehr Hamburg, Stuttgart 1977, S. 7.



Grün in einem anderen Sinne bringt uns zu einer weiteren wesentlichen Komponente der Gesamtplanung und, obgleich mit Abstrichen, auch des heutigen Erscheinungsbildes des Campus, zu den Grünanlagen und der Ausgestaltung des Landschaftsraumes, in dem die Hochschule zu situieren war: Zum grundsätzlichen Kriterium der Offenheit gesellte sich hier die konkrete Frage der Zugänglichkeit des Campus als zentrales Gestaltungsprinzip. Die eigentliche Gestaltung wurde dabei in die Hände des Garten- und Landschaftsarchitekten Wolfgang Miller gelegt, über dessen Büro sichergestellt war, dass auch diese Dimension der künftigen Campus-Gestaltung zu ihrer vollen Geltung kam. Miller, ebenfalls in Stuttgart ansässig, verfügte über eine breite, auch historisch vertiefte Kenntnis der Garten- und Landschaftsarchitektur in ihren unterschiedlichen europäischen Traditionen und war bereits an der Seite von Heinle, Wischer und Partner beim Bau des Olympischen

Dorfes in München als innovativer Gartenarchitekt hervorgetreten.¹⁷ Seine im Verbund mit Wischer entwickelte Konzeption war insofern unerlässlich, als sie die eigentliche Maßgabe des Projekts zu gewährleisten hatte, nämlich die Integration der Hochschule in die unmittelbare Nachbarschaft und nicht zuletzt in die Stadtgesellschaft Hamburgs. Als bemerkenswert erweist sich dabei insbesondere, dass der von Miller gestaltete Grünraum in noch größerem Maße als die Hochschule selbst in ein übergeordnetes Raumentwicklungskonzept der Stadt Hamburg integriert war, das die Einrichtung bzw. Konsolidierung eines durchgängigen Grünraums zwischen Wandsbek Markt und Öjendorfer See vorsah.¹⁸ In dieser Konzeption kommt dem Campus der HSU ungebrochen eine kardinale ökologische Brückenfunktion zu, wie sich, wenn Sie mir diese ornithologische Beweisführung gestatten u. a. an dem 2012 beringten Ganter Nr. 2HO und dem mit ihm verpaarten Graugansweibchen ablesen lässt, die seit Jahren zwischen Öjendorfer See und dem sogenannten Kühlteich des Universitätsgeländes hin- und hermigrieren und bereits mehrfach erfolgreich auf dem Campus gebrütet haben. Auf die ökologische Funktion des Campus im Hinblick auf die Bestandssicherung Hamburger Vogelpopulationen kann in diesem Zusammenhang nur hingewiesen werden. Diese lässt sich u. a. anhand des mehrere dutzend Arten umfassenden Vogelbestands veranschaulichen: Bunt- und Grünspecht, Gartenbaumläufer, Kleiber, ein inzwischen überwinterndes Hausrotschwanzpärchen und die sich stets Anfang Mai einstellenden Mauersegler, die sich als Koloniebrüter in den alten Gebäuden im Eingangsbereich des Geländes niederlassen.¹⁹

Für den engeren Zusammenhang meiner Ausführungen ist dabei vor allem der Hinweis relevant, dass die Gestaltung des Außenraums in beeindruckender

17 Landschaftsarchitekt Wolfgang Miller (1928–2017) in Stuttgart verstorben. Ein Nachruf, 10. April 2017, in: Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla, URL: <https://www.bdla.de/de/nachrichten/nachrichten-de/512-landschaftsarchitekt-wolfgang-miller-1928-2017-in-stuttgart-verstorben-ein-nachruf> [22.10.2022]

18 HWP: Hochschule der Bundeswehr Hamburg, Stuttgart-Bad Cannstatt 1977, S. 6.

19 Am 6. Juli 2022 ging unter Leitung des Projektleiters Gans Hamburg, Simon Hinrichs, und unter leidenschaftlicher Beteiligung von Universitätsangehörigen sowohl des wissenschaftlichen Bereichs als auch der Verwaltung die bisher letzte Beringung von Graugans-Jungvögeln (und der Partnerin von Ganter 2HO) vonstatten. Frühere Beringungen sind für 2017 und einige der Vorjahre belegt. Vgl. die vom Verf. seit gut einem Jahrzehnt hinterlegten Sichtungsmeldungen für das Gelände der HSU auf ornitho.de, dem Erfassungsportal des Dachverbandes Deutscher Avifaunisten (DDA): URL: <https://www.ornitho.de/> [1.1.2023]

ckend kohärenter Form mit den Gebäuden korreliert. Über ein bewusst mäanderndes Wegesystem und Öffnungen des Campus vor allem nach Süden und Westen gelang es Miller, eine parkähnliche Anlage zu entwickeln, die mit ihrem inzwischen würdevoll gealterten Baumbestand und durch die spielerische weitere Bepflanzung zumindest an guten Tagen an einen englischen Landschaftsgarten erinnert. Dessen Sichtachsen und konkrete Wegführung deuten dabei von den (gewesenen) Eingängen her samt und sonders auf das Hauptgebäude hin.²⁰ Dem Auge folgt die konkrete Wegführung, die sich ebenfalls auf das Hauptgebäude zuzubewegen scheint. Eine Umzäunung des Geländes bestand allein aufgrund seiner Ursprünge als Kasernenkomplex und schien auch in der eigentlichen Gestaltungsphase nicht wirklich verhandelbar gewesen zu sein. Wischer und Miller reagierten auf diese ungewollte Konstante, indem sie den Campus insgesamt an allen verfügbaren Ecken und Enden aufbrachen. Was entstehen sollte und zwischenzeitlich auch existierte, war ein über sämtliche Eingänge begehbare Grünraum, der insbesondere zur Einbeziehung der Nachbarschaft gedacht war. Dies steht hinter den zu Recht häufig betonten Kriterien von Offenheit, Zugänglichkeit und Attraktivität. Apodiktischer formuliert: Millers Umgang mit dem Außenraum der späteren HSU ›ent-kaserniert‹ und ›ent-ghettoisiert‹ die entstehende Hochschule ganz bewusst und macht sie zum Teil ihrer Umgebung und der übergeordneten Stadtentwicklung.²¹

Im Zentrum der alten Kaserne, also dort, wo sich einstmals die Reste des Exerzierplatzes der Wandsbeker Husaren befanden, erstand das Hauptgebäude der Universität als künftiger Nukleus des Lehrbetriebs.²² Da die Planer die Anlage entwerfen mussten, ohne die genaue Nutzung bzw. das präzise Raumprogramm zu kennen, sollte das Gebäude in höchstem Maße flexibel und in

20 HWP, Hochschule der Bundeswehr Hamburg, S. 6.

21 HWP, Milieukonzept, S. 10, das u.a. die Zielvorstellungen der Planung mit Begriffen wie ›keine Subkultur der Bundeswehr‹ und ›kein Ghetto‹ erfasst. Vgl. außerdem BA/MA Freiburg, Akte BW1/184388, Mitteilungen über die Erhebung zu den Neubauten für die Hochschule der Bundeswehr in Hamburg v. 15.11.1976, zit. in: Sikorra, Bundeswehrreform und Architektur, S. 56–57; HWP, Hochschule der Bundeswehr Hamburg, S. 6; Sanmann, Studierende Offiziere, S. 5–19.

22 Vgl. insbesondere die exzellente, bedauerlicherweise aber unveröffentlicht gebliebene Studie von Martin Knauer: Hamburgs Universität der Bundeswehr und ihr Douaumont-Bereich: Eine Gelände-Geschichte mit Umwegen, unveröffentlichtes Manuskript, o. Dat., S. 5–6; vgl. auch Frank Bockholdt: Chronik der Douaumont-Kaserne: 1934–2003, Selbstverlag, 2004.

sämtliche Richtungen stufenweise erweiterbar sein. Dies ermöglichte die angesprochene Aufnahme des Lehrbetriebs und enthielt sich im Hinblick auf die Entwicklung des Universitätsstandortes jeder Form der baulichen Präjudizierung. Das Planungsbüro entwickelte »ein flexibles modulares System« mit einer im Allgemeinen, aber insbesondere im Hochschulbau seltenen Hängekonstruktion.²³ Dieses System besteht aus beliebig zusammenstellbaren quadratischen Pavillons von 36 x 36 Metern. Die erwähnten Pavillons lassen sich an fast an jeder Stelle für Treppen durchbrechen und erlauben es zudem, möglichst stützenfreie Räume einzurichten. So konnte man beim Bezug und der weiteren Ausgestaltung des Hauptgebäudes, aber auch der weiteren Neubauten, raumplanerisch möglichst beweglich operieren und »im selben System so unterschiedliche Nutzungen wie Unterricht, Werkstätten, Energieversorgung« oder, wie im Nebengebäude, sogar eine Mensa und anderweitige Freizeiträumlichkeiten unterbringen.²⁴ Jeder Pavillon ist dabei an vier großen freiliegenden, also weithin sichtbaren Stahlfachwerken aufgehängt, die wiederum nur auf vier Stützen ruhen. Von den Stahlträgern ist ein Rost abgehängt, der gleichzeitig oberste Geschossdecke ist, und von dem dünne Hängestangen abgehen, die die Decken und Wände der Geschosse halten. Die solcherart entstandene Hängekonstruktion, im Übrigen eine wegen ihres Aufwands selten angewendete Bauweise, stellt das prägende Gestaltungselement der verschiedenen Universitätsbauten dar und findet sich aus guten Gründen auch im Logo der Universität wieder.

Der Effekt der Hängekonstruktion auf die Wahrnehmung des Raumes insbesondere im Hauptgebäude ist enorm, finden sich hier doch keine unverrückbaren Mauern und Wände, die bei der kostengünstigeren Alternative eines Betonbaus beispielsweise unvermeidlich gewesen wären. Der filigrane und zugleich fragil wirkende Bau scheint dabei gleichermaßen zu schweben und läuft in seinem Kern auf das zu, was man zwar formal als Treppenhaus bezeichnen müsste, das aber als solches überhaupt nicht zu erkennen ist. Prägend für diesen Pavillon, der ungebrochen der Haupteerschließung und der Begegnung dienen soll, ist sein abgehängtes StahlGlastreppenhaus mit Galerien, das durch

23 Denkmalschutzamt: Erläuterungen zur Denkmalbedeutung, Anlage 1, 4.8.2017 (Zit.), inhaltlich u.a. basierend auf Wischer, Entwicklung des baulichen Gesamtkonzeptes, S. 29–44; Erwin Heinle u. Thomas Heinle: Bauen für Lehre und Forschung, Stuttgart/München 2001, S. 112–117. Vgl. auch HWP: Hochschule der Bundeswehr Hamburg, Stuttgart-Bad Cannstatt 1977; HWP, Milieukonzept, S. 19–62.

24 Denkmalschutzamt: Erläuterungen zur Denkmalbedeutung, Anlage 1, 4. August 2017.

eine große Lichtkuppel belichtet wird und durch seine Großzügigkeit zu beeindrucken versteht. Von hier gehen »windmühlenartig«, wie es Wischer treffend erfasst hat, die Flure zu den verschiedenen Bereichen ab, die ursprünglich durch unterschiedliche Primärfarben zur besseren Orientierung gekennzeichnet waren.²⁵ Der Rote Platz bildet damit das gleichsam natürliche bauliche Zentrum im Zentrum.

Abbildung 5: Helmut-Schmidt-Univ., Hauptgebäude, sog. Roter Platz, Quelle: Helmut-Schmidt-Univ.



Überhaupt kommt dieser Entwurf – neben der filigran inszenierten Offenheit des Raumes – einem weiteren Kriterium der Entwicklungsplanung nach: der Zentralität. Die Zusammenfassung aller höheren, größeren und stärker der Öffentlichkeit zugewandten Räume vollzieht sich nach Wischers Planung hier im Untergeschoss, wo noch heute die Räumlichkeiten für die Lehre, die Hauptbibliothek, die Verwaltung und unser Rechenzentrum untergebracht sind. In den sich anschließenden Obergeschossen finden sich in enger, horizontaler Verflechtung die Fachbereiche, deren ursprüngliche Planung – ganz im Sinne der »universitas« – eine Vergemeinschaftung von Lehrenden und Lernenden vorsah. Exemplarisch hierfür waren die wiederum ursprünglich vertikal angelegten Komplexarbeitsräume, die in ihrer ursprünglichen Gestalt

25 HWP, Hochschule der Bundeswehr Hamburg, S. 6. Vgl. auch Denkmalschutzamt: Erläuterungen zur Denkmalbedeutung, Anlage 1, 4. August 2017.

weder verglast noch überhaupt begrenzt waren.²⁶ Dies galt im Übrigen auch für die Fachbereichsbibliotheken, die als fluide, unbegrenzte Räumlichkeiten im Sinne einer »offenen Bibliothek« konzipiert waren. Das Gestaltungsprinzip der »offenen Bibliothek«, das wie so vieles dem Postulat radikaler Offenheit und Transparenz geschuldet war, bewährte sich indes nicht, wie der erste Bibliotheksleiter Martin Skibbe nach einigen Jahren resigniert feststellen musste. »Die Diebstahlsquote war erschreckend hoch«, so dass man 1979/80 zu dem uns bekannten Verglasungsmodell übergang und damit den Zugang beschränkbar und kontrollierbar machte.²⁷

Abbildung 6: Helmut-Schmidt-Univ., Hauptgebäude, Hauptbibliothek, Quelle: Helmut-Schmidt-Univ.



Nichtsdestoweniger blieb die Zielvorstellung des Planungsbüros bestehen: Hier – in den Fachbereichsbibliotheken und den offenen Räumlichkeiten von Unter- und Obergeschossen – sollte sich die soziale Interaktion innerhalb der

26 HWP, Milieukonzept, S. 22; Wischer, Entwicklung des baulichen Gesamtkonzeptes, S. 34.

27 Skibbe, Bibliothek der Hochschule der Bundeswehr Hamburg, S. 14–15; Sikorra, Bundeswehrreform und Architektur, S. 59, unter Hinweis auf u.a. BA/MA Freiburg, BW1/184388, Mitteilungen über die Erhebung zu den Neubauten für die Hochschule der Bundeswehr in Hamburg v. 15. November 1976.

Universitätsgemeinschaft und jene zwischen Universitätsgemeinschaft und Öffentlichkeit vollziehen.

Das Aufeinandertreffen innerhalb der Gemeinschaft stellten sich Heinle, Wischer und Partner ganz im Sinne des reformuniversitären Diskurses der Zeit als – ich paraphasiere den ursprünglichen Entwurf – schranken- und möglichst hierarchielos vor.²⁸ Besonders deutlich bekam dies weniger die militärische Seite zu spüren, bei der man naturgemäß ein ausgeprägteres Hierarchieverständnis annahm, als die frühe Professorenschaft der Bundeswehrhochschule. Anführen könnte man – eher anekdotisch – die Forderung der Planungsgruppe Forschung und Lehre, man möge bauplanerisch doch bitte zwei Bürotypen mit Mindestgrößen ausweisen: 24 qm für die Professoren und 18 qm für deren Assistenten. Heinle, Wischer und Partner beschieden dies nur lakonisch mit dem Hinweis, »dass aus bautechnischen Gründen einheitlich nur 19,6 qm große Räume gebaut werden können.«²⁹ Wie das Planungsbüro die heutige raumnotbedingte Stapelung des akademischen Mittelbaus in den Büros kommentiert hätte, will man sich in diesem Zusammenhang nicht vorstellen müssen.

Was nun inspirierte Wischer und seine Kollegen zu dem von ihnen verantworteten und selbstbewusst vertretenen Entwurf? Vom eigentlichen Nukleus des Hauptgebäudes, dem sogenannten Roten Platz, öffnen sich Sichtachsen in gleich drei Richtungen in das Gebäude hinein – und eine vierte, die durch die Glasfront den Blick und die Nutzungsmöglichkeiten bewusst nach außen öffnet, dies ganz im Sinne der auf Paul Klee zurückgehenden Vorstellung eines »Floating Space«, die auch Ludwig Mies van der Rohe und Walter Gropius nachdrücklich beeinflusste.³⁰ Die sich nach außen auffächernden Raumnutzungsmöglichkeiten, das Ineinanderfließen von Innen- und Außenraum, im Grunde die Art und Weise, wie hier »Struktur und Natur« wieder aufeinander bezogen werden, so hat es Wischer formuliert, lässt sich zweifelsohne auch

28 HWP, Milieukonzept, S. 10, S. 14.

29 BA/MA Freiburg, Akte BW2/9345, Hochschule der Bundeswehr Projektgruppe Forschung und Lehre v. 05. Februar 1974, S. 3, zit. in: Sikorra, Bundeswehrreform und Architektur, S. 52–53.

30 Sigurd Bergmann: *The Beauty of Speed or the Cross of Modernity? Introductory Reflections on the Aesthetics of Space, Justice and Motion*, in: dies.u.a. (Hgg.): *Spaces of Mobility: Essays on the Planning, Ethics, Engineering and Religion of Human Motion*, Cambridge: CUP, 2008, S. 1–30, hier S. 8; Franz Schulze u. Edward Windhorst: *Mies van der Rohe. A Critical Biography*, Chicago: University of Chicago Press, 2012 [neue, überarbeitete Ausgabe], v.a. S. 176–231.

und gerade am Hauptgebäude der HSU festmachen.³¹ Noch wesentlich verdichteter ist dies freilich beim hiesigen Mensagebäude der Fall, das der Denkmalschutzbericht von 2017 mit einigem Recht als Meisterwerk der Campus-Architektur beschrieben hat. Dessen eigentliche Inspirationsquelle ist Mies van der Rohes Mitte der 1950er Jahre entstandene Crown Hall des Illinois Institute of Technology (IIT) in Chicago. Die Crown Hall gilt als das international profilierteste Beispiel dieses Bautyps, also eines stützenlosen, »frei überspannten« und damit nutzungsvariablen Hallenraums, der sich mit Recht auch als »Universalraum« bezeichnen lässt und an der HSU auch so genutzt wird.³² In diesem Zusammenhang verdient es die im Denkmalschutzbericht der Stadt Hamburg enthaltene Würdigung des Gebäudes, ausführlicher und im Kontext zitiert zu werden, auch um den architektonischen Wert des Gebäudes ermessen zu können: »Die Hängekonstruktion kommt aufgrund des rechteckigen Grundrisses, des hohen durch die klare Verglasung besonders transparent wirkenden Obergeschosses und des stark zurückspringenden verglasten Erdgeschosses besonders gut zur Wirkung. Der zentrale Versorgungskern ist mit [einem] farbigen Kunstwerk von [Francois] Morellet stark akzentuiert und gut im Außenraum sichtbar. Generell sollte die Mensa, die mit Cafeteria, einer Diskothek und anderen Sozialeinrichtungen ausgestattet wurde, transparent sein und zum Eintreten einladen. Sie wurde als Stätte der Begegnung zwischen Hochschule und Öffentlichkeit angelegt und besitzt eine hohe gestalterische Qualität.«³³

31 Wischer, Entwicklung des baulichen Gesamtkonzeptes, S. 44.

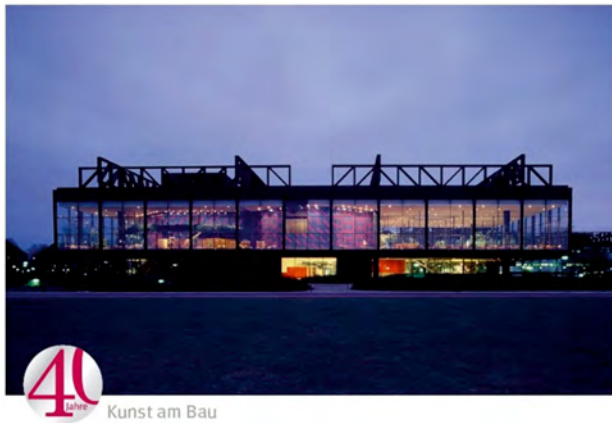
32 Zur Crown Hall vgl. Carsten Krohn: Mies van der Rohe – Das gebaute Werk, Basel: Birkhäuser, 2014, S. 128–134, Zit. S. 18 u. 132; Schulze/Windhorst, van der Rohe, S. 304–314.

33 Denkmalschutzamt: Erläuterungen zur Denkmalbedeutung, Anlage 1, 4.8.2017.

Abbildung 7: Crown Hall, College of Architecture, Planning and Design, Illinois Institute of Technology (IIT), Chicago / Ludwig Mies van der Rohe (1886-1969), Quelle: Mies van der Rohe Society, Chicago



Abbildung 8: Helmut-Schmidt-Univ., Mensagebäude, Quelle: Helmut-Schmidt-Univ., Reinhard Scheiblich



Aus der Gebäude- und Konstruktionsvielfalt des HSU-Campus ließen sich weitere Beispiele für die hier gleichsam verdichtet moderne Architektursprache anführen: so die ebenfalls als Hängekonstruktionen gebauten Funktionsgebäude; die zeitlich parallel greifende Umgestaltung dessen, was heute als ›Hanseatenbereich‹ bezeichnet wird, der ursprünglich als Löschwasservorrat

konzipierte spätere Kühlteich, und nicht zuletzt die künstlerische Dimension des Campus und der inzwischen glücklicherweise wiederhergestellten haus-eigenen Kunst- und Graphiksammlung.³⁴ Für die hier entwickelten Betrachtungen begnüge ich mich mit dem Resümee, das das BMVg 1977 in seiner Dokumentation der Kunst am Bau an den Hochschulen der Bundeswehr selber gezogen hat: »Insgesamt bilden die Kunstwerke in der Mensa sowie im Außenbereich und die Graphiksammlung einen kulturellen Fundus, dem große allgemeinbildende und soziologische Ausstrahlungskraft innewohnt.«³⁵

Im Sinne einer Bilanz lässt sich folgende grundsätzlichen Beobachtung festhalten: Offenheit, die Herstellung von Öffentlichkeit, Transparenz und die gleich doppelte Integration in die unmittelbare Nachbarschaft und die Stadtgesellschaft durchziehen und charakterisieren auch und gerade die architektonisch-baugeschichtliche Dimension der HSU. Sie war und ist damit Ausdruck eines durchaus als utopisch zu bezeichnenden Gesamtentwurfs der als modellhaft verstandenen Reformhochschule. Zugleich, und dies prägt die Planungsphase ebenso, sollte sie in den 1970er Jahren mit ähnlich utopischer Kraft als Vehikel fungieren, um der Bundeswehr an einem Ort exemplarisch die in ihrer Institutionslogik angelegte Tendenz zur subkulturellen Absonderung und Selbst-Ghettoisierung auszutreiben. Es dürfte müßig sein, vor diesem Hintergrund noch einmal explizit darauf hinzuweisen, dass die hier skizzierten Prämissen des Hochschulbaus und der Hochschularchitektur einem MSB – also der intendierten Wieder-Kasernierung – fundamental entgegenstehen. Überhaupt bin ich in der gesamten Dokumentation der Bau- und Entwicklungsphase nur ein einziges Mal auf den Begriff »Sicherheit« gestoßen. In der bereits zitierten Milieustudie von 1972/73 findet er sich in einer erst einmal kontraintuitiv erscheinenden Form, nämlich als »emotionale Sicherheit«.³⁶ Mit diesem Fachbegriff der damals neueren erziehungs- und entwicklungspsychologischen Forschung wollte man das Dreiecksverhältnis von Individuationsfähigkeit, Selbstverwirklichung und Vertrauen erfassen.

34 BA/MA Freiburg, Akte BW1/184388, Mitteilungen über die Erhebung zu den Neubauten für die Hochschule der Bundeswehr in Hamburg v. 15.11.1976, zit. in: Sikorra, Bundeswehrreform und Architektur, S. 56–57; Bundesministerium der Verteidigung (Hg.): Kunst am Bau. Dokumentation der Kunst in den Hochschulen der Bundeswehr, Teil 1 u. 2: Wettbewerb in Hamburg bzw. Graphiksammlung, Text und Gestaltung Hans-Georg Schultz-Gerstein, Bonn 1977.

35 Zit. nach Denkmalschutzamt: Erläuterungen zur Denkmalbedeutung, Anlage 1, 4.8.2017.

36 HWP, Milieukonzept, S. 13–15.

An eine wie auch immer geartete militärische Sicherheit schien niemand überhaupt nur zu denken.

Vor diesem Hintergrund scheint die geplante Einrichtung eines MSB auf einem für diesen Zweck denkbar untauglichen Universitätsgelände auch Ausfluss einer Diskursverschiebung im Selbstverständnis der Bundeswehr zu sein, vor der liberale Beobachter wie Detlef Bald, Martin Kutz, Manfred Messerschmidt und Wolfram Wette bereits 1994 gewarnt haben.³⁷ Die Gestalt des Campus der HSU und seiner Gebäude wird sich dabei der physischen ›Versicherheitlichung‹ elegant entziehen. Der im Verlauf der 1970er Jahre in Stahl und Glas überführte Geist der Reformphase indes dürfte durch diese Entwicklung weiteren Schaden nehmen.

Literatur

- Bald, Detlef, Martin Kutz, Manfred Messerschmidt u. Wolfram Wette (1994): Bundeswehr, Wissenschaft und Gesellschaft – Ein labiler Konsens wird aufgekündigt. In: *Sicherheit und Frieden/Security and Peace* 12, 1: Die orientierungslose Armee, S. 18–26.
- Bergmann, Sigurd (2008): *The Beauty of Speed or the Cross of Modernity? Introductory Reflections on the Aesth/ethics of Space, Justice and Motion*. In: Dies.u.a. (Hg.): *Spaces of Mobility: Essays on the Planning, Ethics, Engineering and Religion of Human Motion*. London: Routledge, S. 1–30.
- Bildungskommission beim Bundesministerium der Verteidigung (Hg.) (1971): *Neuordnung der Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr. Gutachten der Bildungskommission an den Bundesminister der Verteidigung (unveröffentlichtes Gutachten)*. Bonn: Bundesministerium der Verteidigung.
- Bockholdt, Frank (2004): *Chronik der Douaumont-Kaserne: 1934–2003*. Hamburg: Selbstverlag.
- Broockmann, Franz (1971): Helmut Schmidts neues Bildungskonzept. Zu den Vorschlägen der Ellwein-Kommission. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 16, 9, S. 913–919.

37 Detlef Bald, Martin Kutz, Manfred Messerschmidt u. Wolfram Wette: Bundeswehr, Wissenschaft und Gesellschaft – Ein labiler Konsens wird aufgekündigt, *Sicherheit und Frieden (S+F)/Security and Peace* (12, 1) 1994: Die orientierungslose Armee, S. 18–26. Die Verfasser dieser dezidiert kritischen Diagnose waren dabei symptomatischerweise allesamt als Wissenschaftler bei der Bundeswehr beschäftigt.

- Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (2017): Landschaftsarchitekt Wolfgang Miller (1928–2017) in Stuttgart verstorben. Ein Nachruf, 10. April 2017. In: Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla), URL: <https://www.bdla.de/de/nachrichten/nachrichten-de/512-landschaftsarchitekt-wolfgang-miller-1928-2017-in-stuttgart-verstorben-ein-nachruf> [22.10.2022].
- Bundesministerium der Verteidigung (Hg.) (1977): Kunst am Bau. Dokumentation der Kunst in den Hochschulen der Bundeswehr, Teil 1 u. 2: Wettbewerb in Hamburg bzw. Graphiksammlung. Text und Gestaltung Hans-Georg Schultz-Gerstein. Bonn: Bundesministerium der Verteidigung.
- Dachverband Deutscher Avifaunisten (DDA): ornitho.de: Erfassungsportal des Dachverbandes Deutscher Avifaunisten, URL: <https://www.ornitho.de/> [30.06.2023].
- Dahrendorf, Ralf (1962): Starre und Offenheit der deutschen Universität. Die Chancen der Reform. In: Europäisches Archiv für Soziologie, 3, 2, S. 263–293.
- Denkmalschutzamt der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH), Behörde für Kultur und Medien (2017): Denkmalschutzbericht v. 4. August 2017, enthält u.a. Erläuterungen zur Denkmalbedeutung, Denkmalkartierung, Erläuterungen Ensembleschutz, Auszug aus der Denkmalliste der FHH.
- Der Präsident der Universität der Bundeswehr Hamburg (Hg.) (1993): 1973–1993. Zwanzig Jahre Universität der Bundeswehr Hamburg. Festschrift. Hamburg: Universität der Bundeswehr Hamburg.
- Ellwein, Thomas (1972): Die Zukunft des Soldaten und seine Ausbildung. Von der Paradoxie eines Berufes. In: Neues Hochland 64, 1, S. 78–87.
- Ellwein, Thomas/Müller/Achatz von/Plander, Harro (Hg.) (1974): Hochschule der Bundeswehr zwischen Ausbildungs- und Hochschulreform: Aspekte und Dokumente der Gründung in Hamburg. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Heger, Natalie (2014): Das Olympische Dorf München. Planungsexperiment und Musterstadt der Moderne. Berlin: Reimer.
- Heinle, Erwin (1992): Meine Abenteuer als Architekt. Vortrag am 6. April 1992 in der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart. In: Best of Heinle, URL: <https://www.heinle-best-of.de/meine-abenteuer-als-architekt> [13.5.2022].
- Heinle, Erwin (2017): Rede zum 20-jährigen Jubiläum des Büros v. 20. August 1982. In: Erwin Heinle Best of: Zwischen Hochgebirge und Mittelmeer. Eine Ausstellung des Architekturbüros Heinle, Wischer und Partner Freie Architekten in der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart vom

8. bis 16. September 2017. Digitale Fassung [Best of Heinle], URL: <https://www.heinle-best-of.de/wegbegleiter> [3.1.2023].
- Heinle, Erwin und Thomas Heinle (2001): Bauen für Lehre und Forschung. Stuttgart: Dt. Verlagsanstalt.
- Heinle, Wischer und Partner (1973): Entscheidungsgrundlagen zur Standortplanung von Bundeswehrhochschulen (unveröffentlichte Studie). Stuttgart: Heinle, Wischer und Partner.
- Heinle, Wischer und Partner (1973): Entwicklungsplan für die Hochschule der Bundeswehr in Hamburg und München: Grundsatzstudie zum Milieukonzept, (unveröffentlichte Studie). Stuttgart: Heinle, Wischer und Partner.
- Heinle, Wischer und Partner (1977): Hochschule der Bundeswehr Hamburg. Stuttgart: Heinle, Wischer und Partner.
- Heinle, Wischer und Partner (Hg.) (1980): Eine Stadt zum Leben. Das Olympische Dorf München. Freudenstadt: Müller.
- Heinle, Wischer und Partner (Hg.) (2012): Zum 50-jährigen Jubiläum 1962–2012. Berlin: Heinle, Wischer und Partner.
- Hochschule der Bundeswehr Hamburg (Hg.) (1979): Kolloquium Hochschulentwicklung und Hochschulbau am 29. und 30. September 1979 in der Hochschule der Bundeswehr Hamburg. Hamburg: Hochschule der Bundeswehr Hamburg.
- Hochschule der Bundeswehr Hamburg (Hg.) (1983): 10 Jahre Hochschule der Bundeswehr Hamburg, 1973–1983. Aufbau, Entwicklung, Forschung. Mit Forschungsbericht 1980–1982. Hamburg: Hochschule der Bundeswehr Hamburg.
- Knauer, Martin (o. Dat.): Hamburgs Universität der Bundeswehr und ihr Douaumont-Bereich: Eine Gelände-Geschichte mit Umwegen (unveröffentlichtes Manuskript).
- Krohn, Carsten (2014): Mies van der Rohe – Das gebaute Werk. Basel: Birkhäuser.
- Mälzer, Moritz (2016): Auf der Suche nach der neuen Universität. Die Entstehung der »Reformuniversitäten« Konstanz und Bielefeld in den 1960er Jahren. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Opitz, Eckardt (2007): »Kämpfer« oder »Denker«? Der lange und kontroverse Weg zum Studium für angehende Offiziere in Deutschland. In: Ders. (Hg.): 50 Jahre Bundeswehr – 50 Jahre Offizierausbildung: ein Beitrag der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg. Bremen: Temmen.

- Sauerbrei, Carsten (2017): Stuttgarter Moderne. In: German Architects: Profiles of Selected Artists, URL: <https://www.german-architects.com/de/architecture-news/meldungen/stuttgarter-moderne> [3.1.2023].
- Schroeders, Andrea von (2006): Student und Soldat. Das Studium zwischen Dienstpflicht und akademischer Freiheit an den Universitäten der Bundeswehr. Baden-Baden: Nomos.
- Schulze, Franz und Edward Windhorst (2012): Mies van der Rohe. A Critical Biography. Chicago: University of Chicago Press [neue, überarbeitete Ausgabe].
- Sikorra, Dennis (2019): Bundeswehrreform und Architektur: Fallstudie zu Konzeption und Bau der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg (unveröffentlichte Masterarbeit). Hamburg: Helmut-Schmidt-Universität.
- Skibbe, Martin (1979): Die Bibliothek der Hochschule der Bundeswehr Hamburg. In: Bibliotheken der Bundeswehr (= Arbeitshefte, Nr. 33, Sept. 1977), Teil 2, hg. v. Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken. Bonn: Bibliothek des Deutschen Bundestages, S. 3–60.
- Strey, Dietmar (1998): Hochschulbau ohne Tempolimit – Baugeschichtliches aus zweieinhalb Jahrzehnten. In: Uniforum: Zeitung der Universität der Bundeswehr Hamburg 11, S. 8–15.

Bau und Bildung: Akademie, Collegium, Universität

Von Platons Akademie im Nordwesten Athens bis zur Douaumont-Kaserne in Hamburg-Jenfeld

Burkhard Meißner

Universitäten, wie wir sie kennen, sind ein Phänomen des späten Mittelalters und der Neuzeit, genauso wie Kollegien; beide entstanden im 12. Jahrhundert. Die »Akademie« ist der Name eines Grundstückes mit Garten-, Sport- und Kultanlagen, in dessen Nähe Platon wohl nach 387 vor Christus einen Garten erwarb und eine philosophische Schule begründete; alle antiken wissenschaftlichen Schulen dieser Art haben ihren Kern in solchen Gärten; die Schule der Epikureer, der Kepos, hat ihren Namen danach: Kepos heißt »Garten«.

Heute für uns scheinen alle vier Dinge, insbesondere hier, auf dem herrlichen Gelände der HSU, miteinander identisch: eine bzw. mehrere Park- oder Gartenanlagen, eine Universität im Sinne der Fächervielfalt, die abgeschlossene Hofanlage eines Kollegiums – ein Musenheiligtum besitzt die HSU in der kultuskeptischen Heimat ihres Gründers Helmut Schmidt natürlich nicht – nur die Universität der Bundeswehr in München besitzt eine Kapelle. Das Museale hier in Hamburg dagegen ist die technische Infrastruktur: Im Trakt, in dem sich mein Büro befindet, ließen sich für sieben Jahre die Lampen nicht mehr ausschalten.

Gärten wie die Akademie oder der »Garten« lagen in der spätklassischen und hellenistischen Zeit in Griechenland in der Regel am Rande der Stadt, also außerhalb des dicht bebauten Zentrums, aber dort, wohin man von der Stadt aus noch gut am Tage hin und zurück kam.¹ Wichtig war die Offenheit für die Stadt und ihre Bürger, die eingeladen waren, an Unterricht, Forschungen und

¹ Gertrud Dietze-Mager, Aristoteles-Viten und -schriftenkataloge. Die Aristoteles-Schrift des Ptolemaios im Licht der Überlieferung, *Studi Classici ed Orientali* 61 (2015), S. 97–166; Maureen Carroll-Spillecke, Kepos: der antike griechische Garten, Wohnen in der klassischen Polis, Band 3, München: Deutscher Kunstverlag (1989).

Debatten in den Gärten, den Festen und Vorträgen teilzunehmen. Man hat im 19. Jahrhundert gemeint, dass es sich bei diesen Schulen um kultische Vereine gehandelt habe (Theorie von Wilamowitz-Moellendorff).² Tatsächlich handelt es sich um Grundstücke, die im Laufe der Zeit auch mit Gebäuden bebaut wurden, in denen Lehr- und Forschungsgeräte waren (Landkarten, Himmelsgloben usw.); all dies konnte sogar vererbt werden, wie wir aus den überlieferten Testamenten der Peripatetiker wissen, den Nachfolgern in der Schule des Aristoteles und Theophrasts. Auch diese Schule war in einem Park entstanden, dem Lykeion, in dem oder bei dem sich eine Wandelhalle befand, in deren Nähe sich die Mitglieder zunächst trafen. Aristoteles selbst konnte Grund und Boden in Athen als Nichtbürger gar nicht erwerben: Erst mit Theophrast beginnt die Kette der Schulvorstände, die Eigentümer des Schulvermögens (Grundstück, Bauten, Bibliothek, Geräte) waren. Auch die vierte der großen Schulen heißt nach einer Säulenhalle (Stoa; Stoa Poikile), einer Säulenhalle mitten in der Stadt nahe der Agora, dem Marktplatz, wo Zenon mit seinen Lehren in einem öffentlichen Raum begann.³ Alle diese Schulen entstanden als Einrichtungen zunächst improvisiert – offen für die Stadtbürger und die Jugend Athens – nicht exklusiv.

Aristoteles sorgte in seinem Testament noch nur für die unmittelbare Familie, das Wohlergehen seiner Sklaven und für die Besitztümer seiner Eltern in Stageira und auf der Insel Euböia (die wohl an Theophrast gingen).⁴ Eine Schule im eigentlichen Sinne besaß der Peripatos noch nicht. Er bestand noch nur im öffentlichen Sich-Treffen seiner Mitglieder. Aristoteles Nachfolger Theophrast vererbte bereits ein Grundstück mit Musenheiligtum und Tempel und Wandelhalle. Anders als die Besitztümer von Aristoteles Familie in Nordgriechenland und auf Euböia, und anders als die Bibliothek, überließ Theophrast die Liegenschaften der Schule der Gemeinschaft der darin Philosophierenden. Wilamowitz hat dies als kultischen Verein gedeutet, es handelt sich aber um namentlich benannte Mitglieder unter einem Schulhaupt, denen

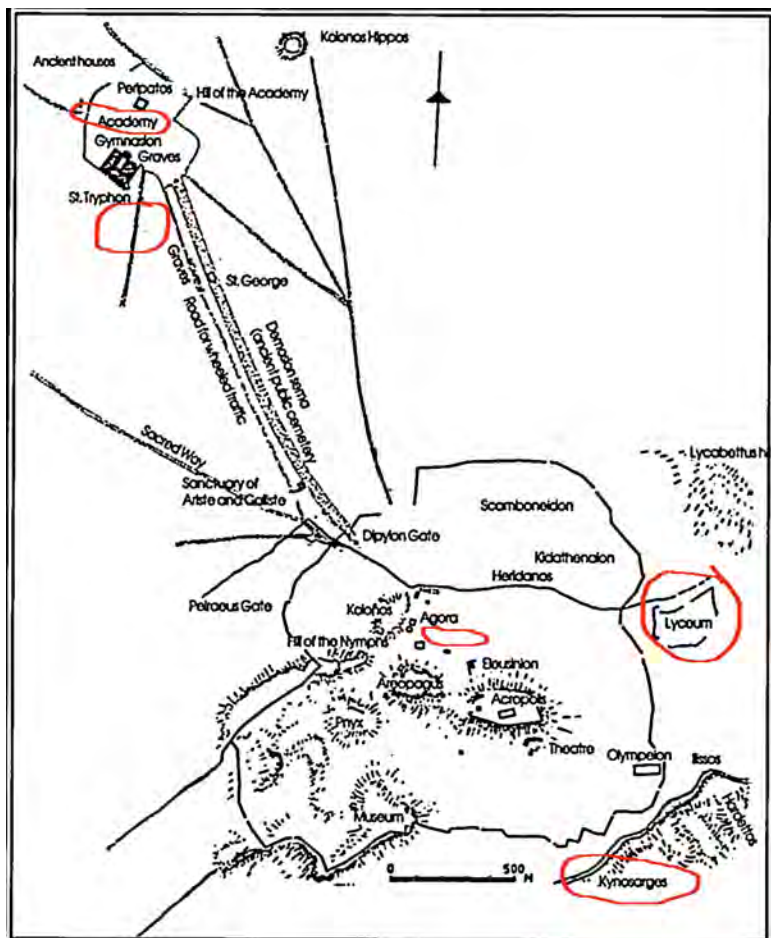
2 Vgl. Hans Joachim Krämer, Die ältere Akademie, in: Hellmut Flashar (Hsg.), Ältere Akademie, Aristoteles, Peripatos (Grundriss der Geschichte der Philosophie 3), Basel/Stuttgart: Schwabe (1983), S. 1–174, bes. S. 4f.

3 Peter Steinmetz, Die Stoa, in: Hellmut Flashar, Die hellenistische Philosophie, zweiter Halbband (Grundriss der Geschichte der Philosophie 4), Stuttgart/Basel: Schwabe (1994), S. 491–716, insbes. S. 495–497.

4 Diog. Laert. V 11–12.

allerdings verboten wird, sich die Schule privat anzueignen. Einer seiner Freigelassenen wurde als Hausmeister benannt für den »Garten« mit »Häusern« und »Wandelhalle«, damit darin »zusammen geforscht« und »zusammen philosophiert« werde.⁵

Abbildung 1: Lage großer Philosophenschulen in Athen



5 Diog. Laert. V 51–57.

Straton überlässt dann die Schule (διατριβή) dem neuen Schulhaupt Lykon mit der Begründung, die anderen seien entweder zu alt oder zu beschäftigt; sie agieren aber offenbar als Testamentsvollstrecker und sollen mit ihm »zusammenarbeiten«. Zur Schule gehören inzwischen auch Bibliothek und Mobiliar (außer Stratons Privataufzeichnungen): Es gibt Vorlesungsskripte, Lehrbücher und Literatur, die zur Schule gehören und von Generation zu Generation weitergegeben werden, anders als persönliche Aufzeichnungen.⁶ Lykon vermacht dann den »Peripatos«, wie er jetzt heißt, an die Gemeinschaft der Wissenschaftler mit dem Auftrag, aus ihrer Mitte ein geeignetes Schulhaupt zu bestimmen. Von der Bibliothek ist gar nicht mehr die Rede: Diese gehört bereits dazu – und wir wissen, dass sie später Eingang fand in die Bibliothek von Alexandria. Von einem weiteren Kreis von »Freunden« erwartet er Kooperation um seinetwillen und um der Schule willen.⁷

Der Fall der Epikureer ist ähnlich: Epikur vermachte sein Vermögen zwei Athenern (Aminomachos und Timokrates) unter der Bedingung, daß sie den »Kepos«, den Garten mit der Schule nebst dessen Einkünften und Erträgen, dem Nachfolger in der Leitung der Schule, Hermarchos, einem Mytileneer von der Insel Lesbos, überließen, sowie denen, die mit ihm zusammen philosophieren und denen, die Hermarchos als Nachfolger (Diadochen) hinterlässt, damit diese darin leben, um zu philosophieren. Der Gemeinschaft der Philosophierenden macht Epikur es zur Daueraufgabe, die beiden Erben und deren Nacherben in dem Bemühen zu unterstützen, die Diatribe, die Schule, in dem Garten in ihrem Bestand zu sichern und zu unterstützen, und zwar in der gleichen Weise, wie die Nachfolger in der Schulleitung auch. Und die Erben sollen die Philosophengemeinschaft in einem Haus in Melite, dem betreffenden Stadtteil Athens, leben lassen.⁸

6 Diog. Laert. V 61–64.

7 Diog. Laert. V 69–74. Insbes. 70,8–9: συγκατασκευάζετῶσαν δὲ καὶ οἱ λοιποὶ γνώριμοι καμοῦ καὶ τοῦ τόπου χάριν (Mit Hand anlegen sollen aber auch die anderen Freunde, sowohl meiner selbst wegen als auch wegen des Ortes).

8 Diog. Laert. X 16–21, insbes. X 17: ἐφ' ᾧ τε τὸν μὲν κῆπον καὶ τὰ προσόντα αὐτῷ παρέξουσιν Ἑρμάρχῳ Ἀγεμόρτου Μυτιληναίῳ καὶ τοῖς συμφιλοσοφοῦσιν αὐτῷ καὶ οἷς ἂν Ἑρμάρχος καταλίπῃ διαδόχοις τῆς φιλοσοφίας, ἐνδιατρίβειν κατὰ φιλοσοφίαν· καὶ αἰεὶ δὲ τοῖς φιλοσοφοῦσιν ἀπὸ ἡμῶν, ὅπως ἂν συνδιασώσωσιν Ἀμυνομάχῳ καὶ Τιμοκράτῃ κατὰ τὸ δυνατόν, τὴν ἐν τῷ κήπῳ διατριβὴν παρακατατίθεμαι τοῖς τ' αὐτῶν κληρονόμοις, ἐν ᾧ ἂν ποτε τρόπῳ ἀσφαλέστατον ἦ, ὅπως ἂν κάκεῖνοι διατηρῶσιν τὸν κῆπον, καθάπερ καὶ αὐτοὶ οἷς ἂν ἀπὸ ἡμῶν φιλοσοφοῦντες παραδίδωσιν.

Epikur machte einen Nichtathener zum Nachfolger als Schulvorstand: Dies ließ aufgrund des meist Bürgern vorbehaltenen Rechts zum Erwerb von Grundeigentum die rechtliche Regelung etwas kompliziert erscheinen. Sicher ist: Es wird versucht, die Schule aus Gartengrundstück, Gebäuden und Einrichtungen als Sondergut zu definieren, das zweckbestimmt für die wissenschaftliche Arbeit und nicht zu Zwecken privater Lebensführung von Generation zu Generation weitergegeben, ggf. vergrößert und als wissenschaftliche Lebensgemeinschaft eingerichtet wird, und zwar auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, des Wollens.⁹ Diese Akademie-Gärten entwickeln sich als Personengemeinschaften und Freundschaften, aber auch als Institutionen und Orte. Um meinetwillen und der Schule wegen: Das sind die Verpflichtungsgründe, mit denen Lykon die Freunde und Kollegen zum Weitermachen aufruft.

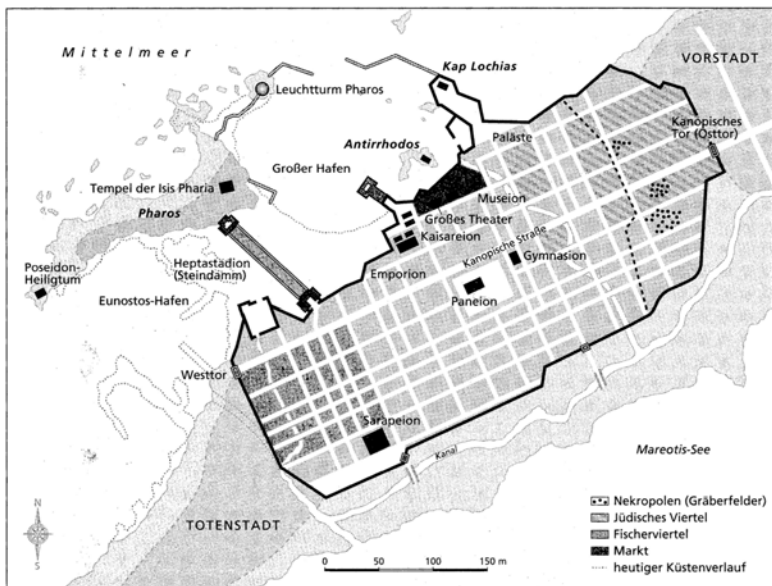
Wissenschaftliche »Gärten«, Schulen, Institutionen, bilden sich im 4. Jahrhundert v. Chr. als Einrichtungen zunächst städtischer Geselligkeit, dann als Institutionen mit fester Lokalität, offen für jedermann, in der auf Basis der Freiwilligkeit Mitglied sein kann, wen die anderen Mitglieder als Mitglied akzeptieren; diese Schulen muss man sich nicht als moderne Elementar- oder Sekundarschulen vorstellen, sondern als Lehr- und Forschungsgemeinschaften, die aber engstens verzahnt und eingebettet sind in die städtische Gesellschaft.

Solche literarischen und wissenschaftlichen Bildungseinrichtungen wurden dann ein Attraktivitätsfaktor auch des makedonischen Königshofes – eines nicht lokal verfestigten Hauptquartiers, das unter Alexander dem Großen eine Art Hofschule auf dem Marsch war – zwischen Pella in Makedonien, Kleinasien, Ägypten, dem Pandjab und Babylon. Nahezu alle Nachfolgemonarchen Alexanders, die Diadochen, unterhielten an ihren Höfen derartige wissenschaftliche Einrichtungen, in nahezu allen hellenistischen Städten gab es solche ähnlich wie in Athen seit dem 4. Jahrhundert; am ausgeprägtesten, größten und produktivsten waren die wissenschaftlichen Einrichtungen in den großen Städten, in denen am ehesten Höfe sesshaft wurden, am deutlichsten natürlich in Alexandria in Ägypten. Dort baute Ptolemaios I oder Ptolemaios II, wahrscheinlich in einem Teil der Palastanlage, einem riesigen, parkartigen Gelände, das etwa ein Viertel der Stadt im Nordosten einnahm und relativ offen zugänglich war, ein Musenheiligtum und eine Bibliothek auf,

9 Vgl. Michael Erler, Epikur, in: Hellmut Flashar (Hsg.), *Die Hellenistische Philosophie*, erster Halbband (Grundriss der Geschichte der Philosophie 4), Basel/Stuttgart: Schwabe (1994), S. 29–380, bes. S. 205–210.

wohl nach dem Vorbild des athenischen Peripatos, dessen Mitglied Demetrios von Phaleron im Exil Funktionär am Ptolemäerhof war. Zu der »Schule« Alexandrias gehörte eine zweite Bibliothek im entgegengesetzt gelegenen Stadtteil Rhakotis, im Südwesten, auf dem Areal des Serapis-Heiligtums, das wohl etwas später und unter Ptolemaios II gegründet wurde.¹⁰

Abbildung 2: Alexandria



Das Museion war nun wahrscheinlich tatsächlich ein Musen-Kultverein; seine Mitglieder waren Mitglieder des Vereins, für dessen Auslagen die königliche Kasse aufkam. Aber auch hier wie in den Vorgängereinrichtungen galt: Es handelte sich um zu Stadt und Stadtgesellschaft offene Einrichtungen, in denen lebte und arbeitete, wer als Wissenschaftler von den übrigen Wissenschaftlern anerkannt war. Sie verfügten zunächst über eine relativ schwach

¹⁰ Vgl. Burkhard Meißner, *Historiker zwischen Polis und Königtum*, Göttingen. Vandenhoeck und Ruprecht (1989), S. 466–469; P.M. Fraser, *Ptolemaic Alexandria*, vol. 1, Oxford: Oxford University Press, S. 314ff., S. 320ff.

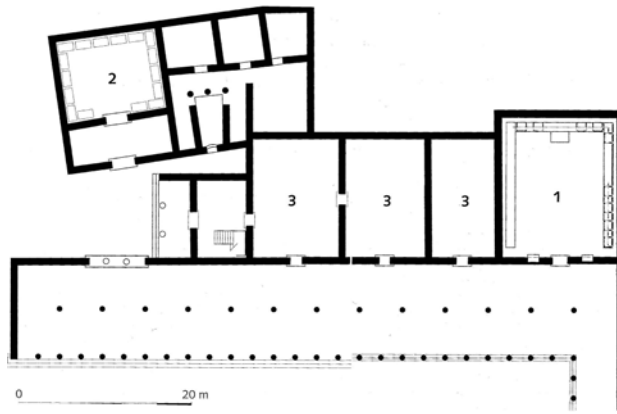
entwickelte Baulichkeit, Bibliotheken, finanziert aus Besitztümern, aus Spenden oder durch die Patronage eines Königs, die sich immer größer und aufwendiger entwickelten.¹¹ Wesentlich aber war der jederzeit freie und offene Zugang zur Wissenschaft.

Die Mitglieder dieses Wissenschaftszentrums in Alexandria befassten sich mit Philologie (Homerphilologie), Philosophie, Physik, Mechanischer Technik, Katapultbau (Näherungsformeln für die freie Skalierung von Katapulten), Medizin und insbesondere Anatomie. Wie in den athenischen Schulen waren zentrale Vorlesungen öffentlich für jedermann und frei zugänglich. Insbesondere die Anatomie-Vorlesungen von Herophilos und Erasistratos stießen auf breites Interesse und großen Zulauf – öffentliche Anatomie war daher so selbstverständlich im römischen Reich wie noch in der frühen Neuzeit.¹² Zu den Eigengesetzlichkeiten der Wissenschaft gehört es seit mehr als 2300 Jahren, dass die bürgerliche, in der Regel städtische Öffentlichkeit freien, allenfalls durch die Wissenschaft selbst kontrollierten (Prüfungen, Kenntnisse als Eingangsvoraussetzungen, ggf. Gebühren) Zugang zu ihr hat.

11 Vgl. Stefanie Holder (2020), *Bildung im kaiserzeitlichen Alexandria*, Stuttgart: Steiner, S. 79–82.

12 G.E.R.Lloyd, *Galen and his Contemporaries*, in: R.J.Hankinson (ed.), *The Cambridge Companion to Galen*, Cambridge: University Press (2008) 34–48, insbes. 34–38. Vgl. Heinrich von Staden, *Herophilus: The Art of Medicine in Early Alexandria*. Edition, translation and essays, Cambridge: University Press (1989), insbes. 42 über öffentliche medizinische, insbes. anatomische Vorlesungen. Vgl. zur öffentlichen Anatomie auch Peter Brain, *Galen on blood letting*, Cambridge: University Press (1986 ND 2009), S. 105.

Abbildung 3: Pergamon, Bibliothek



Wie groß so eine Bibliothek etwa sein konnte, davon gibt der Grundriss der Bibliothek beim Athena-Heiligtum in Pergamon einen Eindruck. Er macht auch deutlich: Wissenschaft, das umfasste auch Kult, Bankette, Fest und Feiern, und wenn unsere eigene Universität heute auf dem Campus keine eigene Kapelle hat und keine ansprechenden Räume für festliche Veranstaltungen, dann liegt auch darin ein Bruch mit alten Gepflogenheiten der Wissenschaft.

Nota bene: Vor den Bibliotheksarealen gibt es keine Wache, und rechts von der Celsus-Bibliothek ist der Eingang zum Hauptmarkt der Stadt. Wissenschaft findet statt mitten in der Stadt und offen für deren Bürger. Öffentliche Vorlesungen, insbesondere zu Fragen der Anatomie, gab es überall in der Antike und es gab sie verstärkt wieder in der frühen Neuzeit.

Abbildung 4: Celsus-Bibliothek, Ephesus



Abbildung 5: Anatomie des Dr. Tulp



Rembrandts berühmtes Gemälde »Die Anatomie des Dr. Tulp« (1632) bezieht sich auf jene erwähnten öffentlichen Anatomievorlesungen im 17. Jahrhundert: Bürger, neben Chirurgen auch Barbieri und andere, werden gezeigt,

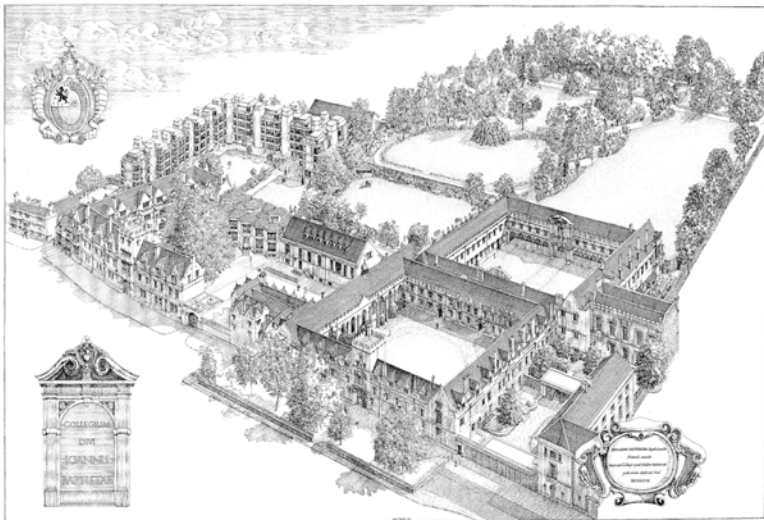
wie sie den Erläuterungen von Dr. Tulp zur Anatomie eines linken Armes folgen.

Man kann geradezu sagen: Wissenschaft ist öffentlich, weil Vorlesungen grundsätzlich öffentlich sind und weil in Vorlesungen wissenschaftliche Streit- und Geltungsfragen öffentlich verhandelt werden – seit mehr als 2000 Jahren. Es waren immer die Organe der Wissenschaft selbst, die den Zutritt zu ihr regelten, nicht der Landesherr (auch nicht in Alexandria) oder die Obrigkeit.

Dies gilt auch für Zeiten, in denen, anders als heute, tatsächlich von einem höheren Maß an Unsicherheit ausgegangen werden musste als in heutigen Städten und gerade in Hamburg.

Das folgende Bild zeigt mein altes College, das St. John's College in Oxford, im Zustand, den es Anfang der 80er Jahre hatte.

Abbildung 6: St. John's College, Oxford



Wir sehen hier Kreuzgänge, wie in einem Kloster. Wir sehen mehrere klösterliche *quadrangles*. Und: Das College hat ein Tor, das von einem *porter* bewacht wird, und das man zumachen kann.

Der Hintergrund für diese Abschließbarkeit sind die Umstände, unter denen stadtzentrierte wissenschaftliche Einrichtungen im späten Mittelalter

wieder entstanden. Wissenschaft war über Jahrhunderte, zwischen Isidor von Sevilla und der Entstehung der Universitäten von Bologna und Paris, eine Sache von Mönchen – in Klöstern mit Mauer und Tor. Dies prägte Lebensformen und die Lebensform des Klosters verdankte baulich und organisatorisch viel den Diatriben der hellenistischen Zeit und den *Scholae* und Hochschuleinrichtungen der Spätantike (Berytos). Aber: In den wenigen neuen Universitäten in Paris und Bologna waren die meisten Fremde, mussten, um Studium und Beruf zu betreiben, einen Flickenteppich von Herrschafts- und Rechtsbereichen durchziehen. Sie waren dabei ohne Schutz, gehörten nicht wirklich zur Stadtbevölkerung. In der frühen Neuzeit gab es etwa in Oxford zwischen *town* und *gown*, zwischen Stadtbürgern und Scholaren, gelegentlich bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen. Friedrich Barbarossa erließ 1155 und erneuerte bzw. erweiterte auf dem Reichstag von Roncaglia 1158 ein Gesetz, durch das alle Professoren und Studenten (Scholaren) unter besonderem rechtlichem Schutz standen, insbesondere nicht mehr festgehalten werden durften als Geiseln in der Fremde für die Erzwingung von Zahlungen anderer Landsleute. Um dies sicherzustellen, erhielten die Scholaren das Privileg, sich statt der lokalen Gerichtsbarkeit der des Bischofs oder ihrer akademischen Lehrer zu unterwerfen. Dadurch wurden Universitäten zu eigenen Rechtssubjekten mit eigenem Bürgerrecht und eigenen Grundsätzen.¹³ Protektion der Scholaren ist im modernen Staat dessen Sache geworden, doch die Frage, wer zu diesen gehört und gelangen kann, ist bis heute deren Sache geblieben.

Universitäten wirkten also, wie antike, in Städten. Ihre Mitglieder waren in diese im Mittelalter aber nicht unbedingt völlig oder in besonderer Weise als Bürger integriert und ggf. schutzbedürftig. Disziplin, Recht und Sicherheit der Scholaren im *convivium* oder *cellegium*, dem Ort des gemeinsamen Lebens und Arbeitens, zu bewahren, die Erhaltung der Lebensform- und Rechtsdifferenzen zwischen *town* und *gown*, bedurften daher ggf. der Mauer und des Tores. Das Tor aber war in der Hand der Scholaren. Diese entschieden, wann es geschlossen wurde, und meist war es geöffnet. In unserem College war es nachts zu, weniger um Eindringlinge abzuhalten und schon gar nicht, um Studenten am Fliehen zu hindern, erst recht nicht, weil irgendwelche der Wissenschaft fremden oder unkundigen Beamten oder Soldaten dies dekretiert hätten, sondern, um den nächtlichen Strom trunkener Studenten zu begrenzen und zu kanalisieren. *De nocturna Vagatione reprimenda* (Unterdrückung der

13 Winfried Stelzer, Zum Scholarenprivileg Friedrich Barbarossas (Authentica »Habita«), Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters 34 (1978), S. 123–165.

Nachtschwärmerei) hieß es im einschlägigen Paragraphen der Universitätsstatuten.¹⁴ Über Öffnung und Schließung entscheiden in einer typischen Universität allein Universitätsgremien; der *porter* untersteht dem *governing body* des Colleges. Und anders als universitätsfremde Bürokratien entscheiden Universitätsgremien sachgerecht und mit dem passenden Maß an Flexibilität. Natürlich gab es Nachtschwärmer, und natürlich gab es für diese ein *night gate*. Mein Pech, dass dieses *night gate* direkt neben meiner Unterkunft lag.

Die spätmittelalterliche Universität in Bologna entstand nun recht eigentlich als Remake der antiken Rechtsschulen, wie sie in Beirut, dem antiken Berytos, bestanden hatten, und ähnlich den antiken Wissenschaftsschulen mit »Schulen«, unter denen man sich zunächst private Grundstücke und Häuser vorstellen muss, die Lehrern und Dozentengruppen gehörten, die im 12. Jahrhundert zunächst Juristen waren, und um die sich im Laufe von drei Jahrhunderten zunehmend eine ganze *universitas* von Fächern ansiedelte, um schließlich einen neu interpretierten Kanon von Fächern und ein Curriculum entstehen zu lassen: mit den Fächern der philosophischen Fakultät und den drei Oberfakultäten Jura, Theologie und Medizin. An der Entwicklung des Stadtgrundrisses von Bologna kann man das gut nachvollziehen, kann sehen, wie sehr Kirchen als Orte festlicher Promotionen erster baulicher Kern der zunächst in der Stadt verstreuten Schulen waren, und nachvollziehen, dass unsere Universität bislang nicht nur ein solches Zentrum nicht hat, sondern auch kein einziges der universitätstypischen Fächer.

14 Excerpta e statutis Universitatis Oxoniensis, Oxford: Clarendon Press (1924) Titulus XIV De vestitu et habito scholastico, § 6: De nocturna Vagatione reprimenda.

Abbildung 7: Bologna, 12.-13. Jhdt.

Abb. 1 Bologna
Stadtkarte 1150–1300

- A Stadtviertel Porta Procula
verstreut Schulen u. Unterkünfte
- B Stadtviertel Porta Nova
verstreut einzelne Schulen
und viele Unterkünfte
- C Bereich der alten Piazza Maggiore
Ansammlung von vielen Schulen
- D S. Procolo
Zentrum d. Universitas d. Ultramontani
und der d. Citramontani
- E S. Pietro, Kathedrale
Zentrum d. Universitas,
Ort der Promotionen
- 1 Via dei Libri
 - 2 Via San Mamolo
 - 3 Via Porta Nova
 - 4 Piazza Maggiore vor 1230
 - 5 Pal. del Comune, 'Curia Sancti Ambrosii'
 - 6 S. Ambrogio u. Corte di S. Ambrogio
Haus und Schule d. Odofredo
 - 7 Haus und Schule d. Bulgaro
 - 8 Haus und Schule d. Accursio
 - 9 Häuser der Castelli
 - 10 Häuser der Stortilli
 - 11 S. Stefano
 - 12 S. Felice
 - 13 Porta Procula
 - 14 Porta Nova

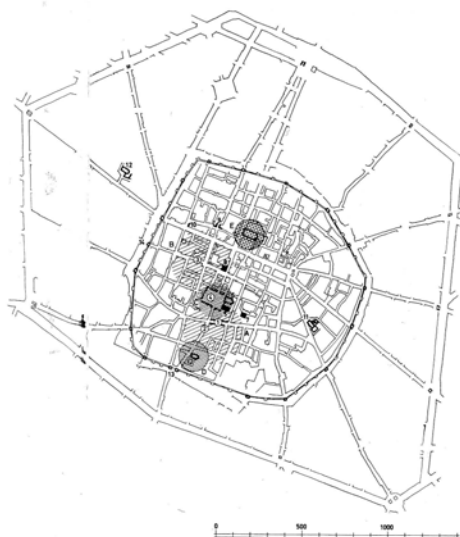


Abbildung 8: Bologna, 14.-15. Jhdt.

Abb. 2 Bologna
Stadtkarte 1300–1450

- A Stadtviertel Porta Procula
Bereich der Universitas d. Juristen
- B Stadtviertel Porta Nova
Bereich der Universitas d. Artisten
- C S. Domenico
Zentrum der Juristenuniversitas
- D S. Francesco
Zentrum der Artistenuniversitas
- E S. Pietro, Kathedrale
Zentrum der Universitas
- 1 Via delle Scuole o dei Libri
 - 2 Via San Mamolo
 - 3 Via delle Casette di S. Andrea
 - 4 Via dell'Archiginnasio u. Piazza Galvani
 - 5 Via Porta Nova
 - 6 Via de'Gargioliari
 - 7 Via Volto Santo
 - 8 S. Procolo
 - 9 S. Salvatore
 - 10 Collegio Breviciano
 - 11 Coll. di Spagna
 - 12 Coll. Gregoriano
 - 13 Coll. Ancarani
 - 14 S. Maria della Pace o degli Scolari
 - 15 S. Petronio, ab 1390 im Bau
 - 16 Piazza Maggiore, Neuanlage ab 1250



Erst im 16. Jahrhundert entstand in Bologna das große neue Hörsaalgebäude, das Archiginnasio, das Ober-Gymnasium mit anatomischem Theater, Beratungsräumen für die Fakultäten, Hörsälen der Fakultäten und zur Straße hin Geschäften – funktional und sozial fest integriert in die Stadtgesellschaft wie eine antike Schule und gebaut wie ein antiker Laden-Großbau.

Ein etwas prächtigeres, aber etwas kleineres Beispiel für diese Universitäten als mehrstöckige Ladenbauten um eine große Kirche als zeremonielles Zentrum in den großen Städten des 16. Jahrhunderts ist die alte römische Universität La sapienza. Der Heilige Ivo ist der Schutzheilige der Juristen, die auch hier wie in Bologna den Kern der Alten Universität bildeten.

Abbildung 9: Sant'Ivo alla Sapienza



Die Professoren dieser Universitäten lebten und lehrten oft in ihren Häusern (noch Kant tat dies in Königsberg) und nutzten dann zunehmend die funktionaler und größer werdenden zentralen Einrichtungen. Die Studenten lebten zur Untermiete oder in WG's, die sich, etwa in Paris, auch als »Bursen« oder »maisons« landsmannschaftlich oder in Hospizen o.ä. organisierten. Entscheidend ist: Diese Universitäten waren und wurden Teile der Städte, in denen sie sich entwickelten, und die Städte bzw. Stadtquartiere (etwa das *quartier latin* in Paris) wurden durch sie geprägt.

Die Kollegien nach Art des St. John's College dagegen waren Stiftungen von Gebäuden und Posten durch reiche Wohltäter, die in der Regel mit ihren Stiftungen handfeste Absichten verfolgten. Sir Thomas White beispielsweise, der

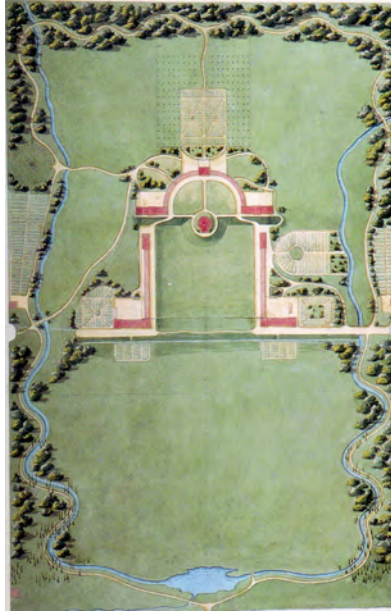
Stifter des erwähnten St. John's College, wollte im Jahre 1555 – der Zeit der Gegenreformation in England unter Queen Mary Tudor (Bloody Mary) – mit dem College ein Instrument zur Schaffung einer katholischen Elite schaffen. Dies geschah auch: William Laud, Absolvent des Colleges, wurde knapp 80 Jahre nach Gründung des Colleges Archbishop of Canterbury. Als solcher betrieb er unter Charles I eifrig die Sache der Krone gegen das Parlament, stand hinter den »Bischofskriegen« gegen die schottischen Presbyterianer und wurde schließlich 1645 auf Befehl des Parlamentes hingerichtet.

Das Union College in Schenectady, USA, wurde 1795 auf Betreiben aus Holland stammender Händler gegründet als überkonfessionell revolutionäre Einrichtung zur Erziehung von Eliten für die Expansion dahin, wo im neuen Bauplan des Colleges von 1813 das Geviert, das seine Gebäude bildeten, offen gelassen war: nach West-Nordwest.

Abbildung 10: Union College, Schenectady, Luftbild



Abbildung 11: Union College, Schenectady,
Plan



Dass sich aus Colleges und Universitäten in Amerika der Typus der »Campus«-Universität entwickelte, hat mit dem großen Platzangebot in und um die amerikanischen Städte im 18. und 19. Jahrhundert zu tun. Dass aber zahlreiche dieser Universitäten einen Zaun (aber keine Zugangskontrollen!) und eine eigene Polizei aufgebaut haben, hat damit zu tun, dass sie aus einem ganz bestimmten Grund und in ganz konkreter Hinsicht, anders als deutsche, in höherem Maße einen Rechtsbereich bilden (im Sinne der Gesetzgebung Friedrich Barbarossas). In den meisten amerikanischen Staaten wurde man lange erst mit 21 volljährig. Die Universität trat also für mehrere Jahre in die Erziehungsrechte der Eltern ein (*in loco parentis*). Hier wird der Missbrauch von Drogen, Gewalt und Alkohol verfolgt, nicht aber an dem Grundsatz gerüttelt, der Schulen, Museen, Collegia und Universitates seit 2500 Jahren prägt: Über den Zugang zur Wissenschaft entscheiden nur die Wissenschaftler. Auch das Department of Public Safety der Brown University in Providence, R.I. untersteht Universitätsgremien.

Die moderne Universität ist hochgradig interdisziplinär. Vor allem aber ist sie und sind ihre Mitglieder fest in die bürgerliche und städtische Gesellschaft integriert, aber als eine autonome Institution. Moderne Universitätswissenschaft geschieht wie antike und mittelalterliche eigengesetzlich.¹⁵ Mit einer Fabrik vergleicht Kant diese Universität. Zugang zu ihr hat, wen die Wissenschaft selbst zulässt:

»Es war kein übler Einfall desjenigen, der zuerst den Gedanken faßte und ihn zur öffentlichen Ausführung vorschlug, den Gelehrsamkeit (eigentlich die derselben gewidmeten Köpfe) gleichsam fabrikenmäßig, durch Vertheilung der Arbeiten, zu behandeln, wo, so viel es Fächer der Wissenschaften giebt, so viel öffentliche Lehrer, Professoren, als Depositeure derselben angestellt würden, die zusammen eine Art von gelehrtem gemeinen Wesen, Universität (auch hohe Schule) genannt, ausmachten, die ihre Autonomie hätte (denn über Gelehrte als solche können nur Gelehrte urtheilen); die daher vermittelst ihrer Facultäten)¹⁶ (kleiner, nach Verschiedenheit der Hauptfächer der Gelehrsamkeit, in welche sich die Universitätsgelehrte theilen, verschiedener Gesellschaften) theils die aus niedern Schulen zu ihr aufstrebende Lehrlinge aufzunehmen, theils auch freie (keine Glieder derselben ausmachende) Lehrer, Doctoren genannt, nach vorhergehender Prüfung aus eigner Macht mit einem von jedermann anerkannten Rang zu versehen (ihnen einen Grad zu ertheilen), d. i. sie zu creiren, berechtigt wäre.«¹⁷

15 Das Bundesverfassungsgericht legt Art. 5 Abs. 3 GG so aus, dass sich aus ihm das Recht ergebe darauf, dass keine »Beschränkung« der »auf wissenschaftlicher Eigengesetzlichkeit beruhenden Prozesse, Verhaltensweisen und Entscheidungen bei der Suche nach Erkenntnissen, ihrer Deutung und Weitergabe« geschehe (vgl. BVerfGE 90, 1, 11f.; 1 BvR 484/99 1 a).

16 »Deren jede ihren Decan als Regenten der Facultät hat. Dieser aus der Astrologie entlehnte Titel, der ursprünglich einen der 3 Astralgeister bedeutete, welche einem Zeichen des Thierkreises (von 30 Grad) vorstehen, deren jeder 10 Grade anführt, ist von den Gestirnen zuerst auf die Feldläger (*ab astris ad castra*. Vid. *Salmasius de annis climacteriis*, pag. 561) und zuletzt gar auf die Universitäten gezogen worden; ohne doch hierbei eben auf die Zahl 10 (der Professoren) zu sehen. Man wird es den Gelehrten nicht verdenken, daß sie, von denen fast alle Ehrentitel, mit denen sich jetzt Staatsleute ausschmücken, zuerst ausgedacht sind, sich selbst nicht vergessen haben«.

17 Immanuel Kant, *Der Streit der Facultäten in drey Abschnitten*, Königsberg (1798), Einleitung, S. 17.

Abbildung 12: Universität als Fabrik, Bochum

Die faschistische Regierung Italiens nutzte in den 30er Jahren das Gelände, in dem in der römischen Kaiserzeit die Kasernen der Prätorianergarde sich befanden, um das neue Luftfahrtministerium, den Bahnhof, das akademische Krankenhaus und die Universität zu bauen: medizinische, militärische, infrastrukturelle und akademische Eliten an einem Ort mit militärischer Funktionstradition. Die von Marcello Piacentini entworfene faschistische *Città universitaria* markiert ein denkbares Höchstmaß militärischer Prägung der Universitätsarchitektur – die Akademie für eine staatsbestimmende militärische Elite.¹⁸

18 Zur Stadtbaugeschichte Roms in der faschistischen Zeit: Antonio Cederna, Mussolini Urbanista – Lo sventramento di Roma negli anni del consenso, (Biblioteca di cultura moderna), Baro: Editori Laterza (1980).

Abbildung 13: Rom, La Sapienza, Eingangsportal



Erkennbar aber bewahrte diese neue Universität des nach militärischen Mustern geführten faschistischen Staates nicht nur den Namen, sondern auch Funktion und Tradition der Sapienza als »Universität in der Stadt« (*Studium urbis*) und so auch ihre Offenheit für die Stadt. Das benachbarte Luftfahrtministerium war von Anfang an ein militärischer Sicherheitsbereich, die Universität ist bis heute offen. In den Eingangsbögen keine Wachen, über Zugangsmodalitäten entscheiden Universitätsgremien.

Diese Universität ist dabei kein besonderes Paradies der Friedfertigkeit. Roms *Città universitaria* gehörte vielmehr zu den hot spots der italienischen Gewaltgeschichte der 60er und 70er Jahre. Am 16. März 1968 führten im Bereich der philosophischen und der juristischen Fakultät Straßen- und Häuserkämpfe zwischen rechts- und linksradikalen Studenten zu schweren Verwüstungen und Verletzungen.¹⁹ Am 21. April 1977 verschanzten sich bewaffnete linksradikale Studenten in der Universität; es kam zu stundenlangen Schießereien mit mehreren Hundertschaften Polizei, vielen Verletzten und einem toten Polizisten. Die linksradikale Gruppe »ewiger Kampf« (*«Lotta continua»*) kommentierte: Die Polizei sei in die Universität einmarschiert auf der Suche nach dem Opfer, und die regierenden Christdemokraten verfolgten mit dieser Besetzung der Universität ein »reaktionäres Projekt«.

19 Antonio Giangrande, *L'amico terrorista*, Roma (2020), S. 40.

Abbildung 14: Rom, La Sapienza, Rektorat



Abbildung 15: Rom, La Sapienza, Schießerei



lich gelebte Provokation. Von Platon, der seinen Protagonisten Sokrates auf den Straßen Athens an der Wende vom 5. zum 4. Jahrhundert die Bürger mit provozierenden Fragen zum Nachdenken herausfordern lässt²⁰ bis zu Christian Drosten und dem »Corona update«.

Ihre sachlichen und räumlichen Grenzen zieht dabei seit mehr als 2000 Jahren die Wissenschaft selbst. Natürlich setzen ihr ihre Finanzen, Größe der Grundstücke und Gebäude, Menge der Bücher usw. materielle Grenzen. Und sie schafft sich verschiedene Institutionen, bezieht entsprechend unterschiedliche Formen von Liegenschaften und baut verschiedenste Gebäude auf verschiedenster Träger Kosten: eigene Parks und Gärten mit und ohne Zaun, öffentliche Anlagen, klosterartige Kollegien, kontorartige Zentralgebäude. Wer aber da reinkommt und wer nicht, entscheiden die Mitglieder bzw. Gremien der Universität. Auch in unserer Hochschule hat in diesem Sinne freie Wissenschaft fast 50 Jahre in den Gebäuden einer ehemaligen Kaserne stattfinden können. Dabei hat unsere Hochschule viele Einrichtungen, die für eine Universität, wie wir sahen, typisch sind, noch nicht einmal je erhalten: eine Kapelle, Lehrstühle für Philosophie, juristische, medizinische oder theologische Fakultäten, einen brauchbaren Festsaal. Aber sie war autonom und entschied wie alle Universitäten selbst über den Zutritt zu ihr – und konnte wie alle Universitäten mit dieser Autonomie für ausreichende Sicherheit sorgen. Mit dieser Autonomie über ihr Tun auf ihrem Territorium soll sie dem Vernehmen nach nun einen entscheidenden Kern dessen verlieren, was baulich, organisatorisch und rechtlich einen Kern europäischer Wissenschaftseinrichtungen ausmachte. Eine oktroyierte Abgrenzung von der städtischen Umgebung in der Art eines »militärischen Sicherheitsbereiches« hat, wie wir sahen, nicht einmal das faschistische Italien für seine Universitäten dauerhaft implementiert, und auch nicht das gewaltgeschüttelte Italien der Nachkriegszeit. Ich kenne so etwas bisher nur von einigen Hochschulen der ehemaligen DDR, aus der Sowjetunion und aus den allerletzten Jahren von gewissen akademischen Einrichtungen in Putins Russland.²¹ DDR, Sowjetunion, Putins Russland, vielleicht China und Nordkorea: Dort wird vielleicht mein Nachfolger in 50 Jahren an dieser Stelle für seinen Vortrag die Leitbilder unserer Hochschule

20 Z.B.: Platon, Ion 530a; Charmides 153a; Gorgias 447a.

21 In Putins Russland wurden allgemeine Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und zur Abschießung der Wissenschaft erst am 27. Mai 2022 erlassen: <https://ria.ru/20220527/bezopasnost-1791225154.html>

suchen müssen und wohl nicht so sehr in Athen, Pergamon, Alexandria, Bologna, Salamanca, den Neuenglandstaaten, den Reformuniversitäten der 60er und 70er oder Rom.

Abbildungen

Abbildung 1: Lage großer Philosophenschulen in Athen: Die Stoiker trafen sich in der Stoa Poikile an der Agora (im Stadtzentrum). Die meisten Gymnasien und Parks lagen in den Außenbezirken und unmittelbar außerhalb der Stadt: Die platonische Akademie war nordwestlich des Stadtzentrums, der epikureische Kepos ihr benachbart, im Bereich des Lykeion befand sich die Wandelhalle, nach der die Schule der Aristoteliker und Theophrasts ihren Namen hatte. Nach dem Gymnasium Kynosarges, ebenfalls am Rand der Stadt, wurden die »Kyniker« benannt. <http://www.greeceathensaegeaninfo.com/h-maps/greek-mainland/map-ancient-athens-plato-academy.htm> [letzm. aufg. 25.10.2023].

Abbildung 2: Alexandria, Plan der Stadt in rechtwinkliger Anlage (sog. hippodamisches System). Ein Viertel der Stadt war für die ausgedehnten Palastanlagen und -gärten der Ptoelmäer reserviert. Die Forschungseinrichtungen des Meuseion und seiner Bibliotheken sowie Gymnasien waren in die Stadt integriert. Zeichnung: Peter Palm (Berlin) aus: Burkhard Meißner, Hellenismus, Darmstadt: WBG (2. Aufl. 2016) 105.

Abbildung 3: Pergamon, Bibliothek im Athena-Heiligtum (Grundriss), Zustand 1. Hälfte 2. Jhdt. n.Chr. 1 Bibliothekssaal mit Bücherschränken 2 Bankettsaal 3 Nebenräume, vermutlich Magazine, aus: Stefan Maul, s.v. Bibliothek, in: Hubert Cancik u. Helmut Schneider (Hsgg.), Der neue Pauly II, Stuttgart: Metzler (2003) ND Darmstadt: WBG (2012) 633–640, bes. 635.

Abbildung 4: Ephesus: Celsus-Bibliothek (117–125 n.Chr.) an der Agora, dem Hauptmarkt [https://en.wikipedia.org/wiki/File:Ephesus_Celsus_Library_Fa%C3%A7ade.jpg, zul. abg. 25.10.2023].

Abbildung 5: Rembrandts Gemälde »Die Anatomie des Dr. Nicolaes Tulp« (1632) [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/4d/Rembrandt_The_Anatomy_Lesson_of_Dr_Nicolaes_Tulp.jpg, zul. abg. 25.10.2023].

Abbildung 6: St. John's College, Oxford, Zustand Anfang der 80er Jahre (Stich: Paul Draper, Privatbesitz Burkhard Meißner).

Abbildung 7 und 8: Bologna: Expansion der Stadt und Expansion der Universität, aus: Konrad Rückbrod, *Universität und Kollegium. Baugeschichte und Bautyp*, Darmstadt: WBG (1977) Abb. 1 u. 2.

Abbildung 9: Sant'Ivo alla Sapienza (Francesco Borromini, 1642–1664); Privataufnahme B. Meißner, HSU-Exkursion 2008. Lage: Corso del Rinascimento, mittig zwischen Piazza Navona und Pantheon, im Stadtzentrum von Rom.

Abbildungen 10 und 11: Union College, im heutigen Luftbild, google maps. Joseph Ramée, Plan für den College-Neubau, [https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Joseph_RamC3%A9e_Union_College_USA.jpg] [beide zul. abg. 25.10.2023].

Abbildung 12: Ruhr-Universität Bochum: Luftaufnahme [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/5/5c/Ruhr-Universität_Bochum_Luftaufnahme_2014.jpg], zul. abg. 25.10.2023].

Abbildung 13: Università Roma I La sapienza, Eingangsgebäude [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/d/d4/Sede_Sapienza.jpeg/1920px-Sede_Sapienza.jpeg], zul. abg. 25.10.2023]

Abbildung 14: Università Roma I La sapienza, Rektoratsgebäude [<https://ro.pinterest.com/pin/357825132885575271/>] zul. abg. 25.10.2023] Zur Stadtbaugeschichte Roms in der faschistischen Zeit: Antonio Cederna, *Mussolini Urbanista – Lo sventramento di Roma negli anni del consenso*, (Biblioteca di cultura moderna), Baro: Editori Laterza (1980). Zur Gewaltgeschichte Italiens: Antonio Giangrande, *L'amico terrorista*, Roma (2020) 40 (Straßenkämpfe 1968).

Abbildung 15: 21. April 1977: Massenschießerei in der Universität: Standbild aus einem Fernsehfilm. [https://www.youtube.com/watch?v=GLNs3voS2HY&ab_channel=TheMaximumVolumeable], zul. abg. 25.10.2023].

Abbildung 16: Lotta Continua – Anno VI n. 88, Roma: Tipografia »15 giugno« (22.4.1977) 1. [<http://www.arenario.it/opera/lotta-continua-anno-vi-n-88-roma-ucciso-un-poliziotto-la-polizia-aveva-lordine-di-sparare-agli-studenti/>], abg. 1.1.2023].

Literatur

Brain, Peter (1986 ND 2009): *Galen on Blood Letting*, Cambridge: Univ. Pr.
 Carroll-Spillecke, Maureen (1989): *Kepos: der antike griechische Garten, Wohnen in der klassischen Polis*, Band 3, München: Deutscher Kunstverlag.

- Cederna, Antonio (1980): *Mussolini Urbanista – Lo sventramento di Roma negli anni del consenso*, (Biblioteca di cultura moderna), Bari: Editori Laterza.
- Dietze-Mager, Gertrud (2015): *Aristoteles-Viten und -schriftenkataloge. Die Aristoteles-Schrift des Ptolemaios im Licht der Überlieferung*, *Studi Classici ed Orientali* 61, S. 97–166.
- Erlr, Michael (1994): *Epikur*, in: Hellmut Flashar (Hg.), *Die Hellenistische Philosophie, erster Halbband (Grundriss der Geschichte der Philosophie 4)*, Basel/Stuttgart: Schwabe, S. 29–380.
- Excerpta e statutis Universitatis Oxoniensis*, Oxford: Clarendon Press (1924).
- Fraser, P.M. (1972): *Ptolemaic Alexandria*, vol. 1, Oxford: Oxford University Press.
- G.E.R.Lloyd (2008): *Galen and his Contemporaries*, in: R.J.Hankinson (ed.), *The Cambridge Companion to Galen*, Cambridge: University Press, S. 34–48.
- Giangrande, Antonio (2020): *L'amico terrorista*, Roma.
- Holder, Stefanie (2020): *Bildung im kaiserzeitlichen Alexandria*, Stuttgart: Steiner.
- Kant, Immanuel (1798): *Der Streit der Facultäten in drey Abschnitten*, Königsberg.
- Krämer, Hans Joachim (1983): *Die ältere Akademie*, in: Hellmut Flashar (Hg.), *Ältere Akademie, Aristoteles, Peripatos (Grundriss der Geschichte der Philosophie 3)*, Basel/Stuttgart: Schwabe, S. 1–174.
- Meißner, Burkhard (1989): *Historiker zwischen Polis und Königtum*, Göttingen. Vandenhoeck und Ruprecht.
- Steinmetz, Peter (1994): *Die Stoa*, in: Hellmut Flashar, *Die hellenistische Philosophie, zweiter Halbband (Grundriss der Geschichte der Philosophie 4)*, Stuttgart/Basel: Schwabe, S. 491–716.
- Stelzer, Winfried (1978): *Zum Scholarenprivileg Friedrich Barbarossas (Authentica »Habita«)*, *Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters* 34, S. 123–165.
- Von Staden, Heinrich (1989): *Herophilus: The Art of Medicine in Early Alexandria. Edition, translation and essays*, Cambridge: University Press.

Gedanken zu Bildung und Kriegsbild

Sven Lange

Bildung, Ausbildung und Erziehung verbinden sich im Militär zu einer engen Wechselwirkung. Ihnen gemeinsam ist der Bezugspunkt, also das soldatische Individuum einerseits und die militärische Gemeinschaft andererseits. Sie dienen zudem einem gemeinsamen Ziel. Sie sollen die Einsatzfähigkeit von Individuum und Truppe stärken und deren Einsatzwert erhöhen.

Bildung, Ausbildung und Erziehung unterscheiden sich jedoch grundlegend in der Rolle, die den Soldatinnen und Soldaten in ihnen zuteilwird. So bestimmen jene in der Regel die Themen, Ziele und Methoden ihrer Ausbildung nicht selbst. Soldaten werden ausgebildet und verharren damit in einer weitgehend passiven Rolle. Besonders deutlich wird dies daran, dass nicht sie selbst, sondern letztlich ihre Vorgesetzten darüber entscheiden, ob eine Ausbildung erfolgreich war oder nicht. Über die besten Methoden, Mittel und Wege der Ausbildung im Militär wird dabei gestritten, seit es Militär gibt. In der Bundeswehr dominiert heute der Kompetenzerwerb als das zentrale Steuerungs- und didaktisch-methodische Lehr- und Lernprinzip. Sein Ziel ist »Handlungssicherheit im gesamten Aufgaben- und Intensitätsspektrum der Bundeswehr durch kriegstauglich ausgebildete, motivierte, mitdenkende und im Team selbstständig handelnde Kräfte«.¹ Die Notwendigkeit einer gründlichen und hochwertigen Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten ist jedoch ein epochen- und konzeptübergreifendes Allgemeingut, ein Gemeinplatz also, der nicht ernsthaft hinterfragt oder gar bestritten wird.

Gänzlich anders sieht dies beim Erziehungsbegriff aus. Dieser ist im offiziellen Schrifttum der Bundeswehr kaum noch zu finden. Dies ist insofern bemerkenswert, weil Erziehung nach dem Willen der Schöpfer der Konzeption der Inneren Führung in den 1950er Jahren »der zentrale pädagogische Grundbegriff für die neuen Streitkräfte sein sollte« (Hartmann 2020, S. 105). Das ehe-

1 C2-221/O-0-2 Kompetenzorientierte Ausbildung in den Streitkräften, S. 101.

malige »Herzstück der Inneren Führung« (Bormann 2007, S. 111–126) wurde zu einem Begriff aus der Mottenkiste. Wie Uwe Hartmann festhält, ist Erziehung heute ein weitgehend »fremdartiges Konzept«, dass weder zum Staatsbürger in Uniform noch zur Armee in der Demokratie passe und deshalb in der Bundeswehr »schon längst abgeschafft worden [wäre], wenn die zivilen Erziehungsinstitutionen ihre Aufgaben richtig erfüllten«. »Um die pädagogische Wirklichkeit in der Bundeswehr zu beschreiben«, so Hartmann, »reichen der Ausbildungs- und der Bildungsbegriff anscheinend aus« (Hartmann 2020, S. 107).

Anders als die Ausbildung, deren passive Natur bereits erwähnt wurde, ist Bildung am Ideal der freien und selbstbestimmten Persönlichkeit orientiert und lässt sich als Ergebnis einer individuellen Anstrengung beschreiben. Die oben behauptete Zielüberschneidung von Bildung und Ausbildung ist daher wieder einzuschränken. Während nämlich Kompetenzen, Kenntnisse oder Fertigkeiten eindeutig Zweck und Ziel einer Ausbildung sein können, ist Bildung niemals das Ziel, sondern immer das Ergebnis einer geistigen Auseinandersetzung und individuellen Aneignung.

Gerhard von Scharnhorst wird der aus der Epoche der Aufklärung stammende Gedanke zugesprochen, die Bildung des Offiziers verfeinere das Militär. »Der Mann ohne Bildung«, so der preußische General und Militärreformer, sei »doch ein wahres Vieh, ein grausames Thier«.² Die Auffassung, der Soldat habe lediglich seine Waffe meisterlich zu beherrschen und gleichermaßen diszipliniert wie tapfer, dabei aber weitgehend passiv und fremdbestimmt in fester Schlachtordnung unter Führung seiner Offiziere zu kämpfen, war in der militärischen Katastrophe Preußens im Kampf gegen Napoleon 1806 untergegangen. Der moderne Volkskrieg, den die Französische Revolution entfesselt hatte, verlangte zunehmend den selbständig denkenden Soldaten, der aus eigenem Entschluss im Sinne seiner Vorgesetzten handelte und sich ihm bietende Gelegenheiten geschickt und initiativ nutzte. Die rasante technische Entwicklung im Gefolge der Industriellen Revolution zwang im 19. Jahrhundert zudem zu immer lockeren Gefechtsformationen und stellte beständig steigende intellektuelle Anforderungen an das Waffenhandwerk, was die Entwicklung zu höheren Anforderungen an die kognitive Leistungsfähigkeit und an die individuelle Initiative noch beschleunigte. Parallel dazu setzen Bemühungen ein, den Krieg auch wissenschaftlich zu erfassen und

2 Gerhard von Scharnhorst, *Private und dienstliche Schriften*, hg. Von Johannes Kunisch, Bd. 1, S. 224.

zu durchdringen. Dies eröffnete den Bildungsambitionen im Militär neue Horizonte und Maßstäbe.

Im Fokus der Bildungsbemühungen im Militär stand dabei lange ausschließlich das Offizierkorps. Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts traf diese Exklusivität jedoch nicht mehr zu. Ein hohes allgemeines Bildungsniveau der Truppe, vor allem seiner Unterführer, galt nun als potentiell schlachtenentscheidend. In einem Aufsatz über »Die Lehren der jüngsten Kriegsgeschichte« resümierte der Leipziger Geographiestudienrat Oscar Peschel 1866: »Wir sagten eben, dass der Volksunterricht die Entscheidung der Kriege herbeiführe. Wir wollen jetzt zeigen, dass, wenn die Preußen die Oesterreicher schlugen, es ein Sieg der preußischen Schulmeister über die österreichischen Schulmeister gewesen sei.«³ Der deutsche Schulmeister, der die Schlacht von Königgrätz gewonnen habe, wurde sprichwörtlich, obwohl andere Beobachter den preußischen Erfolg im deutsch-deutschen Krieg eher der überlegenen operativen Führung oder dem Einsatz des Zündnadelgewehrs zuschrieben als dem Bildungsstand der Truppe.

Dass neben einer hochwertigen Ausbildung auch die individuelle Bildung der Soldaten für den Gefechtserfolg ausschlaggebend sein würde, war jedoch nicht länger ernsthaft zu bestreiten. Moderne Ausbildungskonzepte und die Erhöhung der allgemeinen Bildung waren die zwei Seiten der einen Professionalisierungsmedaille des Militärs. Zu offensichtlich waren die Veränderungen im Kriegsbild und die damit verbundenen beständig steigenden Anforderungen an die geistige Flexibilität und Spannkraft Truppe. Beim Aufbau der Bundeswehr schließlich war die Erkenntnis, dass die »Kriegstüchtigkeit [...] im Heißen wie im Kalten Krieg« mehr erfordere als handwerkliche Fähigkeiten, bereits zum umfassend bestätigten Allgemeinplatz geworden: »Sittliche, geistige und seelische Kräfte bestimmen, mehr noch als fachliches Können, den Wert des Soldaten im Frieden und Krieg«.⁴

Die Forderung nach individueller Bildung korrespondierte dabei mit einem Kerngedanken der Konzeption der Inneren Führung: Zum tiefen Sinn und Zweck des soldatischen Dienstes in den neuen Streitkräften wurde der Erhalt der freiheitlichen Grundordnung der jungen Bundesrepublik Deutschland, mithin ein politischer Auftrag. Der Schutz von »Recht und Freiheit« trat

3 Oscar Peschel, Die Lehren der jüngsten Kriegsgeschichte, in: Ausland 29 (1866), S. 695. Zit. n. Wander, Karl Friedrich Wilhelm (Hg.): Deutsches Sprichwörter-Lexikon. Bd. 5. Leipzig, 1880.

4 Handbuch Innere Führung 1957, S. 100.

gleichberechtigt neben die militärische Aufgabe, staatliche Souveränität und territoriale Integrität zu gewährleisten. Das Negativbeispiel der Weimarer Republik vor Augen, sollte die Bundeswehr zu einer Armee in der Demokratie und für die Demokratie werden. Es galt, so der spätere erste Minister für Verteidigung, Theodor Blank, das Verhältnis der neuen Streitkräfte zum Staat so zu gestalten, dass diese sich »organisch« in letzteren einfügten und »keinen Fremdkörper im Staatsgefüge« bildeten. Das »Innere Gefüge« der neuen Bundeswehr sollte dem »demokratischen Charakter unserer Staats- und Gesellschaftsordnung entsprechen«.⁵

Staatsbürgerliches Handeln setzt jedoch politisches Systemverständnis und die Kenntnis demokratischer Normen und Prinzipien voraus. Politische und historische Bildung dürfen deshalb nicht allein der Eigeninitiative überlassen bleiben. § 33 des Soldatengesetz sieht deshalb »staatsbürgerlichen Unterricht« für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr verpflichtend vor. Zugespitzt formuliert lässt sich das Leitbild der »Inneren Führung«, der Staatsbürger in Uniform, ohne individuelle Bildungsanstrengungen also nicht realisieren. Im Mittelpunkt der Konzeption der »Inneren Führung« stand daher auch nicht der langdienende Zeit- und Berufssoldat, sondern der wehrpflichtige Bürger, der seinen soldatischen Dienst aus einer demokratisch legitimierten Verpflichtung und aus staatsbürgerlicher Einsicht heraus versah. Entsprechend stark betont die »Innere Führung« bis heute die Bedeutung von Motivation und Einsicht, aber auch die Aufgaben, die dabei den militärischen Vorgesetzten obliegen. Schon die Himmeroder Denkschrift, die als »Magna Charta der deutschen Wiederbewaffnung« gilt, hatte gefordert, die Soldaten der künftigen Streitkräfte sollten »überzeugte Staatsbürger« sein und durch politische und ethische Bildung eine »innere Festigkeit gegen eine Zersetzung durch undemokratische Tendenzen« erwerben. Der Stärkung der »Verteidigungs-Moral« und der politischen Bildung im Sinne einer wehrhaften Demokratie kam dabei eine Bedeutung zu, die der praktischen Ausbildung mindestens ebenbürtig, wenn nicht überlegen war.

Die Erkenntnis, dass Bildung zu kritischem Denken befähige und anspruchsvolle Führungsmethoden überhaupt erst ermöglicht, etwa das Führen mit Auftrag, ist heute weitgehend unbestritten. Selten jedoch wird dieser Gedanke mit den Veränderungen im Kriegsbild verknüpft, obwohl gerade diese die Unverzichtbarkeit von Bildung für das Führungspersonal der Bundeswehr

5 Zit. n. Jopp, Matthias (1983): Militär und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M.: Campus, S. 26.

nicht nur eindrucksvoll untermauern, sondern als »alternativlos« erscheinen lassen. So fällt beispielsweise im aktuellen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf, wie rasch sich der Charakter dieses Krieges verändert und wie sehr dies Clausewitz' Feststellung bestätigt, der Krieg sei ein »wahres Chamäleon«. Während die erste Phase dessen, was Russland unverändert als eine »militärisches Spezialoperation« beschönigt, ein raumgreifender Bewegungskrieg gewesen ist, erinnerten vor allem die Junikämpfe im Osten der Ukraine an die Artillerie- und Stellungsschlachten des Ersten Weltkriegs. Und spätestens mit der Lieferung weitreichender und hochpräziser Artilleriesysteme aus westlicher Produktion verlegte sich das Kampfgeschehen immer mehr in die Tiefe und wurde zu einem Logistik- und Versorgungskrieg gegen Kommandozentralen und Depots in den rückwärtigen Gebieten.

Der einem Chamäleon gleichende Charakter des Krieges steht nach Clausewitz im Gegensatz zur unveränderlichen Natur des Krieges, den er als Zweikampf und als Erweiterung des politischen Verkehrs mit anderen Mitteln beschreibt. Der Krieg bleibt demnach im Kern, was er immer war, jedoch ändert sich seine Erscheinungsform permanent. Dafür macht Clausewitz vor allem zwei Eigenschaften oder »Tendenzen« verantwortlich: die große innere Autonomie des Krieges und seine schwer vorhersehbare Eigendynamik. Beide Eigenschaften seien in hohem Maße dafür verantwortlich, dass die Erscheinungsformen des Krieges – im Gegensatz zu seinem Wesen – flüchtig und unbeständig sind. Clausewitz erklärt diese sprunghafte Eigendynamik als Ergebnis einer »wunderliche[n] Dreifaltigkeit«, die sich zusammensetze aus [1] der ursprünglichen Gewaltsamkeit seines Elements, dem Hass und der Feindschaft, die als blinder Naturtrieb anzusehen seien, [2] aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die den Krieg zu einer freien Seelentätigkeit machen würden und [3] aus der untergeordneten Natur des Krieges als politischem Werkzeug, wodurch der Krieg eben auch rationalen Gesetzen folge und dem bloßen Verstande anheimfalle.⁶

Tatsächlich bedeutet der unbeständige Charakter des Krieges, den Clausewitz so überzeugend beschreibt, für die Bundeswehr und für alle modernen Armeen ein unauflösliches Dilemma. Seit Ende des Kalten Krieges wurde das dominierende Kriegsbild, also ein systemischer Konflikt mit einem vergleichbar ausgerüsteten, konventionellen Gegner in Mitteleuropa durch andere Konflikt- und Einsatzszenarien abgelöst oder zumindest ergänzt. Neben die klassische Landes- und Bündnisverteidigung traten zunächst asymmetrische Be-

6 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Buch 1, Kapitel 1.

drohungen und Herausforderungen. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr, etwa auf dem Balkan oder in Afghanistan, zwingen nicht nur dazu, Strukturen und Ausrüstung zu überdenken und signifikant anzupassen sowie neue Fähigkeiten für Einsätze »out of area« zu schaffen, sondern auch zu einer Anpassung der Ausbildung. Die Soldatinnen und Soldaten müssen seitdem in ihrer Ausbildung auf ganz unterschiedliche Konfliktszenarien vorbereitet werden und sollen nun den kleinen Krieg gegen Aufständische und Insurgents ebenso beherrschen, wie das hochintensive Gefecht der verbundenen Waffen im klassischen konventionellen Krieg.

Die Vielfalt denkbarer und wahrscheinlicher Konfliktszenarien erhöhte sich zur Jahrtausendwende in schneller Folge weiter. Neue Bedrohungen, wie ungezügelter Migration, Umweltverschmutzung, Klimawandel oder Terror erweitern die Möglichkeiten eines Aggressors. Die Kombination aus klassischen militärischen Gewaltmitteln und anderen aggressiven Maßnahmen wird als »hybride Taktik« oder »hybride Kriegsführung« beschrieben. Zusätzliche neue Möglichkeiten zur feindlichen Einflussnahme schaffen auch der Cyberraum und die steigende Abhängigkeit digitaler Informationsgesellschaften. Schließlich wird in wenigen Jahren vermutlich auch das Weltall zum Schauplatz militärischer Gewaltanwendung werden.

Entscheidend bei dieser Entwicklung ist, dass neue Kriegs- und Konfliktbilder von den Streitkräften und ihrem Personal auch die Entwicklung neuer Fähigkeiten verlangen. »Alte« Kriegsbilder können dabei jedoch nicht vernachlässigt werden, wie die russische Aggression gegen die Ukraine eindrucksvoll in Erinnerung gerufen hat. Das stellt neue und gewaltige Herausforderungen für Ausbildung und Ausstattung, aber auch für die geistige Beweglichkeit des militärischen Personals. Die Streitkräfte müssen immer zahlreichere Konfliktszenarien beherrschen können und Fähigkeiten im ganzen Einsatzspektrum vorhalten. Schon jetzt ist absehbar, dass auch professionelle Streitkräfte dabei an Grenzen stoßen. Wichtige Ausbildungsgebiete werden schon aus Zeitmangel nicht mehr tiefgehend bedient werden können. Je weiter jedoch die Schere zwischen Ausbildungsbedarf und Ausbildungsmöglichkeiten auseinandergeht, desto größer wird die Bedeutung von Bildung. Nur sie ermöglicht das eigenständige Erschließen von Ausbildungsthemen. Geistige Flexibilität und geistige Kreativität können eben nicht ausgebildet oder anerzogen werden, sondern sind das Ergebnis einer persönlichen Bildungsanstrengung. Es ist schwer vorstellbar, wie Soldatinnen und Soldaten, zumal Offiziere, ihren militärischen Aufgaben künftig ohne gesteigerten persönlichen Bildungsanspruch gerecht werden können.

Literatur

- Bormann, Kai Uwe (2007): Die Erziehung des Soldaten. Herzstück der Inneren Führung, in: Rudolf J. Schlaffer und Wolfgang Schmidt, Wolf-Graf von Baudissin 1907–1993. Modernisierer zwischen totalitärer Herrschaft und freiheitliche Ordnung, München: De Gruyter Oldenbourg.
- Clausewitz, Carl von: Vom Kriege, Buch 1, Kapitel 1, Bonn (1991): Ferd. Dümmlers Verlag
- Bundesministerium für Verteidigung, Führungsstab der Bundeswehr, Bonn (1957): Handbuch Innere Führung, Bundesdruckerei
- Hartmann, Uwe (2020): Erziehung oder Bildung? Die erzieherische Funktion militärgeschichtlicher Bildung, in: Frank Hagemann und Sven Lange (Hg.), Geschichtsbewusstsein als Kernkompetenz. Historische Bildung in der Bundeswehr, Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Fachbereich Publikationen.
- Jopp, Matthias (1983): Militär und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M.: Campus.
- Peschel, Oscar (1866): Die Lehren der jüngsten Kriegsgeschichte, in: Ausland 29, S. 695. Zit. n. Wander, Karl Friedrich Wilhelm (Hg.): Deutsches Sprichwörter-Lexikon. Bd. 5. Leipzig, 1880. F.A. Brockhaus.
- Scharnhorst, Gerhard von: Private und dienstliche Schriften, hg. Von Johannes Kunisch, Bd. 1, Köln: Böhlau Verlag.

Militärischer Sicherheitsbereich als Symptom

Karl-Josef Pazzini

Der genehmigte (oder ist er angeordnet oder befohlen?) Militärische Sicherheitsbereich (MSB) ist ein Symptom, eine unbewusste Kompromissbildung mit einer rational erscheinenden Oberfläche. In der Psychoanalyse wird versucht, auf Merkwürdigkeiten, von denen man annimmt, dass es noch um etwas ganz anderes geht, nicht direkt anzugehen, also platt zu übersetzen »Eigentlich ist gemeint«, sondern durch Bewegung verkrustete Konflikte wieder liquid, artikulierbar zu machen. So ist mir auch erst durch das Hören der verschiedenen Beiträge bei der Tagung deutlicher geworden, auf welcher Suche ich bei der Vorbereitung war. Zunächst ein paar unterschiedliche Zugänge zum Problem der Sicherheit, die unser Problem kontextualisieren können.

Eine kleine Geschichte

Der Enkel, dreieinhalb Jahre alt, wird schreiend aus dem Mittagsschlaf wach. Befragt, antwortet er schluchzend, der *Grinch* hat Weihnachten und mich in Stücke geschlagen.¹ – »Und was jetzt?« – »Wir müssen ihn erwischen. – Er ist wahrscheinlich hinter dem Vorhang.« Wir sehen dort nach: »Nee, ist er nicht.

-
- 1 Ein grünes Wesen, das »Grinch« genannt wird, lebt zusammen mit seinem Hund Max einsam auf einem Berggipfel. Im Tal befindet sich die Stadt Whoville, deren Bewohner, genannt Whos, vor allem in der Weihnachtszeit ihre Freude und gute Laune ausleben. Als der Grinch, der einen fundamentalen Hass gegen das Weihnachtsfest hegt, zum Einkaufen in die Stadt muss, kündigt die Bürgermeisterin an, dass in diesem Jahr alles noch größer gefeiert werden soll. Aus diesem Grund beschließt der Grinch, den Whos das Fest zu vermiesen, weshalb er eines Nachts heimlich alle Geschenke sowie sämtliche Weihnachtsdekorationen klaut. Als die Whos am Weihnachtsmorgen aufwachen und den Diebstahl feststellen, beginnen sie gemeinsam zu singen. Als der Grinch diese Gesänge hört, fühlt er unerwartet Freude und bringt den Einwohnern Whovilles die Geschenke zurück. Nachdem er sich für seine Tat entschuldigt hat, wird er von der jun-

– Der ist durchs Fenster!« Wir öffnen das Fenster. Er formt seine Hand zu einer Pistole kneift das linke Auge zusammen und schießt. »Hast Du ihn erwischt?«
 – »Ja« – »Und jetzt?« – »Jetzt ist er weg.« Er bleibt unzufrieden. »Ja?« – »Ich habe noch Angst.« – »Wieso?« – »Der kommt bestimmt morgen hintenrum wieder in mein Bett und der ist dann wieder ... und im Schlaf, dann ist er wieder da.« – »Dann kannst Du rufen!«

Sicherheit

Sicherheit leitet sich etymologisch von *securitas* ab: *se-cura* – ohne Sorge. Cicero: »*securitatem nunc appello vacuitatem aegritudinis, in qua vita beata posita est*« (»Sicherheit nenne ich die Abwesenheit von Kummer, worin das glückliche Leben besteht«).²

Der Begriffsumfang bewegt sich zunächst in der Gegenwart. Sie richtet sich als Vermeidung von Kummer sehr bald auf die Zukunft. Sicherheit hat seit der Neuzeit die Tendenz, die (irdische) Zukunft formatieren zu wollen. Dazu müssen berechenbare Ausgangssituationen geschaffen werden, die konstant gehalten werden, um die Zukunft kalkulieren zu können.

Unerschütterlichkeit

Die Fähigkeit zur *ἀταραξία* (*ataraxia*), Unerschütterlichkeit, wörtlich die Arbeit daran, sich nicht zu bewegen, nicht beeindruckt zu lassen, etwa zu schreien, zu zittern, zu fliehen, kurz ein Ausschluss jeglicher Bewegung ist an der Produktion Sicherheit beteiligt. Im Mittelalter kommt der Begriff »Sicherheit« nur selten vor, weil er in den Oberbegriff der *acedia* eingegangen ist.

gen Cindy-Lou eingeladen, mit ihnen Weihnachten zu feiern. [https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Grinch_\(2018\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Grinch_(2018))

2 Cicero, Marcus Tullius Kirfel Ernst-Alfred: *Tusculanae disputationes = Gespräche in Tusculum : Lateinisch/Deutsch*. Stuttgart 2008: Reclam, V, 14, S. 42.

Depression

Dazu kann man in der Wikipedia lesen: »(altgriechisch ἀκηδία (bzw. ἀκήδεια) ›Sorglosigkeit‹, ›Nachlässigkeit‹, ›Nichtsmachenwollen‹ [...] ist ein Ausdruck der christlichen Spiritualität und bezeichnet eine Haltung, die sich ›gegen Sorge, Mühe oder Anstrengung wendet‹ und darauf ›mit Abneigung, Überdruß oder Ekel‹ reagiert. Der Katechismus der Katholischen Kirche setzt die Acedia mit geistiger Trägheit gleich und vergleicht sie mit dem, was heute als Depression bezeichnet wird.«³

Sicherheit als Gottheit

Michael Makropoulos schreibt im Historischen Wörterbuch der Philosophie: »[...] spätestens nach den religiösen Bürgerkriegen, dem Zerfall göttlich vorgegebener Ordnung und der damit induzierten Freisetzung der Menschen aus tradierten Bindungen taucht die vitale Frage auf, wie ein auf immanente Selbsterhaltung gegründetes Gemeinwesen beschaffen sein müsste, das aus prinzipiell freien und daher kontingent handelnden Individuen besteht. Aus dieser Situation heraus wird ›Unsicherheit‹ jetzt neu definiert, nämlich als Gefährdung des Menschen durch den Menschen.«⁴ Nietzsche fasst das pointiert: »[...] die Sicherheit betet man jetzt als die oberste Gottheit an. [...] Es wimmelt von ›gefährlichen Individuen! Und hinter ihnen die Gefahr der Gefahren – das Individuum!«⁵

3 <https://de.wikipedia.org/wiki/Acedia> | 16.05.2022

4 Makropoulos, Michael: *Sicherheit*. in: Ritter, Joachim; Gründer, Karlfried (Hg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie* Bd. 9, Basel 1995: Schwalbe, S. Sp. S. 745 ff. – Freud würde hier vom Nebenmenschen schreiben.

5 Nietzsche, Friedrich: *Morgenröthe III*, 173. in: Colli, Giorgio; Montinari,azzino (Hg.): *Nietzsche Werke. Kritische Gesamtausgabe* Bd. 5/1 (1971), Berlin 1967ff.: de Gruyter, S. 154

Empirie der Gefährdung

1. Physisch

Auch an staatlichen Universitäten gibt es Gefährdungen, wie in Heidelberg im Januar dieses Jahres. »Der Schütze hatte am 24. Januar während eines Tutoriums in einem Hörsaal das Feuer eröffnet. Eine 23-jährige Studentin starb später an den Folgen eines Kopfschusses, drei weitere wurden verletzt. Der Täter nahm sich nach dem Angriff das Leben.«⁶

Im Internet finden sich einige Einzelfälle, keiner davon in den beiden Bundeswehruniversitäten.

»Studierende können aufgrund hochschulinterner wie auch externer Faktoren als eine vulnerable Gruppe betreffend psychischen Erkrankungen bezeichnet werden und mehrere Studien weisen auf eine erhöhte Prävalenz psychischer Beeinträchtigungen bei Studierenden hin. Signifikante Unterschiede zwischen den Studierenden der [vier] Hochschulen [in Süddeutschland] zeigten sich beim stressassoziierten Erkrankungsrisiko für Burnout innerhalb der Kategorie *Emotionale Erschöpfung*. Betreffend depressiven Störungen und Angststörungen gab es zwar keine signifikanten Unterschiede, jedoch sind im Vergleich zur deutschen Gesamtbevölkerung die Werte mehr als doppelt so hoch.«⁷

Die Gefährdung scheint mir nicht durch einen Zaun beherrschbar zu sein. Sie ist ein Effekt von Hochschulpolitik, der gesellschaftlichen Prävalenz einer bestimmten Vorstellung von Wirtschaften, das sich an kurzfristig zu erzielenden Gewinnen orientiert.

Sicherheitsbereiche in staatlichen und privaten Universitäten werden durch Bürokratie, Zielorientierung und eine Wissenschaftsförderung geschaffen, die am Tropf der Vermarktbarkeit hängen und damit ein Klima von Angst und untergründiger Aggressivität erzeugen.

6 <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/uni-heidelberg-ermittler-geben-hintergruende-zum-tatmotiv-des-amoklaeufer-bekannt-a-1e8f4531-42a3-4c0a-b47d-15b6af7eb9a2> | 17.03.2022, 16.28 Uhr

7 Eissler, Christian; Sailer, Marcel; Walter, Steffen u.a.: *Psychische Gesundheit und Belastung bei Studierenden*. In: *Prävention und Gesundheitsförderung*, 2020, 15 (3), doi: 10.1007/s11553-019-00746-z, 242–249, <https://link.springer.com/article/10.1007/s11553-019-00746-z>

Vermutlich ist der Feind der freien Wissenschaft, in deren Prozess freiheitliche Menschen sich bilden, ein innerer Feind. Da wäre zu nennen Neugierde, Lachen und ungewisse Effekte ungewöhnlichen Denkens und von der Norm abweichender Praxis. Institutionen sind immer in der sicheren Wiederholbarkeit ihrer Prozeduren gefährdet, deren Konturen aus vergangenen Erfahrungen gebildet sind. In einer unbedingten Universität (Derrida),⁸ so kann auch aus der Psychoanalyse heraus formuliert werden, bilden unbewussten Prozesse das Subjekt, also im wörtlichen Sinn die Unterlage, von Bildung und Forschung.

2. Ideologisch

Beispielsweise wurde eine Gefährdung in der Bundeswehr-Universität in München im Mai 2017 entdeckt: »Einem Bericht zufolge gibt es Hinweise auf ein rechtes Netzwerk an der Bundeswehr-Universität München. Ein Absolvent soll zu den rechtsextremen Identitären gehören.«⁹ Da hilft offenbar kein MSB. Sehr spät dann der MAD.

Sicherheit

Der gegenwärtige Gebrauch des Markers *Sicherheit* impliziert immer einen Aufruf, diese herzustellen. Sicherheit avanciert in den Gesellschaften seit der Moderne zum selbstverständlichen Wert, der gegen das Risiko, die Überraschungen des Lebens gerichtet ist. Sicherheit und Gewissheit werden zu Antagonisten einer Furcht und einer generellen Angst vor Veränderung. Beide vernichten die Ungewissheit der Zukunft, damit die Offenheit einer (ungewissen) Zukunft überhaupt.¹⁰ Was aber nie gelingen kann.

Psychoanalytisch gesehen, lässt sich eine Angst vor dem Tod und gleichzeitig die Attraktion des Todes (ewige Ruhe oder Wellness) erkennen, die schon das Leben weit vor dem Tod durch Anähneln lähmt und durch ritualisierte,

8 Siehe hierzu: Derrida, Jacques: *Die unbedingte Universität*. Frankfurt a.M. 2001: Suhrkamp

9 18. Mai 2017, 20:20 Uhr; Quelle: ZEIT ONLINE, sk

10 Vgl. hierzu Schrimm-Heins, Andrea: *Gewißheit und Sicherheit: Geschichte und Bedeutungswandel der Begriffe certitudo und securitas (Teil I)*. In: *Archiv für Begriffsgeschichte*, 1991, 34, S. 123–213, S. 125ff.

wiederholbare Sicherungsoperationen (Bürokratie) allmählich eine Vortodesstandsregelung in Kraft treten lässt.

In diesem Phänomen kann eine schleichende Suizidalität gesehen werden, z.B. in der Überalterung (Arbeitskräftemangel) der Gesellschaft, Reproduktionsmedizin, Verunmöglichung des Berufs der Hebamme durch Sicherheitsauflagen und Haftpflichtkosten, mangelnde Ausstattung des Bildungssystems und eben auch im Totstellen in der sogenannten Depression durch Vernichtung von Energie.

Ins Offene

Universität ist in der Demokratie die Umsetzung der Freiheit von Forschung und Lehre. Diese Raumzeit braucht Schutz. Dieser ist aber kaum topographisch umsetzbar. Das wäre zu konkretistisch. Ein MSB an der HSU wäre die Persiflage des Nationalstaates, eines Konzeptes, das überarbeitet werden müsste. Aber das ist ein anderes Thema.

Demokratie braucht die offene, öffentliche, rücksichtslose und unverschämte Kritik, weil sie keinen Garanten der Wahrheit mehr hat, es sei denn sie wird religiös oder fundamentalistisch, d.h. auch autoritär. Offenheit braucht eine symbolische und imaginäre Darstellung, Performance im Alltag der jeweiligen Lebensbereiche. Offenheit heißt dann z.B. Zugänglichkeit, Erreichbarkeit, Transparenz. Notwendige Abgrenzungen zum Schutz der offenen Auseinandersetzung können nur topologisch hergestellt werden durch Regeln in der Argumentation, Diskussion von Methoden, grundlegende Qualifikationen zur Teilnahme am Disput, unterschiedliche Formate der Auseinandersetzung.

Seit Humboldt ist eine wichtige Funktion von Wissenschaft und damit von Universität ohne Rücksicht auf die Abnehmer neugierig zu sein, zu forschen, zu befragen, zu kritisieren. Es sei denn Wissenschaft und Forschung degenerieren zur Auftragsforschung oder sollen zur direkten Berufsvorbereitung werden, institutionell gesehen zur Berufsfachschule.

Immunisierung, Abschottung, Ansteckungsgefahr, Paranoia

Ein MSB schottet die Universität nach außen ab, macht die Bewachung einer Grenze notwendig. Eine Grenze ist eine Dreiseitenform – die Seiten der Un-

terscheidung und der dazugehörige Operator (Spencer Brown). Die interessante Frage ist die nach dem Operator der Unterscheidung, danach, wie Differenz prozessiert wird. Woraus wird sie gemacht, was unterscheidet die Seiten? Produziert der Operator nach innen Sicherheit? Was produziert er dann nach Außen?

Es käme dabei schon logisch zu größeren Schwierigkeiten: Universität und MSB zur gleichen Zeit am gleichen Ort einzurichten, ist bei deren unterschiedlichen Logiken beispielsweise mittels Stringtheorie zu begreifen und zu leben.

»Die Stringtheorie spielt eine zentrale Rolle bei der Suche nach einer konsistenten Quantentheorie der Gravitation. Die Theorie zwingt uns, vertraute Vorstellungen von Raum und Zeit zu überdenken. [...] Eine besonders auffallende Einschränkung, die sich aus den Gesetzen der Quantentheorie ergibt, ist, dass der Kosmos nicht nur die üblichen drei, sondern neun oder sogar zehn Raumdimensionen aufweisen muss. In einer Welt mit einer Zeit- und zehn Raumdimensionen würde die Stringtheorie zu einem vollständigen Modell ohne freie Parameter führen, das als M-Theorie bekannt, aber noch weitgehend unverstanden ist. Hierbei steht ›M‹ für Matrix, Membran, magic oder mystery, je nachdem welchen Aspekt man hervorheben möchte.«¹¹

Ähnlich ist es auch mit der schon erwähnten Beschreibung der geographischen Grenzen eines Nationalstaates, will man deren Konsistenz nicht biologisch beschreiben und dementsprechend eine Reinigung des Staatsgebietes vornehmen. Es sei denn es wird eine historische, kulturelle, juristische, moralische, soziologische versucht, dann wird man es mit mehr als drei Dimensionen zu tun haben. Das ist eine große Herausforderung, die umfangreicher Forschung an einer Universität, gerade der Bundeswehr, würdig wäre.

Macht, Gewalt, Wissen, Angst

Der oben genannte, Grenzen machende Operator dient für alle Institutionen der Bildung dem Schutz, um Wissen und Kenntnisse und Spielraum zu gewinnen. Daraus kann Macht zur Kultivierung einer unvertrauten Welt gewonnen

11 Theisen, Stefan; Pössel, Markus (2007): Wie viele Dimensionen hat die Welt? How many dimensions has our world? Siehe: <https://www.mpg.de/328977/forschungsSchwerpunkt> | 16.05.2022.

werden. Diese Macht kann überbordende Angst moderieren. Macht ist ein soziales Faktum in einer Relation, die nur als gegenseitige Unterstellung funktioniert. Beunruhigend bleibt die Unhintergebarkeit gegenseitiger nicht kontrollierbarer Beeinflussung auch unterhalb der Bewusstseinsschwelle. In der Psychoanalyse nennt man das Übertragung. Sie gilt es zu bearbeiten, vulgo Übung der Kritik als Unterbrechung einer Wiederholung. – Eine Mauer ist eine steingewordene Wiederholung einer lebendigen Grenzziehung.

Gerade in Institutionen der Bildung entstehen Ränder, Grenzen und Abgrenzungen aus der dauernden Fortführung der öffentlichen Kritik. Kritik tritt an die Stelle einer gesicherten Instanz, die Wahrheit spricht.

Kritik und das Festhalten an einer nicht beherrschbaren Wahrheit ist Bedingung der Möglichkeit für die Einrichtung von Institutionen in einer Demokratie. Wiederholbarkeit, d.h. Grenzen, die nicht als natürlich, selbstverständlich, ewig betrachtet werden, bieten ein Minimum an Schutz und Erleichterung. Sie bleiben dabei eine Gefahr.¹² Andersherum hat aber auch Offenheit Grenzen. Wer nach allen Seiten jederzeit offen ist, kann nicht ganz dicht sein.

Darin liegt im Effekt ein tragisches Moment. Denn die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass man handelnd schuldig wird. Davor rettet auch keine Bürokratie, die Wiederholbarkeit schafft und den Nebeneffekt hat, dass kaum noch einer sich trauen muss, nicht durch irgendeine Verfahrensvorschrift scheinbar abgesicherte riskante Entscheidungen zu fällen.

Wie allmählich deutlich wird, kann ein militärischer Sicherheitsbereich nur schwer befürchtete Macht und Gewalt in Bezug auf eine Universität kultivieren.

Eine für jeglichen Diskurs entscheidende Mauer wird da gebaut, wo sich alle Beteiligten darauf einigen, sich einer zwingenden Logik, einer Argumentation zu unterwerfen. Hier wird Macht anerkannt und etabliert zugleich – auf Zeit. Macht dient dazu destruktive Gewalt möglichst zu vermeiden.

Es kann auch in der Demokratie Situationen geben, in denen die Freiheit von Lehre und Forschung mit Gewalt gegen die Feinde Demokratie geschützt werden muss. – Dabei können vorübergehend auch einmal Zäune eine Rolle spielen. – Dazu braucht es riskante Entscheidungen, also solche, die nur mit dem, was man können und wissen kann, gedeckt sind (das ist eine ethische Maxime, die zum Studium führt), also damit, dass die Einzelnen alleine

12 Die Psychoanalyse hat dafür den Mythos des Todestriebes gefunden, der auf einen ersehnten Zustand der ewigen Ruhe aus ist.

oder im Verbund die Kluft aus Überraschung oder Unvordenklichem mit ihrer Existenz überbrücken, nicht mit Bauwerken und deren Überwachung. Die Herausforderung besteht dann darin, zu verantworten, dass es bei einem Anschlag auch Tote und Verletzte geben kann.

Carl von Clausewitz meinte wohl Ähnliches:

»Die erste [Ursache], welche einen beständigen Hang zum Aufenthalt hervorbringt und dadurch ein retardierendes Prinzip wird, ist die natürliche Furchtsamkeit und Unentschlossenheit des menschlichen Geistes, eine Art Schwere in der moralischen Welt, die aber nicht durch anziehende, sondern durch zurückstoßende Kräfte hervorgebracht wird; nämlich durch die Scheu vor Gefahr und Verantwortlichkeit.«¹³

Vertrauen

Für die Realisierung der Kritik, der Freiheit dazu und der Freihaltung von Zwecken braucht die Universität Vertrauen, die Unterstellung, dass es um die Suche nach der Wahrheit gehen kann, die es nicht gibt, jedenfalls nicht substantiell. Von Seiten der Gesellschaft auch das Vertrauen, dass diese Freiheit notfalls mit Gewalt geschützt werden muss. Das ist aber kein Dauerzustand. Das wäre Diktatur.

Immer wieder setzt sich allerdings aus Misstrauen und Machtwillen mit mehr oder weniger stark dosierter Gewalt ein Wille zur Beherrschung durch.

Militärisch kann das zum Problem werden, wie der auf ukrainischem Territorium topographisch ausgetragene, aber topologisch weltweit ins alltägliche, ins ökonomische und politische Leben einsickernde und aus einer Vielzahl von Quellen gespeiste Krieg zeigt. Auch Naivität, in diesem Fall gegenüber Gewaltdynamiken in Russland, kann hoch aggressiv sein. Naivität verleugnet menschliche Aggressivität, verleugnet die Notwendigkeit permanenter Kulturarbeit, auch schmerzhafter Grenzziehungen, die Notwendigkeit zum Widerstand und will glauben, dass das Gesagte das als Gemeint erschlossene abbildet.

13 Clausewitz, Carl von *Vom Kriege* (1832–34) Bonn 1991: Dümmler, S. 122.

Wahrnehmbarkeit

In einer Universität muss die Raumzeit des gemeinsamen Handelns möglichst umfänglich von unterschiedlichen Gewaltformen freigehalten werden, Gewalt zur Durchsetzung von Interessen, etwa auch von Missbrauch von verliehener Macht. In diesem Kontext wäre ein MSB nicht die Etablierung einer Grenze, sondern auch ein symbolisches und imaginäres Vorzeichen für die Art mit Konflikten und notwendigen Kompromissen umzugehen. Der MSB wäre eine Darstellungsform des Verständnisses von Universität als Umgangsform, Rituale erzeugend, innen- und außenarchitektonische Gestaltung provozierend. Freiheit bedarf einer Aufführung.

Ich bin der Überzeugung, dass eine *gated community* nicht geeignet ist, den Gedanken einer unbedingten Universität darzustellen. Eine *gated community* entwirft ein Szenario der Bedrohung und Verfolgung, der Abschottung. Das kann man, wenn nicht tatsächlich eine beschreibbare Bedrohung aller für viele erfahrbar ist, als die Förderung einer paranoiden Atmosphäre bezeichnen.

Symptom

Der MSB scheint mir psychoanalytisch gesehen ein Symptom zu sein. Ein Symptom ist eine unbewusst, erfindungsreiche Konfliktstillegung, weil andere Artikulationsformen fehlen oder zu riskant sind. Kein Symptom ist nur individuell. Es ist immer ein *fait social*. Ein Symptom als nicht artikulierte Auseinandersetzung bietet eine gerade noch wirksame Form an, einen Konflikt öffentlich zu verbergen.

Andere Universitäten, die hier so hoch gelobt wurden, sind da oft nicht weiter als die Hamburger Universität der Bundeswehr. Sie schaffen Kontrollen, Ausschlüsse, durch Opfer von Energie und Lebenszeit für den Stillstand, Unterfinanzierung, Bürokratisierung als Ersatz für Verantwortung und Entscheidungsmut. Der MSB ist lediglich eine naive, nicht besonders intelligente Form des Sicherheitsbestrebens, auch der Vernichtung von menschlicher Energie, der Angst vor Verschwendung, die nur in Form des Luxus Reichgewordener zulässig ist, nicht aber als Luxus in Bildungsinstitutionen. Effizienz kann ein Äquivalent für einen MSB sein.

Verachtung als Symptom

Im Verhältnis der Gesellschaft zur Bundeswehr kommt bei der Symptombildung noch verschärfend hinzu, dass ihr die Aufgabe der Verteidigung zugeschoben wird, die zum Krieg führen kann. An die Bundeswehr wird Gewaltausübung delegiert, damit die übrige Gesellschaft als gewaltfreier erscheinen kann. Nichts zu tun haben wollen viele mit dem, was Sigmund Freud 1915 so beschreibt:

»Der kriegsführende Staat gibt sich jedes Unrecht, jede Gewalttätigkeit frei, die den Einzelnen entehren würde. Er bedient sich nicht nur der erlaubten List, sondern auch der bewußten Lüge und des absichtlichen Betruges gegen den Feind, und dies zwar in einem Maße, welches das in früheren Kriegen Gebräuchliche zu übersteigen scheint.«¹⁴

Und in Kürze noch angefügt: Carl von Clausewitz beschreibt einen anderen Aspekt davon, was Soldaten passieren kann:

»Keine dieser verschiedenen Dichtigkeitsschichten der Gefahr wird ein Neu-ling berühren, ohne zu fühlen, daß das Licht der Gedanken sich hier durch andere Mittel bewege und in anderen Strahlen gebrochen werde als bei der spekulativen Tätigkeit; ja, es müßte der ein sehr außerordentlicher Mensch sein, der bei diesen ersten Eindrücken nicht die Fähigkeit zu einem augenblicklichen Entschluß verlöre.«¹⁵

Was Clausewitz hier beschreibt ist nicht nur ein Schrecken, sondern macht, wie am Extrem der Kriegsverbrechen nachvollzogen werden kann, auch die Attraktion einer destruktiven Unmittelbarkeit ohne zivilisatorische Beschränkungen aus.

Es gibt in der mehrfach erwähnten Distanz zu den Angehörigen der Bundeswehr der Struktur nach etwas, was Adorno bei der Verachtung der Lehrer¹⁶ festgestellt hat: Niemand will etwas mit der delegierten Macht- und Gewaltausübung zu tun haben (Henker). Niemand besonders in einer Gesellschaft,

14 Freud, Sigmund: *Zeitgemässes über Krieg und Tod* (1915). GW Bd. X, Frankfurt a.M. 1946: Fischer, S. 323–355, S. 329f.

15 Clausewitz, Carl von *Vom Kriege* (1832–34). Bonn 1991: Dümmler, S. 43

16 Adorno, Theodor: *Tabus über dem Lehrberuf* (1965). in: Adorno, Theodor (Hg.), *Stichworte. Kritische Modelle 2* Frankfurt a.M. 1969: Suhrkamp, S. 68–84.

die ein Tabu über der Aggressivität errichtet hat, möchte mit denen zu tun haben, die sie professionell ausüben sollen. Die, die die Gewaltausübung delegieren, können die Faszination, die sie dennoch daran haben, nicht zugestehen.

Vielleicht will sich die Bundeswehr mit einem MSB auch gegen die Zumutungen der Gesellschaft schützen. In diesen Zumutungen liegt nicht wenig an Aggressivität und dem Versuch, sie zu leugnen.

Literatur

- Adorno, Theodor: *Tabus über dem Lehrberuf* (1965). in: Adorno, Theodor (Hg.), Stichworte. Kritische Modelle 2. Frankfurt a.M. 1969: Suhrkamp, S. 68–84.
- Cicero, Marcus Tullius Kirfel Ernst-Alfred: *Tusculanae disputationes* = Gespräche in Tusculum : Lateinisch/Deutsch. Stuttgart 2008: Reclam.
- Clausewitz, Carl von *Vom Kriege* (1832–34) (Hg. Werner Hahlweg). Bonn 1991: Dümmler.
- Derrida, Jacques (2001): *Die unbedingte Universität*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Eissler, Christian; Sailer, Marcel; Walter, Steffen u.a.: *Psychische Gesundheit und Belastung bei Studierenden*. In: *Prävention und Gesundheitsförderung*, 2020, 15 (3), doi: 10.1007/s11553-019-00746-z, S. 242–249, <https://doi.org/10.1007/s11553-019-00746-z>
- Freud, Sigmund: *Zeitgemässes über Krieg und Tod* (1915). GW Bd. X, Frankfurt a.M. 1946: Fischer, S. 323–355.
- Makropoulos, Michael (1995): *Sicherheit*. in: Ritter, Joachim; Gründer, Karlfried (Hg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie* Bd. 9, Basel: Schwalbe, S. 745ff.
- Nietzsche, Friedrich: *Morgenröthe III*, 173. in: Colli, Giorgio; Montinari,azzino (Hg.): *Nietzsche Werke. Kritische Gesamtausgabe* Bd. 5/1 (1971), Berlin: de Gruyter 1967ff.
- Schrimm-Heins, Andrea: *Gewißheit und Sicherheit: Geschichte und Bedeutungswandel der Begriffe certitudo und securitas (Teil I)*. In: *Archiv für Begriffsgeschichte*, 1991, 34, S. 123–213.

Die Universität als öffentlicher Ort

Teresa Koloma Beck

Universitäten sind öffentliche Orte. Und zwar nicht nur deshalb, weil sie aus Steuergeldern finanziert werden. Sondern vor allem auch, weil es zu den zentralen Merkmalen moderner Wissenschaft zählt, dass sie öffentlich ist. Wissenschaftler:innen und Forschende sind in diesem – in ›unserem‹ – ideengeschichtlichen Horizont keine einsamen Genies, die abgeschieden von der Welt vor sich hin arbeiten. Sie stehen in beständigem Austausch – miteinander und mit der Welt.

Öffentliche Wissenschaft und Erkenntnisfortschritt

Dieser Austausch ist konstitutiv für die wissenschaftliche Praxis, denn er treibt die Entwicklung des Wissens selbst voran. Die vielleicht bekannteste Formulierung dieser Dynamik stammt vom politischen und Wissenschaftstheoretiker Karl Popper. Dieser arbeitete heraus, dass wissenschaftliches Wissen immer und notwendig provisorisch ist. Unser Wissen wächst, weil wissenschaftliche Erkenntnisse nie den Charakter letztgültiger Wahrheiten haben, sondern beständig durch neue Forschungen auf den Prüfstand gestellt, herausgefordert und auch widerlegt werden. Damit dieses produktive Hin und Her zwischen Erkenntnis, Kritik und neuer, veränderter Erkenntnis möglich ist, muss Forschung, muss Wissenschaft öffentlich sein.

In der akademischen Praxis sind diese von Popper beschriebenen Feedbackschleifen dem Forschungsprozess häufig schon auf der Mikroebene eingeschrieben. Ein Großteil der Forschung heute ist in kollektive Praktiken eingebettet: an Forschungsprojekten wird in Teams gearbeitet – nicht nur in den Natur- und Technikwissenschaften, sondern auch in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften; vorläufige Ergebnisse werden in kleineren Workshops mit Kolleg:innen diskutiert, ehe sie der breiteren akademischen

Öffentlichkeit vorgelegt werden; in einigen Forschungsfeldern werden in diese kritischen Austauschprozesse auch potentielle zukünftige ›Nutzer:innen‹ des Wissens einbezogen. Ein Beispiel in meinem eigenen Umfeld ist die qualitative Sozialforschung zu Organisationen und Institutionen, etwa zu einem Unternehmen, einer Schule, einer Polizeiwache oder einer zivilgesellschaftlichen Organisation. Hier ist es üblich, vorläufige Ergebnisse mit denen zu diskutieren, über die und mit denen geforscht wurde, und die Erkenntnisse aus diesen Reflexionsgesprächen in die Forschungsergebnisse einzuarbeiten.

Universitäten sind öffentliche Orte, weil sie diese verschiedenen Formen des Austausches ermöglichen müssen. Und das ist auch der Grund, warum typischerweise auch die Organisation privat finanzierter Universitäten am Modell des öffentlichen Ortes orientiert ist.

Öffentliche Wissenschaft und offene Gesellschaft

Jüngere Wissens-, Wissenschafts- und Gesellschaftstheorien heben hervor, dass die Öffentlichkeit von Wissenschaft und Universitäten noch aus einem weiteren Grund wichtig ist: Universitäten und Forschungseinrichtungen spielen eine zentrale Rolle in der Aufrechterhaltung und Verteidigung der offenen Gesellschaft — oder anders gesprochen: der Demokratie. Sogenannte offene Gesellschaften muten es sich zu, ihre eigene Verfassung immer wieder neu zu reflektieren und im Horizont aktueller Problemlagen und normativer Ideale zu verändern. ›Offen‹ bedeutet also nicht, dass jeder jederzeit kommen kann. ›Offen‹ heißt, dass die Gesellschaft ihre eigene Form nicht als abgeschlossen, sondern als in einem beständigen Prozess der Entwicklung und Veränderung versteht, der sich an praktischen Problemen und universalistischen Prinzipien wie etwa der Menschenwürde orientiert.

Diese Prozesse gesellschaftlicher Selbstreflexion finden in je spezifischer Form in verschiedenen Institutionen statt – in Parlamenten, in Theatern, Redaktionen von Zeitungen und Onlineportalen. Und eben auch in Universitäten. Dabei haben letztere die besondere Rolle, zeitintensive Reflexionsprozesse auch in Grundsatzfragen zu unterhalten – im Modus der Rationalität, jedoch unabhängig von unmittelbaren Entscheidungs- und Handlungszwängen. In Universitäten findet also nicht nur wissenschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Selbstreflexion statt.

Universitäten müssen öffentlich sein, um diese Schlüsselrolle in der offenen Gesellschaft zu erfüllen. Sie müssen situativ und dauerhaft Interfaces mit

anderen gesellschaftlichen Akteuren unterhalten können, um kritischen Austausch zu ermöglichen.

Diese Überlegungen zur Bedeutung von Universitäten und öffentlicher Wissenschaft in der Gesellschaft unterstreichen – aus soziologischer Perspektive – die zentrale Stellung des Grundrechts auf Wissenschaftsfreiheit: Wissenschaftsfreiheit ist wichtig, weil Prozesse offenen Austauschs konstitutiv für die Entwicklung wissenschaftlichen Wissens sind. Und auch deshalb, weil die offene Gesellschaft Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen braucht, um die für sie konstitutiven Prozesse gesellschaftlicher Selbstreflexion zu unterhalten.

Zäune verändern das Drinnen

Wie wirkt sich nun die Einrichtung eines Militärischen Sicherheitsbereichs auf diese Konstellation aus? Aus soziologischer Perspektive lässt sich zeigen, dass ein MSB den Charakter der Universität als öffentlicher Ort unterminiert und im praktischen Sinne Wissenschaftsfreiheit beschneidet.

Wenn ich das sage, spreche ich nicht als Juristin – die ich nicht bin – und auch nicht als Verfassungstheoretikerin – die ich auch nicht bin. Ich spreche als Soziologin, die sich seit mehr als 15 Jahren mit bewaffneten Konflikten und politischer Gewalt (inklusive staatlicher Gewalt) beschäftigt und die sich insbesondere damit befasst hat, wie Versicherheitlichung schleichend Lebenswelten transformiert; wie der Umstand, dass Sicherheit zu einem organisierenden Prinzip von Alltagsvollzügen wird, verändert, was Menschen tun – und nicht nur das: wie es auch verändert, was sie denken, fühlen, wie sie miteinander interagieren.

Wenn ich sage, dass die Versicherheitlichung eines Universitätscampus' in die Freiheit der Wissenschaft eingreift, stelle ich also keine kategorisch begründete normative Behauptung auf. Ich trage ein analytisches Argument vor, das in soziologischen Beobachtungen und Analysen anderer, strukturähnlicher Konstellationen gründet.

Alltagssoziologische Forschungen zeigen, dass Versicherheitlichung soziale und gesellschaftliche Strukturen nicht hauptsächlich und oft auch nicht primär deshalb verändert, weil nun alle Menschen beständig kontrollierenden, beschränkenden oder repressiven Maßnahmen ausgesetzt wären. Vielmehr verändert sich die soziale Realität deshalb, weil Menschen mit kontrollierenden, beschränkenden oder repressiven Maßnahmen rechnen und versuchen,

die damit einhergehenden Unannehmlichkeit zu vermeiden oder zumindest zu reduzieren. Erfahrene Reisende kennen das: Wenn ich damit rechnen muss, dass mein Gepäck inspiziert wird, in einer halb-öffentlichen Situation, dann überlege ich mir anders, was ich in meine Tasche packe. Wenn die Möglichkeit besteht, dass ich mich vor einem Mitglied des Sicherheitspersonals bis auf die Unterwäsche ausziehen muss, spielt das vielleicht schon bei der Auswahl der Unterwäsche am Morgen eine Rolle. Nun sind Leibesvisitationen in einem Militärischen Sicherheitsbereich Helmut-Schmidt-Universität in naher Zukunft kein besonders wahrscheinliches Szenario. Doch geht es mir hier auch nicht um eine Prognose konkreter Kontrollverfahren. Vielmehr sollen diese vertrauteren Beispiele verdeutlichen, wie allein das Wissen, dass kontrolliert werden kann, in Handlungsabläufe und Entscheidungsprozesse eingreift.

In Kontexten der Versicherheitlichung führt die Antizipation von Kontrollen und Einschränkungen zu praktischen, kognitiven und emotionalen Anstrengungen, sich an diese Situation anzupassen. Auf diese Weise verändert Versicherheitlichung individuelles Handeln, zwischenmenschliche Interaktionen sowie die Bedeutung von und das Verhältnis zu Orten im Alltag. Aus der Perspektive der Subjekte findet die Konfrontation mit dem Sicherheitsregime nicht erst – und nicht nur – an der Wache statt, sondern schon, um beim Beispiel zu bleiben, vor dem heimischen Kleiderschrank. Im Modus der Antizipation vervielfältigt sie sich im Alltag. Aus soziologischer Perspektive ist deshalb die in den Diskussion um den Sicherheitsbereich immer wieder vorgebrachte Behauptung, Zäune würde Menschen nicht verändern, also schlicht falsch.

Zäune verändern Beziehungen zum Draußen

Diese Dynamiken betreffen nicht nur jene, die alltäglich innerhalb versicherheitlichter Strukturen leben oder arbeiten. Sie strukturieren auch deren Interaktionen mit Akteuren von ›Außen‹. Die Frage, wie die Unannehmlichkeiten, die mit dem Sicherheitsarrangement einhergehen, sich auf Kooperationspartner:innen und Gäste auswirken, wird zu einem konstitutiven Element jeder Zusammenarbeit mit Externen.

Wenn Wissenschaftler:innen oder Studierende Gäste einladen, werden sie selbst zu Gastgeber:innen, und mit dieser Rolle geht in der Regel ein Gefühl der Verantwortung für die Gestaltung der Erfahrung der Eingeladenen einher.

Gastgeber:innen machen sich sensibel für den Eindruck, den ein Gast nicht nur von ihnen persönlich, sondern auch von dem Ort haben mag, an dem er empfangen wird.

Wie werden Gäste der HSU auf Kontrollen reagieren? Was bedeuten sie für sie in der Praxis? Was mure ich beispielsweise der ukrainischen Kollegin zu, wenn ich sie bei der Wache als Gast anmelde? Was dem Stadtsoziologen aus Süddeutschland, der in seiner Forschung zu Protestkulturen mit radikalen politischen Milieus in Kontakt kam? Kann ich die palästinensische Politikwissenschaftlerin einladen, oder kann es sein, dass sie an der Wache abgewiesen wird? Kann ich dem syrischen Historiker, der politischer Gefangener war und nun im Exil in Deutschland lebt, einen Besuch in der Universität zumuten, wenn er sich nur mit Eskorte auf dem Campus bewegen darf – oder sollte ich ihn doch besser in einem Café in der Stadt treffen?

Versicherheitlichung verändert die Wissenschaft

Bei diesen Fragen geht es um mehr als praktischen Kleinkram. Diese keineswegs nur hypothetischen Konstellationen machen deutlich, wie Zugangskontrollen sich auf die sozialen Bedingungen wissenschaftlicher Praxis auswirken. Sie verändern die möglichen sozialen Konstellationen, in denen sich Forschungsprozesse ereignen können. Und indem sie das tun, indem sie konfigurieren, was sozial möglich ist, greifen sie in die Forschung selbst ein.

In manchen Fällen mag es relativ einfache ›Lösungen‹ für diese Probleme geben: Man kann, das haben wir im ersten Teil des Symposiums schon gehört, versuchen auszuweichen. Veranstaltungen und Treffen können auch außerhalb des Campus stattfinden; und angesichts der dichten Hamburger Forschungsinfrastruktur und der guten, lokalen Vernetzung vieler Forschenden an der der HSU, ist das oft vielleicht auch gar nicht schwierig. Dieses Vorgehen mag das Problem auf Seiten der Forschenden lösen — gut für die Universität ist es nicht. Wenn Forschungsdebatten nicht mehr auf dem Campus stattfinden, verschwinden sie für die Hochschulöffentlichkeit. Dass andere Kolleg:innen und insbesondere Studierende an wissenschaftlichen Veranstaltungen teilnehmen, wird deutlich unwahrscheinlicher.

In manchen Fällen wird – und auch das haben wir auf dem Symposium gehört – die Entscheidung fallen, dass eine interessante und relevante Forschung nicht stattfinden kann — schlicht weil es nicht möglich ist, die dafür notwendigen Personen unter angemessenen Bedingungen zusammenzubringen.

Nun könnte man all dem entgegen, dass das Streben nach Forschungs-kooperationen über Staatsgrenzen wie auch über innergesellschaftliche Grenzen hinweg vielleicht lobenswert ist, am Ende aber doch ein Nischenproblem einzelner Forschungsfelder oder Disziplinen. Dem möchte ich entschieden widersprechen! Der Dialog zwischen Forschenden – und auch Studierenden – aus unterschiedlichen Teilen der Welt und aus unterschiedlichen epistemischen Kulturen, wie auch der Auf- und Ausbau diesbezüglicher Forschungsinfrastrukturen ist eine der zentralen Herausforderungen für die Wissenschaften überhaupt. Die Wissens- und Wissenschaftsforschung der letzten Jahrzehnte hat auf die Leerstellen, blinden Flecken und Kurzsichtigkeiten aufmerksam gemacht, die sich dadurch ergeben, dass sich wissenschaftliches Wissen stets in Ko-Evolution mit Machtstrukturen entwickelt hat. Um die Wissenschaft als ein universalistisch gedachtes Projekt zu verteidigen, braucht es deshalb insbesondere der Kooperationen über die Grenzen weltgesellschaftlicher Machtasymmetrien hinweg. Die Freiheit und Öffentlichkeit der Wissenschaft und ihrer Einrichtungen sind dafür konstitutive Voraussetzungen.

Die HSU als (nicht-)öffentlicher Ort

Tobias Hauffe

Im Jahr 2014 wurde an der Universität Bielefeld das neue sogenannte X-Gebäude festlich eröffnet. Auf der Homepage der Universität heißt es dazu: »Insgesamt ist das Gebäude hochmodern: So verfügt das Bauwerk über eine Geothermie-Anlage mit 81 Erdwärmesonden und Raumdecken mit wasserführenden Leitungen. Dies dient dazu, die Emissionen möglichst gering zu halten.«¹

In einem Missverhältnis zu der energetischen Seite des Gebäudes, das mussten Studierende und Lehrende, die das alte Universitätsgebäude und vor allem die alte Haupthalle der Universität liebten, schnell erkennen, steht eine innenarchitektonisch die Denkenenergie nicht förderliche Seite. So gibt es etwa Seminarräume mit fest im Boden verankerten Sitzreihen, die streng nach vorne ausgerichtet sind und die es erschweren, miteinander ins Gespräch zu kommen. Insgesamt vermittelte das neue X-Gebäude den Eindruck von »Transparenz« und »Effizienz«, aber im Vergleich zur Haupthalle des alten Universitätsgebäudes ist es ein lebloser und steriler Ort.

Als ich ein paar Jahre zuvor von einer kleinen bayerischen Universität an die Universität Bielefeld gewechselt war, war die alte Haupthalle eine Art sozial-räumliches Erweckungserlebnis: Eingerahmt von einem 16 Meter breiten und vier Meter hohen Wandbild, das als ein Symbol der Solidarität mit Salvador Allende an einem Ende der Haupthalle angebracht worden war, und einem Schwimmbad am anderen Ende der Haupthalle, koexistierten hier Hörsäle mit Dönerläden, ein Inhaber geführter Tante-Emma-Markt mit spendensammelnden Schlachthofgegner:innen, ein gut sortierter Buchladen mit wechselnden Verkaufsständen, an denen Filmposter oder T-Shirts angepriesen wurden. An der Geländebrüstung, die die zweite Ebene der Haupthalle

1 <https://aktuell.uni-bielefeld.de/chronik/ein-schnitt-fuer-die-uni-eroeffnung-des-x-gebauedes/>, online verfügbar (zuletzt geprüft 12.12.2022).

umlief, hingen Plakate, auf denen Vorträge zur Abschaffung des Kapitalismus angekündigt wurden, neben Plakaten, in denen der nächste Termin zur gemeinsamen Bibellektüre verkündet wurde. Und nicht zuletzt trafen in der Haupthalle Menschen aufeinander, die sehr verschiedene Leben lebten: Unter die akademisch unterschiedlich verstrahlt durch die Halle Wandelnden mischten sich Menschen aus der Stadtgesellschaft, die zu Vorträgen oder Ausstellungen, an die Universität kamen, Schülerinnen und Schüler, die die Bibliotheken nutzten, aber auch obdach- oder wohnungslose Menschen suchten hier Unterschlupf. Die alte Haupthalle war ein ziemliches Durcheinander, ein Ort, der voller Widersprüche steckte und ein Ort, der an guten Tagen dazu aufforderte, nachzudenken, wie das denn alles zusammengeht.

Sie war ein Raum, in dem sinnlich erfahrbar war, was denn damit gemeint sein könnte, wenn eine Universität sich auch als ein Öffentlicher Ort² versteht. Als ein Ort also, an dem sich Menschen als Gleiche in ihrer Unterschiedlichkeit erfahren können.

Ein Ort, an dem über die Einschätzung gestritten werden kann, ob es überhaupt möglich ist, dass sich an einer deutschen staatlichen Bildungseinrichtung »Gleiche in ihrer Unterschiedlichkeit« begegnen und erfahren können. Ein Ort, an dem wir anfangen, über gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse nachzudenken, weil uns irgendwann klar wurde, dass es hier zwar schön, aber auch ganz schön kaputt war.

Eine Universität ist dabei nicht grundverschiedenen von anderen Öffentlichen Orten und Räumen wie Parks und Plätzen, Museen oder Stadtbibliotheken, Jugendzentren, Sportanlagen oder Schwimmbädern, die allesamt als Teil einer demokratischen Infrastruktur verstanden werden können. Die Aufgabe, und die Leistung, solcher Orte demokratischer Infrastruktur besteht, und ich beziehe mich hier auf ein Argument, das der Historiker Till van Rahden in seinem Buch über die *Demokratie als gefährdete Lebensform* entwickelt hat, nun nicht zuerst darin, steuerfinanziert physische Räume zur Verfügung zu stellen, in denen geschwommen, gegrillt oder eben gedacht werden kann. Sie besteht auch – und vielleicht sogar vor allem – darin, Demokratie als Lebensform konkret zu machen. Und das heißt eben: Demokratie nicht nur als eine Herrschaftsform unter anderen Herrschaftsformen zu greifen. Öffentliche Orte,

2 Ich verwende in diesem kurzen Text Begriffe wie ›öffentlicher Ort‹, ›Demokratie‹ oder auch ›gesellschaftliche Vielfalt‹ in einer Alltagssprachlichen und irgendwie hoffnungsvollen, manch einer würde mit Recht sagen naiv-idealistischen Weise.

so van Rahden, ermöglichen gesellschaftliche Vielfalt und demokratische Lebendigkeit sinnlich zu erfahren und sie stärken dadurch »eine Kultur der Teilhabe und der Streitlust« (Rahden 2019, S. 139).

Ein kurzer Einschub ist an dieser Stelle nötig: Selbstverständlich ist – Stand heute – keine einzige Universität ein pluralistisches Paradies. Wer an einer Universität studiert und noch mehr, wer an einer Universität arbeitet, hängt von Faktoren wie Klassenzugehörigkeit der Eltern ab.

Nun könnte berechtigterweise gefragt werden, was die Idee einer Universität als öffentlichem Ort denn eigentlich mit der Helmut-Schmidt-Universität zu tun hat? Die Studierendenschaft setzt sich zum allergrößten Teil aus soldatischen Studierenden zusammen.³ Zudem konterkariert die örtliche Lage der HSU am Stadtrand oder auch die bestehende Umzäunung des Campus die Idee einer Universität als Öffentlicher Ort. Inwieweit es gelungen ist, die HSU als Öffentlichen Ort zu etablieren, darüber ließe sich also streiten. Dass die Idee bei Gründung der HSU eine Rolle spielte, ist hingegen unstrittig.

Die Implementierung eines Militärischen Sicherheitsbereichs steht im Widerspruch zu dieser Idee. Ich denke dabei weniger an eine physische Form der Grenzziehung, etwa durch Einlasskontrollen, zwischen Drinnen und Draußen, zwischen Mitglied und Nicht-Mitglied, sondern vor allem an nichtphysische Formen der Angleichung und Homogenisierung von Erwartungen innerhalb der Institution, die im Zeitverlauf eine Grenzziehung nach außen mit sich bringen können. Mit der Implementierung des Militärischen Sicherheitsbereichs wird die HSU im wahrsten Sinne des Wortes zu einer Universität *der* Bundeswehr. Die Möglichkeit der Universität als Öffentlicher Ort schrumpft auf eine Universität als Teil-Öffentlicher Ort oder gar als Nicht-Öffentlicher Ort. Und das wird selbstverständlich Auswirkungen darauf haben, wie an der HSU gedacht und miteinander diskutiert werden wird.

Hierbei reiht sich eine zum Militärischen Sicherheitsbereich erklärte Helmut-Schmidt-Universität in einen größeren Trend ein, der bundesweit Städte erfasst hat und der sich in den letzten beiden Jahren der Covid-19-Pandemie beschleunigt hat. Öffentliche Räume verwandeln sich zunehmend in Teil-Öffentliche/Nicht-Öffentliche Räume. In Hamburg lässt sich die Entwicklung allerorts beobachten: Spielplätze, die eingezäunt werden und nur den Kindern

3 Eine kleine Ergänzung sei hinzugefügt: Im Vergleich zu Landesuniversitäten ist die Studierendenschaft der HSU hinsichtlich der Klassenherkunft und dem Bildungsstand der Eltern diverser.

des dazugehörigen Wohnblocks zugänglich sind; im Zuge der Pandemie-Maßnahmen eingeführte Einlasskontrollen zu Öffentlichen Orten wie Bibliotheken, von denen nicht abzusehen ist, inwieweit sie in dauerhafte Formen des Ausschlusses überführt werden; die voranschreitende Privatisierung und Reglementierung von Erholungs- und Grünflächen; ein HSU-Campus, zu dem nur Zutritt hat, wer vorher ordnungsgemäß angemeldet worden ist.

All dies markiert eine Grenzziehung zwischen Drinnen und Draußen, aber es verändert immer auch das, was im Inneren sinnlich erfahren werden kann – und dann: wie in diesen Räumen gelebt, gedacht, gesprochen wird. Öffentliche Orte sind demokratische Erfahrungsräume. Wer schon einmal das Glück hatte, ein paar Stunden in der *New York Public Library* oder einen Samstagvormittag im *Prospect Park* in Brooklyn zu verbringen, der weiß, wie sehr sich der eigene Blick weitet, wenn »lebendige Vielfalt« (Rahden) die normalste Sache der Welt zu sein scheint.

Das alles hebt bestehende Ungleichheiten nicht aus – wie gesagt: nicht jede oder jeder hat Zugang zu einer Universität; in manchen Regionen, Städten oder Stadtteilen ist die öffentliche Infrastruktur sowieso am Ende, Brooklyn ist ungleich Brooklyn usw. usf. – aber im besten Fall machen Öffentliche Orte erfahrbar, dass die soziale Ordnung, in der wir leben (oder: in der wir gezwungen sind miteinander zu leben), mehr ist als ein Set formaler Regeln.

Dies im Alltag sinnlich erfahren zu können, hat Auswirkungen auf die Art und Weise, wie wir miteinander und gegeneinander denken, wie wir sprechen, diskutieren, streiten:

»Der Konflikt«, so Till van Rahden, »ist in einer liberalen Demokratie unvermeidlich. Ob die Zwietracht zu einem Klima des Hasses und der Angst führt oder die Demokratie immer aufs Neue belebt, ist aber eine Frage der Lebensform. Wer ein Gemeinwesen der Freien und Gleichen will, in dem alle ohne Angst verschiedenen sein können, wird den Streit nicht fürchten. Umso mehr gilt es, jene Räume und Umgangsformen zu pflegen, die es ermöglichen, Spannungen und Unterschiede auszuhalten.« (Rahden 2019, S. 140f.)

Und es sind ja nicht zuletzt die Perspektivdifferenzen zwischen Militärischem, Wissenschaftlichem und Öffentlichem, die das Denken an der HSU produktiv machen können. Die Implementierung eines MSB vereinseitigt diese Differenzen (noch stärker) zu Gunsten des Militärischen. Die Welt geht deswegen wohl nicht unter, aber es ist doch ein Rückschritt für die Erfahrbarkeit von Unterschiedlichkeit und ein Denken im Widerstreit. Die Einführung des MSB ist

eine Entscheidung, die dem Zeitgeist entspricht. Sie ist keine Entscheidung, die Probleme angeht, vor denen gegenwärtig nicht nur staatliche Bildungseinrichtungen stehen.

Literatur

Rahden, Till van (2019): Demokratie: Eine gefährdete Lebensform. Frankfurt a.M. u. New York: Campus Verlag.

Die bedrohte Universität – Ein Tagungsbericht

Thomas Jung

Jede Universität sollte eine *unbedingte Universität* sein. Ein Ort, an dem nichts außer Frage steht. Daran erinnerte Jaques Derrida vor über zwanzig Jahren und erklärte die Universität zum Ort der unbedingten und voraussetzungslosen Erörterung sowie der Aus- und Umarbeitung aller die Menschheit betreffenden Probleme (vgl. Derrida 2001).

Dass dies in der Praxis meist nicht so ist, steht außer Zweifel. Wir behandeln die Universität nicht so und – das mag zunächst paradox klingen – Derrida selbst sagt auch, dass es diese unbedingte Universität gar nicht gebe. »Wie wir nur zu gut wissen, gibt es diese Universität de facto nicht. Dennoch sollte sie prinzipiell und ihrer eingestandenen Berufung, ihrem erklärten Wesen nach ein Ort letzten Kritischen – und mehr als kritischen – Widerstands gegen alle dogmatischen und ungerechtfertigten Versuche sein, sich ihrer zu bemächtigen« (Derrida 2001, S. 12).

Er beschreibt die unbedingte Universität als eine Art Ideal, etwas, das man immer anstreben müsse, um überhaupt einen Ort zu haben, an dem es tatsächlich um die Wahrheit gehe und diese nicht verwechselt wird mit Nützlichkeit und Richtigkeit (vgl. Pazzini 2005). Laut Derrida müssen wir »so tun, als ob« es sie gäbe, um sie nicht schon als Idee verloren zu haben.

So selbstverständlich die Einsicht, dass alles immer unter Bedingungen stehe, auch wirkt, erklärt sich dadurch allerdings nicht, warum nicht zumindest an jenem Ideal einer unbedingten Universität festgehalten werden sollte. Denn auch wenn es sie nicht als *realisierbare* geben kann, so ist sie als *denkbare* von großem Wert. Und alles, was irgendwann realisiert werden soll, muss zuvor gedacht werden.

Universitäten sind Orte des Denkens. Als solche bedürfen Sie eines gewissen Schutzes vor Angriffen auf die Freiheit des Denkens. Aber anders als ein Schutz der physischen Unversehrtheit wird ein Schutz des Denkens nicht durch bestmögliche Einschließung gewährt, sondern durch bedingungslose

Öffnung – Freiheit. *Die Gedanken sind frei* – jedoch nur innerhalb unserer Denkmuster und Denkgewohnheiten – *inside the box*. Eine Universität als Ort des Denkens muss diese Gewohnheiten und Muster aufbrechen, den Horizont erweitern und zum Denken *outside the box* anregen. Nur durch die Begegnung mit dem Unbekannten, dem Anderen entstehen Irritationen, subsumptions-resistente Erfahrungen und womöglich Bildung (Vgl. Koller 2010). Dafür muss die Universität als Bildungseinrichtung nach Humboldt, Freiheit und Mannigfaltigkeit ermöglichen (vgl. Humboldt 1851). Dies kann nicht gelingen, wenn sich die Universität abgrenzt. Durch Abgrenzung entsteht allzu leicht Uniformität, die dem Denken des vermeintlich Udenkbaren im Wege steht. Denken braucht Fluchtlinien und Spalten, durch die es ein- und ausdringen kann. Zwischenräume, die Neues ermöglichen. Intelligenz (lat. *inter* ›zwischen‹ und *legere* ›lesen‹) manifestiert sich da, wo zwischen den Zeilen gelesen wird.

Studierende mit vielfältigen Werkzeugen zum Lösen von Problemen auszustatten, von denen man nicht einmal ahnte, dass sie auf einen zukommen könnten, ist ein Ziel des Studiums und besonders der Offiziersausbildung der Helmut-Schmidt-Universität. Doch wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, muss in jedem Problem einen Nagel sehen. Vereinseitigung ist kontraproduktiv und verhindert Bildungsprozesse. Diese aber wären nötig, um Neues denken und neuartig agieren zu können.

Zäune sind Werkzeuge und Symbole der Abgrenzung und des Ausschlusses. Sie verhindern den Kontakt mit dem Anderen, dem Unbekannten, das Irritationen und Unbehagen auslösen kann. Hinter Zäunen entsteht Einheitlichkeit. Erkenntnisgewinn vollzieht sich jedoch da, wo Differenz entsteht – da, wo nicht Zaun ist. Eine unbedingte Universität ist ein gesellschaftlicher Zwischenraum.

Der Lattenzaun

Es war einmal ein Lattenzaun,
mit Zwischenraum, hindurchzuschauen.
Ein Architekt, der dieses sah,
stand eines Abends plötzlich da –
und nahm den Zwischenraum heraus
und baute draus ein großes Haus.
Der Zaun indessen stand ganz dumm
mit Latten ohne was herum,
ein Anblick gräßlich und gemein.

Drum zog ihn der Senat auch ein.
 Der Architekt jedoch entfloh
 nach Afri – od – Ameriko.
Christian Morgenstern, 1905

Die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg ist ein solches Haus, das aus Zwischenräumen gebaut ist. In ihrer Anlage eignet sie sich in besonderem Maße als unbedingte Universität. Das erkennt man nicht nur an ihrer bemerkenswerten Architektur, die ohne jede bauliche Hierarchie auskommt und in jede Richtung offen gestaltet ist. Der ganze Campus ist fein abgestimmt nach diesem Ideal durchkomponiert. Auch Kunst und Ästhetik spielten bei der Konzeption der Hochschule eine wichtige Rolle und sollte Interessierte anlocken und einladen. Ihr ist auch ein einzigartiges Spannungsfeld eigen zwischen militärischer Sicherheit und akademischer Freiheit. Ein Zwiespalt, dem sie in den vergangenen fünfzig Jahren seit ihrer Gründung 1972 gut standhalten konnte. Nun soll sie in einen Militärischen Sicherheitsbereich umgewandelt werden. So zumindest wurde dies vom Bundesministerium der Verteidigung beschlossen. Zu den Hintergründen gibt es wenige Informationen, erst recht nicht zu einer konkreten Bedrohungslage, die eine solch weitreichende Maßnahme rechtfertigen könnte. Dass zum damaligen Zeitpunkt diskutiert wurde, auch das Hauptgebäude wegen baulicher Mängel abzureißen, hat damit zwar nichts zu tun, die Gleichzeitigkeit der Ereignisse jedoch war von verblüffend symbolischer Bedeutung. (*Inzwischen wurde entschieden, das Hauptgebäude zu sanieren.*)

Unsere Universität, so wie sie einst konzipiert wurde, scheint an einem Scheideweg zu stehen. Der Zwischenraum könnte verschwinden und ohne ihn die Universität »ganz dumm« dastehen. Ob sie der »Senat« dann auch einzieht, das wird die Zukunft zeigen. Die Abgrenzung hat in hohem Maße mit Kontrolle zu tun und Kontrolle von Bildungseinrichtungen führt zu Verschlung (vgl. Illich 1971). Die verschulte Universität jedenfalls wird viel weniger Verwertbares hervorbringen als mit ihrer Verschulung beabsichtigt wird. Und schließlich wird viel davon abhängen, wie sehr sich die »Universitätsbürgerinnen und Universitätsbürger«, wie ihr Präsident die Angehörigen der HSU nennt, von den vielen Bedingungen und Bedingtheiten befreien können. Welche Zwischenräume wird es in Zukunft geben? Die Auseinandersetzungen um die Zukunft der Helmut-Schmidt-Universität beginnen gerade.

Fachübergreifendes Symposium

Während der militärische Teil der HSU die Anordnung, einen MSB umzusetzen als seine Pflicht erachtet, läuft der akademische Teil der Universität Sturm gegen die geplanten Maßnahmen und fürchtet tiefe Einschränkungen und Beeinträchtigungen für Forschung und Lehre.

Vor diesem Hintergrund haben sich am Donnerstag, den 19. Mai 2022, und Freitag, den 20. Mai 2022, Vertreterinnen und Vertreter beider »Lager« auf dem Roten Platz der Helmut-Schmidt-Universität (HSU) zusammengefunden und das Wesen *ihrer* Universität öffentlich diskutiert.

Das zweitägige Symposium bot Raum für eine unbedingte und voraussetzungslose Erörterung aller Aspekte, die das Thema *Militärischer Sicherheitsbereich (MSB)* betreffen, und zeigte deutlich, wie unbedingte Universität gelingen kann. Das Spannungsfeld zwischen akademischer Freiheit und Mannigfaltigkeit einerseits und militärischer Sicherheit andererseits, in dem sich die HSU als eine Universität der Bundeswehr befindet, auszuhalten und dieses als Nährboden für bildenden Widerstreit zu erkennen, ist eine Aufgabe von Universität. In diesem Spannungsfeld die Rahmenbedingungen für Bildung auszuhandeln – sofern diese überhaupt verhandelbar sind – war Teil des zweitägigen Symposiums, das die Problemstellung in acht Vorträgen und Podiumsdiskussionen erörterte.

1. Begrüßung durch den Präsidenten und erste Problemskizze

Gleich in seiner Begrüßungsrede machte Universitätspräsident Klaus Beckmann deutlich, wie zwiespältig seine Rolle als Präsident einer Bundeswehruniversität in dieser Sache sei. Als Wissenschaftler einerseits der akademischen Freiheit verpflichtet und als Kasernenkommandant andererseits dem Verteidigungsministerium unterstellt, stünden diese beiden Rollen in einem fortwährenden Widerstreit, den aufzulösen kaum möglich sei. Beckmann stellte jedoch klar, dass die Entscheidung, den Campus als militärischen Sicherheitsbereich einzustufen bereits gefällt wurde und allenfalls über die Ausgestaltung verhandelt werden könne.

Die Bedenken, die gegen die Einrichtung eines MSB vorgebracht werden, nun im Rahmen eines Symposiums zu diskutieren begrüßte Beckmann und wies ausdrücklich darauf hin, dass es eine Aufgabe von Universitäten sei, derartige Vorgänge zu beleuchten und wissenschaftlich zu diskutieren. Protest zu organisieren sei hingegen nicht die Aufgabe von Dienststellen des Bundes. Die

»verschiedene Hüte«, die er in seinen verschiedenen Rollen aufhabe, wolle er aber für dieses Symposium ablegen und hier »als Mensch« sprechen: »Es fällt uns als Universität schwerer mit externen Wissenschaftlern zu kooperieren, wenn ein MSB kommt«, sagte Beckmann. Außerdem komme es zu Spannungen zwischen der Idee einer Universität und der Realisierung eines MSB. Militär und Wissenschaft folgten unterschiedlichen Logiken, die ebenfalls nicht immer vereinbar und schwer unter einen Hut zu bringen seien. Beckmann wünschte sich, dass der Widerstreit zu wissenschaftlichem Diskurs anrege.

Den Ausführungen des Präsidenten folgten Gedanken von Jens Wulfsberg (seinerzeit Dekan der Fakultät Maschinenbau), der darauf aufmerksam machte, dass die HSU zunächst eine *ganz normale* Universität sei und einzig den universitären Regeln gehorche. Er schilderte, wie bei Anträgen zu Förderungen durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft andere Universitäten bereits vor dem Hintergrund der Einrichtung eines MSB Ressentiments gegenüber einer Zusammenarbeit geäußert hätten. Andererseits verwies er auf den Begriff des Hochwertziels und machte deutlich, dass Studierende der HSU als solche Ziele aufgefasst werden können, da sie potenzielle Führungskräfte darstellten. Wulfsberg machte deutlich, dass die HSU in einem ganz besonderen Sinn eine Eliteuniversität sei. Sie zeichne sich durch ein verdichtetes Studium und eine Bestenauswahl aus. Das Argument für Eliteuni sei immer auch Geschlossenheit gewesen. Der Zaun symbolisiere, dass nicht jeder hineinkomme. Eliten seien geschlossene Systeme. Es gelte, so Wulfsberg, die Frage abzuwägen: Was spricht für und was gegen die Einrichtung eines MSB? Erst auf einer gründlichen Abwägung dieser Frage solle entschieden werden. Wulfsberg räumte ein, dass es dafür leider zu spät sei. Dennoch könne und müsse man im Rahmen einer derartigen Veranstaltung diskutieren und abwägen. Wulfsberg äußerte ferner sein Bedauern, dass die militärische Seite der Universität nicht zahlreich genug vertreten sei, um ein wirkliches Abwägen zu ermöglichen.

Olaf Sanders referierte schließlich zum Widerstreit zwischen Universität und militärischem Sicherheitsbereich aus der Sicht eines Professors der Helmut-Schmidt-Universität. Sein Beitrag findet sich in diesem Band.

2. (Militärische) Sicherheit der Universität

Major Julian Becker stellte dar, inwiefern die Bundeswehr als Organisation und Soldaten als sichtbare Angehörige dieser Organisation im Besonderen einer höheren Gefährdung ausgesetzt seien als Angehörige ziviler Universitäten oder die allgemeine Bevölkerung. Diese Gefährdung entwickle sich

dabei dynamisch, und ihre Analyse erfordere regelmäßige Anpassungen der Schutzmaßnahmen. Das Bundesministerium der Verteidigung habe daher die Einrichtung eines Militärischen Sicherheitsbereichs als erforderlich angeordnet. Als wesentliche Fragen wurden diskutiert (1.) welche konkreten Bedrohungshinweise zu dieser Entscheidung geführt haben, (2.) welche Folgen für den Campus durch die Einrichtung des Militärischen Sicherheitsbereichs zu erwarten sind und (3.) wie die Universität der Bundeswehr in München, an der es bereits seit vielen Jahren einen Militärischen Sicherheitsbereich gibt, damit umgeht.

3. Geschichte der Bundeswehruniversitäten

Carola Groppe (seinerzeit Dekanin der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften), Eckardt Opitz (Oberstleutnant i. G. a. D, Historiker, Mitglied des Gründungsausschusses der HSU/UniBw H und ehem. Vizepräsident) sowie Achatz von Müller (Historiker und Mitglied des Gründungsausschusses der HSU/UniBw H) gaben Einblicke in die Entstehungsgeschichte der Helmut-Schmidt-Universität, die aus der Bildungsreform der Bundeswehr in den frühen 1970er Jahren hervorgegangen ist und bis heute einen zentralen Baustein der Offizierslaufbahn darstellt und eine Sondererscheinung in der deutschen Hochschullandschaft ist. Ihre Gründungsidee sei gewesen, ein akademisches Studium in das Ausbildungssystem der Bundeswehr zu integrieren, den Soldatenberuf attraktiver zu machen und so gleichsam mit gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt zu halten. Das Panel diskutierte die Frage, was die tieferen Beweggründe der Gründerväter (der Gründungsausschuss war rein männlich besetzt) gewesen sei und Welche Spannungsverhältnisse sich dabei aufgetan haben? Wie sei vor diesem Hintergrund die Debatte um einen Militärischen Sicherheitsbereich auf dem Campus der Universität heute zu beurteilen?

4. Universitäten als öffentliche Orte

Teresa Koloma Beck (Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Gesellschaftsanalyse und sozialer Wandel) und Tobias Hauße (Mitarbeiter der Professur für Soziologie mit dem Schwerpunkt Gesellschaftsanalyse und sozialer Wandel) diskutierten Universitäten als öffentliche Orte. Die gesellschaftliche Relevanz von Universitäten bestehe nicht nur darin, dass in ihnen gelehrt und geforscht wird. Universitäten seien immer auch öffentliche Orte,

an denen die offene Gesellschaft beobachtbar und erfahrbar werde. Ihr Beitrag zum gesellschaftlichen Leben gehe folglich über die Produktion von Wissen und Absolvent:innen hinaus. In der Alltagspraxis der Universität vollziehe sich die Herstellung demokratischer Öffentlichkeit. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen erscheine die Einrichtung eines Militärischen Sicherheitsbereichs an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg als Teil eines breiteren Trends: Denn seit den frühen 2000er Jahren lasse sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen beobachten, wie die Wahrnehmung von Bedrohungen der Sicherheit zu einschneidenden Veränderungen der Gestalt und Funktionsweise öffentlicher Orte führe. Das Panel nahm diese Entwicklungen in den Blick. Es diskutierte Universitäten im Spannungsfeld der doppelten Anforderung, ein sicherer aber auch ein öffentlicher Ort zu sein.

5. Internationale Kooperationen

Über Internationale Kooperationen sprachen Michael Staack (Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Theorie und Empirie der Internationalen Beziehungen), Hans Koller (Professor für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Technologie- und Innovationsmanagement), Katja Levy (Politikwissenschaftlerin und Sinologin, University of Manchester) und Götz Neuneck (Vereinigung Deutscher Wissenschaftler/Internationale Pugwash Bewegung). Sie stellten klar, dass internationale wissenschaftliche Kooperationen nicht nur von zentraler Bedeutung für wissenschaftlichen Fortschritt an sich seien, sondern auch wichtige Beiträge leisten können, um gerade im Dialog mit nicht-westlichen Staaten Kommunikation zu verstärken und Empathie zu fördern. Seitens des BMVg seien in den letzten Jahren Bestrebungen zu beobachten, solche Kooperationen zu erschweren oder zu beenden. Im Rahmen ihres Panels diskutierten sie über die Relevanz internationaler Kooperation und den Austausch mit Wissenschaft »schwieriger Staaten« angesichts der Einführung beschränkter Wissenschaftsfreiheit durch einen »Militärischen Sicherheitsbereich«.

Die Bundeswehr und die offene Gesellschaft – Sicherheit und Freiheit im historischen Kontext

Abendveranstaltung im Körber-Forum

Als Kooperationsveranstaltung der Helmut-Schmidt-Universität und der Körber-Stiftung fand am Donnerstagabend eine Podiumsdiskussion im Körber-Forum statt, die das Thema auch einer weiteren Öffentlichkeit nahe brachte. Dass die Bundeswehr mit mehr als 100 Milliarden Euro für unsere Sicherheit wieder in den politischen und gesellschaftlichen Fokus rückt und wie in diesem Zusammenhang die Umwandlung des Campus ihrer Hamburger Universität in einen Militärischen Sicherheitsbereich zu verstehen ist, der so die Helmut-Schmidt-Universität der Öffentlichkeit entzieht, das diskutierten Katja Hoyer (Historikerin), Teresa Koloma Beck (Soziologin), und Matthias Rogg (Militärhistoriker und Offizier). Das Gespräch über das Verhältnis der Deutschen zu »ihren« Streitkräften, die Sichtbarkeit der Bundeswehr und die Rolle Deutschlands im 20. und 21. Jahrhundert wurde moderiert von dem Journalisten und Autor Hauke Friederichs.

Teresa Koloma Beck stellte gleich zu Beginn dar, dass offene Gesellschaften sich dadurch auszeichneten, dass sie es sich zumuteten, ihren eigenen Zustand immer wieder zu reflektieren. Solche gesellschaftlichen Reflexionsprozesse fänden z.B. statt im Parlament, Theater, Museum oder eben der Universität. Universitäten seien als Reflexionsinstanz für Demokratien unverzichtbar.

Vor diesem Hintergrund schilderte Matthias Rogg, der seit 2010 als Direktor des militärhistorischen Museums in Dresden tätig ist, sein großes Befremden über das Hinweisschild zu einem möglichen Schusswaffengebrauch an seinem Museum und wie er forderte das Schild abzumontieren. Sein Museum sei eine Kultureinrichtung des Bundes in den Strukturen einer Militäreinrichtung. Das Museum solle ein offenes Haus für und erst im zweiten Schritt die Bundeswehr sichtbar sein: »Museum powered by Bundeswehr«.

Katja Hoyer verwies besonders auf Helmut Schmidts Gründungsidee der Bundeswehruniversität, die einerseits die Ausbildung der Offiziere durch Anhebung des Bildungsniveaus verbessern und gleichzeitig den Beruf durch eine gute und umfassende Ausbildung attraktiver machen sollte. Sie erinnerte daran, dass alles was einen Zugang erleichtert hätte, im Sinne Helmut Schmidts gewesen wäre.

Auf die Frage aus dem Publikum, ob die Helmut-Schmidt-Universität nicht auch als militärische Ausbildungsstätte gesehen werden müssen und

sie als solche nicht auch sehr gefährdet sei, antwortete Matthias Rogg mit einem entschiedenen *Nein*. Er machte deutlich, dass die Helmut-Schmidt-Universität eine Universität und keine militärische Ausbildungsstätte sei. Die militärischen Anteile während der Studienzeit dienten ausschließlich dem Aufrechterhalten des militärischen Ausbildungsstands. Das Studium und die Helmut-Schmidt-Universität seien genau wie ein »normales« Studium und eine zivile Universität zu behandeln.

6. Bau und Bildung: Akademie, Collegium, Universität

Von der Antike bis in die Gegenwart wurde ein geschichtlicher Bogen gespannt: Von Platons Akademie im Nordwesten Athens bis zur Douaumont-Kaserne in Hamburg-Jenfeld, erläuterten Burkhard Meißner (Althistoriker und Professor für Alte Geschichte) sowie Michael Jonas (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am German Institute for Defence and Strategic Studies) die Entwicklungsgeschichte der Universität.

Die Geschichte von Universitäten, Hochschulen, Kollegien, Akademien und anderen höheren Bildungseinrichtungen sei im Abendland so lang wie die der Kasernen. Im klassischen Griechenland in Einrichtungen in den großen Zentralstädten und im Römischen Reich im ganzen Mittelmeerraum habe höhere Bildung im frühen und hohen Mittelalter als klösterliche Veranstaltung stattgefunden. Im späteren Mittelalter und in der Neuzeit haben sich städtische Hochschulen und Universitäten neu gebildet und seien zu einem Motor offener, sich fortschrittlich entwickelnder Gesellschaften geworden. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben zwei Hochschultypen vorgeherrscht: offene städtische Ensembles einerseits und abgeschlossene Gebilde mit Wache, Drehkreuz und Zaun. Die Helmut-Schmidt-Universität, im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, als »offene Hochschule« auf dem Gelände einer ehemaligen Kaserne entstanden, werde im ersten Drittel des 21. Jahrhunderts wieder zur Kaserne.

7. Universität, Bildung und (militärische) Sicherheit

Carsten Bünger (Erziehungswissenschaftler mit Arbeitsschwerpunkt kritischer Erziehungswissenschaft, Professor an der PH Schwäbisch Gmünd), Kerstin Jergus (Professorin für Systematische Erziehungswissenschaft an der TU Braunschweig mit Arbeitsschwerpunkt Universität), Karl-Josef Pazzini (Psychoanalytiker, bis 2014 Professor für Bildende Kunst und Bildungstheorie

an der Universität Hamburg) sowie Oberstleutnant i. G. Dipl.-Vw. Stefan Quandt (seinerzeit persönlicher Referent des Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und ehemaliger Sprecher des Studentischen Konvents an der HSU/UniBw H) referierten und diskutierten gemeinsam mit Olaf Sanders (Professor für Bildungs- und Erziehungstheorie sowie philosophische Grundlagen) Universitäten als Orte der Bildung. Schon für Humboldt setze Bildung »Freiheit« und »Mannigfaltigkeit von Situationen« voraus. Die Einrichtung eines Militärischen Sicherheitsbereichs schränke die Bildungsmöglichkeiten der Helmut-Schmidt-Universität absehbar ein. Wie stark, darüber lasse sich bisher nur spekulieren. Es wurde dargestellt, wie diese Einschränkung, die im Interesse der Bundeswehr liege, zugleich nicht im Interesse einer Bundeswehr liegen könne, die Offiziere ausbildet, die (auch) zukünftig in neuen Situationen neue Strategien zur Problemlösung entwickeln sollen, was selbst wiederum Bildungsprozesse voraussetze. Diesen sich zukünftig zuschärfenden Widerstreit zu ergründen war Ziel des Panels.

8. Bildungsauftrag der Universität und Ausbildung in den Streitkräften. Widerstreit oder Synergieeffekt?

Die HSU folge als Universität dem Kernauftrag der Pflege und Entwicklung von Forschung, Wissenschaft und Lehre. Auch als eine *Universität der Bundeswehr* solle sie ebenso unabhängig sein, wie es Landesuniversitäten und sogar Privatuniversitäten seien. Durch die Lehre, die an Universitäten im Idealfall der Forschung eng verbunden sei, sei sie der Bildung verpflichtet. In der Offiziersausbildung der Bundeswehr stelle das universitäre BA/MA-Intensivstudium einen elementaren Ausbildungsabschnitt zur Prägung und Entwicklung leistungsfähiger Offiziere dar. Von manchen Militärs, aber auch von einigen Studierenden werde das Studium als »längster Lehrgang der Bundeswehr« bezeichnet, was das wissenschaftliche Studium als Kern der Offiziersausbildung erscheinen lasse, aber in der akademischen Community auch als »geringschätzig« missverstanden werden könne. Dieser Widerstreit zwischen Ausbildung und Bildung wurde im Abschlusspanel kontrovers diskutiert. Dazu kamen ein Vertreter aus dem Bereich Ausbildung der Streitkräfte, Oberst Sven Lange (Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam), die Wissenschaftlerin, Carola Groppe und ein Studierender, Leutnant Nils Voßhage (seinerzeit Student im Masterstudiengang »Internationale Beziehungen«) miteinander ins Gespräch.

Literatur

- Derrida, Jacques (2001): Die unbedingte Universität. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Humboldt, Wilhelm von (1851): Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen. In: Ders.: Werke, Bd. 1: Schriften zur Anthropologie und zum Bildungswesen. Darmstadt 1964: WBG, S. 56–233.
- Koller, Hans-Christoph (2010): Grundzüge einer Theorie transformatorischer Bildungsprozesse. In: Liesner, Andrea (Hg.): Gesellschaftliche Bedingungen von Bildung und Erziehung. Eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer, S. 288–300.
- Illich, Ivan (1971): Deschooling Society. London: Calder and Boyars.
- Pazzini, Karl-Josef (2005): Die Universität als Schutz für den Wahn. In: Liesner, Andrea/Sanders, Olaf: Bildung der Universität. Bielefeld: transcript, S. 137–158.

Bildung durch Wissenschaft für Human Security – Offener Geist in geschlossener Gesellschaft?

Manuel Schulz, Andrea Neusius, Katharina Kreutzmann

»Das Hauptmotiv, wenn ich es einmal ganz salopp sagen darf, war eigentlich sicherzustellen, dass auf keinen Fall in der Zukunft die Allgemeinbildung der Berufsoffiziere hinter der Allgemeinbildung von Hauptschullehrern zurückstehen sollte. Ich habe das für eine Gefahr gehalten, nicht so sehr wegen der Attraktivität des Offizierberufs, [...] sondern vielmehr wegen der Singularisierung des Offizierberufs in einer Gesellschaft, die in zunehmender Weise bestimmt von Leuten werden wird, wie es vor zwanzig Jahren klar vorherzusehen war und heute offensichtlich ist, die auf die eine oder andere Weise am Anfang ihrer beruflichen Entfaltung ihr Studium durchlaufen haben. Wir wollten also jedweder Absonderung der Armee entgegentreten.« – *Helmut Schmidt* (1994, S. 17f.)

I. Rahmenbedingungen

Die beiden Universitäten der Bundeswehr haben durch das Konjunktur- und Zukunftsprogramm »Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken« (Koalitionsausschuss 2020) im Jahr 2020 zusätz-

liche Zuwendungen in Höhe von insgesamt 500 Mio. Euro bis zum Ende des Jahres 2024 erhalten, um ein Zentrum für Digitalisierung- und Technologieforschung der Bundeswehr (dtec.bw) (Koalitionsausschuss 2020, S. 12) aufzubauen. Die Bundesregierung formuliert die Zielsetzung für das dtec.bw im deutschen Aufbau- und Resilienzplan (DARP) wie folgt: »Es trägt dazu bei, dass Europa digital eigenständiger, digital souveräner, widerstandsfähiger und unabhängiger wird« (Bundesministerium für Finanzen 2021, S. 450).

In einem gemeinsamen Strategiepapier aus dem Januar 2023 haben sich die Universitäten der Bundeswehr deshalb verpflichtet, ihre Forschungstätigkeiten im dtec.bw an der technischen und sozialen Dimension der Digitalisierung sowie an der Stärkung von Resilienz vor dem Hintergrund eines weiten Sicherheitsverständnisses zu orientieren. Dieses Sicherheitsverständnis rekurriert ausdrücklich auf den Diskurs um Ansätze der Human Security im Spannungsfeld von Individuen, Nationalstaatlichkeit und Multilateralität (vgl. HSU/UniBw H und UniBw M 2023, S. 5).

Gleichzeitig ist zumindest in und um den Campus der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit und Zweckmäßigkeit einer Überführung des *offenen Campus*, wie er sich in Hamburg seit der Gründung der Universität 1973 entwickelt hat, in einen Militärischen Sicherheitsbereich entflammt.

Als Universität sieht sich die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg nach ihrer rechtlichen Rahmenordnung (in diesem Fall dem Hamburger Hochschulgesetz) und gemäß ihres universitären Selbstverständnisses der Freiheit von Forschung und Lehre verpflichtet. Zugleich definiert sie als Orientierungsrahmen derjenigen Anteile ihrer Forschung, die im Kontext des dtec.bw angesiedelt sind, einen aktualisierten und reformierten Human-Security-Ansatz. In diesem Beitrag wird diskutiert, welche Herausforderungen und gegebenenfalls Widersprüche vor diesem Hintergrund entstehen, wenn die Universität in liegenschaftlichen Angelegenheiten den Bedingungen eines Militärischen Sicherheitsbereichs unterworfen werden soll.

Dabei ist besonders auch auf die Frage einzugehen, welches mögliche Spannungsfeld sich daraus für den akademischen Bildungsauftrag der Universität gegenüber den Offizieren und Offizieranwärter:innen der Bundeswehr ergibt, dem sie sich zumindest im Bereich der wissenschaftlichen Lehre als Bedarfsuniversität des Bundesministeriums der Verteidigung verpflichtet sieht.

Mit der Orientierung der strategischen Ausrichtung des dttec.bw an einem Human-Security-Konzept sind die Universitäten der Bundeswehr in argumentativ »guter Gesellschaft«. So betonen bereits die Parteien der Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag: »Unsere Sicherheit und der Schutz unserer Lebensgrundlagen erfordern globale Zusammenarbeit, eine Stärkung der Vereinten Nationen sowie eine regelbasierte internationale Ordnung. [...] Der Einsatz für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit ist für uns ein unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik für Deutschland und Europa« (SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP 2021, S. 143).

Ähnlich argumentiert die NATO, wenn sie in ihrem neuen strategischen Konzept von 2022 betont, »that ensuring our national and collective resilience is critical to all our core tasks and underpins our efforts to safeguard our nations, societies and shared values. It also emphasizes the cross-cutting importance of investing in technological innovation and integrating climate change, *human security and the Women, Peace and Security agenda across all our core tasks*« (NATO 2022, S. 1, Hervorhebung durch die Autor:innen).

Die Verbindung des Human-Security-Ansatzes mit der Agenda »Women, Peace and Security«, die hier in dem aktuellen Strategischen Konzept der NATO gezogen wird, ist ein Gedanke, den wir weiter unten noch ausführlicher aufgreifen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Joe Biden, formuliert in der aktuellen National Security Strategy der USA: »If parents cannot feed their children, nothing else matters« (Biden 2022, S. 3).

Das Konzept der Human Security oder im deutschen Sprachgebrauch »Menschliche Sicherheit« ist alles andere als neu. Es geht in seinen Wurzeln auf das Jahr 1994 zurück, als das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in seinem Human Development Report erklärt: »We need another profound transition in thinking – from nuclear security to human security« (UNDP 1994, S. 22). Der Human Development Report benennt vier essenzielle Faktoren:

- »· Human Security is a universal Concern [...].
- The Components of Human Security are interdependent [...].
- Human Security is easier to ensure through early prevention than later intervention [...].
- Human Security is people-centred. It is concerned with how people live and breathe in a society, how freely they exercise their many choices, how

much access they have to market and social opportunities – and whether they live in conflict or in peace.« (UNDP 1994, S. 22f.)

In unserem Beitrag wollen wir deshalb zunächst klären, welche Aspekte eines reformulierten und aktualisierten Human-Security-Konzepts heute – insbesondere für eine Universität der Bundeswehr, deren primärer Auftrag die akademische Bildung des Offiziersnachwuchses ist – relevant sein können. Zu betrachten ist dafür im nächsten Schritt auch, vor welchen Herausforderungen militärisches Personal unter den Bedingungen postmoderner Kriegsführung heute und in absehbarer Zukunft steht. Deshalb ist anschließend zu erörtern, wie Bildung dazu beitragen kann, Resilienz für Analyse-, Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit militärischen Personals in Krisen- und Einsatzszenarien, auch und besonders unter den Bedingungen heutiger Landes- und Bündnisverteidigung, zu gewährleisten. In einem dritten Abschnitt ist dann zu prüfen, welchen Einfluss infrastrukturelle Rahmenbedingungen, insbesondere als Elemente der Abgrenzung und Eingrenzung auf die als erforderlich erkannten Bildungsprozesse, haben können. Abschließend gilt es, das Für und Wider einer wissenschaftlichen Bildung für Einsätze unter dem Rubrum der Human Security einerseits und Kosten und Nutzen eines militärischen Sicherheitsbereichs andererseits zu diskutieren.

II. Aspekte eines reformulierten Human-Security-Konzepts

Seit Beginn der Entwicklung und Diskussion um Human-Security-Ansätze ist von den verschiedenen Autor:innen zwischen einem weiten und einem engen Verständnis unterschieden worden (vgl. u. a. Ulbert und Werthes 2008, S. 17ff; Oberleitner 2017). Dabei betont der enge Ansatz »die Komponente *freedom from fear* und fokussiert auf die gewaltbedingten Ursachen menschlicher Sicherheit. [...] Der weite Ansatz folgt einem Verständnis menschlicher Sicherheit im Sinne des *Human Development Report* von 1994. Er betont die Komponente *freedom from want*« (Werkner 2019, S. 4f).

Beiden Richtungen sind zwei Grundsätze gemeinsam: Die Verlagerung von einer Betrachtung der territorialen Sicherheit zu einer stärkeren Betonung der Sicherheit der Menschen bzw. der Bevölkerung sowie ein Sicherheitsbegriff, der weniger durch militärische Rüstung als durch nachhaltige menschliche Entwicklung erreicht werden kann. Aus heutiger Perspektive ist mit Blick auf den Angriff Russlands auf die Ukraine erneut festzustellen, dass

die Sicherung der für eine nachhaltige menschliche Entwicklung erforderlichen Rahmenbedingungen durchaus militärische Verteidigung erfordern kann.

Der 1994er UN-Bericht definierte darüber hinaus sieben Hauptkategorien, an denen der Bedrohungsgrad der menschlichen Sicherheit erkennbar ist (vgl. UNDP 1994, S. 24ff.):

- Economic Security
- Food Security
- Health Security
- Environmental Security
- Personal Security
- Community Security
- Political Security.

Die seinerzeit formulierte Kritik, der Human-Security-Ansatz rechtfertige generell eine mögliche Invasion von außen zum Schutz der dort lebenden Menschen, ist unbegründet, da von Beginn an der Verantwortung des Staates für den Schutz seiner Bürger:innen eine besondere Dignität zugesprochen wird. Dahinter steht der Gedanke, dass letztlich stabile und effektive staatliche Strukturen Voraussetzung menschlicher Sicherheit sind: »Although the international community can help prevent future crises, the primary responsibility lies with the countries themselves. And often it lies with the people themselves« (UNDP 1994, S. 38).

Der Human-Security-Ansatz rekurriert auf einen Freiheitsbegriff, der auf die berühmte Rede des US-Präsidenten Roosevelt zur Lage der Nation vom 6. Januar 1941 zurückzuführen ist. Roosevelt beschrieb seinerzeit vier Freiheiten, die jedem Menschen überall auf der Welt zustehen sollten:

»In the future days, which we seek to make secure, we look forward to a world founded upon four essential human freedoms. Freedom of speech and expression – everywhere in the world. The second is freedom of every person to worship God in his own way – everywhere in the world. The third is freedom from want – which translated into world terms, means economic understandings which will secure to every nation a healthy peacetime life for its inhabitants – everywhere in the world. The fourth is freedom from fear – which translated into world terms, means a worldwide reduction of armaments to such a point and in such a thorough fashion that no nation

will be in a position to commit an act of physical aggression against any neighbour – anywhere in the world.« (Roosevelt 1941)

Roosevelts idealistisch anmutende Perspektive muss sicherlich in ihrem historischen Kontext betrachtet werden: Er formuliert sie 1941 unter dem Eindruck des Krieges in Europa. Dahinter steht die Idee einer friedlichen Welt, die auch funktional dem Überleben der Gattung Mensch auf unserem Planeten dienlich ist. Vor diesem Hintergrund und in dem Bewusstsein, dass eine vollkommen friedliche Welt wahrscheinlich eine kontrafaktische Idealvorstellung bleiben wird, ergibt sich die Funktion und zum jetzigen Zeitpunkt auch die absehbar noch zukünftig bestehende Notwendigkeit von Militär als Mittel zur Verteidigung von Frieden.

In beiden Ansätzen kommt funktionierenden rechtsstaatlichen Institutionen und Verfahren eine besondere Rolle zu, denn sie stellen als Instrumente der staatlichen Daseinsvorsorge die Rahmenbedingungen sicher, um Human Security zu realisieren. Dabei wird deutlich, dass der Human-Security-Ansatz zwar ein politisches Konzept ist, das sich auf rechtsstaatliche Strukturen auswirkt, ihrer aber zugleich als Voraussetzung bedarf. Das heißt Human Security und demokratischer Rechtsstaat sind aufeinander bezogen und untrennbar miteinander verwoben. Das Qualitätsmerkmal »demokratisch« kann hier hinzugefügt werden, weil ein Rechtsstaat, der fair die Gleichheit seiner Bürger:innen organisiert, dieses nur unter den Bedingungen demokratischer Verfasstheit, Legitimation und Kontrolle leisten kann.

Die Autor:innengruppe plädiert in diesem Beitrag für ein weites Verständnis, weil die Freiheit von Not Bedingung dafür ist, die Wahrnehmung bürgerlicher Rechte der Mitgestaltung rechtsstaatlicher Verfasstheit ohne das Gefühl möglicher existenzieller Bedrohtheit zu ermöglichen. Diese Vorstellung unterstreicht auch besonders der Gedanke des ehemaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, der zu den oben beschriebenen Freiheiten 2005 die »Freiheit, in Würde zu leben« ergänzte (Annan 2005, S. 38ff.). Dieser Gedanke korrespondiert auch mit dem Human Development Index, den die Ökonomen Amartya Sen, Mahbub ul Haq und Meghnad Desai 1990 für das United Nations Development Programme entwickelt haben und der seitdem Berechnungsgrundlage für den Human Development Report ist. Seither wurde der Index und die darin berücksichtigten Faktoren, die neben dem Bruttonationaleinkommen pro Kopf auch die Lebenserwartung und die Dauer der Ausbildung einbeziehen, mehrfach weiterentwickelt und bildet ein mathematisches Messinstrument, das die Bedürfnisse der Menschen zur

Grundlage der Beurteilung des Entwicklungsstands einer Gesellschaft macht (vgl. Stanton 2007, S. 9ff.).

Ein weites Verständnis von Human Security korrespondiert auch mit einem erweiterten Sicherheitsbegriff, ohne damit identisch zu sein. So definiert Lange den erweiterten Sicherheitsbegriff wie folgt:

»Der erweiterte Sicherheitsbegriff geht davon aus, dass sich in der Zukunft völlig neue Gefahrenszenarien ereignen können: Neben dem Zerfall von Staaten und der entsprechenden Desintegration ganzer Regionen der Erde und deren globale Auswirkungen sind es neue Formen des Terrorismus, gezielte Angriffe auf informationstechnische Systeme, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Möglichkeit, dass Terroristen sich dieser bemächtigen. Darüber hinaus werden ökologische Katastrophen globalen Ausmaßes, die beispielsweise durch Bodenerosion und Wassermangel, durch ein Ansteigen der Weltmeere, durch Klimawandel und vieles mehr entstehen könnten, in Betracht gezogen. Einbezogen ist ebenso die demografische Entwicklung, die einerseits durch ein rasantes Bevölkerungswachstum in vielen Regionen der Welt, andererseits durch rückläufige Bevölkerungsraten in Europa gekennzeichnet ist und große Bevölkerungswanderungen sowie Konflikte und Kriege um existenzielle Ressourcen hervorbringen könnte.« (Lange 2006, S. 287)

Dennoch ist hier besonders darauf hinzuweisen, dass der erweiterte Sicherheitsbegriff in seinem Kern an einem »statebased Approach« festhält. Inwieweit diese nationalstaatlich gerahmte Perspektive zur Bewältigung der vielfältigen und komplex verwobenen Krisenperspektiven, wie sie Lange selbst beschreibt, beitragen kann, bleibt insofern fraglich, als grundsätzlich bei einer staatenbasierten Sicherheitsorientierung auch in demokratischen Kontexten ein Reflex zu »mein Land zuerst« erfolgen kann. Hierzu nimmt Yuval Harari wie folgt Stellung:

»Diejenigen, die die globale liberale Ordnung in Frage stellten, wollten meist keinen Krieg. Sie wollten aber durchsetzen, was sie als Interessen ihres Landes verstanden, und sie argumentierten, dass jeder Nationalstaat seine eigene heilige Identität und Traditionen verteidigen und entwickeln solle. Was sie nie erklärten war, wie all diese Nationen ohne universelle Werte und globale Institutionen miteinander umgehen würden. Die Gegner der globalen Ordnung boten keine Alternative an. Sie glaubten offenbar, dass die verschiedenen Nationen sich irgendwie arrangieren könnten und die

Welt zu einer Ansammlung von ummauerten, aber einander freundlichen Festungen werden würde. Festungen sind jedoch selten freundlich. Jede nationale Burg will in der Regel etwas mehr Land, Sicherheit und Wohlstand für sich selbst – auf Kosten der Nachbarn. Ohne universelle Werte und globale Institutionen können sich rivalisierende Festungen kaum auf gemeinsame Regeln einigen. Das Modell der Festungen war ein Rezept für eine Katastrophe.« (Harari 2023, o. S.)

Wenn wir davon ausgehen, dass ein erweiterter Sicherheitsbegriff für ein Verständnis von Human Security hilfreich ist, muss dieser aus heutiger Perspektive um verschiedene Dimensionen ergänzt werden, die jenseits militärischer – territorial zu verteidigender – Sicherheit bedeutsam sind: Besonders in den letzten drei Jahren ist auch uns in Europa bewusst geworden, wie globale Krisen – Pandemien, durch menschlich beschleunigten Klimawandel verursachte Naturkatastrophen und daraus resultierende wirtschaftliche Risiken – ebenso wie der demografische Wandel oder die zunehmenden Herausforderungen durch alternative Gesellschaftsmodelle auch uns in unserem alltäglichen Leben betreffen. Neu ist dabei vor allem die Parallelität und die Beschleunigung der verschiedenen Krisen, die Christian Stöcker als Exponentialfunktion beschreibt (vgl. Stöcker 2020, S. 18ff.) Dies erfordert einen multiperspektivischen Blick auf globale Krisen, ihre Interdependenzen und eben auf die damit verbundenen Risiken für menschliche Existenz und die unmittelbare Bedrohung menschlicher Sicherheit.

In seiner Regierungserklärung am 27. Februar 2022 prägte Bundeskanzler Olaf Scholz unter dem Eindruck des wenige Tage zuvor brutal eskalierten Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine den Begriff der »Zeitenwende« (Scholz 2022, online veröffentlicht über Bundesregierung.de, zuletzt aufgerufen am 10.03.2023).

Blicken wir zurück auf die vielfältigen und mehrfach verwobenen Krisenlagen, die uns in Deutschland und Europa nicht erst seitdem, aber besonders in den letzten drei Jahren auch unmittelbar betreffen und für die die globale Covid-19-Pandemie nur exemplarisch steht, erscheint ein Sicherheitsverständnis im Kontext von Human Security angemessen, das die Komplexität disruptiver, weltumspannender Bedrohungen, die in alle privaten und öffentlichen Lebensbereiche hineinwirken, umfassend berücksichtigt. Unter dem Stichwort »Zeitenwende« verstehen wir daher einen ebenso schnellen wie grundlegenden Wandel in allen Sphären unseres Alltagslebens, der irreversibel erscheint. Er betrifft ebenso Rahmen und Kriterien unserer all-

täglichen Konsumentscheidungen wie neue Prioritäten politischen Handelns in sicherheitsrelevanten Ressorts.

Anknüpfend an die Begründung des Human-Security-Konzepts im Human Development Report der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1994, der anhand zahlreicher weltweiter Statistiken illustriert ist, nehmen wir in diesem Beitrag eine Perspektive ein, die einerseits die Aktualität der programmatischen Ausführungen von 1994 wieder in das Blickfeld rückt und andererseits die globalen und alltäglichen Bedrohungen menschlicher Sicherheit auch in Europa besonders berücksichtigt.

Hier bietet sich grundsätzlich der Blick auf das Maß der Verwirklichung von Frauenrechten im Sinne eines »Lackmustests« der Verwirklichung von Menschenrechten an: »In no society are women secure or treated equally to men« (UNDP 1994, S. 31) stellten bereits die Autor:innen des Human Development Report 1994 fest. Wir können davon ausgehen, dass dieser Zusammenhang auch heute noch zutreffend und relevant ist: Von der aktuellen Protestbewegung gegen das Mullah-Regime im Iran unter dem Motto »Frau – Leben – Freiheit« bis hin zu der erst jüngst in den Medien veröffentlichten und eher unterkomplex diskutierten Tatsache, dass sich in Deutschland der Gender-Pay-Gap in den letzten Jahren nicht verändert hat. Die Universalität dieses Problemfeldes kann also auch heute weiter angenommen werden, auch wenn einige dies zumindest für westlich-demokratische Gesellschaften leugnen, gleichwohl aber die global bestehende Ungleichheit und Benachteiligung von Frauen anerkennen (vgl. z.B. Schmid 2023). Einen guten Überblick zu dieser Diskussion bieten z.B. Neuhold, Pirstner und Ulrich (2003), die sowohl aus juristischer Perspektive internationale Rechtsinstrumente und politische Agenden einordnen als auch aktuelle weltweite Entwicklungen kritisch beleuchten.

Wichtiger noch als die Vergewisserung der Aktualität ist jedoch, dass Bedrohungen menschlicher Sicherheit in den zuvor beschriebenen Kategorien Frauen anders – in der Regel früher, härter und existenzieller – betreffen, als Männer. Auch homosexuelle Menschen, transgender und non-binäre Personen sind höheren Risiken ausgesetzt.

Die Berichte aus der Ukraine zeigen erneut, dass z.B. sexuelle Gewalt an Frauen als Kriegswaffe eingesetzt wird. Wenn rechtsstaatliche Sicherheitsinstitutionen, wie z.B. die Polizei, nicht handlungsfähig oder selbst in kriminelle Netzwerke verstrickt sind, wird es besonders für Frauen – nicht nur in Kriegsgebieten – lebensgefährlich, das Haus zu verlassen. Gleiches gilt letztlich für jedermann, jedoch ist Polizei- oder Militärgewalt, die sich gezielt gegen Frau-

en richtet, als strukturelle Gewalt zu bezeichnen, besonders dann, wenn sie gegen Frauen ausgeübt wird, nur weil sie sich der gleichen Rechte wie Männer bedienen (z.B. Aufenthalt im öffentlichen Raum). Diese Form von staatlichen Instanzen ausgehender struktureller Gewalt gegen Frauen wird besonders in Kriegs- und Krisenregionen als Waffe eingesetzt (vgl. Desai/Mandal 2022, S. 11ff.). Bharat H. Desai und Moumita Mandal (2022) beschreiben ausführlich verschiedenste Formen individueller und struktureller Gewalt gegen Frauen als »Sexual and Gender Based Violence«, reflektieren diese vor dem Hintergrund verschiedener kultureller Bedingungen und stellen die Bedeutung internationaler Rechtsinstanzen und Programme heraus (vgl. dies. 2022). Dieses in zahlreichen sozial- und rechtswissenschaftlichen Forschungen umfangreich belegte Problemfeld in der Politik auf nationalstaatlicher wie internationaler Ebene in den Blick zu nehmen, ist notwendige Bedingung für dessen Überwindung.

Die Realisierung von Frauenrechten erachten wir als eine Art Seismograph für die Realisierung von Menschenrechten. Aktuell greift auch die Bundesregierung unter dem programmatischen Anspruch einer »Feministischen Außenpolitik« dieses bereits im Human Development Report 1994 adressierte Thema prominent auf und stellt sich damit den Zielvorgaben der Agenda »Frauen, Frieden und Sicherheit« des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 (Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Resolution 1325, kurz: »WPS-Agenda«). Der Dritte Aktionsplan der Bundesregierung formuliert sechs Schwerpunkte (vgl. Auswärtiges Amt (AA) 2020, S. 6):

- Krisenprävention,
- Teilhabe,
- Schutz und Unterstützung,
- Humanitäre Hilfe, Krisenbewältigung und Wiederaufbau,
- Frauen, Frieden und Sicherheit stärken,
- Institutionelle Verankerung und Kapazitäten stärken.

Am 1. März 2023 stellte Außenministerin Annalena Baerbock die Leitlinien des Auswärtigen Amtes »Feministische Außenpolitik gestalten« (AA 2023) der Öffentlichkeit vor, die an den oben beschriebenen Zusammenhang wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Bedeutung der rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung von Frauen für Menschenrechte und deren politische Umsetzung anknüpfen. In ihrem Vorwort formuliert die Außenministerin:

»Frauenrechte sind ein Gradmesser für den Zustand unserer Gesellschaften. [...] Gesellschaften, in denen Gleichstellung verwirklicht oder zumindest angestrebt ist, sind friedlicher, gerechter, nachhaltiger und wirtschaftlich erfolgreicher als solche, die Frauen und andere von der Teilhabe ausschließen. [...] Und oft ist Repression nach innen ein Warnsignal für zukünftige Aggression nach außen, zum Beispiel wie im Fall Russlands« (AA 2023, S. 2). Und weiter: »Denn nur wo Frauen und marginalisierte Gruppen sicher sind, sind alle sicher.« (AA 2023, S. 5)

Das Auswärtige Amt verfolgt hierzu sechs Leitlinien feministischer Außenpolitik (vgl. AA 2023, S. 16f.):

- Integration der Perspektive von Frauen und marginalisierter Gruppen in weltweite Friedenspolitik,
- Ausrichtung humanitärer Hilfe an genderspezifischen Risiken und Vulnerabilitäten,
- aktives Eintreten gegen Benachteiligung von und Gewalt an Frauen und Angehörigen marginalisierter Gruppen,
- Bekämpfung der Benachteiligung von Frauen im Kontext des Klimawandels,
- Bildung von Netzwerken in der internationalen Wirtschaftspolitik zur Etablierung von Standards für eine faire, gendergerechte und diskriminierungsfreie Digitalisierung,
- gleichberechtigte Repräsentanz und Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft.

In weiteren vier Leitlinien setzt sich das Auswärtige Amt Ziele für die ressortinterne Verwirklichung einer gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen des Auswärtigen Dienstes (vgl. AA 2023, S. 18).

Dabei beruft sich die Bundesregierung auf einen »menschenrechtsbasierten Ansatz, der das Prinzip menschlicher Sicherheit verwirklicht« (AA 2020, S. 16).

Wenn man in die heute noch relevante Charta der Vereinten Nationen zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 schaut, entsteht der Eindruck, dass die Autor:innen in erster Linie ein rechtsstatusbeschreibendes Verständnis und damit letztlich statisches Verständnis von Menschenrechten zum Ausdruck brachten:

»Artikel 1: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2: Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Des Weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.« (Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948, S. 2)

Ein mögliches interaktives Verständnis kommt – wenn überhaupt – nur im Begegnungsbegriff (Artikel 1) zum Ausdruck. Dieses statusbeschreibende und damit statische Verständnis hat den großen Vorteil, dass damit auch die Unveränderlichkeit und Unveräußerbarkeit der Menschenrechte deutlich wird.

Bei der Frage nach dem Grad der Realisierung entsteht allerdings die Schwierigkeit einer an Kriterien operationalisierbaren Überprüfung im Alltagshandeln. Deshalb erscheint es uns hilfreich, einen Blick in die Anthropologie zu werfen und der Frage nachzugehen, was uns Menschen im Kern ausmacht und von anderen Lebewesen des Planeten grundsätzlich unterscheidet. Einen möglichen Zugang bietet die Feuer-/Ernährungshypothese, die unter anderem vom britischen Anthropologen Richard Wrangham vertreten wird. Zusammengefasst wird die These aufgestellt, dass es am Übergang vom *Australopithecus* zum *Homo Erectus* zu einer Koinzidenz zwischen einem durch Mutation hervorgerufenen fast krebsartigen Hirnwachstum und einer erheblichen Verbesserung der Energiezufuhr durch die Zubereitung gegarter Nahrung mit Feuer kam (vgl. Wrangham 2009, S. 20f.; vgl. auch Goudsblom 2016).

Nach neueren archäologisch-humangenetischen Erkenntnissen ist es in der Entwicklung der Primaten vermutlich häufiger zu Mutationen gekommen, die ein sprunghaftes Wachstum von Nerven- bzw. Hirnzellen hervorgerufen haben. Da Nerven-/Hirnzellen aber eine besondere energetische Herausforderung für den Stoffwechsel von Lebewesen darstellen (im Ruhezustand muss der Stoffwechsel des modernen Menschen 20 Prozent der Energie für die Aufrechterhaltung der Hirnfunktion aufwenden), konnten sich vermutlich derartig mutierte Individuen unter den Bedingungen der Mangelernährung der

Frühmenschen relativ sicher nicht durchsetzen. Erst die Fähigkeit, Feuer zur Zubereitung von Nahrung und weitere Nahrungshilfsmittel zu nutzen, verbesserte die Energieeffizienz erheblich (vgl. dazu ausführlich Wrangham 2009, S. 65ff.), stellte den Homo Erectus aber unter den Zwang der kooperierenden Vergesellschaftung. Die gleichzeitige Abhängigkeit von Nahrung und Brennstoff ließ ein zufälliges gemeinsames Jagen oder Ähnliches nicht mehr als hinreichend zu, sondern zwang die Individuen zu zielgerichteten Kooperationen und damit zur Sozialität. Dieses Merkmal scheint in der jüngeren Anthropologie das entscheidende Diskriminationskriterium zwischen den Menschen und allen anderen Lebewesen zu sein (vgl. Wrangham 2019, S. 262). Alles Weitere, wie eine daraus resultierende Arbeitsteilung, die Entwicklung von Kommunikationsformen (Sprache) und weitere Formen der Vergesellschaftung wie Stratifikation sind letztlich Folgerungen dieses grundlegenden Entwicklungsschrittes.

Mit diesem Entwicklungsschritt wird einerseits das Überleben des Homo Erectus angesichts des höheren Energiebedarfs seines größeren Hirns im Modus der kooperierenden Vergesellschaftung erst möglich (vgl. Wrangham 2019, S. 273). Zugleich resultiert daraus aber auch eine höhere Komplexität seines alltäglichen Lebens: Dieser Mensch muss nicht nur für seine eigenen Belange sorgen, sondern sich dafür auch mit anderen verabreden, was nur dann gelingen kann, wenn die Belange der anderen mit den eigenen in Einklang gebracht werden können.

Eine andere Erklärungslinie für das »*proprium hominis*« skizziert der Philosoph Hanno Sauer in seinem Buch »Moral. Die Erfindung von Gut und Böse« (Sauer 2023). Er sieht den Ursprung menschlicher Verhaltensweisen vor ca. fünf bis 2,5 Mio. Jahren durch geotektonische wie klimatische Entwicklungen erzwungen: Die Entstehung offener, flacher Landschaften im großen afrikanischen Grabenbruch und das beginnende Pleistozän mit einer für Hominiide hochgefährlichen Megafauna erlaubten Überleben nur durch Kooperation (vgl. Sauer 2023, S. 22).

Auch hier werden die Entwicklung und Durchsetzung von Regeln für die Steuerung von Kooperation durch nichtgenetisch determinierte Verhaltensweisen, also Moral in ihrem ursprünglichen Sinne, als Sonderleistung des Menschen gegenüber allen anderen Lebewesen herausgestellt (vgl. Sauer 2023, S. 24). Ähnlich wie Wrangham folgert auch Sauer daraus eine fortschreitende genuin menschlich verursachte Komplexitätssteigerung sowohl durch zivilisatorisch-technische wie aber auch besonders durch zivilisatorisch-soziale Entwicklungen.

Interessant erscheint uns auch Sauers Begründung für seinen frühzeitlichen Fokus zur Erklärung moralphilosophischer Theoriebildung:

»Der Zugriff auf unsere tiefste Vergangenheit bleibt immer spekulativ, aber nicht im nebulösen Sinn des Unüberprüfbaren [...], sondern im soliden Sinn [...] vergleichender Morphologie, molekularer Genetik, Radiokarbon-datierung, Biochemie, Statistik und Geologie, die die plausibelste Version dieser Geschichte aus vielen heterogenen Theorien und Datensätzen zu rekonstruieren versuchen.« (Sauer 2023, S. 21)

Wenn wir nun den Blick aus der Evolutionsgeschichte des Menschen wieder in die Gegenwart richten, können wir feststellen, dass die Zunahme von Komplexität in unseren alltäglichen Lebensbezügen heute mehr denn je unsere Existenz – sowohl in individueller als auch in globaler Perspektive – kennzeichnet. Dies ist hier insofern relevant, als die Zunahme von Komplexität unser Vermögen, Sicherheit in einem weiten Verständnis von Human Security weltgesellschaftlich zu organisieren, grundsätzlich beeinflusst.

Christian Stöcker benennt in seinem 2020 erschienen Buch »Das Experiment sind wir« sieben fundamentale Entwicklungen oder »Veränderungsmächte«, die geeignet sind, menschliches Leben auf unserem Planeten zu bedrohen, und die zum Teil bereits im Human Development Report 1994 aufgeführt sind (vgl. Stöcker 2020, S. 19):

- Wachstum der Weltbevölkerung,
- Anstieg der Durchschnittstemperatur des Erdsystems,
- Verbreitung digitaler Hardware,
- Entwicklung maschinellen Lernens,
- Entwicklung von Biotechnologie und Bioinformatik,
- Artensterben in der Tier- und Pflanzenwelt,
- Weltweites Wirtschaftswachstum.

Als den eigentlich krisenhaften Risikofaktor in den o.g. Entwicklungsbereichen identifiziert Stöcker die rasante Beschleunigung, die er als Exponentialfunktion hypothetisch rahmt:

»Digitalisierung, maschinelles Lernen und Biotechnologie, Klimakrise und Artensterben, Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum: Gemeinsam werden diese sieben Veränderungsmächte dafür sorgen, dass das Leben auf

der Erde schon in wenigen Jahrzehnten ein völlig anderes sein wird. Es ist an uns zu gestalten, wie es dann aussehen wird. Kann eine Menschheit, die schon mit einer einzelnen exponentiellen Entwicklung überfordert scheint, mit dieser transformativen Wucht umgehen?» (Stöcker 2020, S. 20)

Als Schlüssel zur Bewältigung und Gestaltung einer durch multiple exponentielle Veränderungsmächte gekennzeichneten Welt sieht Stöcker Verständnis der Zusammenhänge und daraus erwachsenden Risiken und Chancen sowie eine agile Umsetzung von Erkenntnis in politisches und individuelles Handeln (Stöcker 2020, S. 21).

Was bedeutet das nun für eine Reformulierung und Aktualisierung des Human-Security-Ansatzes?

Unter dem Gesichtspunkt der Verwirklichung von Menschenrechten und gleichberechtigter Teilhabe kommt dem Anspruch einer fairen Interaktion besondere Bedeutung zu. Faire Interaktion erfordert die menschliche Fähigkeit zur Kooperation im Verständnis eines nach gemeinsamen Regeln erfolgen, also organisierten Austauschs zwischen Menschen, zwischen Gruppen und letztlich zwischen Staaten.

Unter dem Eindruck eines Besuchs der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau im Jahr 2017 formuliert der Anthropologe Richard Wrangham, der sich in seinem 2019 erschienenen Buch »Die Zähmung des Menschen« mit der evolutionären Verankerung von Aggression und der gleichzeitig vorhandenen Fähigkeit zur Kooperation des Menschen auseinandersetzt:

»So viel Kooperation. Wir glauben oft, Kooperation sei immer wünschenswert. Aber wie Moral kann sie Gutes und Schlechtes bewirken. Das große Ziel der Menschheit sollte nicht Kooperation sein. Dieses Ziel ist relativ einfach zu erreichen und in der Selbstdomestizierung und im moralischen Empfinden angelegt. Die größere Herausforderung besteht darin, unsere Fähigkeit zu organisierter Gewalt einzudämmen.« (Wrangham 2019, S. 388)

In der Perspektive, die Wrangham hier einnimmt, greifen wir noch einmal zurück auf die Annahme des Human Development Report von 1994, in dem der demokratischen Verfasstheit als Organisationsform fairer – gleichberechtigter – Interaktion besonderer Stellenwert zukommt. Demnach ermöglichen demokratische Formen von Vergesellschaftung erst eine gleichberechtigte – auch Frauen und marginalisierte Gruppen einbeziehende – menschliche Interakti-

on, aus der wiederum eine faire Organisation und Interaktion zwischen Staaten erwächst.

Dieser Zusammenhang zeigt auch auf, dass es nicht ausreicht, die Gewährleistung von Gleichberechtigung, Teilhabe und fairem Austausch auf der Organisationsebene staatlicher Institutionen abzuladen. Vielmehr beginnt die Umsetzung von gleichberechtigter Teilhabe und damit die Verwirklichung von Demokratie in der unmittelbaren Interaktion von Menschen und endet auch nicht auf der Ebene nationalstaatlicher Verfasstheit. Sie ist Voraussetzung für die Akzeptanz überstaatlicher Regelorganisation im Sinne einer Weltinnenpolitik, die immer bis auf die Ebene unmittelbarer Interaktion zwischen Menschen zurückwirkt. Diese Wechselwirkung ist grundlegend für ein gegenwarts- und zukunftsfähiges Verständnis von Sicherheit und Human Security und sollte damit auch zentraler Gegenstand einer auf gesellschaftliche Resilienz zielenden Bildung sein. Dabei geht es nicht darum, dass nationalstaatliche oder überstaatliche Regelorganisationen die Bürger:innen überwachen und kontrollieren, sondern umgekehrt: Mündige Bürger:innen sind in diesem Sinne immer auch individuell mitverantwortlich für die Realisierung von Menschenrechten. Zum einen, weil nur auf der Ebene unmittelbarer Interaktion greifbar wird, was Gleichberechtigung, Teilhabe und fairer Austausch konkret bedeuten, und zum anderen, weil es Aufgabe der Bürger:innen ist, deren Sicherung auf Ebene staatlicher und überstaatlicher Organe kritisch zu überwachen und für Menschenrechte aktiv einzustehen, wenn auf dieser Ebene Missstände deutlich werden.

Dabei verstehen wir Fairness als einen funktionalen Modus interaktiver »Austauschbeziehungen« zwischen Menschen. Objekte des Austauschs können hier ganz unterschiedlicher und nicht notwendigerweise materieller Art sein. Auch das Gefühl von Zugehörigkeit als einem Indikator menschlicher Sicherheit kann ein wichtiges Objekt des gegenseitigen Austauschs sein. Der »Tauschgedanke« mag hier, insbesondere für Geisteswissenschaftler:innen, ein wenig ökonomistisch anmuten. Er wird bewusst in Anlehnung an ein weites Kapitalverständnis gewählt, wie es Pierre Bourdieu 1982 skizziert hat. Es reicht definitorisch weit über eine nur ökonomische Interpretation hinaus und integriert die Konstrukte sozialen und kulturellen Kapitals. Wir halten eine Orientierung am bourdieuschen Kapitalbegriff zielführend, weil er in besonderer Weise für Schließungsmechanismen des Klassismus sensibilisiert, die als Resultat unfairer (Aus)Tauschprozesse auch heute (wieder) allenthalben zu beobachten sind (vgl. hierzu ausführlich Seeck 2022).

Klassismus, also Diskriminierung, und zwar sowohl in Form von Ausgrenzung als auch in Form von Ausbeutung, aufgrund der sozialen Herkunft oder Position (vgl. Kemper 2016, S. 6), wiederum ist das genaue Gegenteil von fairen Interaktionsbeziehungen zwischen Menschen:

»Diskriminierung« meint nicht nur Vorurteil oder gar wertneutrale Unterscheidung, sondern in einem umfassenderen Sinn Ausbeutung, Marginalisierung, Gewalt, Macht und Kulturimperialismus.« (Kemper 2016, S. 6)

»Spezifisch an der Klassismusperspektive ist ihr verbindender Blick auf die individuellen, institutionellen und kulturellen Ebenen der Ausbeutung in Produktions- und Reproduktionsverhältnissen. Indem die persönlichen Erfahrungen mit den Gegebenheiten von kapitalistischer Vergesellschaftung zusammen gedacht werden, vereint der Klassismusbegriff die Felder von (Anti-)Diskriminierungs- und Klassentheorien.« (Eilers 2018, S. 93)

Die Orientierung am bourdieuschen Kapitalbegriff erleichtert u.E. die Operationalisierung und vor allem die intersubjektive Überprüfung eines fairen (Aus)Tausches von materiellen und immateriellen Handlungsprodukten zwischen den Subjekten. Das Subjektkonstrukt erhält in der wranghamschen wie sauerschen Lesart im Sinne eines »Zwangs des Menschen zur Sozialität« (siehe oben) eine neue, erweiterte Interpretation.

Wesentlich ist aber hier, was genau Fairness ausmacht. Als Orientierung kann hier der Kategorische Imperativ herangezogen werden. In seiner Kritik der praktischen Vernunft formuliert Immanuel Kant 1788 den Kategorischen Imperativ: »Handle als einzelnes Vernunftwesen immer nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie Gesetz für alle Vernunftwesen werde« (Kant [1788] 1983/VI, S. 140).

Der Kategorische Imperativ beschreibt somit eine Grundlage menschlicher Interaktion und Kooperation, denn er verlangt die reflexive Vorwegnahme der Folgen des eigenen Handelns in Interaktionsbeziehungen nicht nur für das Individuum selbst, sondern auch für die (aller) anderen Individuen. Damit verbunden ist auch die Übernahme der Verantwortung für Handlungs- bzw. Tauschprodukte und somit auch für Fairness in der Tauschbeziehung (vgl. Schulz 1996, S. 90f.). Der Charakter des »Tauschgeschäfts« kommt dabei gedanklich insofern zum Tragen, als ich erwarten kann, dass die anderen ebenso in ihren Handlungen deren Folgen für mich antizipieren.

Wichtig und entscheidend in diesem Zusammenhang ist, dass wir Kooperation und nicht Kollektivismus als zugrundeliegendes Konzept dieser Überlegung annehmen. Versteht man Kollektivismus im Sinne des Ökonomen Friedrich August von Hayek würde sonst zu Recht in Bezug auf den Begriff der »Tauschbeziehung« die Kritik angebracht sein, dass erst durch das Kollektiv das unterschiedliche Wissen vereint wird und so nicht vom Einzelnen verlangt werden könnte, die Folgen des eigenen Handelns für andere zu antizipieren. Hayeks Kritik gründet dabei auf der These, dass Arbeitsteilung auch Wissensverteilung (nicht als Teilen des Wissens mit anderen, sondern in dem Sinne, dass jeder etwas anderes weiß, aber niemand genug, um alles zu überblicken) impliziert (vgl. Weitz 2008, S. 145). Wir verstehen den Begriff der »Tauschbeziehung« jedoch nicht im engeren ökonomischen Sinne (dabei gehen wir übrigens davon aus, dass Arbeitsteilung auch in marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystemen unerlässlich ist), sondern – wie oben beschrieben – als Modus von Interaktion, der Kooperation erfordert, in welchen Lebensbezügen auch immer.

Daraus entsteht aus Sicht der Autor:innen auch der wissenschaftliche Begründungszusammenhang des Kategorischen Imperativs als universelle Basis menschlicher Interaktion mit dem skizzierten Verständnis von Human Security: Letztlich geht es darum, ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen auf diesem Planeten zu erreichen. Selbstverständlich ist das eine idealistische Idee, doch sollte man sie deswegen nicht weniger anstreben, auch wenn ihre vollkommene Erreichbarkeit utopisch ist. Das wäre weder normativ noch funktional begründbar. Einerseits können wir also annehmen, dass der Kategorische Imperativ als universelle, aber kontrafaktische Maxime menschlichen Handelns eine Idealvorstellung bleibt, die nie in Gänze erreicht werden kann. Andererseits bietet dieses Prinzip aber eine – aus Sicht der Autor:innen – kulturunabhängige, weil logische Begründung fairer Interaktion zwischen Menschen.

Zusammengefasst beinhaltet ein reformuliertes und aktualisiertes Verständnis von Human Security heute:

- Human Security geht von einem weiten Verständnis menschlicher Sicherheit als »Freedom from Want« aus, das den Anspruch an »Freedom from Fear« notwendig beinhaltet. Human Security als menschenzentriertes Konzept verfolgt einen weiten Sicherheitsbegriff, der über territoriale Grenzen hinaus universell verstanden wird und nicht primär mit militärischen Mitteln zu erreichen bzw. zu verteidigen ist.

- Human Security vertritt den Anspruch allgemeiner, universeller Menschenrechte – das schließt Frauen und Angehörige marginalisierter Gruppen notwendig mit ein. Sind deren Rechte und deren Sicherheit geringer ausgeprägt, ist Human Security in einer Gesellschaft bedroht.
- Human Security steht heute und künftig unter den Bedingungen vielfältiger, interdependenter globaler Krisen und einer exponentiell wachsenden Komplexität menschlichen Lebens auf unserem Planeten.
- Human Security lebt von der Interaktion zwischen Menschen – von der Ebene unmittelbarer Begegnung bis auf die Ebene globaler Interaktion zwischen Staaten und Bündnissen.
- Human Security erfordert faire Interaktion im Sinne des Kategorischen Imperativs, auch im Sinne eines fairen (Aus)Tauschverhaltens bezüglich materiellen und immateriellen Kapitals, und verlangt auf der Ebene individuellen genauso wie auf der Ebene politischen Handelns die reflexive Vorwegnahme der Handlungsfolgen für Menschen weltweit. Dies ist auch Grundlage individueller wie gesellschaftlicher Resilienz angesichts komplexer und interdependenter globaler Krisen- und Bedrohungsszenarien.

Human Security stellt deshalb auch Anforderungen an die Bildung von Menschen, um ein reflexives Bewusstsein für menschliche Sicherheit zu fördern und Wege fairer, damit Sicherheit und Resilienz stärkender Interaktion aufzuzeigen. Dies gilt insbesondere in organisationalen Kontexten, deren Kernauftrag der Schutz und die Verteidigung menschlicher Sicherheit in dem hier dargelegten Verständnis ist.

III. Human Security unter dem Blickwinkel des Postmodernen Krieges

Im vorangegangenen Abschnitt wurde auch deutlich, dass Human Security Sicherheit und deren Gewährleistung nicht primär als militärische Aufgabe versteht. Warum widmen wir uns also hier dem Phänomen postmoderner Kriegsszenarien? Dazu gilt es, zunächst die Merkmale zu identifizieren, die postmoderne Kriegsführung kennzeichnen. Gegenüber konventionellem Krieg, der z. B. durch eine Kriegserklärung, klare Unterscheidbarkeit von Kombattanten und Zivilbevölkerung gekennzeichnet ist, unterscheidet sich moderner Krieg dahingehend, dass Anfang und Ende nicht formal erkennbar sind und Ange-

hörige von Streitkräften und Zivilbevölkerung nicht klar unterscheidbar sind. Ein Beispiel hierfür ist der Vietnamkrieg (vgl. Erhart 2017, S. 31ff.).

Auch postmoderner Krieg hat keinen definierten Anfang, z.B. auf Grundlage einer expliziten Kriegserklärung. Hinzu kommen Merkmale der Hybridität, also Einbezug nicht im engeren Sinne militärischer Aktionsfelder. Beispiele hierfür sind Manipulation, Propaganda, Desinformation und Destabilisierung über soziale Medien. Die Übergänge von einem disruptiven Ereignis, dessen Urheber und Motivation nicht immer unmittelbar erkennbar sind, über eine allgemeine Bedrohungswahrnehmung (Risiko), Verunsicherung und Unruhen bis hin zu (auch) konventionellem, Interessen- oder eben Kriegsparteien zuschreibbaren Gewaltgeschehen sind fließend. Auch der Zeitpunkt, ab dem Krieg als solcher bezeichnet wird, kann differieren (vgl. Schmid 2017, S. 144). Am Beispiel des Angriffs Russlands auf die territoriale Integrität wird das deutlich: Dieser begann bereits mit der Annexion der Krim im Jahr 2014 und seitdem befindet sich die Ukraine im Kriegszustand mit Russland. In EU und NATO wird der Begriff »Krieg« für dieses Gewaltgeschehen erst seit den massiven Angriffen Russlands ab dem 24. Februar 2022 verwendet, während Russland selbst diesen als »Spezialoperation« bezeichnet (vgl. Wikipedia-Beitrag »Russisch-Ukrainischer Krieg«, aufgerufen am 09.03.2023; vgl. auch Katzenberger 2022 über Redaktionsnetzwerk Deutschland, aufgerufen am 09.03.2023).

Schon aufgrund des fließenden und definitorisch kaum zu fassenden Übergangs von Irritation und Bedrohung zu Krieg, kommt dem Human-Security-Ansatz, den wir oben beschrieben haben, zentrale Bedeutung zu, denn bereits deutlich vor dem Eintreten einer Situation, die auf politischer Ebene mit dem Begriff »Krieg« bezeichnet wird, ermöglicht Human Security, die vielfältigen Bedrohungen, die letztlich zu Krieg führen können, zu erkennen und daraus politisches, gesellschaftliches und individuelles Handeln abzuleiten (vgl. Schmid 2017, S. 144). Wie wir am Beispiel der Ukraine erkennen, kann Krieg auf diese Weise nicht immer verhindert werden – vor allem dann, wenn zuvor Risiken für Human Security auf internationaler, politischer Ebene nicht entschieden benannt und durch politisches (nicht militärisches) Handeln nicht entgegengewirkt wird.

Postmoderner Krieg, der heute oft durchaus nicht immer trennscharf auch als »hybrider Krieg« bezeichnet wird, unterscheidet sich von konventionellem Krieg vor allem durch das Charakteristikum der Unschärfe. Das macht dieses Konstrukt so schwer greifbar und im Hinblick auf Human Security auch so gefährlich (vgl. Schmid 2017, S. 142).

Abgesehen davon, dass ohne offizielle Kriegserklärung sein Beginn nicht eindeutig identifiziert werden kann, zeichnet er sich durch eine Asymmetrie der Kräfte und Ressourcen aus. Diese kommt unter anderem dadurch zustande, dass einerseits Kombattanten nicht – z. B. durch Uniform und Hoheitsabzeichen – von Zivilpersonen unterscheidbar sind (vgl. Schmid 2017, S. 144).

Zum anderen, und damit verknüpft, gewinnen nicht-staatliche Akteure strategische Relevanz und nutzen ihr Engagement im Kriegsgeschehen zur überhöhten Selbstdarstellung (vgl. Schmid 2017, S. 144f.). Ein Beispiel aus dem Ukraine-Krieg ist die Intervention des US-Unternehmers und Multimilliardärs Elon Musk, der das Satellitennetzwerk Starlink seiner Firma SpaceX der Ukraine zur Verfügung gestellt hat, um dem Ukrainischen Militär und der Zivilbevölkerung weiterhin den uneingeschränkten Zugang zum Internet zu ermöglichen. Dann schränkte er dem Ukrainischen Militär die Nutzung mit dem Argument, dass er verhindern wolle, dass Starlink als Kriegswaffe – z. B. für die Steuerung ballistischer Drohnen – eingesetzt werde (vgl. Schulz/Yilmaz/Heyde 2023, über Redaktionsnetzwerk Deutschland, aufgerufen am 09.03.2023). Ein weiteres Beispiel sind die Drohungen des ehemaligen Chefs der Söldner-Gruppe Wagner, Jewgeni Prigoschin, an Putin, aus der hart umkämpften Region Bachmut abzuziehen, weil er die politische und militärische Unterstützung seiner Söldner durch den Kreml für unzureichend halte (vgl. Schulz 2023, über Redaktionsnetzwerk Deutschland, aufgerufen am 09.03.2023).

Neben ballistischen Waffensystemen kommt der digitalen, virtuellen Information, vor allem in neuen Formen der Propaganda, wie z. B. Desinformation, Fake News und gezielter Einflussnahme auf politische Meinungsbildung, zentrale Bedeutung zu und wirkt weltumspannend. Demnach findet postmoderner, hybrider Krieg nicht mehr nur in den Dimensionen Land, See und Luftraum, sondern auch im Weltraum (Satellitenkommunikation) und im Cyberspace statt (vgl. Schmid 2017, S. 152ff.). Er ist damit von eindeutig räumlicher Definition entgrenzt und betrifft zumindest in der Informations- und Kommunikationssphäre potenziell die Weltgesellschaft in ihrer Gesamtheit. Wir beziehen uns in den folgenden Abschnitten auf den Beitrag von Johannes Schmid, da er bereits 2017 konkret Bezug nimmt auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland 2014 und die Entwicklungen hin zum Februar 2022 in seiner Analyse sehr weitgehend antizipiert. In unserer Literaturrecherche konnten wir keinen anderen Autor finden, der dies so treffend einordnet.

Aber auch darüber hinaus reicht der Impact postmodernen, hybriden Kriegsgeschehens in seinen Folgen über den gesamten Globus: Vor allem geschieht dies über globalisierte Wirtschaftsbeziehungen. Die kriegsbedingte Knappheit von Ressourcen wie Energie und Nahrungsmitteln auf dem Weltmarkt trifft zuerst und fundamental ärmere (und instabilere) Gesellschaften des globalen Südens, aber im Zuge der aktuell steigenden Inflation auch die reichen Industriestaaten in Europa und den USA.

Johannes Schmid identifiziert unter dem Eindruck der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014, also noch vor dem erneuten Angriff Russlands auf die Ukraine am 24.02.2022, drei wesentliche Merkmale des hybriden Krieges:

- »Erstens: Die Ausrichtung der Kriegs-/Konfliktentscheidung primär auf ein nicht-militärisches Gravitationszentrum/»Center of Gravity«. [...]»
- Zweitens: Das gezielte Operieren im Grauzonenbereich unterschiedlicher Schnittstellen gegen spezifische Verwundbarkeiten der Gegenseite und die damit verbundene Auflösung fester Ordnungskategorien. [...]
- Drittens: Die kreative Kombination und Parallelität in der Anwendung unterschiedlicher ziviler wie militärischer Kategorien, Formen, Mittel und Methoden der Kriegführung und des Kämpfens zu immer wieder »neuen« hybriden Mischformen.« (Schmid 2017, S. 154ff.).

Zusammenfassend bedroht der postmoderne, hybride Krieg alle Dimensionen von Human Security – nicht nur im traditionellen militärischen Sinne und nicht nur innerhalb der territorialen Grenzen der unmittelbar an Kampfhandlungen beteiligten Kriegsparteien.

Mit Blick auf militärische Implikationen bezeichnet Schmid (2017) hybride Kriegführung als »Game Changer für Sicherheit und Verteidigung« mit der zentralen Feststellung: »Hybride Kriegführung ist Krieg« (S. 156)! Daraus leitet er Anforderungen für eine Neuausrichtung insbesondere der Europäischen Streitkräfte ab:

- »Eskalationsfähigkeit nach oben und unten: Eine wirksame Abwehr und Verteidigung gegen hybride Formen der Kriegführung erfordert daher Abschreckung, Resilienzbildung und Verteidigungsfähigkeit auf allen Feldern [...].»
- Vorbereitung auf den »falschen Krieg«: In der Vorbereitung auf die Abwehr hybrider Kriegführung ist der allgemeinen Tendenz zu begegnen, wonach sich Streitkräfte regelmäßig auf den »falschen Krieg« vorbereiten. Der

Grund hierfür ist darin zu sehen, dass das Vorstellungsvermögen von Entscheidungsträgern oftmals in den Kriegsbildern des zuletzt vergangenen Krieges oder entsprechenden Einsatzszenarien verhaftet ist [...].

- Primat des Politischen: Streitkräfte müssen zur Abwehr hybrider Kriegsführung insbesondere auf die Art von Krieg vorbereitet werden, deren Eintritt es politisch am nachhaltigsten zu verhindern gilt [...].
- Eskalationsdominanz: Auch im Kontext hybrider Kriegsführung darf die Eskalationsdominanz nicht dem Gegner überlassen werden. [...] Da hybride Kriegsführung militärisch gesehen auch konventionellen Kampf höchster Intensität in symmetrischer Form bedeuten kann, [...] ist hierin auch im Kontext der Abwehr hybrider Kriegsführung die zentrale Bezugsgröße für Aufstellung, Ausrüstung und Ausbildung konventioneller Streitkräfte zu sehen.
- Primäre Fokussierung auf externes Krisenmanagement überdenken [...]
- Neubewertung der Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung: [...] Hieraus ergeben sich Implikationen für Kräftedispositiv, Bewaffnung und Ausbildung. [...] Resilienzbildung im militärischen Sinne bedeutet daher auch über ein Kräftedispositiv zu verfügen, das symmetrischen Kampf und dabei entstehende Verluste bis zu einem gewissen Grad bewältigen kann [...].
- Dialektik von Offensive und Defensive: Hybride Kriegsführung begünstigt tendenziell die Offensive. [...] Die Offensivstärke hybrider Kriegsführung fordert daher den Verteidiger in besonderem Maße heraus. Gefordert sind vor diesem Hintergrund insbesondere:
 - Die Reduktion eigener Verwundbarkeiten durch Resilienzbildung [...].
 - Der vorausschauende Aufbau eines angemessenen Verteidigungsdispositivs [...].
 - Eine hohe Reaktionsfähigkeit eigener Kräfte [...].
 - Fähigkeit zum Einsatz an Schnittstellen und zum gleichzeitigen Handeln in unterschiedlichen Konfliktlagen [...].
 - Vorbereitung auf Angriffe von Innen und im Inneren [...].
- Den Krieg als Ganzes denken können: [...]. Dies erfordert von den untergeordneten Ebenen bis in den taktischen Bereich die Fähigkeit zum Mitdenken im jeweils übergeordneten operativ-strategischen wie auch politischen Gesamtkontext.
- Bedeutung Kriegs-/Strategie-/Militärwissenschaften: [...] Über eine solche Grundlage nicht zu verfügen, kann aktuell als das größte Defizit in Bezug

auf die Vorbereitung der Abwehr und Bewältigung hybrider Methoden der Kriegführung betrachtet werden [...]« (Schmid 2017, S. 156ff.).

IV. Folgerungen für die Bildung militärischen (Führungs-)Personals und Anforderungen für die Universitäten der Bundeswehr

Aus den o.g. Folgerungen einer Analyse der Merkmale und Eigenschaften hybrider Kriegführung und ihrer Implikationen für Human Security einerseits und Anforderungen an Streitkräfte andererseits ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte an die Bildung militärischen Personals auf allen Führungsebenen. Ihrem Auftrag als Bedarfsuniversitäten für das Verteidigungsressort entsprechend stehen dabei für die Universitäten der Bundeswehr Offizieranwärter:innen und Offiziere im Fokus.

Die universitäre Bildung des Offiziernachwuchses ist als programmatische Forderung für die Bundeswehr ein besonderes, auch historisch begründetes Qualitätsmerkmal. Dabei ging es Helmut Schmidt als dem politischen Initiator der Universitäten der Bundeswehr nicht primär um ein personalwerbliches Mittel als Anreiz für (damals) junge Männer, sich für die Offizierlaufbahn zu verpflichten (vgl. Schmidt 1994, s. dazu das Zitat am Anfang dieses Beitrags). Im Vordergrund stand die Idee, dass universitär gebildete militärische Führungskräfte in ihrer wissenschaftlichen Ausbildung universelle Analyse-, Bewertungs- und Entscheidungsmethoden erlernen und einüben, die für verantwortungsvolles, reflektiertes und situationsangemessenes militärisches Führungshandeln in einer der Verteidigung freiheitlich-demokratischer Werte verpflichteten Parlamentsarmee unerlässlich sind. »Und nirgendwo steht geschrieben, dass die Soldaten vom Nachdenken über das öffentliche Wohl ausgeschlossen sein sollen« (Schmidt 1994, S. 34).

Mit Blick auf die nicht-linearen, disruptiven und von Unschärfe geprägten Merkmale hybrider Kriegführung und der Multidimensionalität von Human Security verschärft sich die Notwendigkeit für Soldatinnen und Soldaten auf allen Führungsebenen, unmittelbares eigenes Erleben, Informationen über das (nicht nur konventionell militärische) Kriegsgeschehen und deren politische Einordnung jederzeit in Zusammenhang bringen zu können und intellektuell wie emotional so zu verarbeiten, dass koordiniertes und zielgerichtetes militärisches Handeln möglich wird.

Eine Verbindung disziplinärer, inter- und transdisziplinärer, allgemeiner – besonders politischer – und militärspezifischer Bildung auf der Grundla-

ge universeller wissenschaftlicher Informations-, Denk- und Reflexionsstrategien ist demnach unverzichtbar, um Offizieranwärter:innen und Offiziere auf ihre künftigen verantwortungsvollen und komplexen Aufgaben – in welcher Verwendung auch immer – angemessen vorzubereiten.

Diesem Gedanken verpflichtet sich die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg explizit in ihrem Leitbild. Darin heißt es:

»Die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg ist ein Ort der Wissenschaft. Sie lebt die Idee der Bildung durch Wissenschaft. Wie ihr Gründer und Namensgeber versteht sie Wissenschaft als »eine der sozialen Verantwortung verpflichtete Erkenntnisuche«. [...] Mit hervorragender Forschung und Lehre ist die Universität Wissenschaftspartnerin des Bundes und strebt an, sich insbesondere im Rahmen der europäischen Integration weiter zu öffnen. Zugleich stärkt sie den Wissenschaftsstandort Hamburg. Sie sieht sich dem Ideal einer Vielfalt der Disziplinen und Wissenschaftskulturen sowie der internationalen Wissenschaftskooperation verpflichtet. [...] Damit trägt die Universität maßgeblich zur Qualifizierung der Offiziere für komplexe Aufgaben im multinationalen Umfeld bei« (Akademischer Senat der HSU/UniBw H 2019, online veröffentlicht unter [hsu-hh.de](https://www.hsu-hh.de), zuletzt aufgerufen am 10.03.2023).

Dazu gilt es, den Studierenden im Rahmen ihrer universitären Bildung Raum und Zeit zu bieten, sich mit Gegenstand, Methode und im faktenbasierten Diskurs mit Kommiliton:innen und Lehrenden umfassend auseinanderzusetzen und damit die Basis für den Transfer der erworbenen Kompetenzen auf unterschiedlichste Szenarien und Lebenslagen zu stärken. Das gilt aber auch und besonders bezüglich der reflektierenden Auseinandersetzung mit der ideellen und materiellen Umgebung der eigenen Studien- und Forschungswelt. Nur so kann das Prädikat Bildung erworben werden, das der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen 1960 zeitlos wie folgt definierte: »Gebildet [...] wird jeder, der in der ständigen Bemühung lebt, sich selbst, die Gesellschaft und die Welt zu verstehen und dieses Verständnisses gemäß zu handeln« (Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen (1960), S. 20). Um das Prädikat Bildung um das Adjektiv »universitär« zu erweitern, bedarf es allerdings des freien Diskurses des freien Geistes im freien Raum. Nur so kann ein angemessenes Maß an *Akzeptanz der Anderheit* (vgl. Buber 1973), also Toleranz gegenüber Diversität entwickelt werden, die unverzichtbar für eine faire Interaktion zwischen Menschen und letztlich auch Staaten ist. Nicht

umsonst wies Michail Gorbatschow in seiner Dankrede anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises 1990 darauf hin: »Peace is not unity in similarity but unity in diversity, in the comparison and conciliation of differences« (Gorbatschow 1990).

Comparison and conciliation of differences ist die zwingende Voraussetzung nicht nur für Frieden, sondern auch für erfolgreiches militärisches Handeln in allen Formen des Krieges, insbesondere bei Frieden schaffenden und Frieden stabilisierenden Operationen. Dieses Leben und Akzeptieren von Diversität bedarf allerdings der Einübung, wie auch es demokratische Denk- und Handlungsweisen erfordern (Negt 2010, S. 13). Nur so kann anderer Kulturalität in Auslandseinsätzen angemessen begegnet werden. Sie ist aber auch die Voraussetzung für eine Landes- und Bündnisverteidigung mit Alliierten. Ruft man sich die Erfahrungsberichte der Bundeswehrauslandseinsätze der 2000er Jahre aber auch der multinationalen Übungen zur Bündnisverteidigung der 1980er Jahre ins Gedächtnis, so wird deutlich, dass insbesondere die damals wie heute unverzichtbare Zusammenarbeit militärischer wie ziviler, auch nichtstaatlicher, Akteure mit äußerst differenten Sicht- und Interpretationsweisen auf gleiche Sachverhalte die unverzichtbare Voraussetzung für das Erreichen damaliger wie heutiger politisch entscheidender Ziele war und ist.

Eine Universität ist ein vorzüglicher Ort, die Vielfalt von menschlichen Sichtweisen, Bewertungen, aber auch Lebensstilen zu erleben und zu reflektieren ermöglicht. Insbesondere für Offiziere ergibt sich hier die einmalige Chance in weitestgehender Abwesenheit von »Befehl und Gehorsam«, Vorgesetztenverhältnissen und Verantwortung für andere Menschen und wertvolles Material, Eindrücke und Erfahrungen zu reflektieren, um eine durchdachte wie begründete Position zu beziehen. Niemals wieder in der Ausbildung zum und im Dienst als Offizier gibt es einen so umfassenden Freiraum zu Räsionieren, also um eigene mögliche Entscheidungs- und Handlungsprodukte zu antizipieren und auf ihre persönliche Verantwortbarkeit zu überprüfen (vgl. Benner 1990, S. 91ff.). Diesen umfassenden Freiraum einschließlich vielfältiger akademisch-reflexiver Begleitung und Begegnung bietet nicht einmal eine zweijährige Teilnahme am »Lehrgang Admiralstabs-/Generalstabdienst (National)« an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese noch ein sechsmonatiger Lehrgang für Spitzenführungskräfte und Potentialträger an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin-Pankow.

V. Infrastrukturelle Rahmenbedingungen von Bildung: Offener Geist in geschlossener Gesellschaft?

An dieser Stelle ist zunächst der Frage nachzugehen, was unter einem militärischen Sicherheitsbereich gemäß der einschlägigen Vorschriftenlage verstanden wird und welche Ziele und Zwecke mit seiner Einrichtung formal grundsätzlich verfolgt werden. Die Frage nach der Einstufung des gesamten Campusbereichs der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg als Militärischer Sicherheitsbereich (bisher ist der Bereich als Militärischer Bereich eingestuft) wurde 2022 aktuell. Aufgrund der Ankündigung, dass diese Hochstufung konkret im Raum steht, ergab sich innerhalb der Universität und auch im Austausch mit Wissenschaftler:innen im Umfeld der Universität eine kontroverse Debatte, die auch Anlass dieser Veröffentlichung ist.

Gemäß dem »Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und über die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr« (UZwGBw) sind militärische Sicherheitsbereiche definiert als »militärische Bereiche, deren Betreten durch die zuständigen Dienststellen verboten worden ist, und sonstige Örtlichkeiten, die das Bundesministerium der Verteidigung oder eine von ihm bestimmte Stelle vorübergehend gesperrt hat« (UZwGBw, § 2 (2) 1). Von den militärischen Sicherheitsbereichen abzugrenzen sind die so genannten militärischen Bereiche: »Militärische Bereiche im Sinne dieses Gesetzes sind Anlagen, Einrichtungen und Schiffe der Bundeswehr und der verbündeten Streitkräfte in der Bundesrepublik« (UZwGBw § 2 (1)).

Darüber hinaus legen bundeswehrinterne Vorschriften, die als »Verschlussachen – Nur für den Dienstgebrauch« klassifiziert und deshalb nicht öffentlich zugänglich und auch nicht im Rahmen dieses Beitrags zitierbar sind, Kriterien fest, die einer Entscheidung über die Einrichtung eines militärischen Sicherheitsbereiches zugrunde liegen.

Ganz allgemein formuliert dient die Beschränkung des Zugangs zu militärischen Einrichtungen dem Schutz von Gütern, die des besonderen Schutzes bedürfen.

Mögliche Schutzgüter können z.B. Personal, Wehrmaterial oder auch der Geheimhaltung unterliegende Informationen sein. Weder Wehrmaterial noch militärisch-geheime Informationen sind üblicherweise Bestandteil von Universitäten, soweit den Autor:innen bekannt ist, auch nicht im Falle der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg.

Eine über die Möglichkeiten des militärischen Bereiches, der status quo der infrastrukturellen Absicherung des Campusgeländes ist, hinausgehende Absicherung in Form eines militärischen Sicherheitsbereichs kann sich demnach vermutlich nur auf den Schutz der hier studierenden Offizieranwärter:innen und Offiziere beziehen. Das sonstige Personal der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg (Lehrende, Verwaltungspersonal) unterscheidet sich hinsichtlich seiner Schutzbedürftigkeit nach Einschätzung der Autor:innen grundsätzlich nicht von den anderen Universitäten, bei denen sich die Frage nach der Einrichtung eines militärischen Sicherheitsbereichs prinzipiell nicht stellt.

Der Schutz der studierenden Offizieranwärter:innen und Offiziere ist nun vor dem Hintergrund der damit einhergehenden Einengung und Abschottung des Campusgeländes (verschärfte Zugangsregelung) gegenüber dem Wert eines freien, offenen und öffentlichen – über die institutionellen Grenzen der Bundeswehr hinausreichenden – Austausches mit Wissenschaftler:innen und der Öffentlichkeit abzuwägen.

Eine Verschärfung der bestehenden Schutzmaßnahmen zu einem militärischen Sicherheitsbereich ermöglicht justiziabel in erster Linie das damit verbundene ständig erweiterte Haus- und Waffengebrauchsrecht. Das würde im universitären Alltag zum Beispiel die Durchführung von Ringvorlesungen, Workshops und Tagungen mit Wissenschaftler:innen und Studierenden anderer Universitäten und wissenschaftlicher Einrichtungen sowie den an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg intensiv gepflegten Dialog mit Vertreter:innen anderer Bereiche der Gesellschaft deutlich erschweren. Für externe Personen wäre das Betreten des Campusgeländes nur unter restriktiven Auflagen möglich. Die damit verbundenen Umstände und der Eindruck, als Externe:r eigentlich an der Universität nicht erwünscht und höchstens geduldet zu sein, kann dazu führen, dass es weniger attraktiv erscheint, mit Wissenschaftler:innen und Einrichtungen der Universität zusammenzuarbeiten.

Aber es würde nicht nur die Arbeit der Wissenschaftler:innen betreffen: Die vielen Initiativen der Studierenden der letzten Jahre, seien es kooperative Projekte zur Integration Geflüchteter oder »Lesekurse« für sozial unterprivilegierte Kinder der Jenfelder Arche, ließen sich nicht mehr so ohne weiteres »auf den Campus holen«. Auch die Wahrnehmung der Bundeswehr in ihrem unmittelbaren, bezogen auf die Helmut-Schmidt-Universität durchaus sozial herausfordernden Umfeld, als »auffallend normale und eben nicht bedrohliche Organisation« wäre so einfach wie bisher nicht mehr möglich.

Die mit der Einrichtung eines militärischen Sicherheitsbereichs erreichbare höhere Absicherung ist des Weiteren auch vor dem Hintergrund zu betrachten, dass die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg sich in ihrem wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsbetrieb räumlich nicht mehr nur innerhalb der Liegenschaft des Douaumont-Campus befindet, sondern mehrere ausgelagerte Filialen betreibt, die zum Teil in Gebäuden verortet sind, die gemeinsam mit anderen, nicht der Bundeswehr zugehörigen und größtenteils privatwirtschaftlichen Einrichtungen genutzt werden. Gehen wir davon aus, dass das durch Einrichtung eines militärischen Sicherheitsbereichs besonders vor Bedrohung von außen zu schützende »Schutzgut« die studierenden Offizieranwärter:innen und Offiziere sind, stellt sich die Frage, wie diese bei der Wahrnehmung von anwesenheitspflichtigen Veranstaltungen außerhalb der Liegenschaft des Douaumont-Campus und des Hanseaten-Campus zu schützen wären.

An dieser Stelle greifen wir zurück auf unsere Ausführungen zu

- der evolutionär begründeten Angewiesenheit des Menschen auf Austausch und Interaktion mit anderen (vgl. Wrangham 2019, S. 262, S. 388),
- der exponentiell zunehmenden Komplexität unserer Lebensbedingungen und der Anforderung an Bildung, diese zu erkennen und daraus Folgerungen für gemeinsames Handeln ableiten zu können (vgl. Stoecker 2020, S. 21),
- der Notwendigkeit der reflexiven Vorwegnahme möglicher Handlungsfolgen zur Ermöglichung fairer Interaktion gemäß des kategorischen Imperativs (vgl. Schulz 1996, S. 90f.),
- den vielschichtigen, multivalenten und miteinander verwobenen Aspekten von Human Security (vgl. UNDP 1994),
- der Unschärfe und Unplanbarkeit postmoderner, hybrider Kriegführung und daraus folgenden Anforderungen an Fähigkeiten und Ausbildung resilienter und zukunftsfähiger Streitkräfte (vgl. Schmid 2017)
- und den sich daraus ergebenden, bereits in der Initiierung der Universitäten der Bundeswehr konzeptionell angelegten, Aufgaben für die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg (vgl. Schmidt 1994).

Letztlich kommen wir zu der Einschätzung, dass die Abwägung zwischen dem Wert eines offenen Austauschs mit Wissenschaft und Gesellschaft und dem Wert des besonderen Schutzes der studierenden Offizieranwärter:innen

und Offiziere der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg im Rahmen eines militärischen Sicherheitsbereichs politisch zu entscheiden ist. Ein offener Austausch dient aus Sicht der Autor:innen der Förderung eines offenen, auf die vielfältigen Aspekte von Human Security unter den Bedingungen hybrider Kriegführung notwendigen Geistes. Mit der Einrichtung eines militärischen Sicherheitsbereiches hingegen würde der Douaumont-Campus zu einer Art »geschlossener Gesellschaft«. Ebenso gilt es politisch abzuwägen, was auch zukünftig unter der Refokussierung auf Landes- und Bündnisverteidigung höher zu gewichten ist: Der Schutz der studierenden Soldatinnen und Soldaten oder offene und freie Diskurs- und Erfahrungsräume vielfältiger (zivil)gesellschaftlicher Kooperationen während des längsten zusammenhängende Abschnitts der Offizierausbildung. Dabei könnte die Unsicherheit der Preis der Freiheit sein.

Die Worte Helmut Schmidts anlässlich des Festakts zum 20-jährigen Bestehen der Universität der Bundeswehr Hamburg, mit denen er seine Motivation zur Einrichtung von Universitäten der Bundeswehr noch einmal in Erinnerung rief, möchten wir zum Abschluss dieses Beitrags noch einmal zitieren, in der Hoffnung, mit der Informations- und Diskussionsveranstaltung und unserem im Nachgang dazu verfassten Beitrag in diesem Sammelband hilfreiche Anregungen und Impulse für die Entscheidung über das Für und Wider der Einrichtung eines militärischen Sicherheitsbereichs anbieten zu können:

»Das Hauptmotiv, wenn ich es einmal ganz salopp sagen darf, war eigentlich sicherzustellen, dass auf keinen Fall in der Zukunft die Allgemeinbildung der Berufsoffiziere hinter der Allgemeinbildung von Hauptschullehrern zurückstehen sollte. Ich habe das für eine Gefahr gehalten, nicht so sehr wegen der Attraktivität des Offizierberufs, [...] sondern vielmehr wegen der Singularisierung des Offizierberufs in einer Gesellschaft, die in zunehmender Weise bestimmt von Leuten werden wird, wie es vor zwanzig Jahren klar vorherzusehen war und heute offensichtlich ist, die auf die eine oder andere Weise am Anfang ihrer beruflichen Entfaltung ihr Studium durchlaufen haben. Wir wollten also jedweder Absonderung der Armee entgegenreten.« (Schmidt 1994, S. 17f.)

Literatur

- Akademischer Senat der HSU/UniBw H (2019): Leitbild der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Beschlossen in der 481. Sitzung des Akademischen Senats am 11.04.2019. Online unter <https://www.hsu-hh.de/universitaet> (zuletzt aufgerufen am 10.03.2023).
- Annan, Kofi (2005): In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle. Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur 59. Tagung der Generalversammlung. New York: UN Generalversammlung, A/59/2005 (21.03.2005). Online unter: https://www.un.org/depts/german/ga_sonst/a59-2005add3.pdf (zuletzt abgerufen am 28.09.2023).
- Auswärtiges Amt (AA, 2020): Dritter Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen 2021–2024. Berlin.
- Auswärtiges Amt (2023): Leitlinien feministischer Außenpolitik. Berlin.
- Benner, Dietrich (1990): Wilhelm von Humboldts Bildungstheorie. Eine problemgeschichtliche Studie zum Begründungszusammenhang neuzeitlicher Bildungsreform. Weinheim: Juventa-Verlag.
- Biden, Joe (2022): Preamble. In: The White House Washington (Hg.) (2022): National Security Strategy. Washington.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Buber, Martin (1973): Das dialogische Prinzip. Heidelberg: Verlag Lambert Schneider.
- Bundesministerium für Finanzen (2021, Hg.): Deutscher Aufbau- und Resilienzplan (DARP). Berlin.
- Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen (1960): Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung. Stuttgart.
- Desai, Bharat M./Mandal, Moumita (2022): Sexual and Gender-Based Violence in International Law. Making International Institutions Work. Singapore: Springer Nature.
- Eilers, Dirk (2018): Blue Scholars – Interdependente Klassismusanalyse als kollektive Forschung. In: Mai, Hannah/Merl, Thorsten/Mohseni, Maryam (Hg.): Pädagogik in Differenz- und Ungleichheitsverhältnissen: aktuelle erziehungswissenschaftliche Perspektiven zur pädagogischen Praxis. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Erhart, Hans-Georg (2017): Postmoderne Kriegführung in der Weltrisikogesellschaft. In: Erhart, Hans-Georg (Hg.): Krieg im 21. Jahrhundert. Kon-

- zepte, Akteure und Herausforderungen. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 29–55.
- Generalversammlung der Vereinten Nationen (1948): Resolution der Generalversammlung 217 A (III).: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. New York.
- Gorbatschow, Michail S. (1990): Rede anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises in der Nobel Hall, Oslo am 05. Juni 1990, online veröffentlicht unter www.nobelprize.org/prizes/peace/1990/gorbachev/lecture/
- Goudsblom, Johan (2016): Feuer und Zivilisation. 2. Auflage, Wiesbaden: Springer.
- Harari, Yoav Noah (2023): Über die Weltordnung nach Putin. Sind Kriege künftig unausweichlich? Debattenbeitrag in Der Spiegel 2/2023.
- Helmuth-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg und Universität der Bundeswehr München (2023): Gemeinsame hochschulstrategische Überlegungen der Universitäten der Bundeswehr für eine Verstetigung des dtcc.bw. Hamburg und München.
- Helmuth Schmidt (1994): Zur Zukunft globaler Sicherheit. Festrede im Rahmen des Festakts zu 20 Jahren Universität der Bundeswehr Hamburg. In: Der Präsident der Universität der Bundeswehr Hamburg (Hg.): Zwanzig Jahre Universität der Bundeswehr Hamburg. Rückblicke, Einblicke und Perspektiven. Hamburg: Univ. der Bundeswehr, S. 16–34.
- Katzenberger, Paul (2022): Analyse zu Putins Kriege Rede: Eine Lüge nach der anderen. Online veröffentlicht auf Redaktionsnetzwerk Deutschland am 24.02.2022 unter <https://www.rnd.de/politik/putin-rede-im-faktencheck-eine-falschbehauptung-nach-der-anderen-tkxflcfv3rfmljwrmp6qrhf54e.html> (zuletzt aufgerufen am 09.03.2023).
- Kemper, Andreas (2016): Klassismus. Eine Bestandsaufnahme. Hg.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen. Erfurt (<https://library.fes.de/pdf-files/bueros/erfurt/12716.pdf> (zuletzt aufgerufen am 07.06.2023)).
- Koalitionsausschuss (2020): Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken, Ergebnis Koalitionsausschuss am 03. Juni 2020. Berlin.
- Lange, Hans-Jürgen (2006): Sicherheitsbegriff, erweiterter. In: Lange, Hans-Jürgen/Gasch, Matthias (Hg.): Wörterbuch zur Inneren Sicherheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 287–292.
- NATO (2022): Strategic Concept. 29. Juni 2022 online unter https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_210907.htm? (zuletzt aufgerufen am 10.03.2023).

- Negt, Oskar (2010): *Der politische Mensch: Demokratie als Lebensform*. Göttingen: Steidl.
- Neuhold, Brita/Pirstner, Renate/Ulrich, Silvia (2003): *Menschenrechte – Frauenrechte. Internationale, europarechtliche und innerstaatliche Dimension*. Innsbruck u.a.: Studien Verlag.
- Oberleitner, Gerd (2017): *Menschliche Sicherheit: Frieden in Gerechtigkeit oder »Versicherheitslichung« des Friedens?* In: Werkner, Ines-Jacqueline/Ebeling, Klaus (Hg.): *Handbuch Friedensethik*; S. 717–728: Wiesbaden: Springer VS.
- Roosevelt, Theodore (1941): *State of the Union – Address to the Congress: The Four Freedoms*. Transcript from 6 January 1941. Online unter <https://vocesofdemocracy.umd.edu/fdr-the-four-freedoms-speech-text/> (zuletzt aufgerufen am 27.02.2023).
- Sauer, Hanno (2023): *Moral. Die Erfindung von Gut und Böse*. München: Piper.
- Schmid, Birgit (2023): *Noch nie ging es den Frauen so gut. Dennoch werden immer neue Benachteiligungen ausfindig gemacht. Das Patriarchat lebt weiter als Phantom*. Kommentar in: NZZ – Neue Zürcher Zeitung vom 19.05.2023, online unter <https://www.nzz.ch/meinung/maenner-als-feindbild-die-klage-des-feminismus-vom-patriarchat-Id.1738076> (zuletzt aufgerufen am 24.05.2023).
- Schmid, Johannes (2017): *Konfliktfeld Ukraine: Hybride Schattenkriegführung und das »Center of Gravity« der Entscheidung*. In: Erhart, Hans-Georg (Hg.): *Krieg im 21. Jahrhundert. Konzepte, Akteure und Herausforderungen*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 139–162.
- Scholz, Olaf (2022): *Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27. Februar 2022*. Online unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> (zuletzt aufgerufen am 10.03.2023).
- Schulz, Sven Christian (2023): *»Dann wird die ganze Front fallen«*. Wagner-Boss Prigoschin droht Putin. Online veröffentlicht auf Redaktionsnetzwerk Deutschland am 05. März 2023 unter <https://rnd.de/politik/ukraine-krieg-wagner-boss-prigoschin-droht-putin-dann-wird-die-ganze-front-fallen-zybtfwy6rjhwgt2npp2cknsuwy.html> (zuletzt aufgerufen am 09.03.2023).
- Schulz, Sven Christian/Yilmaz, Lisa-Marie/Heyde, Leon (2023): *Starlink für Ukraine eingeschränkt. Was der Dienst für den Krieg bedeutet*. Online veröffentlicht auf Redaktionsnetzwerk Deutschland am 10.02.2023 unter <https://rnd.de/politik/internet-von-elon-musk-warum-starlink-fuer-d>

- ie-ukraine-im-krieg-so-wichtig-ist-cn13iresnna45gddpv4wssd5vi.html (zuletzt aufgerufen am 09.03.2023).
- Schulz, Manuel (1996): Integrative Weiterbildung. Chancen und Grenzen. Konzeptionelle Überlegungen zur Integration allgemeiner, politischer und beruflicher Bildung. Neuwied u.a.: Luchterhand.
- Seek, Francis (2022): Zugang verwehrt. Keine Chance in der Klassengesellschaft: wie Klassismus soziale Ungleichheit fördert. Zürich: Atrium Verlag.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bündnis 90/Die Grünen, Freiheitlich-Demokratische Partei Deutschlands (2021, Hg.): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Berlin: Schloemer & Partner GmbH.
- Stanton, Elizabeth (2007): The Human Development Index: A History. In: Working Paper Series. Nr. 127. Political Economy Research Institute, University of Massachusetts, Amhers, Februar 2007, online unter https://peri.umass.edu/fileadmin/pdf/working_papers_101-150/wp127.pdf (zuletzt aufgerufen am 24.05.2023)
- Stöcker, Christian (2020): Das Experiment sind wir. München: Karl Blessing-Verlag in der Verlagsguppe Random House.
- Ulbert, Cornelia/Werthes, Sascha (2008): Menschliche Sicherheit – Der Stein des Weisen für globale und regionale Verantwortung? Entwicklungslinien und Herausforderungen eines umstrittenen Konzepts. In: Dieselben (Hg.): Menschliche Sicherheit. Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven. S. 13 – 27. Baden-Baden: NOMOS Verlagsgesellschaft.
- United Nations Security Council (2000): Resolution 1325 (2000) on Women, Peace and Security (WPS). New York.
- United Nations Development Programme (UNDP, 1994): Human Development Report. New York und Oxford: Oxford University Press.
- Weitz, Bernd O. (Hg.) (2008): Bedeutende Ökonomen. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 145.
- Werkner, Ines-Jacqueline (2019): Gerechter Frieden durch menschliche Sicherheit? In: Werkner, Ines-Jacqueline/Oberdorfer, Bernd (Hg.): Menschliche Sicherheit und gerechter Frieden. Gerechter Frieden. Politisch-ethische Herausforderungen Band 4; Wiesbaden: Springer VS.
- Wikipedia Online-Enzyklopädie (2023): Beitrag zu »Russisch-Ukrainischer Krieg«, online unter https://de.wikipedia.org/wiki/russisch-ukrainischer_krieg#cite_note-409, (zuletzt aufgerufen am 09.03.2023)

- Wrangham, Richard (2019): Die Zähmung des Menschen. Warum Gewalt uns friedlicher gemacht hat. Eine neue Geschichte der Menschwerdung. München: Deutsche Verlags-Anstalt in der Verlagsgruppe Random House.
- Wrangham, Richard (2009): Feuer fangen. Wie uns das Kochen zum Menschen machte – eine neue Theorie der menschlichen Evolution. München: Deutsche Verlags-Anstalt in der Verlagsgruppe Random House.

Die innere Unsicherheit

Roger Behrens

»Es kann ihnen kaum unbekannt sein, dass Sonne und Mond keine gute Ehe führen.«
– Klaus Theweleit, *Männerphantasien* (1977, S. 20)

1.

»In einem Aufklärungsprozess gibt es nur Beteiligte.« – Jürgen Habermas, *Theorie und Praxis* (1971, S. 45)

Mit und für Immanuel Kant wird Kritik die vornehmliche, ja vordringliche Aufgabe der Öffentlichkeit, nachgerade ihr eigener, inhärenter Zweck; Kritik entfaltet sich damit erstmals als gesellschaftliche Kraft – und ist so mehr als nur ein Mittel philosophischer Erkenntnisgewinnung (erkennbar wird hier der Übergang vom Schulbegriff der Philosophie zu ihrem Weltbegriff)¹. Kritik ist Aufklärung, die »nichts erfordert als Freiheit; und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen.« (Kant 1784, S. 55) – Aber: als gesellschaftliche Kraft verengt Kant die Kritik auf das »Politische« (Carl Schmitt), implementiert sie in eine Idee von Öffentlichkeit, die sich auf den Staat und die ihn betreffenden Angelegenheiten beschränkt (und zwar be-

1 »Philosophie ist also das System der philosophischen Erkenntnisse oder der Vernunft-erkenntnisse aus Begriffen. Das ist der *Schulbegriff* von dieser Wissenschaft. Nach dem *Weltbegriffe* ist sie die Wissenschaft von den letzten Zwecken der menschlichen Vernunft. Dieser hohe Begriff gibt der Philosophie *Würde*, d. i. einen absoluten Wert.« (Kant 1800, S. 23)

schränkt durch diese ihn betreffenden Angelegenheiten selbst: als Imperativ des Gehorsams).² – Kant schreibt:

»Ich verstehe aber unter dem öffentlichen Gebrauch seiner eigenen Vernunft denjenigen, den jemand als *Gelehrter* von ihr vor dem ganzen Publikum der *Leserwelt* macht. Den Privatgebrauch nenne ich denjenigen, den er in einem gewissen ihm anvertrauten *bürgerlichen Posten* oder Amte von seiner Vernunft machen darf. Nun ist zu manchen Geschäften, die in das Interesse des gemeinen Wesens laufen, ein gewisser Mechanismus notwendig, vermittels dessen einige Glieder des gemeinen Wesens sich bloß passiv verhalten müssen, um durch eine künstliche Einhelligkeit von der Regierung zu öffentlichen Zwecken gerichtet, oder wenigstens von der

- 2 Dieser Imperativ soll sich in der rechtsstaatlich verfassten Gesellschaft durch die Idee der Staatsbürgerlichkeit legitimieren, und das heißt: in der Demokratie durch die Demokratie. – Mithin: Kants Bewunderung für Friedrich II. – »Nur ein einziger Herr in der Welt sagt: *räsonniert*, so viel ihr wollt, und worüber ihr wollt; aber *gehört!*« – lässt sich in demokratischen Zeiten wenig abgewinnen; sie widerspricht Kants eigenen Geltungsansprüchen, denen etwa der kategorische Imperativ praktischer Vernunft folgt. Gleichwohl versucht Kant, das paternalistische Gebot des Gehorsams im bürgerlichen Sinne *emanzipatorisch* (von lat. ›manus‹ und ›capere‹) zu wenden: Es ist der Vater, der den Sohn (oder Sklaven) *in die Freiheit entlässt* (ihm also letztthin gestattet, Mut zu haben, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen ...). Freilich bedeutet das Verhältnis von Raisonement und Gehorsam für einen Königsberger Philosophen etwas anderes als für den Soldaten des preußischen Militärs. Kants Verteidigung der Aufklärung mündet im – gleichwohl königstreuen – Bekenntnis für eine »*Regierung*, die es ihr selbst zuträglich findet, den Menschen, der nun *mehrs* Maschine ist, seiner Würde gemäß zu behandeln« (Kant 1784, S. 61). – *Notabene* 1: Friedrich II. stirbt 1786. – *Notabene* 2: Johann Erich Biester hatte 1783 in der *Berlinischen Monatsschrift* anonym die Zivilehe verteidigt und einen »Vorschlag« unterbreitet, »die Geistlichen nicht mehr bei Vollziehung der Ehen zu bemühen«; daraufhin hat sich im Dezemberheft der Zeitschrift der Pfarrer Johann Friedrich Zöllner empört, die Ehe sei heilig und gefällt durch die Religion »zu sanciren« (d. i. zu weihen); durch die Zivilehe sah Zöllner die Familie bedroht vom allgemeinen »Sittenverfall«, forciert durch »französische Alfanzerien« – ein Resultat der Aufklärung! In einer Fußnote fragte Zöllner: »Was ist Aufklärung?« – Mendelssohn, Kant und Herder antworteten.

Dass Kant seinen Aufklärungsbegriff an Militär und Kirche exemplarisch vorführt, lässt sich auch psychoanalytisch erklären; die Strukturähnlichkeit von Militär und Kirche hat Freud in *Massenpsychologie und Ich-Analyse* dargelegt (1921). Es ist dies eine Strukturähnlichkeit, die gerade unter dem Gesichtspunkt des hier angesprochenen Zusammenhangs von Gehorsam und Raisonement beziehungsweise Anpassung und Autonomie noch immer »zivilgesellschaftlich« nicht aufgeklärt ist ...

Zerstörung dieser Zwecke abgehalten zu werden. Hier ist es nun freilich nicht erlaubt, zu rasonnieren; sondern man muss gehorchen. So fern sich aber dieser Teil der Maschine zugleich als Glied eines ganzen gemeinen Wesens, ja sogar der Weltbürgergesellschaft ansieht, mithin in der Qualität eines Gelehrten, der sich an ein Publikum im eigentlichen Verstande durch Schriften wendet: kann er allerdings rasonnieren, ohne dass dadurch die Geschäfte leiden, zu denen er zum Teile als passives Glied angesetzt ist. So würde es sehr verderblich sein, wenn ein Offizier, dem von seinen Oberen etwas anbefohlen wird, im Dienste über die Zweckmäßigkeit oder Nützlichkeit dieses Befehls laut vernünfteln wollte; er muss gehorchen. Es kann ihm aber billigermaßen nicht verwehrt werden, als Gelehrter über die Fehler im Kriegesdienste Anmerkungen zu machen und diese seinem Publikum zur Beurteilung vorzulegen. [...] Als Gelehrter hat [der Bürger] volle Freiheit, ja sogar den Beruf dazu, alle seine sorgfältig geprüften und wohlmeinenden Gedanken über das Fehlerhafte in jenem Symbol und Vorschläge wegen besserer Einrichtung des Religions- und Kirchenwesens dem Publikum mitzuteilen. Es ist hierbei auch nichts, was dem Gewissen zur Last gelegt werden könnte.«³ (Kant 1784, S. 55f.)

Kant setzt »die Öffentlichkeit« als höheres Prinzip.⁴ Damit prägt er in entscheidender Weise das, was in modernen, sich als Demokratie verstehenden Gesellschaften eben *als Öffentlichkeit* nicht nur bezeichnet, sondern auch praktiziert, verteidigt und »gelebt« wird. – Um solche Öffentlichkeit geht es auch bei der Kontroverse um die Einrichtung eines Militärischen Sicherheitsbereichs an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr in Hamburg; mehr noch: die Kontroverse selbst ist eine öffentliche Kontroverse,

3 Kant demonstriert hier seine merkwürdige Verkehrung vom »öffentlichen« und »privaten« Gebrauch der Vernunft (worauf Ulrich Sonnemann aufmerksam gemacht hat) am Beispiel des Offiziers – und steht damit im Widerspruch zur Idee Innerer Führung, die er zugleich begründet (der Soldat als Staatsbürger in Uniform wäre nach Kant dann Staatsbürger, wenn er seine Uniform ausgezogen und »Feierabend« hat, nach Dienstschluss, wenn er also nicht mehr Soldat ist ...). Die Verkehrung hat womöglich mit der Preußischen Armee zu tun – das Spießrutenlaufen gehörte damals noch zur militärischen Disziplinargewalt.

4 »Es verblüfft, wenn bei Kant die Publizität den Rang eines transzendentalen Prinzips – und zwar des Prinzips der Vermittlung von Politik und Moral – erhält. Öffentlichkeit ist – nach Kant – Prinzip der Rechtsordnung und zugleich Methode der Aufklärung, das einzige Medium, in dem sich Politik des revolutionären Bürgertums überhaupt entfalten kann.« (Negt/Kluge 1972, S. 29)

findet in der Öffentlichkeit *als* Öffentlichkeit statt: Offener Brief, Medienberichte, Tagung – und auch diese Publikation. Zugleich ist »Öffentlichkeit« aber *auch* Anlass für diese Kontroverse, wenn etwa befürchtet wird, dass durch den MSB die Universität als Öffentlichkeit bzw. die Universitätsöffentlichkeit »beschädigt« wird.

2.

»Die Bedeutung, die unter Pokerspielern dem Schummeln zukommt, geht daher praktisch gegen Null. Ein guter Spieler wird schon in musikalischer Hinsicht skeptisch werden, und zwar bereits beim ersten falschen Ton; beim zweiten wird er sich sicher sein. Eine solche Auffälligkeit bestünde für mich zum Beispiel bereits darin, dass der andere nicht im Handumdrehen gewinnt. Das ist wie im echten Leben – bloß genau umgekehrt: Wenn ich etwas ›ohne Umschweife bekomme‹ (egal worum es geht), dann läuten bei mir sofort die Alarmglocken und ich suche das Weite. Man kann nicht beweisen, dass es diese Auffälligkeiten gibt. Deshalb sollte man auch nicht davon sprechen; es genügt, sie auf Abstand zu halten, das heißt: eine gewisse Umgebung zu meiden. Sun Tse spricht diesbezüglich von ›gefährlichem‹ oder ›zerstörtem Gelände‹. (›Wenn du dich in gefährlichem oder zerstörtem Gelände befindest, gehe nicht weiter, kehre um und fliehe so schnell wie möglich.‹)« – Guy Debord, Notizen zum Poker (1990, S. 171)

Als ins Gespräch kam, dass das Gelände der Helmut-Schmidt-Universität (HSU) in einen Militärischen Sicherheitsbereich (MSB) umgewandelt werden soll (ein Plan, der womöglich schon länger in einer Schublade des Verteidigungsministeriums lag), protestierte das zivile, wissenschaftliche Personal der Universität umgehend; auf Initiative von Professorinnen und Professoren wurde im August 2021 ein Offener Brief als Petition veröffentlicht, den bisher 447 Personen unterzeichneten (Stand: 1. Juli 2023); diejenigen, die sich ihren Angaben nach keiner Universität zuordnen (und die keinen akademischen Grad nennen), lassen sich an einer Hand abzählen. Es wurden »die Medien« informiert und kontaktiert; Berichte über das MSB-Vorhaben und den Protest dagegen gab es in der ›FAZ‹, im ›Hamburger Abendblatt‹, im ›Hamburger Wochenblatt‹, in der ›MOPO‹, der ›ZEIT‹, der ›taz‹ und im NDR. Die Berichte erschienen zwischen April 2021 und Mai 2022. – Zu einem »Debattenantrag der Fraktion Die Linke« wird im September 2021 beschlossen:

»Die Bezirksversammlung spricht sich gegen die Pläne des Bundesverteidigungsministeriums aus, die Helmut-Schmidt-Universität in einen »Militärischen Sicherheitsbereich« umzuwandeln. In diesem Anliegen unterstützt die Bezirksversammlung die WissenschaftlerInnen, die Leitung und die MitarbeiterInnen der Helmut-Schmidt-Universität sowie die Stadtteilkonferenz.« (BV-HH [Wandsbek], Drucksache 21–3905)

Insgesamt: Ein vergleichsweise kleines »Medienecho« und nur wenig öffentliches Interesse an und in dieser Angelegenheit ...

Diskutiert und kritisiert werden die Konsequenzen der Umwandlung der Liegenschaft in einen Militärischen Sicherheitsbereich für die Freiheit von Forschung und Lehre wie überhaupt für die Universität und das »Campus-Leben«; die für einen MSB notwendigen Kontrollmaßnahmen und Zugangsreglementierungen, ja allein die Aufstellung der nötigen Hinweisschilder (»Vorsicht Schusswaffengebrauch!«)⁵ werden, so die Befürchtung, das akademische Klima innerhalb und außerhalb der Helmut-Schmidt-Universität verändern: »Die Einrichtung eines MSB würde der Zivilgesellschaft den Zugang zur HSU erschweren und eher Abkapselung statt Offenheit symbolisieren«, heißt es im *Offener Brief* vom August 2021.

Immerhin: Schien das Vorhaben, einen MSB einzurichten, zunächst als reiner (bislang liegengebliebener, nicht abgearbeiteter) Verwaltungsakt, wurde im Verlauf der Debatte angedeutet, dass es durchaus um (militärischen) Schutz des Bundeswehr-Universitäts-Geländes gehen könnte: Das Ausmaß der Gewalt bei den G20-Protesten in Hamburg (7. und 8. Juli 2017) hätte gezeigt, dass hier auch eine potenzielle Bedrohung für Bundeswehreinrichtungen vorläge.⁶

5 Genauer: um das Gelände herum würden im Abstand von 50 Metern Schilder mit der Aufschrift »Militärischer Sicherheitsbereich – Fotografieren verboten – Vorsicht Schusswaffengebrauch« aufgestellt; die wenigen Schilder, die derzeit an den Eingangsbereichen der HSU sich finden, deklarieren das Gelände bereits als »Militärischen Bereich« (und das sind per definitionem sämtliche Einrichtungen der Bundeswehr); dazu gehören ein Zaun, (derzeit gesperrte) Vereinzelungsanlagen, Haupteingang mit Wachpersonal etc. – Über den Haupteingang ist das Universitätsgelände frei und für alle zugänglich (zum Beispiel für Besucher:innen der Universitätsbibliothek oder Schüler:innen eines Gymnasiums und einer Stadtteilschule in der Nähe, die ab und zu die Mensa bzw. Truppenküche nutzen ...).

6 Während des G20 gab es erhöhte Sicherheitskontrollen beim Betreten des HSU-Geländes. – Tatsächlich gab es im März 2023 einen Anschlag auf ein Gebäude der Universität der Bundeswehr, das sich außerhalb der Liegenschaft befindet, die als MSB eingerichtet

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 haben sich zudem Gefährdungslagen ergeben, die zumindest für Europa und die Bundesrepublik formell Ähnlichkeiten mit dem Kalten Krieg und die damalige Blockkonfrontation zeigen (atomares Wettrüsten); allerdings: hieraus resultierende Bedrohungen, die etwa angesichts der geografischen Nähe des Krieges in besonderer Weise für Bundeswehr-Liegenschaften wie die HSU bestehen mögen, können wiederum mit der Einrichtung eines MSB nur unzureichend bewältigt werden ...

Insofern scheint sich plausibel der Militärische Sicherheitsbereich militärisch nur aus sich selbst heraus zu begründen (»Militärischer Sicherheitsbereich – Vorsicht Schusswaffengebrauch« verlangt Schusswaffen; militärische Schusswaffen benötigen eine militärisch gesicherte Waffenkammer; eine solche Sicherung benötigt Möglichkeiten von Maßnahmen, auf die mit Schildern verwiesen wird, auf denen steht: »Militärischer Sicherheitsbereich – Vorsicht Schusswaffengebrauch« ...).

Die Universität der Bundeswehr, die dann als *Universitätsöffentlichkeit* gegen die Einrichtung eines Militärischen Sicherheitsbereichs protestiert, beruft sich nun ebenfalls auf die Selbstbegründung ihres Anliegens, nämlich die Offenheit und Öffentlichkeit der Institution Universität (diese »Öffentlichkeit« definiert sozusagen den »akademischen Sicherheitsbereich«).

Virulent wird damit ein Problem, dass sich durch das Verhältnis von Militär und Demokratie *innerhalb der Demokratie* grundsätzlich ergibt; Born u.a. haben es als »zivil-militärisches Paradoxon gekennzeichnet, das durch die Frage »Wie kann eine Demokratie durch eine undemokratische Organisation verteidigt werden?« aufgeworfen wird.«⁷ (Born 2006, S. 131)

tet werden soll: Bei dem frei zugänglichen Bürogebäudekomplex wurden Scheiben der Glasfassade beschädigt, dazu gab es eine Barrikade aus brennenden Autoreifen. Über den Anschlag berichtete Gernot Knödler in der »taz« vom 21. März 2023; dort gibt es auch einen Link zu einem anonymen Bekennerschreiben; für das, was die Leute meinen angreifen zu müssen (»Wir greifen den deutschen Militarismus und seine Institutionen an, die so prägend sind für die Kultur dieser Gesellschaft«, heißt es in dem Bekennerschreiben), ist das angegriffene Gebäude ebenso wie die HSU insgesamt völlig unspezifisch. Im Internet finden sich zudem Medienberichte von 2003, in denen von islamistischen Anschlagplänen auf das Hamburger Bundeswehrkrankenhaus die Rede ist ...

- 7 Politisch ist die Antwort bekanntlich die Kombination aus »wehrhafter Demokratie« und »Innerer Führung«, nämlich:
 - a) die Demokratie *muss* verteidigt werden, notfalls auch mit »undemokratischen Organisationen«;

3.

»Die Sicherheit ist der höchste soziale Begriff der bürgerlichen Gesellschaft, der Begriff der Polizei, dass die ganze Gesellschaft nur da ist, um jedem ihrer Glieder die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigentums zu garantieren. Hegel nennt in diesem Sinn die bürgerliche Gesellschaft ›den Not- und Verstandesstaat‹. Durch den Begriff der Sicherheit erhebt sich die bürgerliche Gesellschaft nicht über ihren Egoismus. Die Sicherheit ist vielmehr die Versicherung ihres Egoismus.« – Karl Marx, *Zur Judenfrage* (1843, S. 365f.)

Die Verteidigung einer Öffentlichkeit (Universitätsöffentlichkeit, die offene Universität als öffentlicher Raum) lässt den *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (Habermas 1962) außen vor, der sich im Zuge der gesellschaftlichen Transformationsprozesse (und ideologisch als maßgebliches Element von diesen) seit den 1960ern und vor allem 1970ern bis heute vollzogen hat (vgl. Habermas 2022; Seeliger/Sevignani [Hg.] 2022; aber auch Habermas 1971, S. 9 ff.); es ist dies eben der Zeitraum, in dem beschlossen wurde, die Hochschulen der Bundeswehr zu gründen, in dem sie gegründet wurden – und in dem sie sich innerhalb wie außerhalb bzw. zivilgesellschaftlich etablierten.

Bemerkenswert ist, wie damals – auch angesichts (welt-)politischer Spannungszustände⁸ – in einem öffentlichen Diskurs über Öffentlichkeit *die Kritik der Öffentlichkeit zugleich als öffentliche Selbstkritik artikuliert wurde: weil »Kritik«*

b) wenn die Organisationen womöglich »undemokratisch« sind, besteht die Verpflichtung, ihre Akteure demokratisch zu machen – und das meint: *sie zu bilden*.

Vorausgesetzt ist dabei nicht nur, dass »Anspruch« und »Wirklichkeit« übereinstimmen (was formal die rechtsstaatliche Verfassung der Demokratie gewährleisten soll), sondern dass das als demokratisch sich repräsentierende Bewusstsein auch demokratisch ist: dass nämlich die in der Demokratie bereitgestellten Bildungsangebote und schließlich die über diese (demokratisch) vermittelte demokratische Bildung auch irgendwie demokratisch handlungsfähiges demokratisches Bewusstsein hervorbringen. Dass solcher Idealismus nicht blind in die Ideologie umschlägt (die er sehenden Auges auch im Namen der Aufklärung oft genug war und ist), versucht eine sozialliberale Gesinnung etwa mit »Öffentlichkeit« (und eben »Bildung«) aufzuklären; was kaum gelingen kann, solange solche Aufklärung bloß ein Verfahren bleibt. »Kritik« wird im doppelten Sinne zur idealistischen Einrede.

- 8 Spannungszustände: Vietnamkrieg als Krieg der größten demokratischen Nation gegen Menschen, die für Demokratie kämpfen; unterstützt von einer Außerparlamentarischen Opposition als demokratische Opposition auch gegen »das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie« (Adorno 1959, S. 555); Prager Frühling als demokratische Revolte gegen den antidemokratischen Terror des realen Nominalsozia-

selbst als Teil oder als Element der kritisch begriffenen Legitimations- und Strukturkrisen verstanden wurde – nämlich in Hinblick auf ihre unterschiedlichen Formen innerhalb der bürgerlichen Öffentlichkeit; die Selbstkritik galt als Legitimationsprüfung einer »Kritischen Theorie«, die nunmehr innerhalb eines sich transformierenden Wissenschaftsbetrieb in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Fachbereichen und Forschungsfeldern verankert wurde – und als »Kritische Theorie« auf (Neu-)Bestimmungen von Wissenschaft, schließlich von demokratischer Wissenschaft rückwirkte.⁹

Diskutiert wurde, wie an den *Begriff* der »Öffentlichkeit« als »ursprünglich eine der revolutionären Kampfpapieren des Bürgertums« (Negt/Kluge 1972, S. 29) angeschlossen werden kann – und zwar unter Bedingungen politischer Verhältnisse, die sich in ihren eigenen Ansprüchen, die zum Beispiel mit der Idee der Öffentlichkeit verbunden sind, mit Struktur- und Legitimationsproblemen (Habermas 1972, Offe 1972) konfrontiert sehen, die sich augenscheinlich als Struktur- und Legitimationskrisen darstellen. – Diese Krisen waren mit der Kritik der Krise vermittelt (wenn man so will: der *Strukturwandel der Öffentlichkeit* war selbst Ausdruck des Strukturwandels der Öffentlichkeit).

»Eine einheitliche Substanz hat Öffentlichkeit überhaupt nicht. Sie entsteht immer nur aus zahlreichen, dem Eindruck nach zusammengehörigen, in Wirklichkeit aber äußerlich zusammengefügt Elementen. Hierbei wurzelt die klassische Öffentlichkeit ursprünglich im bürgerlichen Lebenszusammenhang, trennt sich aber von diesem und vom Produktionsprozess.« (Negt/Kluge 1972, S. 35)

lismus – auf dessen Seite sich wiederum der Vietcong und anteilig auch die APO befanden ...).

- 9 Dem ging in den 1960ern der so genannte Positivismusstreit in der deutschen Soziologie voraus (der scheinbare, szientifisch kanonisierte Kompromiss zwischen »Kritischem Rationalismus« und einer kommunikationstheoretisch verstandenen »Kritischen Theorie« prägte zum Beispiel die »Kritische Erziehungswissenschaft«). – Vom hier angesprochenen Theoriestrang blieb indes bis in die 1980er Jahre unberücksichtigt: Der Befund einer »postindustriellen Gesellschaft« (Bell u.a.), aus dem dann im Verbund mit Jencks *Die Sprache der postmodernen Architektur* – gefolgt von Venturi etc. – Jean-François Lyotard 1979 seine Überlegungen zum *Postmodernen Wissen* entwickelte (eine Auftragsarbeit für das kanadische Bildungsministerium); ebenso unberücksichtigt blieben die »Poststrukturalisten«, nämlich die Arbeiten von Deleuze/Guattari oder Foucault ...

Abgekoppelt von dieser »bürgerlichen Öffentlichkeit« wird und bleibt der Produktionsprozess mit seinen »Produktionsöffentlichkeiten«. Damit bleiben aber von vornherein die konstitutiven Bedingungen von »Öffentlichkeit« ausgespart, obwohl sie eben diese »Öffentlichkeit« *kolonialisieren*. In der Folge wird Öffentlichkeit selbst problematisch; die – sei's diskursive, sei's administrative, sei's schließlich polizeiliche – »Sicherung« spezifischer Felder der Öffentlichkeit führt zum Ausschluss; öffentliche Räume wie zum Beispiel Bahnhöfe, Krankenhäuser, aber auch Schulen und Universitäten definieren sich *als öffentliche Räume* gerade über Zugangsbeschränkungen (nicht nur, weil sie privatwirtschaftlich okkupiert sind).

4.

»Das Persönliche ist gegenüber dem Gesellschaftlichen zweitrangig. [...] Ich behaupte, nicht nur die delegierten Uniformträger sind Soldaten, sondern die Soldatenmatrix betrifft alle Rollen in der Gesellschaft, die den Krieg möglich machen. Alle – Frauen, Kinder und Alte, die ganze menschliche Umgebung sowie deren psychisches und physisches Erleben im Krieg – sind Teil einer Soldatenmatrix.« – Robi Friedman, Die Soldatenmatrix (2018, S. 8f.)

»Öffentlichkeit« – so Habermas – soll »Recht und die Politik in modernen Gesellschaften« legitimieren. Damit begründet sich normativ das, was Habermas u. a. als »deliberative Politik« dargelegt hat: »die Beteiligung aller Bürger:innen als Teilnehmer:innen an rationalen Diskursen über die geltenden Regeln« muss gesichert sein (Carvalho Ribeiro 2023). Es sind dies normative Bestimmungen, die immer schon von der – rechtlichen, politischen etc. – Legitimität moderner Gesellschaften ausgehen.¹⁰ Herrschaftsverhältnisse stehen nicht

10 Vgl. dazu bekanntlich Böckenfördes Satz (1964, S. 112): »Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.« – Dazu kann als kritischer Kommentar gelesen werden: »Der Staat ist keine selbständige Kraft, sondern nur ein Kampfgebiet. Er muss sich aber u. a. um das Gewaltmonopol legitimieren zu können, als eine selbständige Kraft, ein *pouvoir neutre*, deklarieren. Anders ausgedrückt: er muss das Gewaltmonopol beanspruchen und kann es doch gleichzeitig allein, aus sich heraus, nicht mehr anwenden. Dieser Widerspruch äußert sich darin, dass in der modernen Gesellschaft das unmittelbare Gewaltmonopol des Staates atavistisch gilt. Die öffentliche Gewalt soll ihre Gewaltbefugnisse an intermediäre Instanzen delegieren.« (Negt/Kluge 1972, S. 123)

zur Disposition, gleichwohl sie aber als Herrschaftsverhältnisse und durch Herrschaftsverhältnisse reproduziert werden.

Die Öffentlichkeit begründet sich schließlich doch nur durch sich selbst beziehungsweise ihre Verfahren:

»Nur als Teilnehmer am Prozess der öffentlichen Meinungsbildung kann nämlich der einzelne Staatsbürger in seiner individuellen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung jene Spannung ausgleichen, die zwischen den jeweils eigenen Interessen des Gesellschaftsbürgers und dem Gemeinwohlinteresse des Staatsbürgers besteht. Diese Spannung, die in der Bestimmung des demokratischen Verfassungsstaates selbst angelegt ist, muss schon im Spielraum der politischen Entscheidungen des einzelnen Bürgers abgearbeitet werden, weil sich der Staatsbürger trotz Personalunion nicht nur mit sich als Gesellschaftsbürger identifizieren darf. Der demokratische Rechtsstaat gewährleistet jedem Bürger *gleichursprünglich* sowohl politische Autonomie als auch die gleichen Freiheiten eines Privatrechtssubjekts.«¹¹ (Habermas 2022, S. 89f.)

Diese Gewährleistung bleibt jedoch weitestgehend ein Ideal beziehungsweise nur anteilig realisiert: Der demokratische Staat bleibt in einem »prekären Verhältnis« konfrontiert mit der »*kapitalistischen Wirtschaft*, welche soziale Ungleichheiten tendenziell verstärkt« (Ebd., S. 34).

Diese sozialen Ungleichheiten sind freilich konkret und werden als Krisen erfahren (Lebenskrisen, ökonomische Krisen, politische Krisen, Umweltkrisen, individuelle und kollektive Bildungskrisen etc.); da die »kapitalistische

11 Habermas folgt seiner eigenen Theorie, die er als Weiterentwicklung und Aktualisierung der kritischen Theorie verstanden wissen will: Er begründet Geltungsansprüche kommunikativen Handelns mit dem kommunikativen Handeln. So auch hier: Die Probleme, die sich in Akten demokratischer Willensbildung ergeben, können »nur auf dem Weg einer demokratischen Willensbildung gelöst werden« (Habermas 2022, S. 89). Die alte Nachfrage Ulrich Sonnemanns, wer denn die Diskurskontrolleure kontrolliere, lässt Habermas nach wie vor unbeantwortet. Anke Thyens Einwand, dass eine vernünftige Kommunikation keineswegs eine vernünftige Gesellschaft garantiere (ja leider nicht einmal eine *vernünftig kommunizierende* Gesellschaft), scheint mir noch immer triftig zu sein (und dass Legitimationsprobleme keine *Legitimationsprobleme* mehr sein sollen, wäre erst einmal »empirisch« zu prüfen mit einer Theorie, die ihre Genesis und Geltung praktisch, i.e. geschichtsmaterialistisch begründet und nicht bloß wissenschaftlich).

Wirtschaft« jedoch die Krisen, die sie hervorbringt, selbst nicht lösen kann (jedenfalls nicht lösen kann, ohne neue Krisen zu schaffen oder bestehende Krisen – bloß scheinbar bewältigend – abschiebt oder vertagt), bleibt es letztendlich Aufgabe der »kapitalistischen Demokratie«, mit Mitteln der »intervenierenden Politik« diese Krisen zumindest dem Anschein nach (und insofern politisch repräsentierbar) zu bewältigen. Hier gibt Habermas nun für einen *neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit* zu bedenken, dass die Reichweite einer solchen Politik begrenzt ist, weil sie nur unter der Bedingung funktioniere, dass sie sich mit den »Wirtschaftskreisläufen« zur »nationalen Wohlstandssicherung« deckt.

»Offenbar war diese Bedingung in den Demokratien des Westens nur vorübergehend, eben bis zur weltweiten Deregulierung der Märkte und der Globalisierung der Finanzmärkte, die seitdem ihrerseits die Finanzpolitiken der Staaten kontrollieren, hinreichend erfüllt.« (Ebd., S. 36)

Am Ende bleibt selbst in der Perspektive deliberativer Politik wenig von der politischen Kraft der Öffentlichkeit zurück.

* * *

Solche politische Kraft der Öffentlichkeit lässt sich allein formal nicht restituieren; im Streit um die Einrichtung eines Militärischen Sicherheitsbereichs, mit dem die Universität der Bundeswehr in Hamburg eingehegt werden soll, wird ein Ideal von universitärer, wissenschaftlicher sowie gesellschaftlicher, demokratischer Offenheit ins Feld geführt, das real nur scheinbar neoliberalen Zuständen widerstreitet, die sich mit eben diesem Ideal der Offenheit überhaupt erst ideologisch legitimieren (Stapelfeldt 2012, S. 9ff.).¹²

Will man Kant in seinem praktischen Gedanken konsequent folgen, dass »der *kritische* Weg [...] allein noch offen« ist (Kant 1781, S. 712), dann sollte doch

12 Vgl. ferner Stapelfeldt 2013 und 2021; Bredtmann (Hg.) 2023. – Die Grenzen deliberativer Politik provozieren Grundfragen kritischer Theorie (die ebenfalls vor fünfzig Jahren – als die Hochschulen der Bundeswehr gegründet und Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus diskutiert wurden – noch präsent waren), die zurückführen zur *Theorie der gesellschaftlichen Synthesis* (Sohn-Rethel 1972, S. 19 & passim) und aktualisierend vorgreifen auf eine Krisen-Situation, die womöglich eine *Demokratiedämmerung* bedeutet (Selk 2023), in der auch die Ideale von Öffentlichkeit und Offenheit endgültig drohen unterzugehen.

ganz selbstverständlich ohne einen Militärischen Sicherheitsbereich *in der Kritik selbst sicherzustellen sein*, diesen Weg auf festem zivilgesellschaftlichen Fundament in die »offene Universität« hineinzuführen und damit zugleich einen »Ausgang« (Kant 1784, S. 53) zu einer tatsächlich offenen Gesellschaft freizuhalten ...¹³

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1959): Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. In: Gesammelte Schriften Band 10-2, hg. von Rolf Tiedemann. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1997, S. 555–572.
- Böckenförde, Ernst Wolfgang (1964): Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation. In: Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1991, S. 92–114.
- Born, Hans (2006): Demokratische Kontrolle von Streitkräften und Sicherheitspolitik, in: Gareis/Klein (Hg.) (2006), S. 125–134.
- Bredtmann, Bastian (Hg.) (2023): Widerspruchsgeist. Beiträge zur Gesellschaftstheorie. Hamburg: Edition Kritik.
- Carvalho Ribeiro, Douglas (2023): Deliberative Politik und digitale Gesellschaft: zwei unversöhnliche Elemente? In: Digitale Wissenschaft [Blog], 5. Januar 2023. – <https://digitalewissenschaft.blogs.uni-hamburg.de/deliberative-politik-und-digitale-gesellschaft/>
- Debord, Guy (1990): Notizen zum Poker, in: Alice Becker-Ho/Guy Debord, Kriegsspiel. Berlin: Merve 2016, S. 170–172.

13 Die wäre dann gegen die kritisch-rationalistische Poppers, im Sinne Paolo Freires zu diskutieren ... Es gibt ja zwei »Varianten« der »offenen Gesellschaft«: nämlich Poppers kritisch-rationalistische, die sich mit der sozialliberalen Praxis einer neoliberalen Gesellschaft deckt (vgl. Hayek etc.); und dem diametral entgegengesetzt die Idee einer offenen Gesellschaft, die von der radikalen Aufklärung (H. Schweppenhäuser) eines realen Humanismus (Marx/Engels, Adorno) bestimmt ist. – Während die Popper-Variante im Institutionalismus hängenbleibt (und dabei bestenfalls im kritischen Sinne bloß »falsifikationsoffene« Geltungsansprüche zu postulieren vermag), ist der Schlüsselbegriff des Freire-Verständnisses von einer offenen Gesellschaft »conscientização« (quasi die »solidarische Sozialisierung« von dem, was Hegel »bildungstheoretisch« in der *Phänomenologie des Geistes* als Selbstbewusstwerdung beschreibt).

- Friedman, Robi (2018): Die Soldatenmatrix. Und andere psychoanalytische Zugänge zur Beziehung von Individuum und Gruppe. Gießen: Psychosozial.
- Gareis, Sven B./Klein, Paul (Hg.) (2006): Handbuch Militär und Sozialwissenschaften. Wiesbaden: Springer VS.
- Habermas, Jürgen (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied und Berlin: Luchterhand 1974.
- Habermas, Jürgen (1971): Theorie und Praxis. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1978.
- Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsproblemen im Spätkapitalismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2022): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik. Berlin: Suhrkamp.
- Kant, Immanuel (1781): Kritik der reinen Vernunft (II). Werkausgabe Bd. IV, hg. von Wilhelm Weischedel. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1968.
- Kant, Immanuel (1784): Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Werkausgabe Bd. XI, hg. von Wilhelm Weischedel. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1968, S. 53–61.
- Kant, Immanuel (1800): Logik. Ein Handbuch zu Vorlesungen, hg. von Gottlob Benjamin Jäsche, Sämtliche Werke in chronologischer Reihenfolge, Achter Band. Leipzig: Nicolovius 1868.
- Marx, Karl (1843): Zur Judenfrage. In: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 1. Berlin: Karl Dietz 1976, S. 347–377.
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1972.
- Offe, Claus (1972): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1975.
- Seeliger, Martin/Sebastian Seignani (Hg.) (2021): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Baden-Baden: Nomos.
- Selk, Veith (2023): Demokratiedämmerung. Zur Kritik der Demokratietheorie. Berlin: Suhrkamp (im Erscheinen).
- Sohn-Rethel, Alfred (1972): Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Stapelfeldt, Gerhard (2012): Neoliberaler Irrationalismus. Aufsätze und Vorträge zur Kritik der ökonomischen Rationalität II. Hamburg: Dr. Kovač.
- Stapelfeldt, Gerhard (2013): Der Geist des Widerspruchs II. Studien zur Dialektik. Freiburg: Ça ira.

Stapelfeldt, Gerhard (2021): Der Geist des Widerspruchs III. Studien zur Dialektik. Freiburg: Ça ira.

Theweleit, Klaus (1977): Männerphantasien. 2 Bände. Frankfurt a.M.: Roter Stern.

Militarisierung der Hochschule durch Versicherheitlichung?

Ein Text und seine Resonanzen

Thomas Höhne und Michael Staack

Anlass zu den folgenden Ausführungen und Überlegungen¹ zur Einrichtung eines Militärischen Sicherheitsbereichs (= MSB) an der HSU sind zum einen die Diskussionen auf der HSU-Tagung zum MSB am 19. Mai 2022 und zum anderen einige kritische Einwände, die zu dem Artikel *Militarisierung der Hochschule. Die Helmut-Schmidt-Uni als Exempel* erhoben wurden, der zuerst in der Monatszeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2021 erschien. Er wurde anlässlich der MSB-Tagung als Sonderdruck publiziert und wird hier unter Punkt 2 erneut als aufgenommen². Zuvor sollen zunächst im ersten Schritt als Prolog der Kontext und die inhaltliche Stoßrichtung des Blätter-Textes umrissen werden, um im dritten Teil eine Replik auf die kritischen Einwände vorzunehmen. In einem »Post-Scriptum« wird im abschließenden Schritt Michael Staack auf ein Ereignis Bezug nehmen, das in direktem Zusammenhang mit der Diskussion um den Blätter-Text steht.

1. Prolog und Kontext

Die Absicht des Textes war es u.a., *Öffentlichkeit* für ein Problem herzustellen, das mit der letztlich unbegründeten Verhängung eines MSB an der HSU gegeben ist. Denn zivile Universitäten leben gerade von räumlicher und institutioneller Offenheit und damit einem ungehinderten Zugang zum Campus. Dass

1 Für Rückmeldungen danke ich herzlich Martina Sproll, Arnd Michael Nohl und Olaf Sanders.

2 Im Folgenden kurz als »Blätter-Text« bezeichnet.

sie Diskursorte sind, an denen öffentliche Diskussionen und Auseinandersetzungen stattfinden (sollten), zeigen die durchgeführte MSB-Tagung, das Engagement von Kolleg:innen, durch das öffentlich über eine Petition und medial auf die damit verbundenen Probleme aufmerksam gemacht wurde sowie die konstruktiven Diskussionsbeiträge und kritischen sowie befürwortenden und kritischen Einlassungen von Studierendenseite. Insofern stellen die MSB-Tagung, der öffentlich vorgetragene Protest sowie der Blätter-Artikel Beispiele für eine vielfältig praktizierte demokratische Diskurskultur dar, wie sie an der HSU möglich und notwendig ist. Ausdrücklich nicht zu dieser Art der öffentlichen Diskussionskultur zählt jedoch ein Vorfall, der sich im Nachgang zur kritischen Diskussion zu MSB und dem Blätter-Text ereignet hat. Da sich die Diskussion um den Blätter-Text in gewisser Weise auch verselbstständigt hat und es infolgedessen nicht mehr zu *einer direkten Aussprache bzw. Austausch der Argumente* kommen konnte, soll dies hier im Folgenden nachgeholt werden mit dem Ziel, mögliche Missverständnisse aufzuklären und begriffliche Präzisierungen vorzunehmen.

Die Dialektik von Reform und Restauration

Eine inhaltliche Zielsetzung des Artikels bestand darin, die kritische Diskussion, um den MSB in einen historischen Kontext einzubetten, die Bedeutung der Inneren Führung sowie der Bildung für den Soldatenberuf und die demokratische Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft deutlich zu machen. Insofern präsentiert der Blätter-Text Bekanntes und nichts anderes als den State of the Art einer Diskussion um die Reform der Bundeswehr seit den 1960er/70er Jahren – einschließlich der restaurativen Gegenbewegungen, die mit jeder Reform verbunden sind. Um diese Problemdimension noch einmal zu verdeutlichen, ist zunächst eine weitergehende historische Vergewisserung dieser Konfliktlinie seit den preußischen Reformen angebracht, in der zivile Bildung und militärische Ausbildung immer wieder auch gegeneinander ausgespielt wurden.

In der folgenden Graphik wird die Spannung zwischen einer rein auf militärische Praxis ausgerichteten Ausbildung auf der einen Seite und der (Allgemein)Bildung auf der anderen Seite illustriert, die in verschiedenen Reformphasen seit dem 19. Jahrhundert einen zentralen Bestandteil militärischer (Aus-)Bildung darstellte (vgl. Abb. 1). Zu erkennen ist eine Art historische »Wellenbewegung«, die auf eine »Dialektik der Reformen« seit den Preußi-

schen Militär- und Bildungsreformen schließen lässt, die zwischen Reform und Restauration changiert:



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>, CC BY-NC-ND 4.0. Dr. Dieter H. Kollmer: Zwischen Studium und Einsatzerfahrung, 16.6.2015, In: katapult, Magazin für Kartographie und Sozialwissenschaften. (<https://katapult-magazin.de/de/karten/artikel/zwischen-studium-und-einsatzerfahrung/offizier2.png>)

Drei zentrale Motive lassen sich historisch für die enge Verknüpfung von Militärreformen und Bildung ausmachen:

- a) ein *militärisch-funktionaler Aspekt der Flexibilisierung kognitiver Fähigkeiten* der militärischen Vorgesetzten- und Leitungshierarchie,
- b) das Motiv der individuellen Eignung und *meritokratischen Auswahl nach Leistungskriterien* (z.B. Bildungstitel) bei der Rekrutierung des militärischen Führungspersonals
- c) *die gesellschaftspolitische Dimension der demokratischen Integration der Streitkräfte* in Gesellschaft.

Vor allem der letztgenannte Punkt wird als Ergebnis der Bundeswehrreformen der 1970er Jahre im Blätter-Artikel thematisiert, um den strukturellen Zusammenhang von Innerer Führung und Bildung darzustellen. Die beiden ande-

ren Aspekte stellen historisch den Ausgangspunkt für die Militärreformen dar, denn aufgrund der Niederlagen der preußischen Armee gegen die Streitkräfte Napoleons wurde bereits 1806 General Gerhard von Scharnhorst damit beauftragt,

»die Offiziersausbildung der königlich preußischen Armee zu reformieren. Das Versagen vieler preußischer Offiziere im Krieg gegen Frankreich führte Scharnhorst unter anderem auf deren schlechte Ausbildung und ungenügende geistige Flexibilität zurück. Aus diesem Grund sollten in Zukunft die geistigen Fähigkeiten und das Urteilsvermögen des Offiziers durch umfassende Bildung gestärkt werden, um so den Anforderungen des modernen Krieges gerecht werden zu können. Die Anforderungen an die preußischen Offiziere wurden dementsprechend verändert: Der erreichte Bildungsstand – nicht die adlige Herkunft – sollte von nun an der entscheidende Maßstab für ihren beruflichen Werdegang sein. Der ständige Kampf um die Stärkung der humanistischen Bildung im Rahmen der preußisch(-deutsch)en Offiziersausbildung nahm hier seinen Anfang.« (Kollmer 2015)

Mit diesem historischen Blick wird auch deutlich, dass das ursprüngliche Motiv und der Zweck für den Modernisierungsbedarf der Armee militärischer bzw. militärpolitischer Art war, aber Bildung als Reformmittel in der Wirkung zu einer gesellschaftlichen Öffnung des Militärs führte. 1844 wurde eine königliche Weisung erlassen, mit der »das bürgerliche Bildungsideal zur Grundlage der Ausbildung des preußischen Offizierskorps« gemacht und ab 1871 »der Nachweis des Abiturs von jedem Offizieranwärter verlangt« (ebd.) wurde. Vorbehalte gegen diese öffnenden Reformen kamen vor allem aus dem Offizierskorps selbst, denn in konservativer Tradition galt »Bildung als bürgerliche Errungenschaft, weshalb sie viele, vorwiegend adlige Offiziere für inkompatibel mit den [...] »praktischen« Belangen des Militärs hielten« (ebd.). Diese feudalen Rudimente kamen nach 1918 im Kontext der Bestimmungen des Versailler Vertrages wieder stärker zum Tragen, der zum einen eine »rein militärfachliche, waffentechnisch-handwerkliche Ausbildung für die zukünftigen Offiziere der Reichswehr« vorsah, die der konservative Chef der Heeresleitung, General Hans von Seeckt, nutzte, um »auf das kaiserliche Erziehungskonzept zurück[zu]greifen: »Charakter geht über Leistung« war für ihn der Grundsatz in der Ausbildung der Truppenoffiziere [...] Im krassen Gegensatz dazu wurde die politische und allgemeine Bildung auf ein Minimum zurückgefahren« (ebd.).

Historisch lässt sich also neben den Reformen immer auch die Tendenz zu einer »(Re)militarisierung« als *reduktionistischer Variante militärischer Ausbildungs- und Führungskultur* beobachten, wenn man den einmal erreichten historischen Stand von Reformen als Maßstab dafür zugrunde legt. Dies begründet die Titelwahl des Blätter-Textes »Militarisierung der Hochschule«, mit der auf das Risiko neuerlicher Schließungstendenzen des militärischen Feldes verwiesen werden sollte, für die die Einführung eines MSB wie ein Katalysator wirken kann, denn Sicherheit zu produzieren ist eine der ersten und vornehmsten Aufgaben des Militärs, jedoch nicht der Bildung (vgl. Punkt 3). Insgesamt lässt sich in historischer Perspektive also festhalten, dass Bildung im Militär in mehrfacher Weise *nachhaltig modernisierend auf die militärische Organisation wirkte*, was a) die kognitiven Kompetenzen der Vorgesetzten, die Leistungsorientierung bei der Rekrutierung und b) die demokratische, sozialmoralische und gesellschaftspolitische Verankerung der Streitkräfte betrifft. Diese und weitere Aspekte werden im ursprünglichen Blätter-Text zur »Militarisierung der Hochschule« angesprochen, dessen nachfolgende Lektüre empfohlen wird, bevor auf die kritisch vermerkten Punkte im dritten Teil eingegangen wird.

2. Blätter-Text »Militarisierung der Hochschule – Die Helmut-Schmidt-Uni als Exempel«

Jenseits großer medialer Aufmerksamkeit hat sich an der Helmut-Schmidt-Universität (HSU) Hamburg ein folgeschwerer Wandel vollzogen: Ursprünglich wurde die Uni gegründet, um den zivilen, öffentlich verankerten, akademischen Teil der Ausbildung jener »Bürger in Uniform« sicherzustellen, die eine Offizierslaufbahn anstreben. Nun aber soll sie, so erklärt es das Bundesministerium für Verteidigung, ein »Militärischer Sicherheitsbereich« werden. Damit verlöre die Hochschule genau jene Offenheit, die sie bislang auszeichnete, und würde zu einer Kaserne – mit Zugangsbeschränkungen, eingeschränkter Wissenschaftsfreiheit und patrouillierendem Militärpersonal³. Dagegen regt sich Widerstand vor allem von Seiten der Professor:innen, wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen und Dozent:innen. Bei dem Konflikt geht es jedoch um mehr als um die Freiheit der Wissenschaft. Vielmehr ist

3 Vgl. Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, Offener Brief zur Universität der Bundeswehr Hamburg als Offene Hochschule, www.netz-werk-wissenschaftsfreiheit.de, 4.6.2021.

die Entscheidung des Verteidigungsministeriums Ausdruck eines tieferliegenden Problems: Dem Bundeswehrkonzept der »Inneren Führung« mitsamt seiner gesamtgesellschaftlichen Verankerung wird immer weniger Beachtung geschenkt, während zugleich die Abschottung des Militärs gegen- über der Gesellschaft zunimmt.

Die Absicht des Ministeriums, die Hamburger Bundeswehruniversität als Militärischen Sicherheitsbereich (MSB) einzustufen, reicht bis 2017 zurück. Begründet wird dies weder mit einem konkreten Anlass noch mit einer erhöhten Gefahrenlage, vielmehr soll die Hochschule lediglich an die »allgemeine Gefährdungslage für die Einrichtungen der Streitkräfte« angepasst werden. »Es soll sich um eine Gefahrenstufe handeln, wie sie offenbar weder auf dem Höhepunkt der RAF-Anschläge in den 1970er Jahren noch in der Zeitspanne unmittelbar nach dem 11. September erreicht wurde. In beiden Fällen dachte niemand daran, die Helmut-Schmidt-Universität aus Sicherheitsgründen dauerhaft nach außen hin abzuriegeln«, kommentierte die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« den Vorstoß des Verteidigungsministeriums⁴.

Politisch wie auch symbolisch stellt diese Einstufung einen bemerkenswerten Akt der Militarisierung der akademischen Bildung dar. Denn in sicherheitspolitischer Hinsicht wird die Universität damit formal einer Kaserne gleichgestellt. Doch die HSU ist keine militärische Einrichtung wie beispielsweise Militärakademien, die für die militärische Ausbildung der Soldat:innen zuständig sind. Vielmehr vergibt sie zivile universitäre Abschlüsse unter anderem in erziehungs-, sozial- und politikwissenschaftlichen, historischen sowie technischen Fächern, in denen die angehenden Offizier:innen ausschließlich von zivilen Wissenschaftler:innen ausgebildet werden.

Die Universitätsmitarbeiter:innen verweisen in ihrer Kritik an der militärischen Umwidmung des Campus auf die Autonomie der Hochschule und die Wissenschaftsfreiheit, die sie nunmehr bedroht sehen: Offenheit und allgemeine Zugänglichkeit der Universität seien unabdingbar, um dem Auftrag einer Universität nachkommen zu können, heißt es in einem offenen Brief, der mittlerweile von über 400 Wissenschaftler:innen unterzeichnet wurde⁵. Die

4 Rolf Wörsdörfer, Studieren in der Gefahrenzone, in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 12.5.2021, S. 4.

5 »Diese Offenheit ist nicht nur für Forschung, Lehre und das studentische Leben an der HSU, sondern auch für die Verankerung der Universität in der Stadt und den Austausch mit verschiedensten gesellschaftlichen Akteuren von zentraler Bedeutung« (www.padlet.com/nomsb/tjvfucnxmr9ina6x). Die rechtliche Grundlage dafür bildet das Hochschulrahmengesetz, in dem es in §2, Abs. 1 heißt: »Die Hochschulen die-

Entscheidung stehe nicht nur in einem eklatanten Widerspruch zu den Gründungsprinzipien der Universität. Die Kritiker:innen befürchten auch negative Effekte auf die Organisation von wissenschaftlichen Veranstaltungen, die internationale Vernetzung, Kooperationen und Kommunikation in der Wissenschaftsgemeinschaft.

Unfreie Wissenschaft

Mit der Einrichtung eines MSB gäbe es keinen freien Zugang mehr zum Campus. Personenkontrollen, Besucheranmeldung und -registrierung wären die Regel. Durchsuchungen und das Tragen von Schusswaffen sind bereits erlaubt, eine Waffenkammer soll eingerichtet werden und die Einschränkung der Grundrechte nach Maßgabe des »Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges« (UZwGBw) ist jederzeit möglich.

Und obwohl beispielsweise Gastdozent:innen nach den üblichen universitären Gremienverfahren von der Universität ausgewählt werden, wird deren Bestätigung neuerdings mit folgendem Sicherheitshinweis versehen: »Sollten Erkenntnisse zu der Person bekannt werden, die Auswirkungen auf die Militärische Sicherheit haben, ist dies umgehend dem Sicherheitsbeauftragten mitzuteilen.« Noch weit gravierender ist jedoch, dass Wissenschaftler:innen nunmehr vor Reisen ins nicht-westliche Ausland beim Militärischen Abschilderungsdienst (MAD) vorstellig werden und Auskunft über Kontakte sowie geplante Treffen vor Ort geben sollen. Mit Wissenschaftsfreiheit haben solche Restriktionen nicht mehr viel zu tun.

Dessen ungeachtet leugnet das Verteidigungsministerium die Einschränkungen der universitären Autonomie durch die Sicherheitsmaßnahmen und verweist zugleich darauf, dass »der Militärischen Sicherheit und insbesondere dem Schutz von Leib und Leben [...] im Rahmen der flexiblen Gestaltungshoheit der Vorrang« einzuräumen sei. Die durchgehende Großschreibung des Begriffs »Militärische Sicherheit« im Schreiben zeigt an, dass das Bundesministerium der Sicherheit höchste Priorität einräumt, womit gleichsam alle anderen Grundrechte potenziell außer Kraft gesetzt werden können. Die Bedenken der Universität werden dabei als lediglich »gefühlte Einschränkungen« relativiert.

nen entsprechend ihrer Aufgabenstellung der Pflege und der Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat.«

Allerdings leistet das Ministerium mit dem geplanten Schritt einer militärischen Einhegung und symbolischen Neudefinition eines vormals öffentlichen (Bildungs-)Raums Vorschub, weil die HSU dann primär als militärisch definiertes Hoheitsgebiet gelten würde. Damit wäre jede:r externe Besucher:in unweigerlich verdächtig, ein potenzielles Sicherheitsrisiko zu sein. Die mögliche abschreckende Wirkung auf Wissenschaftler:innen nimmt das Ministerium dabei in Kauf. Zugleich wertet es die Bedeutung der zivilen akademischen Bildung der Offiziere im Vergleich zur militärischen Ausbildung ab und verändert damit auch direkt Haltungen und Einstellungen von Soldat:innen. Dass dies keine Petitesse ist, sondern einer politischen Zäsur mit den Reformen der Bundeswehr der 1970er Jahre und dem Gründungskonzept der HSU gleichkommt, zeigt ein historischer Blick auf die Bundeswehruniversitäten.

Ende einer Reformära?

In den 1970er Jahren stieß der damalige Verteidigungsminister Helmut Schmidt (1969–1972) gegen die Traditionalisten in Militär und Verteidigungspolitik eine grundlegende militärpolitische Reform an, in deren Folge die beiden Bundeswehruniversitäten in Hamburg und München gegründet wurden. Einen Kerngedanken der Reform bildete die enge Verbindung der »Inneren Führung« mit dem Bildungsgedanken. Mit dem neuen Führungskonzept in einer demokratisch-rechtsstaatlich legitimierten und gesellschaftlich verantworten Armee sollte die traditionelle »paternalistische Führungskultur der tendenziellen Entmündigung der in der Hierarchie Abhängigen« (Bald 1994, 68) überwunden werden. Bildung in all ihren Facetten wurde hierbei als entscheidendes Mittel zur Umsetzung des neuen Leitbildes vom »Staatsbürger in Uniform« erachtet: In Form politischer Bildung für die gesamte Truppe, mit der Modernisierung der Führungsakademie zur Weiterbildung sowie einem wissenschaftlichen zivilen Studium als Novum, das seit 1974 alle angehenden Offiziere neben ihrer militärischen Ausbildung absolvieren müssen.

Gegenüber dem traditionell-konservativen Standesdenken des Militärs, zu dem genuin die Abgrenzung gegen alles »Zivile« und die Tendenz zur Selbstabschottung, ein Helden- und Männlichkeitskult (vgl. Hagen 2012, S. 56) sowie ein grundständiger Anti-Intellektualismus bzw. eine Bildungsphobie und anti-akademische Ressentiments (vgl. Bald 1994, S. 74) gehörten, sollte eine klare Trennlinie gezogen werden. Der Bildungsbegriff löste hierbei den Erziehungsbegriff der 1950er Jahre ab (vgl. Bald 1994, S. 71), der für die traditionalistische Fortsetzung alter Strukturen sorgte und einer nachhaltigen kulturel-

len Verankerung der Prinzipien der »Inneren Führung« entgegenstand. Hierin liegt die systematische Bedeutung des Bildungskonzepts für die Bundeswehrreform der 1970er Jahre und des universitären Studiums, denn nur diese gewährleisteten »eine zeitgemäße Interpretation der Werte der Inneren Führung [...], indem Freiheit und Selbstständigkeit des Individuums sowie Konflikt und Konsens der Demokratie zu gültigen Lernzielen der Ausbildung erhoben wurden« und damit auch Normen gesellschaftlicher Individualisierung »ihren Platz im militärischen Raum finden konnten« (Bald 1994, S. 77).

Das Ziel der zivilen Bildung für Armeeeingehörige besteht gerade in der Differenz zur militärischen Ausbildung und bildet einen entscheidenden Reformimpuls bildet. Denn hierbei werden über fachspezifische Kenntnisse hinaus auch gesellschaftlich relevante Kompetenzen wie kritische Reflexion, Ethik, Entscheidungsautonomie, Kooperations- und Kommunikationskompetenzen mit dem Ziel vermittelt, die Urteils- und Handlungsfähigkeit der Bundeswehrangehörigen zu verbessern. Dies heißt, dass gerade die Erfahrungen, die Studierende auf einem offenen Campus im Austausch mit anderen Kommiliton:innen – an diesem Ort sind sie explizit keine »Kamerad:innen« – machen, für die Identitäts- und Persönlichkeitsbildung, aber auch für den militärischen Bereich von hoher Relevanz sind. Ein Leitbild lässt sich nicht einfach verordnen, sondern es muss systematisch zu einem Teil einer Organisationskultur gemacht und gelebt werden.

Konservativer Backlash

Mit der von oben verordneten und bürokratisch verfügbaren Einrichtung eines militärischen Sicherheitsbereichs an der Hamburger Universität schwächt das Verteidigungsministerium dieses Leitbild und die Instrumente seiner Implementierung – und das gerade zu einem Zeitpunkt, an dem die Armee in einer tiefen Krise steckt und eine Rückbesinnung auf die Reform von vor mehr als fünfzig Jahren dringend nötig wäre.

So attestierte die vormalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen dem Heer, nachdem es durch das Bekanntwerden von entwürdigenden Initiationsritualen in der Rekrutenausbildung, dem Fund von NS-Devotionalien in Kasernen und rechtsradikalen Vorfällen in die öffentliche Diskussion geraten war, nicht nur ein grundlegendes »Führungsproblem«, sondern auch einen »falsch verstandenen Korpsgeist«. Der seinerzeit beauftragte Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hob in einem Gutachten zur Situation der »In-

neren Führung« hervor, dass »gravierende Defizite in Führung, Ausbildung, Erziehung sowie Dienstaufsicht festzustellen« seien⁶.

Dies liegt aber nicht zuletzt daran, dass das Konzept der »Inneren Führung« bei konservativen Politiker:innen und militärischen Traditionalisten stets umstritten war. Abhängig von Reformkonjunkturen war es immer wieder einer »Reideologisierung des Soldatenberufs« (Bald 1994, S. 60) ausgesetzt, die ein »Zuviel« an ziviler Bildung monierte und stattdessen eine Rückbesinnung auf soldatische Tugenden forderte. Zugleich rufen die gesellschaftlichen Individualisierungs- und Modernisierungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte, die schließlich in der vom Europäischen Gerichtshof erzwungenen Öffnung der Streitkräfte für Frauen gipfelten, Gegenbewegungen hervor: So ist in den Reihen junger Offiziere teilweise eine Tendenz zur »Rückkehr des Soldatischen« (Hartmann/Rosen/Walther 2009), mit vermeintlich männlichen Tugenden wie Gehorsam, Opferbereitschaft und Ehre sowie dem Primat des Kampfes als Ziel militärischer Ausbildung zu beobachten, was im Kontext säkularer postheroischer Handlungsimperative in der Gesellschaft auch als neue »Sehnsucht nach vermeintlich männlichen Tugenden wie Gehorsam, Opferbereitschaft und Ehre sowie dem Primat des Kampfes als Ziel militärischer Ausbildung zu beobachten, was im Kontext säkularer postheroischer Handlungsimperative in der Gesellschaft auch als neue »Sehnsucht nach dem Heldentum« gedeutet wird. (vgl. Münkler 2016, S. 8–14).

Die Prinzipien der Inneren Führung werden in diesem Diskurs als dysfunktional und anachronistisch delegitimiert. Etwa 36 Prozent der Soldaten befürchten etwa einen »Verlust an militärischer Kampfkraft infolge der Integration von Frauen« (Kümmel 2014, S. 8). Diese Entwicklungen deuten eine doppelte Schließung des Soldatenberufs an: nach innen als Männerdomäne sowie nach außen gegenüber der Gesellschaft.

Mit der Entscheidung, die zivile akademische Ausbildung der Offiziere an der HSU zu militarisieren, verstärkt das Verteidigungsministerium diese Tendenzen noch, anstatt ihnen wirksam zu begegnen. Damit aber verdrängt sie einmal mehr die selbst attestierten Probleme – mit möglicherweise schwerwiegenden Folgen für die Verfasstheit der Bundeswehr als einer Parlamentsarmee und damit für die Demokratie.

6 Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages, *Die Konzeption der »Inneren Führung« der Bundeswehr. Entstehungsgeschichte – Inhalte – Herausforderungen*, Bonn 2017, S. 4. Vgl. dazu auch: Klaus Naumann, *KSK oder: Bundeswehr ohne Innere Führung?*, in: »Blätter«, 9/2020, S. 33–36.

3. Replik

In der Kritik, die an dem Blätter-Text geäußert wurde, sollen vor allem zwei Aspekte aufgegriffen werden, die für den Zusammenhang von Innerer Führung und Bildung besonders wichtig sind: Die Differenzierung von »Kommiliton:in und Kamerad:in« sowie der im Text genannte des »Antiintellektualismus« als Strukturmerkmal des militärischen Feldes.

Kommiliton:in und/oder/versus Kamerad:in?

Anstoß genommen wurde vor allem an der Aussage, dass Studierende der HSU primär Kommiliton:innen und »explizit keine »Kamerad:innen« seien. Nachvollziehbar ist, dass die Ausschließlichkeit der Formulierungen zu Irritationen führen kann. Denn der *gemeinschaftliche Kameradenbezug bildet ein zentrales gemeinschafts- und vertrauensbildendes Element des SoldatInnen-/Offiziersberufs*, der auch auf einem universitären Campus sicherlich nicht einfach neutralisiert werden kann. Insofern sind Studierende auf dem Campus auf der einen Seite auch immer (noch) Soldat:innen, was ihrer ›dualen‹ (Aus-)Bildung geschuldet ist, bei der die militärische Aus- und Fortbildung zeitlich dem universitären Studium sowohl vor- als auch nachgelagert ist. Aber es wird auf der anderen Seite auch erwartet, dass sie sich bis zu einem gewissen Grad nicht nur Inhalte, sondern auch die Studierendenrolle aneignen, zu der im Kern Lernen und die Aneignung von Wissen und Kompetenzen im zivilen Studium gehören. Dies kann eine *identitätstheoretische Herausforderung* und eine Gratwanderung insofern darstellen, als für ein erfolgreiches Absolvieren beider (Aus-)Bildungsgänge unterschiedliche Ansprüche von militärischem und universitärwissenschaftlichem Feld austariert und auch individuell-biographisch miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Aufgrund der Komplexität der *heterogenen und divergierenden Anforderungen* ist es zuweilen schwierig, einen ›Rollenswitch‹ zu vollziehen und die *unterschiedlichen institutionellen Erwartungen auszubalancieren*. Erwerbs- und bildungsbiographisch bzw. institutionenökonomisch betrachtet, stehen militärische und zivile (Aus-)Bildung sicherlich auch immer in einer konkurrierenden Spannung, da durch die zivile Exit-Option, also den beruflichen Wechsel in eine zivile Laufbahn nach Ende der Pflichtzeit, die Bindung an die militärische Organisation kontingenter wird.⁷

7 Für diesen Hinweis danke ich Arnd Michael Nohl.

In diesem Spannungsfeld kann es nicht darum gehen, ›das Militärische‹ und ›das Zivile‹ gegeneinander auszuspielen oder eine Seite zulasten der anderen abzuwerten. Insofern ist das erwähnte ›Austarieren‹ nur gewährleistet, wenn man sich für vier Jahre auch auf die Anforderungen eines Studiums einlässt und in der Lage ist, zumindest partiell die Studierendenrolle anzunehmen. Den allermeisten Studierenden gelingt dies und die Studienmotivation, die Interessen, Studienerfolge und Abschlüsse sind mehr oder minder genauso gleich über die Kohorten verteilt, wie dies an anderen Universitäten der Fall ist. Bei einigen wenigen ist aber auch eine Haltung der Indifferenz, Passivität bis hin zu Widerstand oder der Abwertung von Lernformen und Studieninhalten festzustellen – etwa durch den Hinweis darauf, dass diese für militärische Belange irrelevant seien. Diese in jeder Bildungsinstitution anzutreffenden Phänomene von Fremdheitserlebnissen und negativen Lern- und Studienerfahrungen sowie die damit verbundenen Formen der Rationalisierung (›vermeintliche Irrelevanz‹) sind in gewisser Weise ›normal‹ und es sollte Räume an der Universität geben, dies zu thematisieren und zu reflektieren, ohne ausschließlich mit den institutionell üblichen Sanktionen wie dem Ausschluss vom Studium zu reagieren. Denn mit dieser problematisierenden Perspektive wird auch zur Stärkung der Studierendenrolle beigetragen und dazu, dass Studierende sich auch mit *Ihrer* Universität institutionell identifizieren.

In dem Zusammenhang ist an das Argument zu erinnern, was Kritiker:innen der *unbegründeten und anlasslosen Einführung des MSB* geäußert haben, nämlich dass *symbolisch die militärische Bedeutung des Campus* gegenüber der zivil-universitären durch diese Form der *Versicherheitlichung durch den MSB* aufgewertet wird. Eine Bemerkung aus der Studierendenplattform »Jodel«, die in einer Diskussion um den MSB geäußert wurde, mag die befürchteten Effekte verdeutlichen. So heißt es in einem Kommentar: »Die profs übertreiben wie quengelige kleinkinder, denen war doch klar, für wen sie arbeiten, München zeigt wie problemlos der msb fkt. Haben also die Wahl sich zu fügen falls nicht steht es ihnen jederzeit frei zu gehen«. Was der/die Autor:in hier artikuliert, ist eine Art *Primat des Militärischen bzw. ›militärische Verfügungsgewalt‹* gegenüber zivilen Belangen der Universität, mit der die Bedenken der Kritiker:innen des MSB lapidar vom Tisch gewischt werden. Unabhängig davon, dass kein Argument für den MSB genannt wird – der Verweis auf München als vermeintliches Vorbild ersetzt kein solches – soll wohl klar gemacht werden, wer hier ›das Sagen‹ hat und die Regeln vorgibt – und zwar ohne weitere Diskussion und vorgetragen im ironischen Duktus des ›Platzverweises‹. Deutlich wird hier eine *Haltung* zum Ausdruck gebracht, die zu problematisieren gera-

de auch die Aufgabe einer zivilen Universität wäre. Dazu gehört nicht nur die personengruppenbezogene Abwertung (Profs als »quengelige kleinkinder«), sondern auch die damit einhergehende Reflexions- und Diskursverweigerung – nämlich über die Gründe und den Zweck eines MSB zu diskutieren⁸.

Die im Blätter-Text hervorgehobene Differenzierung von »Kommiliton:in« und »Kamerad:in« bezeichnet insgesamt – wie bereits angedeutet – die *Strukturdifferenz zwischen Studierenden- und Soldat:innenrolle*, bei der es um Identität(en), Identifizierungen und Rollenverständnisse geht, deren grundlegende Bedeutung sich erst bei einer genaueren sozialisationstheoretischen Betrachtung erschließt. Dieser nicht unwesentliche Aspekt, der im Artikel zwar implizit angedeutet, aber nicht weiter vertieft werden konnte, soll hier mit dem Blick auf den oben bereits genannten Begriff der »Urteilsfähigkeit« (Detjen u.a. 2012, S. 35–65) noch einmal differenziert werden. Wenn man Urteilsfähigkeit als eine Grundvoraussetzung moderner Führung voraussetzt, so beinhaltet dies – über die schon genannten kognitiven Fähigkeiten (Wissen, Expertise) hinaus – weitere Formen wie etwa Kritik- und Reflexionsfähigkeit, aber auch individuelle Kompetenzen bzw. Persönlichkeitsmerkmale wie *Ambiguitätstoleranz* (Fähigkeit, Unterschiede »auszuhalten«), *Frustrationstoleranz* (Misserfolgserfahrungen verarbeiten können) und *Rollendistanz* (das Vermögen, die eigene Rolle kritisch auch in ihren Widersprüchen und Ambivalenzen zu reflektieren (vgl. Tillmann 2018, S. 170f., S. 275)). Dies schließt moralisch-ethische Prinzipien und die Fähigkeit zur Selbstreflexion unabdingbar mit Blick auf die Urteilsfähigkeit mit ein (Detjen u.a. 2012).

Der universitäre Raum bietet vielfältige institutionelle Möglichkeiten der *systematischen Entwicklung dieser verschiedenen Kompetenzen*, die in den heterogenen Lernkontexten erprobt, praktiziert, reflektiert und erworben werden können. Genau dadurch unterscheidet er sich von anderen professionellen Organisationen *einschließlich der militärischen*, in denen *es in ihrer Praxis des »Normalbetriebs« keinen ausreichenden institutionellen Handlungsspielraum gibt*. Dies heißt wiederum nicht, dass nicht auch in (militärischen) Organisationen die

8 Es sei hier aber auch betont, dass in besagter Jodel-Diskussion auch reflektierte (Gegen)Position zur Freiheit von Forschung und Lehre geäußert werden: So wurde in einem anderen Beitrag, der direkten Bezug auf die zitierte Aussage, nahm, dazu aufgefordert: »Lies dir mal Artikel 5 Abs. 3 Grundgesetz durch [...] frei = frei von jeglicher staatlichen Beeinflussung zumal es keine verhältnismäßige Begründung für eine Verschärfung des MB zum MSB gibt.«

Möglichkeiten von Lernen oder zur Entwicklung von Persönlichkeit und Kompetenzen gegeben wäre. Aber: Sie sind insofern funktional beschränkt, als sie auf die spezifischen und damit *partikularen Ziele und Technologien* der Organisation zugeschnitten sind (Sicherheit produzieren, Disziplin aufrechterhalten, Ordnung mit dem Einsatz bestimmter Mittel herstellen usw.). Dem stehen die genannten Merkmale der Urteilsfähigkeit gegenüber, bei denen es sich aber um gesellschaftlich übergreifende *universelle Prinzipien und Kompetenzen* handelt, weil sie gewissermaßen in allen gesellschaftlichen Bereichen erwartet werden: Nach elementaren moralischen Prinzipien wie Gleichheit, Gerechtigkeit usw. zu handeln, die Rollenidentität und Ich-Identität unterscheiden und trennen zu können, was mit Blick auf falsche Identifikationen wichtig ist, Unterschiede auszuhalten oder auch mit Kritik umgehen zu lernen. Sie bilden, wie eingangs erwähnt, *die Voraussetzungen einer modernen Führungskultur*, die etwa bei der Bearbeitung von truppen- und gemeinschaftsinternen Konflikten und Problemen, die reflektierte Abwägung der Verhältnismäßigkeit bei dem Einsatz von Gewalt und militärische Mittel ermöglichen usw. zum Tragen kommen, also *auch das gesamte Spektrum der organisationsspezifischen Technologien und Mittel umfassen*. Mit der *Differenz der partikularen Interessen und Zwecke der (militärischen) Organisation und den gesellschaftlich (erwarteten) universellen Prinzipien* lassen sich noch zwei weitere, bereits genannte Punkte verdeutlichen:

Zum einen die *klare Grenze zwischen den beiden unterschiedlichen und durchaus in Teilen antagonistischen Rollenanforderungen* einschließlich der damit einhergehenden Handlungslogiken und Identität(szumutung)en. Diese bestehen in der traditionellen *militärischen Berufsrolle und Militärkultur* auf der einen Seite (strategisches Entscheidungshandeln unter Zeitdruck, funktional eingeschränkte Handlungsautonomie, Disziplin, technologisiertes Wissen/Können, Befehl-Gehorsam-Praxis, hochgradig formalisierte Abläufe)⁹ und der *zivilen Studierendenrolle* auf der anderen Seite (relativ handlungs- und zeitentlastete Reflexion, individualisierte Studienkultur, individuelle Handlungsautonomie, selbstverantwortete Entscheidungen, interessengeleitetes Studium, Kontingenz von (Aus-)Handlungsspielräumen und Reziprozität der Kommunikation zwischen Lehrenden und Lernenden usw.).

9 Vgl. dazu vom Hagen 2012, a.a.O., S. 43–70 und Maja Apelt (2012): Militärische Sozialisation. In: Nina Leonhard/Ines-Jacqueline Werkner (Hg.), *Militärsoziologie – Eine Einführung*. Springer, S. 428–446.

Bezüglich der im ersten Teil thematisierten historischen Bedeutung der Militärreformen lässt sich deren Fortschritt nun so reformulieren: Erst mit der Integration gesellschaftlich universeller Werte und Normen wie Menschenwürde und Persönlichkeitsrechte in die militärische Organisation wurde die Grundlage für eine *gesellschaftspolitisch-demokratische Legitimation des Militärs* als gewaltmonopolisierende und -repräsentierende Organisation geschaffen.

Mit dieser Perspektive wird nun auch der *systematische Stellenwert von Bildungsprozessen für die Innere Führung* erkennbar, der darin besteht, dass dadurch an der Schnittstelle *institutioneller Erfordernisse bzw. Regeln der Organisation und biographischer* Merkmale der Individuen über die reine Wissensvermittlung hinaus auch systematisch universelle Werte vermittelt werden (können). Dies kann sozialisatorisch *en passant* über soziale Lernpraktiken, intentional erzieherisch oder gegenstandsorientiert mittels Reflexionswissen geschehen. Bildung hat damit eine Brückenfunktion zwischen den gesellschaftlich universellen Werten und Normen und den partikularistischen Zielen und Interessen militärischer Organisationen.

Was heißt dies nun konkret für das Studium an der HSU? Der Eigenwert des Studiums ergibt sich, wie aufgezeigt, aus der Kombination zweier Aspekte: soziale Lernerfahrungen und die theoretisch-reflexivem Wissen bzw. Expertise. Denn mit der systematischen Aneignung von Theorien, Wissen, wissenschaftlicher Expertise, Forschungserfahrung (etwa in den Lehrforschungsprojekten) usw. werden auch immer soziale Erfahrungen in der Lerngruppe und der Seminarpraxis gemacht werden, die über den universitären Rahmen hinaus wirksam und bedeutungsvoll sind. Praktiziert wird hierbei u.a. der kommunikative und kooperative Austausch mit anderen Studierenden, indem gemeinsam Lerngegenstände erarbeitet, Methoden erprobt, Wissen recherchiert, Probleme reflektiert, diskutiert und geforscht wird. Kommunikation und Kritik sind genauso das Ziel von Seminaren wie das Eröffnen neuer Perspektiven durch Theorien und die Schärfung analytischer Fähigkeiten. Dazu gehören auch Probleme, die gemeinsam bearbeitet werden, Konflikte, die »auf Augenhöhe« gelöst werden müssen oder gegenseitige Hilfestellungen und Unterstützungen, die in der täglichen Arbeit an Gegenständen und Themen gegenseitig geleistet werden müssen.

Die vielfältigen Möglichkeiten für Studierende, im Rahmen dieser universitären Praxis systematisch Lernprozesse zu durchlaufen, Lernerfahrungen zu machen und sich die damit verbundenen Kompetenzen anzueignen, beinhaltet aber *gerade den Bruch mit der Praxis und den Routinen in (Arbeits)Organisationen* wie Unternehmen, staatlicher Verwaltung oder dem Militär, wo Betrieb

und Abläufe gleichsam ›laufen‹ müssen und nicht kontinuierlich ›reflektiert und diskutiert‹ werden kann. Denn in der Regel gibt es weder Zeit noch Gelegenheiten oder Räume bzw. einen ›Sinn‹ für systematisches Lernen innerhalb der Organisationen.¹⁰ Besagter Bruch ergibt sich zudem auch biographisch für den/die Einzelne/n, nämlich zu den davor gelagerten Sozialisationsinstanzen Familie und Schule. Denn an der Universität ist die Studierendenrolle mit der ganzen Lust und Last der individuellen Freiheit und Verantwortung Erwachsener verbunden. Zumindest potentiell wird nämlich von einer (Anerkennungs)Gleichheit und *Reziprozität von Lehrenden und Lernenden* ausgegangen – freilich bei allen (Rollen-)Asymmetrien, Abhängigkeiten und Machtgefällen, die die Lehrenden-Lernenden-Beziehungen im universitären Feld auch immer charakterisieren. Mit Blick auf die Entwicklung von Urteilsfähigkeit als sind also die beiden genannten Aspekte bzw. ›Brüche‹ für angehende Offiziere mit Leitungsverantwortung und für die Praxis der Inneren Führung von zentraler Bedeutung:

a) *Soziale Lernerfahrungen und damit verknüpft die individuelle Entwicklungsmöglichkeiten* (Kooperation, Kommunikation, Persönlichkeitsentwicklung), für die es in der Universität systematisch und *institutionell mehr Freiheit und Gelegenheiten als in anderen Organisationen* gibt. Für Derrida ist dieser universitäre Handlungsspielraum unmittelbar mit dem Wahrheitsanspruch von Wissenschaft selbst verknüpft, was die Besonderheit der Institution Universität ausmacht. In dem Sinn spricht er von der »unbedingten Freiheit der Frage und Äußerung, mehr noch: das Recht, öffentlich auszusprechen, was immer es im Interesse eines auf Wahrheit gerichteten Forschens, Wissens und Fragens zu sagen gilt« (Derrida 2001, 10). Auch wenn Freiheit immer nur relativ, so auch im universitären Feld sein kann, in dem es natürlich Einschränkungen, Vorgaben, Regeln usw. gibt, so wird der Freiheitsaspekt mit Blick auf das Ziel von Forschen, Fragen und Wissen entscheidend: Haltung (Wahrheitssuche), Handlung (Forschen, Fragen, Kritisieren usw.) und Gegenstand (Wahrheit) verbinden sich institutionell im universitären Projekt. Dies betrifft vor allem auch die Fähigkeiten, zu differenzieren: Wahres und Falsches, Argument und bloße Behauptung, eine reduzierte gegenüber einer komplexen Perspektive,

10 Auch die eigens zu Lernzwecken durchgeführten Lehrgänge und Weiterbildungen, von Organisationen realisiert werden, sind *externalisierte Lernereignisse*, die in der *Umwelt der Organisation* stattfinden und den funktionalen Erfordernissen geschuldet wie im Übrigen auch die Anpassungsleistungen der Organisationsmitglieder, die sozialisationserbracht werden

Person und Sache (ad personam/ad rem) usw. zu unterscheiden, was dem *modernen Kritikbegriff* zugrunde liegt. Etymologisch umfasst dieser ein ganzes Spektrum von Teilbedeutung wie ›Unterscheiden‹, ›Trennen‹, ›Entscheiden‹ und ›Urteilen‹.¹¹ Damit wird die grundlegende Bedeutung von *Kritik(fähigkeit)* als zentrale Dimension von Urteilsvermögen deutlich, welche die drei oben genannten Kompetenzen bzw. personaler Identität mit einschließt: Ambiguitätstoleranz als die Fähigkeit, Unterschiede auszuhalten, Frustrationstoleranz als Fähigkeit, mit Misserfolgserlebnissen umzugehen und Rollendistanz, um die Ambivalenzen und Dilemmata reflektieren zu können, die jede Rolle – ob Lehrer:in, Finanzbeamte:in, Zahnärzt:in oder Soldat:in – unabdingbar mit sich bringt¹².

b) Zu den Lernprozessen gehört auch inhaltlich-methodisch die systematische Aneignung eines *professionellen gegenständlich-disziplinären Wissens und Reflexionswissens in Form wissenschaftlicher Theorien, Terminologie, Forschungsmethoden* usw. Denn gerade durch die *Differenz zum militärischen Wissen und Können kann der Blick über den ›Tellerrand‹ geweitet, Urteilsfähigkeit entwickelt und das Repertoire der/des Einzelnen an Fähigkeiten erweitert werden*, die wiederum für die militärische Organisation, Führungskultur, Reflexions- und Urteilsfähigkeit von hoher Bedeutung sind.

Anti-Intellektualismus = Bildungsdistanz?

Abschließend sei noch auf die Verwendung der Begriffe »Anti-Intellektualismus (...) Bildungsphobie und anti-akademische Ressentiments« im Blätter-Text eingegangen, der zu Missverständnissen bzw. einer missverständlichen Lesart führte, weil er fälschlich mit »Bildungsferne/Bildungsdistanz« gleichgesetzt wurde. Zunächst: Es handelt sich um Zitate aus zwei im Text angegebenen Büchern der beiden Forscher und Militärexperten Ulrich vom Hagen und Detlev Bald, die mit unterschiedlicher Semantik ein *Strukturmerkmal traditioneller militärischer Organisationen* bezeichnen. Gemeint ist damit eine organisations- bzw. feldspezifische Haltung bzw. habituelle Disposition, die (proto)typisch ist für eine bestimmte Wahrnehmung und Sichtweise im

11 Röttgers, K. (1972): Kritik. In: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. 8 Bände in 9. Stuttgart: Klett-Cotta 1972–1997, S. 651–675, hier S. 651.

12 Vgl. Tillmann 2010: 180f., Habermas, Jürgen (1973): *Stichworte zur Theorie der Sozialisation*. In: Ders.: *Kultur und Kritik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 118–194, S. 124ff.

militärischen Feld. Zum *antiintellektualistischen Habitus traditioneller militärischer Organisationen* gehören etwa, dass komplexe Theorien und Reflexionen für die Lösung von (militärischen) Problemen als überflüssig und lange Diskussionen als nicht zielführend erachtet werden sowie, dass Kritik funktional-technisch beschränkt sein sollte (»Manöverkritik«). Besagte »antiintellektualistische« Haltung umfasst jedoch auch weitergehende dogmatische Einstellungen und Deutungsmuster wie die einer unhinterfragbaren »Ehrung« bestimmter Traditionen:

»Aufgrund des zentralen Prinzips von Befehl und Gehorsam gelten offene Kritik und Diskussionen als unangemessen und unmilitärisch. Der Anti-Intellektualismus des Militärs manifestiert sich in der einseitigen Verklärung militärischer Standardwerke (Clausewitz etc.) und der Reduktion komplexer Zusammenhänge auf ihre direkte Lösbarkeit.« (vom Hagen 2012, S. 56)

Auch hier zeigt sich die erwähnte rein partikular-funktionale Zielsetzung der Organisation in Form einer dogmatischen Selbstbeschränkung: Denn der ein-dimensionale Traditionsbezug – als eigentliches Proprium des Militärischen gefeiert – bricht bewusst mit dem *universellen Recht auf Kritik*, die am Beginn der aufklärerischen Moderne stand.¹³ Mit einer antiintellektualistischen Haltung kann Kritik stets unter »Generalverdacht« gestellt werden, wenn sie gegen den dominierenden Habitus opponiert und gleichsam reflexhaft als Nest-beschmutzertum, Beleidigung oder »Entehrung« delegitimiert wird. Ein Indiz für die vorreflexive Tabuisierung von Kritik in der Bundeswehr sind die ent-würdigenden Praktiken von jungen Rekruten in Kasernen, auf die im Blät-ter-Text Bezug genommen wird, die sicherlich *nicht die Normalität* in Kasernen repräsentieren, aber *Möglichkeit von Diskriminierungen* sichtbar werden lassen, die sich organisationskulturell einstellen können. Insofern besteht gerade in

13 Es sei daran erinnert, dass die Aufklärung als historisches Projekt und »Prozess«, wie Reinhart Koselleck es nennt (Reinhard Koselleck: Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 68ff.), untrennbar mit der *modernen Form des universellen Kritikrechts* verbunden ist, das wiederum ein »kontextübergreifendes normatives Verständnis der Person als Grundlage basaler moralischer Ansprüche und als »Grund der Kritik« an gesellschaftlichen Normen« (Forst 2009): Der Grund der Kritik. Zum Begriff der Menschenwürde in sozialen Rechtfertigungslogiken. In: Jaeggi, R./Wesche, T. (Hg.): Was ist Kritik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 150–164, hier S. 151) beinhaltet. Historisch sei dies, so Forst, im Konzept der Menschenwürde auf den Begriff gebracht worden.

männlich dominierten *Organisationskulturen* wie Polizei und Militär (Maskulinität, Männerbünde) potenziell immer die Gefahr der inneren Schließung vor Kritik, in denen Kohäsionsdruck durch unbedingten Zusammenhalt auch zu fragwürdigen und regressiven Formen der Gemeinschaftsbildung (›Korpsgeist‹) führt, die reflexiv nicht mehr aufzubrechen sind. Im Erfassen der informellen nach außen wenig sichtbaren (Sub)Kulturen liegt im Übrigen die theoretische Bedeutung des Konzepts der Organisationskultur, das

»Codes, Normen, Praktiken sowie expliziten Regeln und impliziten Regularitäten des Militärs als einer politischen Institution [umfasst]. Zentraler Wertbezug ist der Gemeinschaftsgedanke sowie die grundsätzliche Verletzungs- oder Todesmöglichkeit in Ausübung berufsständischer Pflichten im staatlichen Dienst, also die organisierte Gewaltanwendung im Zuge der staatlichen Regelung vorwiegend der Außenbeziehungen. Militärkultur ist zudem durch die Hierarchie bürokratischer Strukturen sowie die potenzielle Totalinklusio[n] der Soldaten in diese gewaltsame Körperschaft geprägt. Es handelt sich bei dem Begriff der Militärkultur letztlich um die Praxisformen des militärischen Feldes.« (vom Hagen 2012, S. 69)

Zudem wurde militärsoziologisch stets auf den engen Zusammenhang von antiintellektualistischen Dispositionen mit der politischen Haltung des Konservatismus hingewiesen, wie dies der amerikanische Militärsoziologe Morris Janowitz bereits in den 1960er Jahren herausgearbeitet hat (vgl. Janowitz 1964). Karl Mannheim hatte den konservativen Denkstil bereits in den 1920er Jahren als eine radikale Form der Komplexitätsreduktion beschrieben, die sich aus dem unbedingten Willen der instrumentellen Wirkungskontrolle der Umwelt ableitet:

»Konkret zu erleben, konkret zu denken, bedeutet von nun an eine besondere Verhaltensweise, ein ausschließliches Wirkenwollen in jener bestimmten unmittelbaren Umwelt, in die man hineingestellt ist, – eine radikale Abneigung gegen jedes Mögliche und Spekulative.« (ebd. 425)

Wenn man die Vorstellung unverrückbarer Ordnungsmuster und unhinterfragbarer Tradition als Merkmale traditioneller Militärkultur und eines damit einhergehenden Antiintellektualismus hinzunimmt, dann wird die *Spannung zum akademischen Denkstil* deutlich, der Merkmale wie die Kontinuität von Praktiken, die Interpretationsoffenheit von Gegenständen, eine Haltung grundlegender Kritik(würdigkeit) gegenüber ›Welt‹, eine grundstän-

dige Rationalität von Diskursen sowie die Heterogenität von Sichtweisen und Positionen als leitende Prinzipien beinhaltet. Dies bedeutet aber überhaupt nicht, dass Militärisches und Akademisches, Militärkultur und universitäre Kultur, Befehl/Gehorsam und Diskurs/Kritik vollkommen inkompatibel sind! Vielmehr sind sie miteinander vermittelbar, was die Prinzipien der Inneren Führung (z.B. StaatsbürgerIn in Uniform, Orientierung an GG und Menschenwürde, Führen mit Auftrag), die zivile akademische Bildung und die militärpolitischen Reformen unterstreichen. Insofern ging im Blätter-Text daher keineswegs darum, mit dem Hinweis auf das Strukturmerkmal ›Anti-Intellektualismus‹ eine (vermeintliche) ›Bildungsferne‹ von Studierenden anzudeuten, wie dies teilweise (miss)verstanden wurde. Ganz im Gegenteil sollte gerade die *Möglichkeit zum akademischen Studium und ziviler Ausbildung als wesentliches Kernkriterium einer modernen Militärkultur* im Unterschied zu einer traditionellen militärischen Kultur herausgestellt und in seiner Bedeutung gewürdigt werden. Und die Stoßrichtung des Einspruchs zeigt auch, dass der Text und Kritik von denselben Prämissen aus formuliert wurde, nämlich der gemeinsamen Überzeugung, dass die Bildung eine zentrale Bedeutung für den modernen Offiziersberuf hat.

4. Postskriptum: Die Causa Olboeter

Mit dem Symposium »Universität und militärische Sicherheit« am 19. und 20. Mai 2022 ist es nochmals gelungen, inner- und außerhalb der HSU Aufmerksamkeit für das Anliegen der Verhinderung eines »Militärischen Sicherheitsbereichs« zu erzeugen und gleichzeitig einen Raum für die kontroverse Debatte zu schaffen. Nicht jedem hat das gefallen. Nicht jedem hat auch das couragierte Plädoyer des ehemaligen Vorsitzenden des Studentischen Konvents der HSU, Oberstleutnant i.G. Stefan Quandt, für eine offene und öffentlich zugängliche Universität gefallen. Die Kraft und der Austausch des Arguments werden durch klare Positionen gefördert. Der Hinweis auf »Sachzwänge« oder nicht formulierbare »Sicherheitsbedenken« hingegen bringt eine solche Debatte nicht weiter.

Wenige Wochen nach dem Symposium ereignete sich allerdings eine ernsthafte Grenz- und Kompetenzüberschreitung, die den Prinzipien der Inneren Führung zuwiderläuft und die an dieser Stelle dokumentiert werden soll. Vor dem Appell zur Leutnantsbeförderung am 18. Juni 2022 war der

gesamte Studierendenbereich zu einem Übungsappell angetreten. Anwesend waren dementsprechend ausschließlich Soldat:innen.

Oberst Olboeter nutzte als Leiter des Studierendenbereichs der HSU die Gelegenheit, um den Appell zu instrumentalisieren und den Beitrag von Thomas Höhne in der von Michael Staack herausgegebenen Broschüre zum Symposium zu skandalisieren. Die Professur für Internationale Beziehungen, Professor Staack, hätte einen Text über die HSU veröffentlicht, mit dem nicht nur der MSB, sondern der Soldatenberuf verunglimpft werde, hieß es. Anschließend verlas der Oberst ohne Namensnennung mehrere Zuschriften von Soldat:innen, die sich durch den Text verletzt oder angegriffen fühlten. Insgesamt sollte wohl der Eindruck entstehen, von der Opposition gegen den MSB werde »die Bundeswehr« in den Dreck gezogen. Ein plattes Muster und nicht neu. Zudem wurde der von Thomas Höhne verfasste Text fälschlich Michael Staack zugeordnet und dessen Professur in dem Zusammenhang ausdrücklich genannt.¹⁴

Der geschilderte Vorgang stellt eine klare Verletzung sowie einen Missbrauch von Macht, Funktion und Kompetenzen dar. Oberst Olboeter hat zu keinem Zeitpunkt das Gespräch mit Autor oder Herausgeber gesucht oder das Symposium besucht.

Der berichtete Vorgang schadet nachhaltig jeder rationalen Form kritischer Auseinandersetzung an der HSU, wodurch der Diskurs und Feindbilder produziert werden, was nachdrücklich zu verurteilen ist. Denn von dieser Notwendigkeit und der Einhaltung entsprechender Spielregeln sind auch militärische Vorgesetzte an der Helmut-Schmidt-Universität nicht ausgeschlossen, denn auch ihnen obliegt es, den »Universitätsfrieden« – analog zum »Schulfrieden«, von dem im Schulbereich gesprochen wird – zu erhalten.

Dazu kommt die Undifferenziertheit solcher feindfixierten Invektiven, mit der willkürlich Personen, Text und Verantwortliche unterschiedslos »in einen Topf geworfen werden.

Um zu einer Klärung der Sachlage zu kommen, haben sich Michael Staack und Thomas Höhne am 28. Juni 2022 auch direkt an den damaligen Leiter des Studierendenbereichs gewandt:

»Sehr geehrter Herr Oberst Olboeter,
uns wird berichtet, dass Sie ein Antreten im Vorfeld des Beförderungsauffelds

14 Der Aufsatz von Thomas Höhne findet sich seit langem auch auf der NoMSB-Protestseite: <https://padlet.com/nomsb/tjvfucnxmr9ina6x>.

am 18. Juni 2022 genutzt haben, um zum Symposium der HSU »Universität und militärische Sicherheit« Stellung zu nehmen.

Im Zuge Ihrer Ausführungen haben Sie den als Material für das Symposium vorgelegten Aufsatz »Militarisierung der Hochschule« von Thomas Höhne abwertend qualifiziert und in diesen Kontext auch die Professur für Internationale Beziehungen einbezogen.

Außerdem wird berichtet, dass Sie Zuschriften von Soldaten verlesen haben, die sich durch den Aufsatz verletzt fühlten.

Wir möchten Sie hiermit bis zum 1. Juli 2022 um eine Stellungnahme bitten, aus der hervorgeht, a) ob das berichtete Ereignis den Tatsachen entspricht und b) welche inhaltlichen Aussagen und Bewertungen Sie zu Text, Personen und genannten Professuren getroffen haben.«

Diese Nachricht wurde nie beantwortet. In einem Gespräch mit den Dekan:innen der Fakultäten für Geistes- und Sozialwissenschaften bzw. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bestätigte Oberst Olboeter im September 2022 den geschilderten Sachverhalt. Aufgrund von Eingaben von studierenden Offizieren sei es erforderlich gewesen, zum Symposium und zum Beitrag in den »Blättern« auf die dargestellte Art und Weise Stellung zu nehmen.

Der gesamte Vorgang wirft ein wenig erfreuliches Licht auf die Debatte über den MSB und die wahrscheinliche Zukunft der Helmut-Schmidt-Universität als »militärischer Sicherheitsbereich«. Das Symposium fand statt, um Raum für Information, aber auch Kontroverse zu schaffen. Der Studierendenbereich war an der gesamten Vorbereitung und Durchführung beteiligt. Dass der Leiter des Studierendenbereichs diese Gelegenheit nicht nutzte, ist ein Indiz für eine Diskursverweigerung, die – jenseits akademischer Regeln – auch nichts mit Innerer Führung zu tun hat. Den Standards und Gepflogenheiten einer akademischen Institution angemessen gewesen wäre es, das direkte Gespräch zu suchen – oder auch eine Erwiderung zu verfassen. Auch das unterblieb – auch nach direkter Aufforderung. Es bleibt abzuwarten, ob aus diesem Vorfall unter den künftigen Bedingungen eines »Militärischen Sicherheitsbereichs« die neue Regel wird.

Literatur

- Bald, Detlef (1994): *Militär und Gesellschaft 1945–1990*, Baden-Baden: Nomos.
- Derrida, Jacques (2001): *Die unbedingte Universität*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Detjen, Joachim/Massing, Peter/Richter, Dagmar/Weißeno, Georg (2012): *Politikkompetenz – ein Modell*. Wiesbaden, Springer.
- Forst, Rainer (2009): *Der Grund der Kritik. Zum Begriff der Menschenwürde in sozialen Rechtfertigungslogiken*. In: Jaeggi, R./Wesche, T. (Hg.): *Was ist Kritik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 150–146
- Habermas, Jürgen (1973): *Stichworte zur Theorie der Sozialisation*. In: Ders.: *Kultur und Kritik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 118–194
- Hagen, Ulrich vom (2012): *Homo militaris. Perspektiven einer kritischen Militärsoziologie*. Bielefeld: transcript.
- Hartmann, Uwe; Claus von Rosen, Christian Walther (2009): *Jahrbuch Innere Führung. Die Rückkehr des Soldatischen*, Berlin: Miles-Verlag.
- Janowitz, Morris (1964): *The professional soldier. A social and political portrait*. NY: Free Press.
- Kollmer, Dieter H. (2015): *Zwischen Studium und Einsatzerfahrung*, In: *katapult, Magazin für Kartographie und Sozialwissenschaften*. (https://katapult-magazin.de/de/karten/artikel/_zwischen-studium-und-einsatzerfahrung/offizier2.png)
- Koselleck, Reinhard: *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kümmel, Gerhard (2014): *Truppenbild ohne Dame. Eine sozialwissenschaftliche Begleituntersuchung zum aktuellen Stand der Integration von Frauen in die Bundeswehr*. Potsdam.
- Münkler, Herfried (2016): *Kein Platz für Helden?*, in: »Zur Sache BW«, 29, S. 8–14.
- Naumann, Klaus (2020): *KSK oder: Bundeswehr ohne Innere Führung?*, in: »Blätter«, 9/2020, S. 33–36.
- Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, *Offener Brief zur Universität der Bundeswehr Hamburg als Offene Hochschule*, www.netz-werk-wissenschaftsfreiheit.de, 4.6.2021.
- Röttgers, K. (1972): *Kritik*. In: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. 8 Bände in 9. Stuttgart: Klett-Cotta 1972–1997, S. 651–675.

- Tillmann, Klaus-Jürgen (2018): Sozialisationstheorien. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.
- Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages (2017): Die Konzeption der »Inneren Führung« der Bundeswehr. Entstehungsgeschichte – Inhalte – Herausforderungen, Bonn.
- Wörsdörfer, Rolf (2021): Studieren in der Gefahrenzone, in: »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 12. Mai 2021.

Über die Autorinnen und Autoren

Klaus B. Beckmann (*1965, Dr. rer. pol.) ist ein deutscher Volkswirt und seit April 2018 Präsident der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Beckmann folgte 2006 einem Ruf an die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, wo er am 11. Oktober 2006 die Professur für Finanzwissenschaft im Fachbereich Wirtschafts- und Organisationswissenschaften übernahm. Von 2009 bis 2013 war er Vizepräsident für Lehre an der Universität, bevor er im April 2018 Präsident der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg wurde.

Roger Behrens (*1967, Dr. phil.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Erziehungswissenschaft, insbesondere Bildungs- und Erziehungstheorie sowie philosophische Grundlagen an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg.

Tobias Hauße (*1982, Dipl.-Soz.) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Soziologie mit dem Schwerpunkt Gesellschaftsanalyse und sozialer Wandel an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Macht- und Herrschaftssoziologie sowie in der Soziologie der Gewalt.

Thomas Höhne (*1962, Dr. phil.) hat die Professur für Erziehungswissenschaft, insbesondere gesellschaftliche, politische und rechtliche Grundlagen von Bildung und Erziehung inne. Arbeits-/Forschungsschwerpunkte: Ökonomisierung in Bildung und Gesellschaft, Bildungspolitische Veränderungen, (Bildungs-)Medientheorie und Digitalisierung, Politische Bildung, Desintegration-Intersektionalität-Ungleichheit, Diskursanalyse.

Michael Jonas (*1974 in Aurich, Ostfriesland), PD, Dr. phil., Docent of European History (Univ. Helsinki), lehrt und forscht an der Professur für Neuere und Neueste Geschichte der Helmut-Schmidt-Universität (HSU) und am German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS). Seine Forschungsschwerpunkte und Interessen liegen u.a. in der Geschichte der internationalen Beziehungen und des internationalen Systems sowie der modernen Geschichte von Krieg und Konflikt. Auf dem Campus der HSU erfasst er seit gut einem Jahrzehnt die dortige Avifauna.

Thomas Jung (*1984) lehrt und forscht an der Professur für Erziehungswissenschaft, insbesondere Bildungs- und Erziehungstheorien sowie philosophische Grundlagen an der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Helmut-Schmidt-Universität. Er arbeitet an einer Theorie musikalischer, transformatorischer Bildung am Beispiel des Werks des Komponisten Gustav Mahler.

Hans Koller (*1959, Dr. oec. Dr. rer. pol. habil.) hat die Professur für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Technologie- und Innovationsmanagement an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg inne. Seine Forschungsschwerpunkte beinhalten zahlreiche Themen rund um das Technologie- und Innovationsmanagement wie z.B. Foresight, Business Model Innovation, Open and User Innovation, R&D-Management oder Management von Innovationsnetzwerken, aber auch Themen zur Anpassung von Organisationen an sich ändernde Rahmenbedingungen wie z.B. Communities of Practice als Basis für Dynamic Capabilities.

Teresa Koloma Beck ist Professorin für Soziologie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg und arbeitet schwerpunktmäßig zu Transformationsprozessen in sozialen und gesellschaftlichen Krisen. In ethnographischen Forschungen in Angola, Mosambik und Afghanistan beschäftigte sie sich mit dem Alltag in Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften. Aktuell forscht sie unter anderem zur Veränderung von Europa-Vorstellungen und zur Rolle kreativer Praktiken in der Bewältigung multipler Krisen.

Katharina Kreutzmann (*1988, M.A.) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum für technologiegestützte Bildung der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. In ihrem Dissertationsvorhaben be-

schäftigt sie sich mit dem Beitrag von Kompetenztheorien zur Resilienzforschung unter den Bedingungen der Digitalisierung.

Sven Lange (*1967, Dr. phil.) ist der Kommandeur des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam. Er ist promovierter Historiker und besitzt Masterabschlüsse in National Security Affairs sowie in Strategic Studies. Von 2000 bis 2002 absolvierte er die Generalstabsausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr (43. LGAN).

Burkhard Meißner (*1959, Dr. phil. habil.) hat die Professur für Alte Geschichte der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr inne. Zu seinen Schwerpunkten gehören Geschichte der Geschichtsschreibung, Geschichte der Technik (auch mit Methoden der experimentellen Archäologie), Militär und die Geschichte des Hellenismus.

Achatz Freiherr von Müller (Prof. Dr. phil.) war von November 1972 bis Januar 1974 als Vertreter der Universität Hamburg – damals noch Wissenschaftlicher Assistent – Mitglied im Gründungsausschuss der heutigen Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Er studierte Soziologie und Geschichte in Berlin, Florenz und Hamburg. (Promotion/Habilitation)/Wiss. Anstellg. in Hamburg, Kassel, Venedig/1989 o.Prof. für Geschichte a.d.Univ.Basel, (em.2013)/bis 2022 Codirektor des »Zentrums für Theorie und Gesch.d.Moderne« am Hamburger Institut für Sozialforschung und an der Leuphana Universität Lüneburg.

Götz Neuneck (*1954, Prof. Dr. rer. nat.) hat Physik in Düsseldorf studiert und in Mathematik in Hamburg promoviert. Von 2008–2019 stellv. wiss. Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Professor an der MIN-Fakultät der Universität Hamburg und Senior Research Fellow am IFSH. Schwerpunkte: nukleare Rüstungskontrolle, Verifikation und neue Technologien, insbesondere Nuklearwaffen, Raketenabwehr und Weltraumrüstung, neue Technologien. Co-Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. und deutscher Pugwash-Beauftragter.

Andrea Neusius (*1977, Dipl.-Päd.) ist Akademische Direktorin und Geschäftsführerin des Zentrums für technologiegestützte Bildung der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Ihre For-

schungsschwerpunkte sind Berufsbildungsforschung und Organisationsforschung im Kontext von Subjektbildung und Organisationsentwicklung.

Eckardt Opitz (*1938, Dr. phil.) ist Oberstleutnant und Historiker. Er war Mitglied im Gründungsausschuss der Hochschule der Bundeswehr Hamburg und dort von 1974 bis 2003 Professor für Neuere Geschichte. Er war Gründer und viele Jahre lang Vorsitzender des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit (WIFIS). Er hat zahlreiche Veröffentlichungen zur Sicherheitspolitik, Militärgeschichte, skandinavischen und schleswig-holsteinischen Geschichte vorgelegt.

Karl-Josef Pazzini (*1950, Prof. Dr. phil. habil.) arbeitet als Psychoanalytiker in Berlin. Studien der Philosophie, Theologie, Mathematik und Kunst; [bis 2014 Prof. für Bildungstheorie & Bildende Kunst an Uni Hamburg]; 3+2 Kinder; Herausgeber von *RISS. Zeitschrift für Psychoanalyse*. Arbeitet z.B. zum Politischen des Konzepts »Übertragung«, zur sogenannten »Laienanalyse« (Wie wird man Laie?) und zu des Revolutionsarchitekten Boullées Entwurf des »Museum« als Utopie der bürgerlichen Gesellschaft.

Olaf Sanders (*1967, Dr. phil.) hat die Professur für Erziehungswissenschaft, insbesondere Bildungs- und Erziehungstheorien sowie philosophische Grundlagen an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind Theorie und Philosophie der Bildung, populärer Kultur und der Medien, vor allem des Films und von Fernsehserien sowie kritische Erziehungswissenschaft im Kontext von Globalisierung, Kapitalozän, Posthumanismus und KI.

Manuel Schulz (*1959, Oberst i.G. Prof. Dr. phil. habil.) ist Leiter des Zentrums für technologiegestützte Bildung der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Berufs- und Erwachsenenbildung, Kompetenzentwicklung, Digitalisierung, Resilienz, Öffentliche Wissenschaft und hybride Bildungs- und Informationsräume. Seine militärische Expertise erwarb er u.a. in den Verwendungen als Kommandeur eines Panzerbataillons, Chef des Stabes eines Auslandseinsatzkontingentes der Bundeswehr, Referent im Bundesministerium der Verteidigung und Abteilungsleiter in einer Bundesoberbehörde sowie im Rahmen der Teilnahme am Lehrgang Generalstabs-/Admiralstabsdienst der Bundeswehr (National).

Michael Staack (*1959, Dr. phil.) ist seit 2006 Professor für Theorie und Empirie der Internationalen Beziehungen an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Zuvor lehrte er u.a. fünf Jahre an der Universität der Bundeswehr München. Seine Forschungsschwerpunkte konzentrieren sich auf Deutschlands Außenpolitik, Kooperation und Konflikt in Ostasien mit Fokus auf China und Korea sowie Grundfragen der Weltordnungspolitik, zum Beispiel Abrüstung und Rüstungskontrolle. Zur Beschäftigung mit der Sicherheitspolitik angeregt wurde Professor Staack als Student bei Wolf Graf von Baudissin, dem Begründer des Konzepts der »Inneren Führung« und späteren Gründungsdirektor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Jens Wulfsberg (geb. 1959) studierte Maschinenbau in Hannover und promovierte dort zum Dr.-Ing. auf dem Fachgebiet Produktionstechnik. Von 1992 bis 2000 war er für die Entwicklung der Produktionstechnik und Teile der Produktentwicklung bei der Olympus Winter & Ibe GmbH in Hamburg verantwortlich. 2001 erfolgte der Ruf an die Helmut Schmidt Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg auf die Professur Fertigungstechnik in der Fakultät Maschinenbau. Im Rahmen seiner Forschung werden neue Produktionsverfahren und -maschinen, Unterstützungssysteme für den Menschen in der Produktion sowie neue nachhaltige Wertschöpfungssysteme entwickelt und umgesetzt. Jens Wulfsberg war zweimal Dekan der Fakultät, Vizepräsident Forschung der HSU und ist derzeit Präsident der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Produktionstechnik WGP.

